

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
Schriftenreihe Heft 6

# Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen



**HERAUSGEBER**

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
Der Vorstand  
Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß (Vorsitzender)  
Prof. Dr. Dieter Dowe  
Prof. Dr. Gregor Schöllgen

**REDAKTION**

Dr. Wolfram Hoppenstedt, Dr. Bernd Rother,  
Carsten Tessmer

© 2000 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
im Rathaus Schöneberg  
John-F.-Kennedy-Platz  
D-10825 Berlin  
Telefon 030/78 77 07-0  
Telefax 030/78 77 07-50  
E-Mail: [info@willy-brandt.org](mailto:info@willy-brandt.org)  
Internet: <http://www.willy-brandt.org>

**GESTALTUNG**

Löning Werbeagentur, Berlin

**REALISATION UND DRUCK**

Wenng Druck GmbH, Dinkelsbühl

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2001  
ISSN 1434-6176  
ISBN 3-933090-05-9

Carsten Tessmer (Hrsg.)

**Das Willy-Brandt-Bild  
in Deutschland und Polen**

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
**Heft 6**

## ■ I N H A L T

<b>Willy Brandt –</b> <i>Stationen seines Lebens</i>	Seite 7	<b>Dieter Bingen</b> <i>Die Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts im Spiegel der polnischen Publizistik 1966-1974</i>	Seite 97
<b>Gerhard Groß</b> <i>Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung</i>	Seite 9	<b>Wiesława Surdyk-Fertsch</b> <i>Das Willy-Brandt-Bild in polnischen Geschichtslehrbüchern und in den Lehrplänen für Grund- und Hauptschulen 1982-1998</i>	Seite 113
<b>Carsten Tessmer</b> <i>Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Nachkriegszeit</i>	Seite 13	<b>Rainer Riemenschneider</b> <i>Transnationale Konfliktbearbeitung. Das Beispiel der deutsch-französischen und der deutsch- polnischen Schulbuchgespräche im Vergleich, 1935-1998</i>	Seite 123
<b>Daniela Münkel</b> <i>Zwischen Diffamierung und Verehrung. Das Bild Willy Brandts in der bundesdeutschen Öffentlichkeit (bis 1974)</i>	Seite 23	<b>Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen</b> <i>Zeitzeugengespräch mit Reinhard Appel (Leitung), Peter Bender, Markus Meckel, Klaus Schütz, Wiesława Surdyk-Fertsch und Kazymierz Woycicki am 25. November 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin</i>	Seite 135
<b>Manuela Glaab</b> <i>Die Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts in der öffentlichen Meinung</i>	Seite 41		
<b>Michael Lemke</b> <i>Zum System der Einwirkung der SED auf die SPD in den Jahren 1949 bis 1969. Grundlinien, Methoden, Feindbilder</i>	Seite 53		
<b>Heinrich Potthoff</b> <i>Die DDR und die Neue Ostpolitik</i>	Seite 79		



Reineke/Bundesbildstelle

*„In diesen Tagen, in denen Du mit großem Mut und mit einer Konsequenz, die bisher keiner unser verantwortlichen Politiker aufgebracht hat, das entsetzliche Erbe einer verruchten Vergangenheit aufzuräumen versuchst, wirst Du gewiß das Ziel gehässiger Angriffe sein derer, die – wenn sie noch einen Funken von Ehre hätten – in Scham wenigstens zu schweigen verstehen sollten. Es werden wie immer in unserem Volke gegen besseres Wissen Dreck und Verleumdung aufgewirbelt werden, und man wird wieder einmal versuchen, mit verlogenen Emotionen politisches Geschäft und persönliche Diffamierung zu betreiben.“*

*Ludwig Rosenberg (ehem. DGB-Vorsitzender)  
an Willy Brandt, 8. Dezember 1970*

## ■ WILLY BRANDT

### *Stationen seines Lebens*

- |                 |   |
|-----------------|---|
| 1913            | Am 18. Dezember in Lübeck geboren   |
| 1930            | Eintritt in die SPD   |
| 1933-1945       | Exil in Norwegen und Schweden<br>Widerstand gegen das NS-Regime                           |
| 1936            | Illegaler Aufenthalt in Berlin  |
| 1945-1947       | Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent<br>für skandinavische Zeitungen               |
| 1947            | Presseattaché an der Norwegischen Militärmission<br>beim Alliierten Kontrollrat in Berlin |
| 1948            | Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin  |
| 1949-1957, 1961 | Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag   |
| 1950-1969       | Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses  |
| 1955-1957       | Präsident des Abgeordnetenhauses  |
| 1957-1966       | Regierender Bürgermeister von Berlin  |
| 1964-1987       | Vorsitzender der SPD  |
| 1966-1969       | Bundesaußenminister und Vizekanzler   |
| 1969-1992       | Mitglied des Deutschen Bundestages  |
| 1969-1974       | Bundeskanzler   |
| 1971            | Verleihung des Friedensnobelpreises   |
| 1976-1992       | Präsident der Sozialistischen Internationale  |
| 1977-1983       | Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission  |
| 1979-1983       | Mitglied des Europäischen Parlaments  |
| 1987-1992       | Ehrevorsitzender der SPD  |
| 1992            | Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben  |



Hanns Hubmann/BPK

*Staatsbesuch in Polen  
Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel legen am 7. Dezember  
1970 am Denkmal für die Helden des Warschauer Ghettos einen Kranz nieder.*

## ■ GERHARD GROSS

### *Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung*

Am 7. Dezember 1970 kniete Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Mahnmal für die ermordeten Juden im ehemaligen Warschauer Ghetto. Das Foto ging um die ganze Welt. „Ein tiefes Menschengefühl wurde zum Ausdruck eines Regierenden“, wie es Bundespräsident Richard von Weizsäcker später einmal beschrieb. Willy Brandt setzte damit ein Zeichen für die Bereitschaft der Deutschen, sich der großen historischen Verantwortung für das Leid zu stellen, das dem polnischen Volk unter deutscher Besatzung zugefügt worden ist. Und er bat zugleich um Vergebung und ebnete den Weg zu einer dauerhaften Versöhnung zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk.

Wie sahen Polen und Deutsche Willy Brandt zeit seines Lebens? Welche Hoffnungen oder auch Befürchtungen wurden mit seiner Neuen Ost- und Deutschlandpolitik in Polen, in der Bundesrepublik Deutschland und in der ehemaligen DDR verbunden?

Diese Fragen haben die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und die Ost-Akademie e.V. – Institut für Ost-West-Fragen an der Universität Lüneburg veranlasst, zu einem mehrtägigen Seminar zur politischen Bildung einzuladen, an dem Lehrer der Fächer Geschichte und Politische Weltkunde aus der Republik Polen und aus der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen haben. Für die noch junge Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung handelte es sich um die erste Veranstaltung dieser Art, für die Referenten aus beiden Ländern gewonnen werden konnten. Ziel des Seminars war, die Bedeutung der Neuen Ostpolitik, insbesondere für das deutsch-polnische Verhältnis zu untersuchen sowie die zeitgenössische Wahrnehmung dieser Politik und der Person Willy Brandts in beiden deutschen Staaten und in Polen näher zu betrachten. Damit sollte über einen rein biografischen Ansatz hinaus ein kleiner Beitrag zur Aufarbeitung der konfliktreichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen geleistet werden.

Die lebhaften Diskussionen unter den Teilnehmern führten zu einem sehr fruchtbaren Austausch über die wechselseitige Wahrnehmung des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers und seiner Politik, für die er 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Kontroverse Standpunkte wurden nicht ausgeklammert. Auch bisweilen mit schmerzhaften Erinnerungen belastete Themenkomplexe mit ihren bis

in die heutigen Tage spürbaren Nachwirkungen kamen offen zur Sprache. Die Veranstaltungsteilnehmer stimmten darin überein, dass Polen und Deutsche in der Vergangenheit unsägliches Leid erlitten haben. Die Lehrerinnen und Lehrer aus beiden Ländern zeigten sich ihrer schweren Verantwortung bewusst, ihren Schülerinnen und Schülern die wechselhafte und schwierige Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen angemessen zu vermitteln und darüber hinaus mit Blick auf das gegenwärtige Verhältnis beider Staaten für gegenseitiges, vorurteilsfreies Verständnis zu werben. Welche große Chance sich hierzu im demokratischen Polen von heute bietet, hat besonders der Vortrag von Frau Surdyk-Fertsch über das Thema „Das Bild von Bundeskanzler Willy Brandt in polnischen Geschichtsbüchern und in den Schullehrplänen in den Jahren 1982 bis 1998“ gezeigt. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft war der Weg frei, endgültig den ideologischen Ballast aus den polnischen Lehrbüchern zu entfernen und den jungen Menschen ein neues Bild ihres westlichen Nachbarn zu vermitteln. Alle Teilnehmer hielten es für wünschenswert, die Inhalte der deutschen und polnischen Geschichtsbücher gerade dort, wo es um die gegenseitige Wahrnehmung und die Schnittmengen in der Geschichte beider Nationen geht, aufeinander abzustimmen, ohne dabei die Konfliktpunkte auszusparen. Die wichtige Rolle, die in diesem Zusammenhang dem Georg-Eckert-Institut für vergleichende Schulbuchforschung in Braunschweig bereits seit den siebziger Jahren zukommt, wurde in einem ausführlichen Gespräch der Seminarteilnehmer mit Vertretern des Instituts herausgearbeitet. Der in diesem Heft abgedruckte Text über die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche, den Rainer Riemenschneider, Mitarbeiter des Instituts, freundlicherweise zusätzlich zur Verfügung gestellt hat, unterstreicht dieses Ergebnis.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete ein Zeitzeugen-Gespräch im Rathaus Schöneberg zu dem Thema der Veranstaltung. Hierzu war auch die interessierte Öffentlichkeit eingeladen. Die vom ehemaligen ZDF-Chefredakteur, Reinhard Appel, moderierte Diskussion mit sachkundigen Kennern der deutsch-polnischen Beziehungen aus beiden Ländern ergänzte und vervollständigte die Vorträge und Debatten des Seminars. Im Verlauf des Zeitzeugen-Gesprächs wurden auch Ereignisse angesprochen, die seinerzeit nicht unumstritten waren und – so zeigte sich – zum Teil nach wie vor kontrovers beurteilt werden. Dies betrifft in besonderer Weise den zweiten Besuch Willy Brandts im Jahre 1985 in Polen, bei dem er von einem Treffen mit Lech Wałęsa, dem damaligen Vorsitzenden der unabhängigen, oppositionellen Gewerkschaft „Solidarität“ und Träger des Friedensnobelpreises, in Danzig Abstand genommen hatte.

Das Podiums-Gespräch, das sicherlich auch für die zeithistorische Forschung eine interessante Quelle ist, wurde – wie alle Vorträge im Rahmen des Seminars – im vorliegenden Heft der Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung dokumentiert.

Allen Autoren, Referenten, Zeitzeugen und Seminarteilnehmern, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben, möchte ich herzlich danken. Mein besonderer Dank gilt dem Direktor der Ost-Akademie, Herrn Dr. Bernhard Schalhorn, und seinem Referenten, Herrn Adalbert R. Lewandowski, für die sehr gute Zusammenarbeit bei dieser ersten gemeinsamen Veranstaltung unserer beiden Institutionen.



Der Spiegel

Titelblatt des SPIEGEL vom 14. Dezember 1970

## ■ CARSTEN TESSMER

### *Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Nachkriegszeit*

#### I.

Mehr als sechs Millionen polnischer Kinder, Frauen und Männer haben ihr Leben durch den von Hitler-Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg und das grausame nationalsozialistische Besatzungsregime in den Jahren zwischen 1939 und 1945 verloren. Daher waren die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Kriege lange Jahre schwer belastet. Hinzu kam für viele Deutsche die bittere Erfahrung des Heimatverlustes durch Evakuierung, Flucht und durch ihre – als eine Folge der von den Siegermächten beschlossenen Westverschiebung Polens – Vertreibung in den letzten Kriegsmonaten und in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Zunächst war die Aussöhnung mit Polen kein vordringliches Problem. Zu sehr beschäftigte die Deutschen die totale Niederlage des Deutschen Reiches, sein Verlust an staatlicher Souveränität infolge von Besatzung und Aufteilung in vier Besatzungszonen, die Sorge um Überleben und Wiederaufbau. Ansätze einer Regelung des gegenseitigen Verhältnisses fielen bald auch der Eskalation des Ost-West-Konflikts, in dem der westliche Teil Deutschlands und Polen in unterschiedlichen Lagern standen, und der deutschen Teilung zum Opfer. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch das kommunistische Polen und die bereits Anfang Juli 1950 im Vertrag von Görlitz zwischen Ost-Berlin und Warschau auf sowjetischen Druck getroffene Festlegung der polnischen Westgrenze entlang von Oder und Neiße waren genauso wenig mit den Grundsätzen und Zielen bundesdeutscher (und westallierter) Politik vereinbar, wie umgekehrt – aus polnischer Sicht – die in Bonn herrschende Rechtsauffassung, das Deutsche Reich bestehe in den Grenzen von 1937 fort, und der daraus abgeleitete Anspruch auf Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie dem Sicherheitsbedürfnis des nach Westen verschobenen Polen nicht Rechnung trugen.

Doch auch das Verhältnis zwischen der DDR und dem Nachbarn im Osten war trotz aller ideologisch und machtpolitisch gebotenen Freundschaftsbekundungen nicht frei von großen Spannungen. Hier schlug auf polnischer Seite die historische Hypothek des Überfalls 1939 und der sechsjährigen Besatzung genauso zu Buche wie die auch in der DDR-Bevölkerung weit verbreitete Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze. In

diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass die sogenannte „Freundschaftsgrenze“ zwischen beiden Ländern bis weit in die sechziger Jahre hinein hermetisch abgeriegelt und strengstens bewacht wurde.

Vor dem Hintergrund der historischen Belastungen und des diametralen Gegensatzes der politischen Positionen in Bonn und Warschau war in der Hochphase des Kalten Krieges überhaupt nicht an einen ernsthaften Dialog mit dem Ziel des Ausgleichs zu denken. Dies lag nicht nur an den engen außenpolitischen Handlungsspielräumen, über die die Bundesregierung im Schatten der Blockkonfrontation verfügte, sondern entsprach auch der außenpolitischen Prioritätensetzung Konrad Adenauers, der der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland eindeutigen Vorrang gegenüber ostpolitischen Initiativen gab. Daher fanden die Bemühungen Carlo Schmid's, im März 1957 auf einer als privat deklarierten Reise nach Polen die Möglichkeiten für eine Verständigung zu sondieren, bei der Bundesregierung keine Unterstützung. Allerdings blieb seine eigene Partei gleichermaßen distanziert.

Es fehle an Mut – so die Diagnose Schmid's –, im Interesse der Wiedervereinigung auch „heiße Eisen“ anzupacken. Tatsächlich geriet die bundesdeutsche Außenpolitik zunehmend in die Defensive. Die Bundesregierung band sich an die Hallstein-Doktrin aus dem Jahr 1957, auch als die Zeichen in den internationalen Beziehungen eher auf Entspannung standen. Die deutsche Frage wurde im Zuge der ersten „Tauwetter“-Phase zwischen den Machtblöcken zu einem „Sonderkonflikt“ (Richard Löwenthal) der Deutschen mit den Ostblockländern. Der ost- und deutschlandpolitische Kurs der Bundesrepublik in der Ära Adenauer, weitgehend auf Abschottung gegenüber der DDR und all denjenigen Staaten zu setzen, die den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik ignorierten, geriet zunehmend in Gegensatz zu den Entspannungsbemühungen der Großmächte. Diese Einsicht setzte sich in Bonn – nicht zuletzt auch wegen des Drängens der USA auf einen bundesdeutschen Beitrag zur westlichen Entspannungspolitik – vor allem nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 verstärkt durch. Die Mauer verwies als deutliches Zeichen der Festigung des sowjetischen Herrschaftsbereichs in Mitteleuropa doch alle Hoffnungen auf eine baldige Lösung der deutschen Frage in das Reich der Illusionen.

In der außenpolitischen Praxis leitete dieser Erkenntniswandel den Versuch ein, unter Ausnutzung der Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland als Handelspartner die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu normalisieren und zu konkretisieren. 1963 eröffnete die Bundesrepublik eine Handelsmission in Warschau, und zwei Jahre später flogen auch wieder westdeutsche Fluglinien nach Polen. Allerdings blieben die Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis jenseits der ökonomi-

schen Ebene eher dürftig. Das Konzept des Bundesaußenministers Gerhard Schröder, „Wandel durch Handel“, litt darunter, dass es die DDR konsequent ausklammerte, d.h. deren Isolierung im Ostblock betrieb, und den Spielraum der osteuropäischen Staaten gegenüber der Sowjetunion überschätzte. Die Grenzen dieser rein handelspolitisch orientierten Öffnung der Bundesrepublik nach Osteuropa wurden sichtbar, als die Sowjetunion einen weiteren Ausbau der Beziehungen ihrer Verbündeten zur Bundesrepublik unterband.

Die Intensivierung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen trug kaum dazu bei, die Verhärtung im gegenseitigen politischen Verhältnis abzubauen. Entsprechende Initiativen gingen jedoch von den Kirchen beider Länder aus. In einer stark beachteten Denkschrift erklärte die Evangelische Kirche Deutschlands im Herbst 1965, dass zwanzig Jahre nach Kriegsende der Rechtsanspruch auf die deutschen Ostgebiete nicht mehr einlösbar sei, ohne Polen in seiner Existenz zu bedrohen; diese habe Deutschland aber in jedem Fall zu respektieren. Und die katholische Kirche Polens rief wenige Wochen später zu einem Neubeginn in den deutsch-polnischen Beziehungen auf: „Wir strecken Euch am Ende des [Zweiten Vatikanischen] Konzils die Hände entgegen, erteilen Vergebung und bitten um Vergebung.“ Diese Haltung der Kirchen verdeutlichte, dass in beiden Ländern die offizielle Politik gegenüber dem jeweils anderen von bedeutenden gesellschaftlichen Kräften bereits nicht mehr mitgetragen wurde.

Bewegung in die bundesdeutsche Ost- und Polenpolitik kam Ende 1966 mit dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung der Großen Koalition. Willy Brandt, Außenminister und Vizekanzler im Kabinett Kiesinger, war die Aussöhnung mit Polen ein moralisches Anliegen. Tatsächlich stand die erste Regierungserklärung im Dezember 1966 für einen politischen Neuanfang auch gegenüber Polen, dessen „Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir [...] besser als in früheren Zeiten begreifen“. Angestrebt wurde ein Ausgleich mit Warschau auf der Basis einer vorübergehenden Vereinbarung unter Wahrung des territorialen Status quo.

In der Folge ergänzte die Große Koalition die handelspolitische Ostpolitik der Erhard-Regierung durch das Angebot an die osteuropäischen Staaten zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen und bettete sie damit in ein gesamtpolitisches Konzept ein. Doch hielt man gleichzeitig an politischen Tabus aus der Adenauer-Ära fest: der Nicht-Anerkennung des zweiten deutschen Staates und der Ausklammerung territorialer Fragen. Es kann daher nicht verwundern, dass der Vorschlag der Bundesregierung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen nur von dem auf Abstand zur UdSSR

bedachten Rumänien positiv beantwortet wurde. Die Beschlüsse der Außenministerkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten, der Freundschaftsvertrag zwischen der DDR und Polen sowie die auf der Karlsbader Konferenz der kommunistischen Parteien Europas Anfang 1967 formulierte Linie unterstrichen, dass der Ostblock jede Annäherung zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Ländern von der Erfüllung östlicher Maximalbedingungen abhängig machte. Er zeigte deutlich, dass sich die Bundesregierung um eine Einbindung der DDR in die Entspannungspolitik bemühen musste, wenn sie nicht weiter in unproduktiver Selbstisolation verharren wollte.

Doch die Bedingungen für einen Schritt in diese Richtung waren in der Großen Koalition nicht gegeben. Zu unterschiedlich waren die Auffassungen zwischen CDU/CSU und SPD in der Frage, welche Konsequenzen unter Wahrung der Rechtsgrundlagen aus der verfahrenen Situation zu ziehen seien. Die Intervention von Warschauer-Pakt-Truppen auf Anweisung des Kremls im August 1968 in die ČSSR stürzte die Ostpolitik der Bundesregierung vollends in die Krise. Obgleich die Verhandlungen mit Warschau und Moskau über einen Gewaltverzicht nach einer kurzen Unterbrechung fortgesetzt wurden, war die Große Koalition auf diesem Politikfeld faktisch handlungsunfähig.

Brandt und die SPD hielt das nicht davon ab, ihr polenpolitisches Konzept flexibler zu fassen und dafür in geheimen Verhandlungen mit Vertretern Warschaus zu werben. Es fand Eingang in die „Nürnberger Formel“ vom März 1968, derzufolge „die Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedlichen Regelung“ der deutschen Frage Ziel sozialdemokratischer Politik war, die darüber hinaus eine Änderung der in Europa bestehenden Grenzen nur auf dem Wege der friedlichen Verständigung der davon Betroffenen vorsah. Trotz des Friedensvertragsvorbehalts war damit praktisch die von Polen verlangte Unveränderbarkeit seiner Westgrenze zustanden.

## II.

Der Weg zu einer vertraglichen Regelung in diesem Sinne wurde mit der Bildung der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt im Herbst 1969 frei. Schon das von Egon Bahr 1963 vorgestellte Konzept „Wandel durch Annäherung“ zielte nicht darauf, die kommunistischen Herrschaftssysteme und mit ihnen die DDR zu beseitigen, sondern suchte nach Wegen, sie auf der Basis des Status quo zu verändern. Daran anknüpfend, verband die Neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel die Anerkennung der territorialen Nachkriegsordnung in Europa mit dem langfristi-

gen Ziel, schrittweise und im wechselseitigen Einverständnis zwischen Ost und West die europäische Teilung zu überwinden. In dieses Konzept war die DDR als Staat einbezogen, ohne dass dies jedoch deren völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik nach sich zog.

Die neue Regierung war sich zugleich bewusst, dass eine Verständigung mit Polen nur mit Unterstützung der Sowjetunion zu erreichen war. Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970, in dem die Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen und ein Gewaltverzicht besiegelt wurden, schuf die Voraussetzung für den Vertrag, den die Bundesrepublik Deutschland vier Monate später in Warschau unterschrieb. Die Bundesrepublik Deutschland erkannte nunmehr die polnische Westgrenze de facto an. Sie ließ jedoch nicht von der Interpretation ab, dass nur in einem Friedensvertrag ein endgültiges Dokument über den Grenzverlauf unterzeichnet werden könne. Genauso wenig wurde die Vertreibung der Deutschen von der Bundesregierung als rechtmäßig anerkannt.

Für Brandt selbst war der Vertrag weniger Grenzabkommen als vielmehr die entscheidende Grundlage für die seit langem überfällige Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen, die im Übrigen auch die Lösung humanitärer Probleme vor allem mit Blick auf die seit Jahren bedrängte deutsche Minderheit in Polen einschloss. Die historisch-moralische Dimension, die er dem Abkommen beimaß, kam auch in der symbolischen Geste des Kniefalls vor dem Mahnmal zum Gedenken an die Aufständischen des jüdischen Ghettos zum Ausdruck. „Ich hatte nichts geplant, aber Schloss Wilanow, wo ich untergebracht war, in dem Gefühl verlassen, die Besonderheit des Gedenkens am Ghetto-Monument zum Ausdruck bringen zu müssen. Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.“

Mit seiner Geste, deren Bilder um die Welt gingen, löste der Bundeskanzler seinerzeit jedoch nicht nur positive Gefühle bei Deutschen und Polen aus. Reißerisch titelte der Spiegel: „Durfte Brandt knien?“ In einer von dem Hamburger Nachrichtenmagazin in Auftrag gegebenen Analyse stellte das Allensbacher Institut für Demoskopie fest, dass nur 41 Prozent der Westdeutschen den Kniefall von Warschau für angemessen, jedoch 48 Prozent die Geste für übertrieben hielten.

Während Brandts Kniefall die Titelseiten der westdeutschen Presse füllte, schenkten die Zeitungen in Polen dem Ereignis keine größere Aufmerksamkeit. Nur die in jiddischer Sprache erscheinende Warschauer „Folks-Sztyme“ brachte ein Foto Brandts vor der Gedenkstätte. Die Vermutung liegt nahe, dass die polnische Regierung mit einer Veröffentlichung der symbolträchtigen Geste nicht das Bild eines „anderen

† Deutschland“ unterstreichen wollte. Denn der Kniefall passte nicht zur gängigen stereotypen Darstellung einer „revanchistischen BRD“.

Tatsächlich zeigte sich die Propaganda des kommunistischen Regimes auch nach der Brandt-Visite vom Dezember 1970 weitgehend unbeeindruckt und setzte weiter ganz bewusst auf das in der Bevölkerung traditionell vorhandene Vorurteil von der „ewigen Feindschaft“ zwischen beiden Ländern, um das Bündnis mit der Sowjetunion als die einzig wahre Garantie für eine dauerhafte Sicherung der polnischen Westgrenze herauszustreichen. Dass auch die Regierung Brandt/Scheel einer endgültigen Anerkennung der Westgrenze nicht zustimmte, wurde in den von den Kommunisten gesteuerten polnischen Medien als Zeichen „deutschen Großmachtdenkens“ und eines „Pangermanismus“ bewertet. Ihnen galt die Neue Ostpolitik als bloßes „Mittel auf dem Weg zur Verwirklichung der Deutschlandpolitik“ (Dieter Bingen).

Die katholische Kirche in Polen hingegen begrüßte uneingeschränkt den Warschauer Vertrag. Sie wertete das Abkommen als endgültigen Bruch mit alten Denkmustern gegenüber den Deutschen. Auch bei der seinerzeit eher kleinen Gruppe politischer Oppositioneller fand die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung Zustimmung. Rechtliche Unstimmigkeiten, wie sie von offizieller Seite im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag beklagt wurden, fanden dort wenig Beachtung. Dissidenten wie Adam Michnik sahen das Hauptproblem auf dem Weg zur Verständigung zwischen beiden Völkern vielmehr in den vorhandenen Vorurteilen und Antipathien, die es abzubauen gelte.

Mit dem Abschluss und der Ratifizierung der in der Bundesrepublik heftig umstrittenen und von CDU/CSU sowie insbesondere den Vertriebenenverbänden auf das Schärfste bekämpften Ostverträge waren das seit 1955 bestehende „Entspannungsgefälle“ zwischen der amerikanischen und der bundesdeutschen Ostpolitik überwunden, der deutsche „Sonderkonflikt“ mit der Sowjetunion sowie deren Verbündeten beendet und nach der Westintegration die zweite wesentliche Vorbedingung für „eine selbständigere deutsche Politik in einer aktiveren Partnerschaft“ (Willy Brandt) mit den westlichen Partnern erfüllt. Die Ostpolitik der Bundesrepublik war fortan nicht nur integraler Bestandteil der Entspannungsbemühungen zwischen den beiden Machtblöcken; sie erwies sich darüber hinaus sogar als positives Bedingungs-element für weitere Fortschritte der Détente zwischen Ost und West sowie für die Möglichkeit zu einer Multilateralisierung des Entspannungsprozesses in Europa, die mit der KSZE-Konferenz 1975 in Helsinki ihren ersten Höhepunkt erreichte. Die dort unterzeichnete Schlussakte enthielt nicht nur eine multilaterale Garantie des Status quo in Europa, sondern schuf mit der Einrichtung von Folgekonferenzen zudem einen

institutionellen Rahmen für die weitere Kooperation auf allen Politikfeldern zwischen Ost und West. Mit ihren „Körben“ stellte sie ein umfassendes Regelwerk zur Verfügung, durch das die weitere Zusammenarbeit der Signatarstaaten einem bestimmten Verhaltenskodex unterworfen wurde.

### III.

In Erfüllung des Warschauer Vertrages entstand in den siebziger Jahren ein relativ enges deutsch-polnisches Netzwerk verschiedener Institutionen und Einzelpersonen. Die deutsch-polnische Schulbuchkommission nahm 1972 ihre Arbeit auf, 1976 wurde ein Kulturabkommen abgeschlossen, und ein reger Austausch zwischen Universitäten und Schulen setzte ein. Die Bundesregierung unterstützte Polen mit Krediten, was die polnische Regierung mit Entgegenkommen in humanitären Fragen und mit Erleichterungen für ausreisewillige Angehörige der deutschen Minderheit in Polen beantwortete.

Die bundesdeutsche Ostpolitik litt jedoch zunehmend darunter, dass das ihr zugrunde liegende Konzept „Wandel durch Annäherung“ eher auf reformerischen Wandel „von oben“ denn auf mehr oder weniger revolutionären „von unten“ ausgerichtet war. Hatte Willy Brandt Anfang der siebziger Jahre noch keine andere Möglichkeit, als mit den Machthabern in Warschau die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen und mit dem polnischen Volk die Aussöhnung zu suchen, so stand seinem Nachfolger als Kanzler, Helmut Schmidt, Anfang der achtziger Jahre mit der freien Gewerkschaft Solidarność eine vergleichsweise mächtige innenpolitische Oppositionsbewegung in Polen gegenüber. Sie war als Folge sowohl des KSZE-Prozesses wie auch des fortschreitenden Verfalls der realsozialistischen Ordnung in Polen entstanden. Doch die sozialliberale Bundesregierung – wie auch die Koalition unter Helmut Kohl nach dem Regierungswechsel 1982 – nahm diese Veränderung nicht zum Anlass, ihr politisches Konzept zu überdenken. Sie blieb dessen etatistischer Grundausrichtung verhaftet, anstatt zusätzlich auch auf die politischen Kräfte zu setzen, die Wandel im Osten vor allem als Selbstbefreiung begriffen. Insofern belasteten die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981, das Verbot der Solidarność und das harte Vorgehen des Regimes gegen Oppositionelle die deutsch-polnischen Beziehungen nur vorübergehend. Auch in diesem Punkt setzte Helmut Kohl nach 1982 die Polenpolitik seines Vorgängers fort.

In der Rückschau brachte Brandt dieses Dilemma, vor das sich die deutsche Ost-

f und Polenpolitik seit Beginn der achtziger Jahre und schließlich unter dem Eindruck des Neuen Denkens in der Sowjetunion Gorbatschows seit 1985 mit seinen Auswirkungen für die oppositionellen Freiheitsbewegungen in fast allen Staaten des damaligen Ostblocks gestellt sah, auf den Punkt: Es sei oftmals schwer gewesen, schrieb er, „und dies gilt nicht nur für Polen, [...] mit den Regierenden angemessen umzugehen und doch dem Mißverständnis zu entgehen, man halte das Ringen demokratischer Opposition für politische Folklore.“ Brandt selbst verspielte viele Sympathien bei oppositionellen polnischen Intellektuellen, als er sich bei einer Polenreise, anlässlich des 15. Jahrestages der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, 1985 weigerte, den – wie er selbst mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten – Führer der Solidarność, Lech Wałęsa, zu treffen und so ein unmissverständliches Zeichen für die unterdrückte Freiheitsbewegung zu setzen. Brandt kam lediglich mit Tadeusz Mazowiecki zu einem Gespräch zusammen, der jedoch nur in seiner Funktion als Präsidiumsmitglied des „Klubs der katholischen Intelligenz“ (KIK) und nicht als Vertreter der politischen Opposition mit dem SPD-Vorsitzenden sprach. Die Enttäuschung innerhalb der polnischen Freiheitsbewegung saß offenbar tief. Wie tief, belegt auch die Aussage des derzeitigen polnischen Regierungschefs Buzek anlässlich des Besuchs von Bundeskanzler Gerhard Schröder im November 1998 in Warschau: „Es gab eine Spannung [...], eine Spannung zwischen der ‚Solidarność‘ und der damaligen SPD. Unsere heutigen Beziehungen haben mit der damaligen Verbitterung nichts zu tun.“

Dass die Verbitterung verflogen ist, ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass die Opposition in Polen – ohne nachhaltige Unterstützung aus dem Westen – 1989 nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft selbst an die Regierung gelangte. Der „*refolutionäre*“ Machtwechsel in Warschau, bedingt sowohl durch die Reformbereitschaft der herrschenden Kommunisten als auch den revolutionären Druck aus der Gesellschaft, stand wie der in Budapest am Anfang eines revolutionären Herbstes, der die kommunistischen Regime in Bukarest, Ost-Berlin, Prag und Sofia hinwegfegte und dort überall einen Prozess der Demokratisierung in Gang setzte.

Für den Fall der Mauer, die Berlin, Deutschland und Europa geteilt hatte, war – wird man resümierend festhalten können – beides notwendig: der Druck der Opposition, namentlich in Polen, die die Möglichkeiten zum Wandel „von unten“ auslotete, und die Bonner Politik von Brandt bis Kohl, die auf Wandel „von oben“ setzte. Auch mit Blick auf die Gestaltung der gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass „Solidarność das zweite Loch [in der Berliner Mauer] war. Das erste hieß Ostpolitik“ (Timothy Garton Ash).

Die Öffnung der Mauer und das Ende der SED-Vorherrschaft in der DDR machten schließlich den Weg frei für eine Lösung der deutschen Frage, die 1990 in den 2+4-Gesprächen unter Hinzuziehung Polens gefunden wurde und Deutschland die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit gebracht hat. Verbunden damit war der Wille der polnischen und der deutschen Regierung, die seit 1945 offene und für das gegenseitige Verhältnis so belastende Grenzfrage ein für allemal und vorbehaltlos zu regeln. In dem im Herbst 1990 abgeschlossenen „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze“ erklärten beide Vertragsparteien, dass sie „gegenseitig keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden“.

Nachdem der Warschauer Vertrag 1970 unter den damaligen Bedingungen der Systemkonfrontation und der offenen deutschen Frage nicht mehr als eine vorläufige Normalisierung in den deutsch-polnischen Beziehungen eingeleitet hatte, ohne dass je ein Zustand echter Normalität hergestellt werden konnte, setzte der Grenzvertrag von 1990 die Rahmenbedingungen für eine wirkliche Aussöhnung der beiden Völker. Seit nunmehr neun Jahren wird beiderseits von Oder und Neiße daran gearbeitet.

## Wir wählen SPD.



**Und was wählen Sie?**

Plakatsammlung AdsD FES

*Prominente Künstler und Intellektuelle engagieren sich 1969 in bis dahin noch nie erlebtem Ausmaß in einem Bundestagswahlkampf – zugunsten des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten.*

## ■ DANIELA MÜNDEL

*Zwischen Diffamierung und Verehrung.  
Das Bild Willy Brandts in der  
bundesdeutschen Öffentlichkeit (bis 1974)\**

*„Lieber Herr Bundeskanzler!*

*Jeden Samstag kommt mein Opa zu Besuch, und ich bekomme 5,- Taschengeld. Mein Opa ist CDU-Wähler. Bei seinem letzten Besuch entdeckte er an meinem Hemd die Plakette „Willy wählen“. Er verlangte, ich solle sie abmachen. Als ich das nicht getan habe, bekam ich nur 2,50. Die restlichen 2,50 sollte ich mir von „Willy“ geben lassen. Wer ersetzt mir den Schaden? Ich bin 12 Jahre und Schüler in der Quinta auf dem Gymnasium und brauche das Geld dringend.*

*Mit freundlichem Gruß*

*Ralf L.<sup>1</sup>*

Dieser Brief, der im November 1972 im Bundeskanzleramt einging, läßt erahnen, wie sehr die Beurteilung Willy Brandts nicht nur die Nation, sondern auch Familien spaltete. Daß Zwölfjährige sich für Politik interessieren, mag heute verwundern, damals war es jedoch kein seltenes Phänomen – auch das nicht zuletzt ein „Verdienst“ von Willy Brandt und seiner Popularität Anfang der siebziger Jahre.

Kaum ein anderer bundesdeutscher Politiker – vielleicht von Franz Josef Strauß einmal abgesehen – hat die Gesellschaft so polarisiert und zeitweise auch so geeint wie Brandt. Dabei ist zeitlich zu differenzieren: Nach der Kür zum Kanzlerkandidaten der SPD im Jahr 1960 war Brandt einer maßlosen Diffamierungswelle seitens der CDU/CSU und der rechten Presseorgane ausgesetzt. Diese ebte in den Zeiten zwischen den Wahlkämpfen zwar immer wieder ab, wiederholte sich jedoch 1965 und in abgeschwächter Form im Jahr 1969. Gleichzeitig wurde Brandt von der eigenen Partei und deren Werbestrategen als Gegenpol zu Adenauer, als die Verkörperung des modernen, des jungen und des „guten Deutschland“ aufgebaut. Dieses Bild wurde von Teilen der Massenmedien – namentlich der linksliberalen Presse, aber auch von dem immer mehr an Bedeutung gewinnenden Fernsehen – unterstützt. In der kon-

\* Für hilfreiche Anmerkungen zu diesem Text danke ich Helga Grebing, Jörg Requate und Uta C. Schmidt.  
1 Schreiben vom 16. November 1972, in: Willy-Brandt-Archiv (WBA) im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, SPD-Parteivorsitzender, Allgemeine Korrespondenz, Mappe 136. Der Name des Absenders wurde für den Abdruck anonymisiert.

trären Beurteilung der Person Brandts, spiegelte sich – so die hier verfolgte These – die Zerrissenheit der bundesdeutschen Gesellschaft zwischen Verdrängung und Aufbruchstimmung in den sechziger Jahren wider.

Im folgenden soll anhand ausgewählter Beispiele versucht werden, die Entwicklung des „Willy-Brandt-Bildes“ in der Bundesrepublik von Anfang der sechziger Jahre bis zu seinem Rücktritt als Bundeskanzler im Jahr 1974 nachzuzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen: 1. Daß gleichzeitig in verschiedenen Teilöffentlichkeiten unterschiedliche Bilder des Politikers Brandt nebeneinander existierten. In den nachfolgenden Ausführungen wird in der Regel das jeweils in der bundesdeutschen Öffentlichkeit dominierende Bild Willy Brandts dargestellt. 2. Daß es sich bei solchen „Bildern“ um Inszenierungen und Konstruktionen handelt, die von verschiedenen Faktoren abhängen: Von der Selbstdarstellung eines Politikers, seiner Ausstrahlung und Wirkung auf die Bevölkerung, dem Bild, das von den Werbestrategen der SPD entworfen wurde, und vor allem von der Darstellung in den Massenmedien.<sup>2</sup> Denn die Medien gewannen als Instanz, die nicht nur Öffentlichkeit herstellt, sondern politische und gesellschaftliche Prozesse in unterschiedlicher Weise darstellt, interpretiert, konstruiert und auch beeinflusst, im Untersuchungszeitraum für die politische Willens- und Meinungsbildung eine immer wichtigere Bedeutung. Parteien und Politiker begannen, sich und ihre Politik zunehmend „medial“ zu begreifen – eine Entwicklung, die im Bundestagswahlkampf des Jahres 1998 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Vor allem am Beispiel der Wahlkämpfe seit 1961 wird versucht, den Wandel des Brandt-Bildes in der bundesdeutschen Öffentlichkeit<sup>3</sup> nachzuzeichnen und es in den Kontext der jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Konstellationen zu setzen. Darüber hinaus werden Reaktionen der Presse, Umfrageergebnisse und Meinungsäußerungen aus der Bevölkerung bei der Analyse berücksichtigt.

### 1. Neuer Umgang mit den Medien

Nach dem schlechten Wahlergebnis im Jahr 1957 mit 31,8 Prozent war es für die SPD unübersehbar, daß die bereits im Laufe der fünfziger Jahre immer wieder themati-

2 Vgl. dazu ausführlich J. Requate: *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstand historischer Analyse*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 5-32.

3 Zum Begriff der Öffentlichkeit vgl. J. Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuaufl., Frankfurt a.M. 1990.

sierten programmatischen und organisatorischen Reformen – wollte die Partei jemals regierungsfähig werden – auch umgesetzt werden mußten.<sup>4</sup> Im Rahmen dieser Erneuerungs- und Modernisierungsbestrebungen, die ihren programmatischen Ausdruck in der Verabschiedung des Godesberger Programms von 1959 fanden, sind auch die Nominierung Willy Brandts zum Kanzlerkandidaten im Jahr 1960 und die „neuen“ Wahlkampfmethoden seit 1961 zu interpretieren. Willy Brandt, der seit 1957 Regierender Bürgermeister von Berlin war, stand nicht nur für einen Generationswechsel in der SPD, sondern auch für einen modernen politischen Stil, der nicht zuletzt aus seinem professionellen Umgang mit den Massenmedien resultierte. Letzterer unterschied sich von dem anderer Politiker vor allem dadurch, daß Brandt sich und seine Politik an den eigenen Gesetzmäßigkeiten der Medien ausrichtete und nicht, wie z. B. Konrad Adenauer, in Presse, Rundfunk und Fernsehen Instrumente zur einseitigen Beeinflussung der Öffentlichkeit im Sinne der Regierenden sah.<sup>5</sup>

Durch das Engagement in bzw. für Berlin und sein souveränes Auftreten gegenüber den westlichen Alliierten genoß Brandt sowohl in der Berliner als auch in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit in den fünfziger Jahren ein relativ hohes Ansehen. Zwar lagen auf Bundesebene Adenauer und Erhard zu dieser Zeit auf den Beliebtheitskalen weit vorn, doch stieg Brandt in den Jahren 1959 und 1960 zum populärsten SPD-Politiker auf.<sup>6</sup> Die Ursachen dieses Ansehens lagen neben den Erfolgen der praktischen Politik, so z. B. sein Verhalten während des Ungarn-Aufstandes im Jahr 1956 oder die Treffen mit Kennedy, auch in der – für damalige Zeiten – ungewöhnlichen Medienpräsenz des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, die sich stark an amerikanischen Vorbildern orientierte. So sorgte er durch eigene Kolumnen in diversen Berliner Zeitungen, eine eigene Radiosendung im Sender Freies Berlin („Wo uns der Schuh drückt?“)<sup>7</sup> für eine permanente, bevölkerungsnah – möglichst positive – Darstellung seiner Person und Politik in der breiten Öffentlichkeit. Darüber hinaus ließ er die Presse auch in sein Privatleben schauen, was in den fünfziger Jahren für deutsche Politiker eher unüblich war. So gibt es von der Familie Brandt schon in die-

4 Vgl. K. Klotzbach: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965*, Neuauflage, Bonn 1996, S. 388ff.

5 Vgl. u.a. J. J. Hoffmann: *Adenauer: „Vorsicht und keine Indiskretionen!“ Zur Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung 1949-1955*, Aachen 1995.

6 Im August 1959 stand Brandt zwar noch auf gleicher Stufe mit Ollenhauer, im Dezember 1960 hatte er diesen jedoch bereits weit überrundet. Vgl. *Frankfurter Allgemeine* vom 4. August 1959 und *Süddeutsche Zeitung* vom 21. Dezember 1960.

7 Die Sendung gab es bereits seit Anfang der fünfziger Jahre. Sie wurde zunächst von Ernst Reuter bestritten und später von Willy Brandt wieder aufgenommen. Die Tradition der Sendereihe wurde die ganzen sechziger Jahre – dann zeitweise auch im Fernsehen – fortgeführt.

ser Zeit „homestories“. Gleichzeitig stieg das Interesse der Medien an Brandt stetig an, die durch die Unterstützung oder Bekämpfung seiner Person und Politik eigene politische Anliegen verfolgten. Beispielsweise baute die Berliner Springer-Presse Brandt in den fünfziger Jahren mit auf, was sich im folgenden Jahrzehnt grundsätzlich ändern sollte.<sup>8</sup> Das öffentliche Interesse an Willy Brandt war spätestens seit seinem Amtsantritt als Regierender Bürgermeister so groß, daß sich einige Pressejournalisten schon Gedanken über die negativen Folgen machten. Dies ist vor dem Hintergrund zu interpretieren, daß das Verhältnis von „Medien und Politik“ nun zunehmend in der Öffentlichkeit thematisiert wurde. Ein Diskurs, der dann in den sechziger Jahren, bedingt durch die sich ändernde Medienlandschaft – vor allem durch den Aufstieg des Fernsehens zum neuen Leitmedium – sowie die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, verstärkt weitergeführt wurde. Im März 1959 schrieb Thilo Koch in der Zeit:

„So verschleißt die aktualitätsgierige Öffentlichkeit einen vorzüglichen Mann; sie selber hat den Schaden davon. Denn wir haben in der jüngeren Politikergeneration nicht viele so begabte Männer und Demokraten wie Brandt. [...] Und Willy Brandt ‚kommt‘ so schön, ‚verkauft‘ sich so gut, er ist ein richtiger Reklameschlager. [...] Aber nicht alles, was für Berlin gut ist, ist auch gut für Willy Brandt. Er ist zu schade als Galionsfigur. [...] Willy Brandt, die Attraktion so vieler Schlagzeilen...“<sup>9</sup>

Es spricht vieles dafür, daß sich Brandt – zumal selbst Journalist – bereits in den fünfziger Jahren der Wirkung und der zunehmenden Bedeutung der Medien bei der Vermittlung von Politik und dem Erfolg von Politikern bewußt war und diese gezielt durch eine kalkulierte Kommunikationspolitik für seine Zwecke einsetzte. Dafür spricht auch, daß er ständig Kontakte zu führenden Journalisten der Bundesrepublik hielt und diese – wenn möglich – ausbaute.<sup>10</sup> Die Popularität, die sich Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin bei der Bevölkerung erworben hatte,<sup>11</sup> begün-

8 Vgl. V. Müller: *Axel Springers deutschlandpolitisches Engagement und seine Haltung zur Ostpolitik Willy Brandts*, Magisterarbeit Bochum 1997, S. 9ff.

9 *Die Zeit* vom März 1959.

10 Vgl. I. Ennen: *Die Kommunikations- und Informationspolitik Willy Brandts*, Magisterarbeit Mainz 1996, S. 32ff. Im Nachlaß Willy Brandts finden sich Korrespondenzen mit den meisten wichtigen Verlegern und Journalisten der sechziger und siebziger Jahre, so u. a. mit Rudolf Augstein, Henri Nannen und Axel Springer sowie mit Marion Gräfin Dönhoff, Günter Gaus und Klaus Harpprecht.

11 Daß Willy Brandt von der Bevölkerung seinerzeit vor allem mit seinem Amt als Regierender Bürgermeister von Berlin identifiziert wurde, darauf weisen u. a. Untersuchungen des Meinungsforschungsinstituts infas hin, die im Rahmen der „Deutschlandreise“ Brandts durchgeführt wurden. Vgl. Institut für angewandte Sozialwissenschaft: *Brandt unterwegs. Eine Untersuchung zur Resonanz der Deutschlandreise*, Bad Godesberg 1961, S. 19ff.

stigte sicherlich auch seine Aufstellung zum Kanzlerkandidaten der SPD auf dem Bundesparteitag 1960 in Hannover.

Der Wahlkampf 1961 ist für die Frage nach dem Brandt-Bild in der Bundesrepublik gleich mehrfach von Bedeutung: Es war der erste im hohen Grade professionalisierte Wahlkampf der beiden großen Parteien in der Nachkriegsgeschichte.<sup>12</sup> Dies fand seinen Ausdruck u. a. darin, daß nach einer vorher festgelegten Konzeption verfahren wurde, die nun auch von professionellen Werbeagenturen und nicht mehr hauptsächlich von ehrenamtlichen Wahlhelfern getragen wurde.<sup>13</sup> Darüber hinaus gewannen bei den Vorbereitungen und der Durchführung der Kampagne zunehmend Meinungsumfragen an Bedeutung. Zur Werbung bediente man sich neben dem traditionellen Werbemittel „Plakat“ auch des „Inserates“ und des „Fernsehspots“. Eine Entwicklung, die der Wirkungsweise und der zunehmenden Bedeutung des Fernsehens bei der politischen Meinungsbildung Rechnung trug.<sup>14</sup> Als Vorbild für dieses Vorgehen fungierte die Form sowohl der englischen als auch der amerikanischen Wahlkämpfe. Zwar hatte auch die CDU eigene Wahlkampfbeobachter nach England (1959) und zum Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1960 in die USA entsandt, doch waren die Anleihen am Kennedy-Wahlkampf bei der SPD am deutlichsten.<sup>15</sup>

Die sozialdemokratischen Wahlkampfstrategen stellten demzufolge die Person ihres Kandidaten in den Mittelpunkt der Kampagne.<sup>16</sup> Brandt sollte, als Gegenpol zu dem greisen Adenauer, eine neue, junge Politikergeneration, eine erneuerte SPD sowie den Aufbruch und die Modernisierung der Gesellschaft symbolisieren. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf der sogenannten „Gemeinsamkeitspolitik“.<sup>17</sup> Durch

12 *Zur Analyse des Wahlkampfes 1961* vgl. R. Wildenmann/E. K. Scheuch: *Der Wahlkampf 1961 im Rückblick*, in: dies. (Hg.): *Zur Soziologie der Wahl* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9), Köln/Opladen 1965, S. 39-73.

13 *Die SPD konnte 1961 auf einen erfahrenen Werbefachmann aus den eigenen Reihen zurückgreifen*. Vgl. ebd., S. 54.

14 *Zwar haben zeitgenössische Untersuchungen ergeben, daß der Tageszeitung im Wahlkampf 1961 immer noch eine zentrale Bedeutung für die politische Unterrichtung der Wählerschaft zukam, dennoch war trotz geringer Fernsehichte – nur ca. jeder dritte Haushalt verfügte zu diesem Zeitpunkt über einen Fernsehapparat – der Fernsehwerbespot eines der wirksamsten Mittel der parteieigenen Wahlpropaganda*. Vgl. Th. Wernerus: *Die Massenkommunikationsmittel und der Bundestagswahlkampf 1961*. Diss., Köln 1965, S. 129f.

15 *Im Oktober 1960 befand sich Klaus Schütz zur Beobachtung des Wahlkampfes in den USA*. In einem Brief an Willy Brandt vom 28. Oktober 1960 beschrieb er nicht nur seine Eindrücke, sondern favorisierte eindeutig die Übertragung der Linie Kennedys auf die deutschen Verhältnisse (WBA, Beruflicher Werdegang und Berlin, Mappe 24 [alte Signatur]).

16 *Zur Wahlkampagne der SPD im Detail* vgl. AdsD, SPD-Fraktion, 3. Wahlperiode, Mappen 624-632.

17 Vgl. dazu ausführlich B. Bouvier: *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung*, Bonn 1990.

das Bekenntnis, daß für zukünftige Politik vor allem die Interessen des Gemeinwohls und weniger parteipolitische Differenzen entscheidend sein sollten, wollte die SPD ihre potentielle Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen, verlor aber dadurch letztendlich zunehmend an eigenem Profil.<sup>18</sup> Des weiteren betonte man Brandts Verdienste als Regierender Bürgermeister von Berlin sowie seine außenpolitische Kompetenz. Letzteres wurde vor allem durch Bilder und Broschüren untermauert, die Brandt mit Kennedy sowie mit anderen führenden ausländischen Politikern, u. a. mit der Unterschrift „Vertrauen“, zeigten.

Die Wirkung dieser Werbestrategie hatte für Willy Brandt und die SPD gleichwohl nicht den gewünschten Erfolg. Dafür gab es mehrere Ursachen: Einerseits scheint es zu diesem Zeitpunkt für die SPD nicht ausgereicht zu haben, primär den „Kandidaten“ und weniger politische Inhalte in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Andererseits hat der Mauerbau am 13. August 1961, also nur wenige Wochen vor der Wahl, eher die CDU und Adenauer begünstigt, da diese für die Mehrheit der Bevölkerung vor allem für Stabilität und Kontinuität standen („Keine Experimente!“).<sup>19</sup> Der Stimmenanteil der SPD stieg zwar auf 36,2 Prozent, damit waren jedoch bei weitem nicht die Erwartungen erfüllt. Dennoch fand Brandt zunehmend Anhänger in der Bevölkerung, die ihn genau mit den obengenannten Attributen in Verbindung brachten.

## II. „Herr Brandt alias Frahm“ oder die Diffamierungskampagnen

Der Wahlkampf 1961 war auch durch Auseinandersetzungen in bis dahin unbekannter Schärfe um die Person Willy Brandts geprägt, die einen vorläufigen Höhepunkt bedeuteten. Die Zuspitzung der Angriffe der politischen Gegner auf die Person des SPD-Kanzlerkandidaten wurde durch das Vorgehen der SPD-Wahlkampfstrategen, bereits zu diesem Zeitpunkt ihr Konzept fast ausschließlich auf den Kandidaten auszurichten, zumindest mit begünstigt. Die wesentlichen Gründe für eine derart massive Diffamierungskampagne gegen den SPD-Kanzlerkandidaten lagen aber vor allem darin, daß erstmals seit 1949 ein Machtverlust für die CDU realistisch erschien und Adenauer zu Beginn des Wahlkampfes sowohl innerparteilich als auch in der Mei-

<sup>18</sup> Das Postulat der „Gemeinsamkeitspolitik“ wurde von der SPD bis zur sozialliberalen Koalition in den ganzen sechziger Jahren favorisiert. Der dadurch bedingte Profilverlust der Partei änderte sich erst wieder, als die SPD 1969 zusammen mit der FDP die Regierung stellte.

<sup>19</sup> Vgl. u. a. T. Prittie: *Willy Brandt. Biographie*, Frankfurt a. M. 1973, S. 246ff.

nung der Öffentlichkeit eine äußerst schwache Position hatte. Die Kontroversen im Wahlkampf 1961 trugen maßgeblich zu der divergierenden Beurteilung der Person Brandts in der Öffentlichkeit bei. Anschuldigungen gegen ihn – vor allem wegen seiner Emigrationszeit – tauchten seit seiner Rückkehr nach Deutschland immer wieder auf. Bereits 1947 mußte sich Brandt u. a. mit Vorwürfen auseinandersetzen, die ihn als angeblichen „kommunistischen Agenten“ denunzierten.<sup>20</sup> Nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten verschärfen sich derartige Angriffe.

Überließ die CDU die Initiative zunächst der rechtsgerichteten Presse, so ging die CSU direkt in die Offensive. Schon im November 1960 sah sich Brandt gezwungen, u. a. gegen Verleumdungen des Landtagsabgeordneten der CSU, Ludwig Huber, vorzugehen. Dieser hatte in einer Bezirksversammlung der Jungen Union behauptet, daß Brandt im Spanischen Bürgerkrieg „Rotfrontkämpfer“ und Angehöriger der „Internationalen Brigade“ gewesen sei sowie in norwegischer Uniform möglicherweise gegen Deutsche gekämpft habe.<sup>21</sup> Darüber hinaus wurde auf die Namensänderung des Sozialdemokraten eingegangen und ins Zwielficht gerückt. Hinzu kamen im Laufe des Wahlkampfes Anspielungen auf seine uneheliche Geburt und seinen „moralischen Lebenswandel“. Damit war das Spektrum der Vorwürfe und Verleumdungen umschrieben, die auf eine politische wie private „Unzuverlässigkeit“ des SPD-Kandidaten abzielten.

Vor allem die rechtsgerichtete Presse, wie die Passauer Neue Presse oder die Deutsche Zeitung, um nur zwei Beispiele zu nennen, tat sich durch massive Angriffe gegen Brandt hervor. Auch hier wurde in der Regel die Emigration als Aufhänger genutzt. Daneben wurden gezielt Verleumdungsschriften lanciert, so z. B. die Publikation „Die Kandidaten“ oder das unter dem Pseudonym „Claire Mortensen“ erschiene Buch „...da war auch ein Mädchen“,<sup>22</sup> in dem diverse Frauengeschichten Brandts an die Öffentlichkeit gezerrt wurden, darunter besonders eine Beziehung aus den frühen fünfziger Jahren zu der Journalistin Susanne Sievers. Indem man den Briefwechsel der beiden abdruckte, versuchte man, Brandt fehlende „bürgerlich-moralische“ Grundsätze nachzuweisen.

<sup>20</sup> Vgl. u. a. Schreiben Willy Brandts an Kurt Schumacher vom 23. Dezember 1947, in: WBA, *Beruflicher Werdegang und Berlin, Korrespondenz mit dem Parteivorstand 1947-1950*; Schreiben Willy Brandts an Ernst und Agnes Behm vom 12. Januar 1948, in: ebd., *Mappe 3 (alte Signatur)*.

<sup>21</sup> Schreiben Willy Brandts an Ludwig Huber vom 2. November 1960, in: AdSD, *SPD-Fraktion, 3. Wahlperiode, Mappe 623*.

<sup>22</sup> Vgl. u. a. *Der Spiegel* vom 20. September 1961. In dem Artikel wurde die Buchveröffentlichung dem damaligen CSU-Generalsekretär, Friedrich Zimmermann, sowie den Verlegern Hans Frederik und Johann Kapfinger zugeordnet.

Wie schon erwähnt, überließen die Politiker von CDU/CSU die Diffamierungen nicht nur der ihnen nahestehenden Presse, sondern beteiligten sich selbst aktiv an der Hetze. Die CSU gab eine Wahlkampfschrift mit dem Titel „Wer ist Willy Brandt? Wer ist Herbert Wehner?“ heraus, die in über 200.000 Exemplaren gedruckt wurde und in der wiederum die Vergangenheit der beiden SPD-Politiker in verzerrter Form dargestellt wurde. Es hieß darin u. a.:

„Je lauter die SPD einen Blankoscheck für Brandt fordert, desto eingehender soll und muß sich die Öffentlichkeit mit seiner Person beschäftigen, um daraus Schlüsse auf sein mögliches Verhalten in der Zukunft ableiten zu können; um so mehr, wenn das Programm der Partei – wie erwiesen – nicht bindet. Der Politiker Willy Brandt trägt diesen Namen erst seit 1933. [...] Allein diese Tatsache erscheint interessant genug, sich ein wenig genauer mit dem politischen Werdegang des SPD-Kanzlerkandidaten zu befassen.“<sup>23</sup>

Auch die CDU veröffentlichte im Juli 1961 unter dem Titel „Was will Willy Brandt“ eine Hetzschrift mit ähnlichem Tenor, die als Wurfsendung geplant war, jedoch per Gerichtsbeschuß verboten wurde.<sup>24</sup> Franz Josef Strauß betonte bei diversen Reden gern die „angeblichen Verfehlungen“ des SPD-Kanzlerkandidaten während seiner Emigrationszeit. So stellte er in einer Rede in Vilshofen im Februar 1961 die Frage: „Eines wird man doch Herrn Brandt fragen dürfen: Was haben Sie zwölf Jahre lang draußen gemacht? Wir wissen, was wir gemacht haben.“<sup>25</sup> Auch Bundeskanzler Adenauer scheute sich nicht, Brandt direkt anzugreifen. Sein Ausspruch „Herr Brandt alias Frahm“,<sup>26</sup> den er einen Tag nach dem Mauerbau in einer Wahlkampfreden fallen ließ, hatte zwar viel Kritik zur Folge, wurde und wird aber dennoch immer wieder zitiert.<sup>27</sup>

Willy Brandt und die SPD versuchten, sich gegen die Angriffe auf verschiedenen Ebenen zu wehren. Unterstützt wurden sie dabei von großen Teilen der Berliner und

<sup>23</sup> CSU-Wahlbroschüre von 1961 „Wer ist Willy Brandt? Wer ist Herbert Wehner?“.

<sup>24</sup> Vgl. Prittie, Brandt, S. 267.

<sup>25</sup> WBA, Beruflicher Werdegang und Berlin, Mappe 28/29 (alte Signatur).

<sup>26</sup> K. Adenauer: Wahlrede auf einer Großkundgebung in Regensburg am 14. August 1961, in: ders.: Reden 1917-1967. Eine Auswahl. Hg. von H.-P. Schwarz, Stuttgart 1975, S. 413-423, hier S. 417.

<sup>27</sup> Adenauer rechtfertigte seine Regensburger Rede in einem Schreiben an Brandt vom 31. August 1961 folgendermaßen (WBA, Beruflicher Werdegang und Berlin, Mappe 28/29 [alte Signatur]): „Die Angriffe, die Sie in Ihren Reden, insbesondere – in Kenntnis der Verhandlungen der Volkskammer – auch in Nürnberg, gegen die Bundesregierung und gegen mich persönlich gerichtet haben, haben mich gezwungen, in Regensburg deutlich zu antworten und darauf hinzuweisen, daß nicht eine Partei für sich allein das Recht des Angriffs in Anspruch nehmen, es einer anderen Partei aber verweigert werden kann. Ich glaube, wir sollten unter diesen Umständen von unmittelbaren Auseinandersetzungen auch sachlicher Art absehen.“

der linksliberalen Presse. Neben Unterlassungsklagen, so z. B. gegen den Passauer Verleger Kapfinger, versuchte man, in Presseerklärungen, offenen Briefen, z. B. an Strauß, sowie in Wahlkampfreden die Anschuldigungen zu widerlegen. Obwohl große Teile der Bevölkerung die letzten Wahlkampfwochen „als unangenehm“ empfanden,<sup>28</sup> ist davon auszugehen, daß die Schmutzkampagnen bei einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fielen. Daß die Diffamierungen relativ erfolgreich waren, hatte mehrere Gründe: Der zentrale Angriffspunkt der Kampagnen waren die Emigrationszeit und das dortige Verhalten des SPD-Kanzlerkandidaten. Damit schürte man nicht nur Vorbehalte gegen die Person Brandt, sondern knüpfte ganz eindeutig an bestehende Ressentiments in der Gesellschaft gegen Emigranten und Gegner des Nationalsozialismus an. Die fünfziger Jahre waren u. a. dadurch gekennzeichnet, daß die Mehrheit der Bevölkerung und der politischen Eliten versuchte, die NS-Vergangenheit möglichst zu verdrängen und nach „vorn“ zu schauen.<sup>29</sup> Dieser Schuldabwehr und weitgehenden Erinnerungsverweigerung standen Personen wie Brandt entgegen, die sich dem Nationalsozialismus verweigert hatten. Sie waren der lebende Beweis dafür, daß es Möglichkeiten gegeben hatte, sich dem NS-Regime zu entziehen oder es aktiv zu bekämpfen. Somit störten sie letztendlich den weitgehenden Verdrängungsprozeß und lösten bei vielen Zeitgenossen negative Reaktionen aus, die sich die politischen Gegner Brandts zu Nutze machten.

Auch die Hinweise auf Willy Brandts uneheliche Geburt und seinen angeblich „unmoralischen Lebenswandel“ knüpften eindeutig an in der Gesellschaft weit verbreitete Ressentiments an. Denn auch auf diesem Gebiet sind die fünfziger und beginnenden sechziger Jahre primär als Restaurationsphase einzustufen, in der traditionelle Familien- und Rollenmuster sowie kleinbürgerliche Moralvorstellungen den Zeitgeist maßgeblich bestimmten.<sup>30</sup>

Im Laufe der sechziger Jahre veränderten sich durch Intellektuelle, Künstler und vor allem im Zuge der Studentenbewegung nicht nur die Gesellschaft, der Zeitgeist, sondern auch die politische Kultur. Besonders die jüngere Generation, unterstützt von Künstlern und Intellektuellen, forderte eine offensive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Elterngeneration, eine umfassende Demo-

<sup>28</sup> Vgl. Wildenmann/Scheuch, Wahlkampf 1961, S. 60.

<sup>29</sup> Vgl. N. Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 397ff.; D. Garbe: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und „Vergangenheitsbewältigung“. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, in: A. Schildt/A. Sywottek (Hg.): Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998, S. 693-716.

<sup>30</sup> Vgl. u. a. M. Niehuss: Kontinuität und Wandel der Familien in den fünfziger Jahren, in: ebd., S. 316-334.

ktrisierung der Gesellschaft und einen Bruch mit dem „Muff der Ära Adenauer“. Etwas zeitversetzt zu dieser Entwicklung wandelte sich auch das Bild Willy Brandts in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, denn er schien mit seiner antifaschistischen Haltung, seinem Konzept einer umfassenden Modernisierung der Gesellschaft sowie seinen außenpolitischen Vorhaben ein Garant für gesellschaftliche und politische Veränderungen zu sein – dies, obwohl Brandts Verhältnis zur 68er-Bewegung als ambivalent zu bezeichnen ist.

Im Wahlkampf 1965 wurde von der CDU/CSU wieder ein sehr ähnliches Konzept der Verleumdungen und Diffamierungen gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Brandt verfolgt wie schon 1961. Die Themen, die CDU/CSU und rechts von ihnen stehende Kreise aufgriffen, waren wieder seine Emigration, die Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, das angebliche Kämpfen und Schreiben gegen Deutschland, der „Kommunismusvorwurf“, seine Namensänderung sowie seine uneheliche Geburt.<sup>31</sup> Hinzu kam – besonders von Seiten der CDU – massive Kritik an Brandts Politik in Berlin. Auch in diesem Fall war man mit den Angriffen erfolgreich. Das Ausmaß der Diffamierungen seitens des politischen Gegners nahm zwar nach der Amtsübernahme als Außenminister 1966 ab, sie verstummte jedoch letztendlich nie und wurde vor allem in Wahlkämpfen und Krisenzeiten immer wieder reaktiviert. Selbst noch im Wahlkampf des Jahres 1986 spielten die politischen Gegner wieder auf Brandts uneheliche Geburt an und streuten Gerüchte über den möglichen Vater des SPD-Vorsitzenden. Der Spiegel titelte „Vater und Sohn. Willy Brandt hat viele Väter. Im Wahlkampf ist jetzt noch einer dazugekommen“.<sup>32</sup> Auch posthum finden die Diffamierungskampagnen kein Ende, wie Veröffentlichungen über eine angebliche Agententätigkeit Willy Brandts für den sowjetischen KGB und den amerikanischen OSS während seiner Emigrationszeit zeigen.<sup>33</sup>

Wie fest verwurzelt die Vorbehalte gegen Brandt waren, zeigt auch die Aufnahme dieser Themen in Satiresendungen, wie z. B. die Äußerungen der Hauptfigur Alfred Tetzlaff in der beliebten Serie „*Ein Herz und eine Seele*“.<sup>34</sup> In der Folge vom 15. Januar 1973 lästerte Alfred im Gespräch mit seiner Frau über die Bundestagswahl des Jahres 1972:

<sup>31</sup> Vgl. u. a. AdSD, SPD-Bundestagsfraktion, 4. Wahlperiode, Mappe 1018; Dokumentation der Diffamierungskampagne 1965.

<sup>32</sup> Der Spiegel vom 22. Dezember 1986.

<sup>33</sup> Vgl. J. Hufelschulte: Deckname „Polarforscher“, in: Focus vom 12. April 1999; A. Frohn/K. Wiegrefe: Ein gern gesehener Agent, in: Der Spiegel vom 13. September 1999.

<sup>34</sup> Der Autor dieser Sendung, Wolfgang Menge, legte seinem Protagonisten nicht seine eigene Meinung, sondern „Volkes Stimme“ in den Mund.

„Weil genau an dem Tag [gemeint ist der Tag der Wahl am 19. November 1972, D.M.] dieser Mann mit dem Künstlernamen Willy Brandt wieder zum Bundeskanzler gewählt worden ist.“<sup>35</sup>

Wie sensibilisiert die Öffentlichkeit besonders in den sechziger Jahren bis zum Kanzlerrücktritt auf den Politiker Brandt und seine Handlungen war, zeigt auch, daß auf die unterschiedlichsten Verhaltensweisen von ihm selbst oder seiner Familie mit einer Flut von Briefen und Zeitungsartikeln reagiert wurde. Das Spektrum reichte dabei von nicht ordnungsgemäß getragener Kleidung bis hin zu politischen Fragen und dem Verhalten seiner Söhne in der Öffentlichkeit, wie z. B. den politischen Aktivitäten Peter Brandts oder der Mitwirkung seiner Söhne bei der Verfilmung der Novelle „Katz und Maus“ von Günter Grass. Dort läßt Lars Brandt in einer Szene ein Ritterkreuz in seine Badehose fallen. Dies löste heftige Kritik von vielen ehemaligen Kriegsteilnehmern aus und wurde von den Gegnern Brandts genutzt, da es doch aus ihrer Sicht die These von dem angeblichen „Vaterlandsverräter“ zu untermauern schien.<sup>36</sup>

### III. Der Aufstieg zum Denkmal

Die Zeit Brandts als Außenminister der Großen Koalition seit Dezember 1966 festigte sein Image als kompetenter und im Ausland anerkannter Politiker. Die Teilhabe an der Regierungsmacht trug zur positiveren Bewertung seiner Person bei. Folgt man den Ergebnissen einer Meinungsumfrage vom Februar 1968, war Brandt, hinter Kiesinger und vor Strauß und Schiller, der beliebteste Politiker der Bundesregierung.<sup>37</sup>

Nach dem Amtsantritt als Bundeskanzler im Jahr 1969 setzte sich der Wandel des Bildes von Willy Brandt in der Bevölkerung der Bundesrepublik dann beschleunigt fort. Aus dem einstigen „Vaterlandsverräter“ wurde für viele eine „Kultfigur“, die „Ikone einer neuen Ära“, das Synonym für ein gutes, ein besseres Deutschland im In- und Ausland. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellt das Jahr 1972 mit dem überragenden Wahlsieg Brandts und der SPD dar.

Die Faktoren für den „Einstellungswandel“ liegen in den bereits erwähnten Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse seit Mitte der sechziger Jahre und in den außenpolitischen Konstellationen dieser Zeit. Darüber hinaus spielte es eine

<sup>35</sup> Sendung vom 15. Januar 1973 in der ARD mit dem Titel „Das Hähnchen“.

<sup>36</sup> Vgl. u. a. WBA, SPD-Parteivorsitzender, Mappe 43.

<sup>37</sup> Vgl. Die Welt vom 19. Februar 1968. Während der Großen Koalition stand zeitweise Wirtschaftsminister Schiller in der Gunst der Bevölkerung vor Willy Brandt.

große Rolle, daß durch die Übernahme der Regierungsverantwortung die erfolgreiche Umsetzung der zuvor postulierten Politik möglich geworden war und sich damit auch die Sehnsüchte vieler Deutscher zu erfüllen schienen. Entscheidend dazu beigetragen haben allerdings auch die Medienpolitik Brandts und die massive Unterstützung seiner Person und Politik durch viele Journalisten und große Teile der Massenmedien, hier allen voran die linksliberale Presse, die sich dadurch die Umsetzung der eigenen politischen Anliegen versprach.<sup>38</sup> Die „Hilfe“ der Medien ging schon im Wahlkampf 1969 weit über das übliche Maß hinaus.<sup>39</sup> Nach 20 Jahren CDU-Regierung schien die Zeit nun endlich gekommen, einen wirklichen Regierungswechsel herbeizuführen. Nach der Wahl Brandts zum Bundeskanzler erschienen in fast allen Zeitungen Porträts, die seinen nicht immer einfachen und gradlinigen Lebensweg würdigten sowie die Emigrationszeit und die Herkunft aus einfachen Verhältnissen positiv bewerteten – ein deutliches Zeichen des Einstellungswandels.<sup>40</sup> Nach der Wahl schien Brandt zunächst alle Hoffnungen zu erfüllen, dementsprechend war auch seine Popularität sehr hoch. Unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ versprach er in seiner ersten Regierungserklärung einen innenpolitischen „Aufbruch“, und die Umsetzung seiner Ostpolitik ließ auf eine Verständigung zwischen West und Ost und damit eine neue Außenpolitik hoffen.<sup>41</sup> So waren es dann vor allem auch seine Ost- und Deutschlandpolitik und die daraus resultierende Anerkennung im Ausland, die seine Popularität ständig wachsen ließen.<sup>42</sup> An dieser Stelle seien nur einige herausragende Ereignisse genannt: der Kniefall von Warschau im Dezember 1970, „Man of the Year“ 1970 und die Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahre 1971.

All das trug mit dazu bei, daß es, mit einigen kleinen Einbrüchen Mitte 1970 und 1971, zu einer regelrechten „Verehrungswelle“ kam, die zum Teil grotesk anmutende Formen annahm. Die Verehrung ging so weit, daß Brandt vom alltäglichen politischen

38 Vgl. A. Zons: *Das Denkmal. Bundeskanzler Willy Brandt und die linksliberale Presse. Inhaltsanalyse des Einstellungswandels in den Zeitungen und Zeitschriften Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Spiegel, Stern und Zeit, München 1984.*

39 Vgl. ebd., S. 19ff. Einige Monate vor Wahlkampfbeginn waren Brandts Umfragewerte noch sehr schlecht, er stand in der Gunst der Wähler weit hinter Wirtschaftsminister Karl Schiller. Dies änderte sich jedoch wieder, da die Kompetenzen Brandts als Außenminister zunehmend Anerkennung in der Bevölkerung fanden.

40 Vgl. u. a. Frankfurter Rundschau vom 6. Oktober 1969, Der Spiegel vom 3. November 1969, Frankfurter Allgemeine vom 22. Oktober 1969.

41 Vgl. den Wortlaut der Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969, in: *Auftakt zur Ära Brandt. Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969.* Hg. von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin 1999, S. 67ff.

42 Um Wiederholungen zu vermeiden, wird in diesem Beitrag nicht weiter auf die Wirkung der Deutschland- und Ostpolitik in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eingegangen. Vgl. dazu ausführlich den Beitrag von Manuela Glaab in diesem Heft.

Geschehen abgekoppelt wurde. Er war der „Friedenskanzler“. In dieser Euphorie traten die Diffamierungen der sechziger Jahre zurück. Dennoch muß betont werden, daß sie immer wieder vorgebracht wurden und längst nicht alle Bürger, wie aus Umfragen und persönlichen Zuschriften hervorgeht, die ost- und deutschlandpolitischen Aktivitäten des Bundeskanzlers billigten. Auch in dieser Frage polarisierte Brandt wieder die Bevölkerung. Entweder man war für oder gegen ihn und seine Politik, ein Sowohl-als-auch schien es nicht zu geben.

Der Wahlkampf 1972 bedeutete den Höhepunkt der Popularität und des Personenkults um Willy Brandt.<sup>43</sup> Die Kampagne der SPD wurde nur noch auf die Person des Kanzlers zugeschnitten. Unter dem Motto „Willy wählen“ engagierten sich weite Teile der Gesellschaft für die Wiederwahl ihres Kanzlers, den die Opposition durch ein Mißtrauensvotum hatte absetzen wollen. Es ist eine starke Politisierung der breiten Massen festzustellen, die nicht nur die Person des Bundeskanzlers, sondern auch die Politik unterstützten, für die er stand.

Wie schon im Wahlkampf 1969 warben überall im Land die maßgeblich von Günter Grass initiierten „Sozialdemokratischen Wählerinitiativen“ (SWI) für den Bundeskanzler.<sup>44</sup> Günter Grass war dann auch sehr zuversichtlich, was die Erfolgchancen des Wahlkampfengagements für Brandt angingen. Er schrieb dem Kanzler dazu im August 1972:

„1. Der Wahlkampf der Solidarisierung wird stattfinden; 2. Diesmal müssen wir eine Kopf-an-Kopf-Propaganda nicht fürchten, sondern eher fördern; 3. Die Situation scheint für Dich gemacht zu sein, denn früh und rechtzeitig beginnst Du, locker, gelöst und bestimmt zu kämpfen...“ Willy Brandt kommentierte: „Hoffentlich hat er Recht.“<sup>45</sup>

Grass sollte Recht behalten. Eine große Zahl von Künstlern, Intellektuellen, Wissenschaftlern und Journalisten stellte unter dem Motto „Bürger für Brandt“ ihren Namen und ihre Person für die Wahlwerbung der SPD zur Verfügung. Das „Brandt-Fieber“ schien alle Berufs- und Bevölkerungsschichten erfaßt zu haben. Unter dem Titel „Willy-Kult im Kirchenvolk?“ berichtete die Bonner Rundschau von einer Werbeaktion evangelischer Christen, die mit dem Slogan „Auch Christus würde Willy Brandt wählen“ Wahlkampf gemacht hatten.<sup>46</sup>

43 Zum Wahlkampf 1972 vgl. ausführlich A. Müller: *Willy wählen '72. Siege kann man machen, Annweiler 1997.*

44 Vgl. D. Münkler: *Intellektuelle für die SPD. Die Sozialdemokratische Wählerinitiative*, in: Th. Hertfelder/5. Hübinger (Hg.): *Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik*, Stuttgart 2000 (i. E.).

45 *Tagebucheintrag Willy Brandts vom 22. August 1972*, in: *WBA, Persönliche Unterlagen, Mappe 18.*

Brandt selbst war nicht von Anfang an von der Möglichkeit eines überragenden Wahlsieges überzeugt. So schrieb er am 18. August 1972 in sein Wahlkampfstagebuch: „Nirgends steht geschrieben, daß wir – Sozialdemokraten und Freie Demokraten – es bei den Wahlen schaffen werden. [...] Unser Risiko, daß manche, auf deren Stimme es ankommt, sich trotz der kurzen Zeit nicht mehr daran erinnern werden, was im Frühjahr zur Lähmung des Parlaments geführt hat – und was uns, wären Neuwahlen gleich möglich gewesen, eine eindeutige Mehrheit gebracht hätte. Es wird darauf ankommen, den Anhängern und Sympathisanten und durch sie vielen Wählern klarzumachen, wieviel auf dem Spiel steht.“<sup>47</sup>

Trotz dieser Bedenken wurden der Wahlkampf und die Veranstaltungen des Bundeskanzlers zu einer Art Triumphzug durch die Republik. Unter dem Titel „Brandt: locker in die letzte Runde“ hieß es z. B. im November 1972 in *Die Zeit*:

„Da stehen die Wähler Kopf an Kopf, oft zu Zehntausenden, und wenn der Bundeskanzler erscheint, wird das Meer der Menschen von einer Grundwelle der Begeisterung hochgerissen. Kinder emporgehalten, Sprechchöre ‚Willy, Willy‘ branden auf – die Menge ist bereit sich von der Stimmung forttragen zu lassen. [...] Der Kanzler ist heute eine Symbolfigur für die Bundesrepublik geworden, wie es einst Konrad Adenauer war. [...] Obwohl der Politiker Brandt weiß, daß Stimmungen noch nicht Stimmen sind – unberührt von der Stimmung bleibt auch er nicht. Die Sympathie, die manchmal fast den Grad der *Unio mystica*<sup>48</sup> erreicht, trägt ihn.“<sup>49</sup>

Diese fast schon an Euphorie grenzende Begeisterung für den Kanzler, die ihn zu einer Art säkularisierten „Heiligen“ stilisierte, darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch im Wahlkampf des Jahres 1972 wieder seitens der Opposition und der ihr nahestehenden Presseorgane Verleumdungskampagnen gab.<sup>50</sup> Neben den bereits bekannten Angriffspunkten wurde nun auch die Politik des Kanzlers massiver Kritik ausgesetzt. Diesmal war die Resonanz solcher Angriffe jedoch relativ gering. Das Wahlergebnis am 19. November 1972 entsprach dann auch mit 45,8 Prozent für die SPD der Stimmung in der Bevölkerung.<sup>51</sup>

46 Vgl. *Bonner Rundschau* vom 22. Januar 1973.

47 WBA, *Persönliche Unterlagen*, Mappe 18; W. Brandt: *Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz*, Hamburg 1974, S. 42.

48 Dabei handelt es sich um einen spätmittelalterlichen Terminus für die Beschreibung von Volksfrömmigkeit.

49 *Die Zeit* vom 17. November 1972.

50 Vgl. u. a. Briefe von Holger Börner an das Büro des SPD-Vorsitzenden vom November 1972, in: WBA, *Persönliche Unterlagen*, Mappe 108; *Pressedienst der SPD* vom 27. September 1972.

51 Dabei handelt es sich um das beste Wahlergebnis, das die SPD bei nationalen Wahlen jemals – bis heute – erzielte.

#### IV. Der Abstieg

Gleich nach dem Wahlerfolg setzte ein Popularitätsverlust ein, der sich mit Unterbrechungen bis zum Rücktritt Brandts 1974 verstärkte. Dieser Umstand mag zunächst verwundern, er hatte jedoch ein ganzes Bündel von Ursachen: Geschwächt und krank von den Strapazen des Wahlkampfes, nahm der Kanzler kaum an den Verhandlungen über die neue Regierung teil, was einen nicht unerheblichen Autoritätsverlust zur Folge hatte. Hinzu kamen ökonomische Probleme, eine Ernüchterung in der Ostpolitik – so waren die Verträge 1973 weitgehend abgeschlossen – erneute Fragen nach den Führungsqualitäten des Kanzlers sowie koalitionsinterne- und innerparteiliche Querelen.<sup>52</sup> Letztere bezogen sich vor allem auf die Auseinandersetzungen mit den Jusos und dem sogenannten „linken Flügel“.<sup>53</sup> In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, daß auch in den fünfziger und sechziger Jahren Brandt und seine Politik nicht immer die volle Unterstützung in der eigenen Partei fanden und er auch dort zum Teil massiven Angriffen ausgesetzt war. In den fünfziger Jahren sind hier einerseits die Auseinandersetzungen bzw. Flügelkämpfe in der Berliner SPD<sup>54</sup> und andererseits die Konflikte mit dem Parteivorstand in Hannover/Bonn wegen der Frage Opposition oder Regierungsbeteiligung zu nennen. Anfang der sechziger Jahre waren es zunächst die vor allem von älteren Parteigenossen kritisierten programmatischen und organisatorischen Reformen der Partei, die mit einer Öffnung der SPD hin zur „Mitte“ sowie neuen Formen der Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampfpraktik einhergingen, die Anlaß zur innerparteilichen Konfrontation boten. Die Äußerungen eines älteren Parteimitgliedes, daß er vor vielen Jahren „einer sozialdemokratischen und nicht einer Willy-Brandt-Partei beigetreten“<sup>55</sup> sei, spiegelte die Meinung nicht weniger Parteimitglieder zu diesem Zeitpunkt wider. 1966/67 war dann die Frage der Großen Koalition zentraler Streitpunkt innerhalb der Partei.<sup>56</sup> Willy Brandt wurde von den Gegnern einer Großen Koalition besonders stark angegriffen, da er selbst sehr lange gegen ein solches Bündnis gewesen war und somit für nicht wenige „unglaublich“ und „opportunistisch“ wirkte. Zahlreiche Äußerungen und Briefe von Partei-

52 Vgl. dazu ausführlich Zons, *Das Denkmal*, S. 93ff.

53 Vgl. P. Arend: *Die innerparteiliche Entwicklung der SPD 1966 bis 1975*, Bonn 1975.

54 Vgl. A. Ashkenasi: *Reformpartei und Außenpolitik. Die Außenpolitik der SPD Berlin-Bonn, Köln/Opladen* 1968, S. 50ff. und 131ff.

55 WBA, *Beruflicher Werdegang und Berlin*, Mappe 49 (alte Signatur).

56 K. Schönhoven: *Entscheidung für die Große Koalition. Die Sozialdemokratie in der Regierungskrise im Spätherbst 1966*, in: W. Pyta/L. Richter (Hg.): *Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb*, Berlin 1998, S. 379-397.

mitgliedern, linken Intellektuellen und Künstlern an Brandt zeugen davon.<sup>57</sup>

Daß aus den obengenannten Gründen die Unterstützung der Presse weitgehend ausblieb bzw. sich teilweise ins Gegenteil verkehrte („Kanzler in der Krise“<sup>58</sup>, „Der Rost nagt am Kanzlerdenkmal“<sup>59</sup>), verstärkte den negativen Trend massiv.

Der Bundesparteitag der SPD im April 1973 in Hannover bedeutete für Brandt noch einmal einen großen Erfolg. Seine Autorität schien wiederhergestellt, und die innerparteilichen Flügelkämpfe konnten weitgehend zurückgestellt werden. Auch als im Juni 1973 Bestechungsversuche im Zuge des konstruktiven Mißtrauensvotums bekannt wurden, beeinträchtigten sie zunächst nicht die Beliebtheit des Kanzlers. Brandt hatte im Juli 1973 wieder einen hohen Rückhalt in der Bevölkerung: Laut Umfrageergebnissen war er bei 76 Prozent der Befragten „wohlgelitten“.<sup>60</sup> Dieser Popularitätsanstieg war jedoch nicht von langer Dauer. Angriffe seitens der Presse, aus den eigenen Reihen – so die negativen Äußerungen Wehners in Moskau über Brandts Führungsstil –, das Stagnieren der Reformen im Innern sowie wirtschaftliche Probleme waren wesentliche Faktoren, die bis zu Brandts Rücktritt zu einem stetigen Prestigeverlust beitrugen.<sup>61</sup>

Die hohen Erwartungen, die große Teile der Bevölkerung, Künstler, Intellektuelle und Journalisten an den von ihnen zum Idol stilisierten Kanzler Willy Brandt stellten, konnte dieser nur begrenzt erfüllen. Letztendlich verwundert es kaum, daß der Verlust der Popularität gleich nach dem Höhepunkt des Erfolges einsetzte. Die zu hohen Ansprüche, die Idealisierung der Person des Bundeskanzlers ließen für politische und menschliche Schwächen keinen Raum mehr. Da diese jedoch nach 1972 zunehmend zu Tage traten, mußten sie den „Sturz des Denkmals“ beschleunigen.

#### V. Schluß und Ausblick

Gleich nach dem Rücktritt 1974 stieg die Popularitätskurve des ehemaligen Bundeskanzlers wieder an. Umfragen kurz nach dem Rücktritt ergaben ein „allgemeines

57 Vgl. u. a. WBA, SPD-Parteivorsitzender, Landesverbände und Bezirke, Mappen 2 und 3.

58 Der Spiegel vom 10. Dezember 1973.

59 Handelsblatt vom 17. Dezember 1973.

60 Zons, Das Denkmal, S. 111.

61 Vgl. ebd., S. 122ff. Laut Umfrageergebnissen von Allensbach hatten auf die Frage „Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik von Bundeskanzler Willy Brandt einverstanden?“ im Dezember 1972 72 Prozent, im Februar 1973 53 Prozent, im März 1973 46 Prozent, im Dezember 1973 38 Prozent und im Januar 1974 nur 35 Prozent der Bevölkerung mit „ja“ geantwortet. Vgl. Frankfurter Allgemeine vom 9. Mai 1974.



Der Spiegel

*Nach dem grandiosen Wahlsieg 1972 setzen Ölkrise und Rezession die Regierung Brandt/Scheel unter Druck.*

Bedauern“<sup>62</sup> über den Schritt: 63 Prozent der Befragten waren dieser Ansicht. Und die FAZ titelte „Kein persönlicher Popularitätsverlust“<sup>63</sup>. Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Mehrheit der Bevölkerung einen Rücktritt nicht erwartet hatte und auch nicht für notwendig hielt. So verwundert es kaum, daß sowohl in der linksliberalen Presse als auch in der Bevölkerung Brandt relativ schnell wieder hohes Ansehen genoß.<sup>64</sup> Es gelang ihm in der Folgezeit, durch seine Aktivitäten als SPD-Parteivorsitzender und Vorsitzender der *Sozialistischen Internationale* die Anerkennung zu erhalten. Dennoch hörten die Diffamierungen nie ganz auf.

Zusammenfassend läßt sich zum Brandt-Bild in der Bundesrepublik bis 1974 konstatieren: Die Beurteilung der Person Brandts bis Mitte der siebziger Jahre war immer auch ein Spiegel der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Seine Person verband sich für die einen mit der Hoffnung auf ein besseres, demokratischeres, modernes Deutschland; für die anderen war und blieb er der Emigrant, der „Vaterlandsverräter“ und der „Kommunist“. Nur daß sich im Zuge der gesellschaftlichen Veränderungen seit Mitte der sechziger Jahre und den konkreten Erfolgen der Politik der sozialliberalen Koalition die Gewichtungen änderten. Für die Mehrheit der Bevölkerung wurde aus dem „Vaterlandsverräter“ fast ein „Heiliger“. Dieser Wandel ist auch als Indiz dafür zu werten, daß die politischen Auseinandersetzungen seit Mitte der sechziger Jahre an Schärfe eingebüßt hatten und ein größerer Grundkonsens in der Gesellschaft – als noch zehn Jahre vorher – hergestellt war.

Als 1989/90 durch Mauerfall und Wiedervereinigung die Vollendung des Lebenswerkes Willy Brandts Wirklichkeit geworden zu sein schien, erlebte er kurz vor seinem Tod noch einmal eine regelrechte „Renaissance“. Man denke nur an die Fernsehbilder von der Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg am 10. November des Jahres 1989: Willy Brandt wurde von den Massen bejubelt, Bundeskanzler Helmut Kohl „ausgebuht“. Sieben Jahre nach seinem Tod steht das „Denkmal Willy Brandt“ posthum fest auf seinem Sockel: In fast jedem längeren Presseartikel zum Bundestagswahlkampf der SPD im Jahr 1998 und über den Regierungswechsel sowie in vielen Kommentaren zur Politik der rot-grünen Bundesregierung tauchte und taucht Willy Brandt als Vorbild auf – populär auch über die Parteigrenzen hinweg.

62 infas Politogramm, Blitzumfrage zum Kanzlerwechsel vom 9.-11. Mai 1974, S. 1.

63 Frankfurter Allgemeine vom 9. Mai 1974.

64 Vgl. Zons, *Das Denkmal*, S. 156ff.

## MANUELA GLAAB

### *Die Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts in der öffentlichen Meinung*

Kontroversen zur deutschen Frage kennzeichnen die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Im Kern ging es dabei um den richtigen Weg und die Intentionen zur Erfüllung des Grundgesetzauftrags zur Wiederherstellung der Einheit in Freiheit. Stand in der Ära Adenauer das Spannungsverhältnis zwischen Westintegration und Wiedervereinigungsziel im Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen<sup>1</sup>, so lautete der Hauptvorwurf an die von Willy Brandt geführte sozial-liberale Koalition, die Teilung Deutschlands werde durch die neue Deutschland- und Ostpolitik endgültig besiegelt.<sup>2</sup> Im folgenden sollen jedoch weder die Vertragspolitik mit der Sowjetunion, Polen, DDR und ČSSR dargestellt, noch die hierüber geführte politisch-publizistische Debatte nachgezeichnet werden. Vielmehr geht es darum, die Einstellungsentwicklung in der westdeutschen Bevölkerung zu untersuchen: Wie standen die Bundesbürger zu normativen Grundpositionen und operativen Weichenstellungen der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik, die von Bundeskanzler Brandt in den Jahren 1969 bis 1974 vertreten wurden?<sup>3</sup>

Dieser Frage wird im folgenden anhand ausgewählter Einstellungsindikatoren der Umfrageforschung nachgegangen: Einführend ist zu klären, wie sich die Grundorientierungen der Westdeutschen zur deutschen Frage Ende der sechziger Jahre darstellten. Von besonderem Interesse sind hierbei die Konsequenzen des Mauerbaus vom 13. August 1961. Zweitens gilt es, die öffentliche Meinung zu zentralen Aspekten der neuen Deutschland- und Ostpolitik näher zu bestimmen. Dabei wird insbesondere zu prüfen sein, inwieweit die Politik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wurde oder von deren Vor-

1 Vgl. beispielsweise K.-E. Hahn: *Wiedervereinigung im Widerstreit. Einwirkungen und Einwirkungsversuche westdeutscher Entscheidungsträger auf die Deutschlandpolitik Adenauers von 1949 bis zur Genfer Viermächtekonferenz 1959*, Hamburg 1993.

2 Vgl. etwa K. Niclauß: *Kontroverse Deutschlandpolitik. Die politischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland über den Grundlagenvertrag mit der DDR*, Frankfurt a. M. 1977.

3 Zur Haltung der DDR-Bevölkerung liegen nur wenige gesicherte Erkenntnisse vor; eine knappe Einordnung vgl. bei M. Glaab: *Die deutsche Frage im Bewußtsein der Deutschen. Einstellungen und Perzeptionsmuster der Bevölkerung in Ost und West*, in: P. März (Hg.): *40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland. Eine Bilanz*, München 1999, S. 47-60.

stellungen abwich. Die präsentierten Befunde beschränken sich hierbei auf die Kernfragen: den Stellenwert der deutschen Frage, die Oder-Neiße-Problematik, die Anerkennung der DDR und die Aufnahme der Verhandlungen. Abschließend soll eine bilanzierende Gesamtbewertung der neuen Deutschland- und Ostpolitik aus Sicht der westdeutschen Bevölkerung vorgenommen werden.

Die Sekundäranalyse stützt sich auf die Auswertung eines umfangreichen demoskopischen Datenbestands, der von 1949 bis 1990 vorwiegend von den Meinungsforschungsinstituten Emnid, Infratest, dem Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Infas) sowie dem Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach in der Bundesrepublik Deutschland erhoben wurde.<sup>4</sup> Auf dieser Grundlage lassen sich Einstellungsverteilungen im repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt abbilden und im Zeitverlauf beobachten. Neben grundsätzlichen methodischen Problemen bei der Interpretation quantitativer Umfragedaten sind im vorliegenden Zusammenhang besonders folgende qualitative Aspekte zu berücksichtigen: Ebenso wie Brandts deutschland- und ostpolitische Konzeption nicht erst während seiner Amtszeit als Bundeskanzler entstand, lassen sich die relevanten Einstellungsmuster und -trends nur erfassen, wenn Umfragedaten früherer Jahre einbezogen und zumindest punktuell erläutert werden. Hinzu kommt, daß die Einstellungsentwicklung zur Deutschland- und Ostpolitik nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang der allgemeinen innenpolitischen Tagesordnung und Stimmungslage zu betrachten ist. Vor allem aber reflektiert sie zu einem nicht quantifizierbaren Grad das weltpolitische Klima des Ost-West-Konflikts. Einige Beispiele mögen dies illustrieren: So war die Grundhaltung der Westdeutschen in den fünfziger Jahren von einem dezidierten Antikommunismus bestimmt, der durchaus im Einklang mit Adenauers scharfer Abgrenzungspolitik gegenüber dem Osten stand. Dagegen verbesserte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, nach dem Amtsantritt Michail Gorbatschows als Staats- und Parteichef in der Sowjetunion, nicht nur die Wahrnehmung der sozialistischen Staatenwelt; auch die DDR und die innerdeutschen Beziehungen wurden in diesen Jahren in einem positiveren Licht gesehen. Der zeitgeschichtliche Kontext ist somit bei der Interpretation von Umfragedaten zur Deutschland- und Ostpolitik stets einzubeziehen, kann allerdings im Rahmen dieses Beitrags nicht detailliert ausgeführt werden.

4. Umfassend hierzu vgl. M. Glaab: *Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*, Opladen 1999; die im folgenden angeführten Befunde sowie weitere relevante Umfrageergebnisse sind dort detailliert zu entnehmen.

### 1. Die „verzögerte Schockwirkung“ des Mauerbaus 1961

„Der Tag, an dem der Bau der ‚Mauer‘ befohlen wurde, der 13. August 1961, war ein warmer Sommertag. Viele meiner Mitbürger, die ihre Ferien nicht außerhalb der Stadt verbringen konnten, hatten sich auf einen unbeschwerten Badeausflug zu einem der Seen am Rande der Stadt, vielleicht auch auf ein paar Stunden der Lektüre gefreut. Die Frühnachrichten schreckten sie auf: Die beiden Teile Berlins wurden voneinander abgeriegelt. Der 13. August wurde ein Tag des Entsetzens, der Angst und Verwirrung.

Mich zwang dieser Einschnitt, die äußeren Faktoren zu überdenken, von denen die deutsche und europäische Politik in den nächsten Jahren abhängig sein würde.“<sup>5</sup> Keineswegs zufällig bildet die Nachricht des soeben begonnenen Mauerbaus am 13. August 1961 den Auftakt von Willy Brandts 1976 publizierten Erinnerungen. Vielmehr ist dieses Ereignis der zentrale Bezugspunkt des neuen deutschland- und ostpolitischen Konzeptes, das in Kreisen um den damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin und SPD-Kanzlerkandidaten entwickelt wurde. Verlauf und Ergebnis der zweiten Berlin-Krise sollten weitreichende innenpolitische wie auch außenpolitische Konsequenzen nach sich ziehen.<sup>6</sup> Auch die öffentliche Meinung blieb hiervon nicht unberührt, vielmehr entfaltete der Mauerbau eine „verzögerte Schockwirkung“. Der 13. August 1961 führte zwar nicht unmittelbar zu einer Umkehrung aller deutschlandpolitischen Vorstellungen und Positionen, doch mit einigem zeitlichen Abstand wird ersichtlich, daß dieses Datum für die Westdeutschen einen tiefgreifenden Einschnitt bedeutete. Vor allem trat mit dem Berliner Mauerbau ein Faktum offen zutage, welches bis dahin von der kraftvollen deutschlandpolitischen Rhetorik überlagert worden war: Eine Vereinigung Deutschlands stand auf absehbare Zeit nicht auf der weltpolitischen Tagesordnung.

Kurzfristig allerdings gewannen nationale Anliegen infolge der Abriegelung des östlichen Teils Deutschlands in den Augen der Bevölkerung ein noch stärkeres Gewicht. So zeigen Umfragen zu den wichtigsten anstehenden Aufgaben und Problemen, daß bald nach Beendigung der Mauerkrise einer Überwindung der deutschen Teilung der höchste politische Stellenwert beigemessen wurde. Am Wunsch nach Wiedervereinigung hielten die Westdeutschen ebenso mit großer Mehrheit fest wie an den tradierten Statuspositionen der Deutschlandpolitik (Alleinvertretungs-

5. W. Brandt: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, Hamburg 1976, S. 9.

6. Weiterführend vgl. P. Bender: *Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung*, 3. Überarb. u. erweit. Neuaufl., München 1995.

anspruch, Nichtanerkennung von DDR und Oder-Neiße-Linie). In der Längsschnittperspektive ist jedoch ablesbar, daß sich mit diesem Ereignis die Koordinaten der Einstellungsentwicklung zur deutschen Frage erheblich verschoben: Berlin wurde zum Synonym für die Teilung Deutschlands. Die von Konrad Adenauer verfolgte „Politik der Stärke“, die auf eine dezidierte Abgrenzungsstrategie gegenüber dem Osten setzte, hatte erkennbar an Glaubwürdigkeit verloren; das Ansehen des Bundeskanzlers – der nicht sofort nach Berlin gereist war, sondern seine Wahlkampftour wie geplant fortsetzte – hatte merklich gelitten.<sup>7</sup> Der seit Mitte der fünfziger Jahre – da Bundesrepublik und DDR in die antagonistischen Bündnisssysteme NATO und Warschauer Pakt eingebunden wurden – sich mehrende Pessimismus hinsichtlich einer Realisierbarkeit der Wiedervereinigung stieg nach dem Mauerbau weiter an. Ein nationales Kernanliegen wich in diesen Jahren bereits der Resignation: Seit der zweiten Berlin-Krise rechneten wachsende Teile der Bevölkerung nicht mehr mit einer Rückgewinnung der ehemals deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße.

Der Mauerbau bildet somit nicht nur ein zentrales Motiv der Brandtschen Deutschland- und Ostpolitik, sondern auch den Referenzpunkt eines weitreichenden Einstellungswandels in der Bevölkerung. In seiner Gesamttendenz führte dieser Einstellungswandel in der Phase des Übergangs von 1963 bis 1969 weg von den starren Statuspositionen der Adenauer-Ära hin zu einer operativen Deutschlandpolitik. Weder die „Politik der Bewegung“ der Regierung Erhard/Schröder, noch die Große Koalition vollzogen allerdings konsequent die Neuorientierung. Erst der Amtsantritt der Regierung Brandt/Scheel am 21. Oktober 1969 brachte die Zäsur. Das eher ausgleichende Leitmotiv der Regierungserklärung – „Kontinuität und Erneuerung“<sup>8</sup> – vermag dies kaum zu überdecken. „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein“<sup>9</sup> – diese Formel brachte die grundlegend neue Position der Bundesrepublik gegenüber der DDR deutlich zum Ausdruck. Erklärte Zielsetzung war es dabei, „[...] über ein geregelt Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen.“<sup>10</sup> In der Anfangsphase der sozial-liberalen Koalition herrschte Aufbruchstimmung, auch und gerade auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik.<sup>11</sup>

7 Zur Rolle der zweiten Berlin-Krise im Bundestagswahlkampf von 1961 vgl. R. Wildenmann/E. K. Scheuch: *Der Wahlkampf 1961 im Rückblick*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (1965) Sonderheft Nr. 9, S. 39-73.

8 *Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag vom 28. Oktober 1969*, in: *Bulletin*, Nr. 132 vom 29. Oktober 1969, S. 1121-1128.

9 *Ebd.*, S. 1122.

10 *Ebd.*, S. 1121.

11 Vgl. z. B. A. Baring: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982.

## II. Der Stellenwert der deutschen Frage

Die Deaktualisierung der deutschen Frage ist kein Produkt der Ära Brandt. Eine ganze Anzahl von Indikatoren belegt vielmehr, daß sich deren Stellenwert bereits im Laufe der sechziger Jahre grundlegend zu wandeln begonnen hatte. Zwar stand die Wiedervereinigung in der politischen Prioritätenliste der Westdeutschen bis Mitte der sechziger Jahre auf Platz eins, dennoch arrangierten sie sich zusehends mit dem Status quo der Teilung. Nach Befunden der Meinungsforschungsinstitute Infas und IfD Allensbach wurde dieser Zustand seit 1964 mehrheitlich und zudem mit steigender Tendenz als gewohnt empfunden. Im September 1966 meinten bereits 53 Prozent der Befragten, sie hätten sich mit der Zeit an die Teilung Deutschlands gewöhnt; nur ein Drittel hielt diese für unerträglich.<sup>12</sup> Der Vereinigungswunsch hatte damit ganz offensichtlich an Dringlichkeit verloren. Etwa zeitgleich öffnete sich jene „Meinungsschere“<sup>13</sup>, die immer weiter auseinanderklaffen und bis zum Umbruch in der DDR 1989/90 kennzeichnend bleiben sollte: Seit Mitte der sechziger Jahre glaubte eine wachsende Mehrheit der Westdeutschen nicht mehr daran, daß eine Vereinigung Deutschlands jemals erreicht werden könnte. Demgegenüber schätzte nur eine Minderheit die Realisierungschancen noch optimistisch ein. Nach dem Antritt der Großen Koalition setzte sich dieser Trend einer schwindenden aktuellen Relevanz der deutschen Frage fort. So wurde ökonomischen Belangen von 1966 an – in der für damalige Verhältnisse angespannten wirtschaftlichen Situation – weitaus größere Bedeutung beigemessen als der Wiedervereinigung. Gleichzeitig nahm der Glaube an eine Realisierbarkeit jenes Ziels in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre rapide ab. Die große Mehrheit der Westdeutschen rechnete seither nicht mehr mit der Vereinigung Deutschlands, schien der Ost-West-Konflikt dieser Perspektive doch als unüberwindliches Hindernis entgegenzustehen.<sup>14</sup>

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß sich nach dem Abschluß der Vertragsverhandlungen mit der DDR ein weitergehender Orientierungswandel in der Bundesrepublik Deutschland vollzog. Mit dem Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 – so läßt sich dies interpretieren – war gleichsam der spezifische, moralisch begründete Stellenwert der Wiederherstellung der deutschen Einheit entfallen. Schließlich wurden mit dem Vertragswerk menschliche Erleichterungen in Aussicht gestellt und

12 Vgl. Glaab, *Deutschlandpolitik*, S. 137.

13 E. Noelle-Neumann, „Urteile über Bonn“, in: *Die Zeit* vom 26. März 1971.

14 Vgl. hierzu beispielsweise G. Herdegen: *Perspektiven und Begrenzungen. Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage*, in: *Deutschland Archiv* (1987) 12, S. 1259-1273.

ein akzeptabler Modus vivendi im innerdeutschen Verhältnis postuliert.<sup>15</sup> Tatsächlich markiert das Jahr 1972 einen sichtbaren Einschnitt in der Einstellungsentwicklung zur deutschen Frage. Denn etwa zeitgleich mit dem Abschluß der Ostverträge verschwand das Problem der Wiedervereinigung beinahe ganz von der aktuellen politischen Prioritätenliste der Westdeutschen. Maximal noch ein Prozent der Befragten thematisierte von sich aus dieses Anliegen. Die operative Deutschlandpolitik fand nach der Datenlage lediglich in der Phase der Vertragsverhandlungen nennenswerte Beachtung. Auffallend ist ein weiterer Perspektivenwechsel in dieser Phase: Seit Anfang der siebziger Jahre – die vorliegenden Wiederholungsbefragungen von Emnid und Infas lassen eine genaue Datierung der Trendwende nicht zu – wurde die europäische Vereinigung mehrheitlich gegenüber der Wiedervereinigung als das vordringlichere Ziel eingestuft. Vor allem in der jüngeren Generation der 14- bis 29jährigen war seit den siebziger Jahren eine distanziertere Haltung gegenüber einer Vereinigung mit der DDR ablesbar, die zunehmend als Ausland empfunden wurde. Dennoch blieb die Unterstützung der Vereinigungsperspektive in der Gesamtbevölkerung bis in die achtziger Jahre auf hohem Niveau erhalten. Der abstrakte Programmsatz des Präambelgebots blieb somit zumindest latent im Bewußtsein der Westdeutschen verankert.

### III. Einstellungen zur Oder-Neiße-Linie

Die de facto-Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die sozial-liberale Vertragspolitik erfolgte in der Gewißheit einer zunehmenden Entemotionalisierung der Oder-Neiße-Problematik in der westdeutschen Bevölkerung. In den Einstellungsdaten zeichnete sich bereits Mitte der sechziger Jahre die Tendenz zur Lockerung bis dahin starrer Grundsatzpositionen in statusrechtlichen Fragen deutlich ab. Dabei ist zu vergegenwärtigen, daß hinsichtlich der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den vorangegangenen Jahrzehnten eine nahezu geschlossene Abwehrhaltung vorgeherrscht hatte. Die Gebietsansprüche jenseits von Oder und Neiße wurden als unveräußerliche Rechtsposition betrachtet. Daß ein Verzicht auf die ehemals deutschen Ostgebiete mehrheitlich abgelehnt wurde, selbst wenn hierdurch die Wiederver-

<sup>15</sup> Zur Interpretation des Grundlagenvertrags vgl. das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Juli 1973, dokumentiert in: P. März (Hg.): *Dokumente zu Deutschland 1944-1994*, München/Landsberg a. L. 1996, S. 152-166.

einigung hätte erreicht werden können, unterstreicht den hohen Stellenwert der Grenzfrage.

Nach der Datenlage bezogen die Westdeutschen die territorialen Vorstellungen von der Wiedervereinigung jedoch schon Mitte der sechziger Jahre vornehmlich auf das Gebiet der Bundesrepublik und der DDR. 1966 war einer Umfrage des IfD Allensbach zufolge erstmals eine Mehrheit (51 Prozent) bereit, die bestehenden Grenzen im Falle einer Vereinigung mit der DDR endgültig anzuerkennen.<sup>16</sup> Zudem wuchs in den folgenden Jahren die Bereitschaft, sich ganz generell mit der polnischen Westgrenze abzufinden. Ende der sechziger Jahre hatte sich das Meinungsbild bereits grundlegend gewandelt: Demnach hatten sich die Westdeutschen inzwischen nicht nur mehrheitlich mit der Oder-Neiße-Linie abgefunden, auch war die Ablehnung ihrer endgültigen Anerkennung deutlich rückläufig. Im Mai 1969 war der Anteil derjenigen, die sich für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aussprachen mit 37 Prozent genauso groß wie der Anteil derjenigen, die an einer Ablehnung festhielten.<sup>17</sup>

Während sich in der Bevölkerung ein Einstellungswandel zur Oder-Neiße-Problematik vollzog, hielt die Regierungspolitik in den sechziger Jahren an den tradierten Statuspositionen unverändert fest: Außenminister Schröders „Politik der Bewegung“ hatte seit 1963 mit der Errichtung von Handelsmissionen in Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und in der Tschechoslowakei zwar eine vorsichtige Öffnung nach Osten betrieben, nicht lösbare Statusprobleme wie die Anerkennung bestehender Grenzen dabei jedoch ausgeklammert. In der „Friedensnote“ Bundeskanzler Erhards vom März 1966 wurde das Angebot des Gewaltverzichts formuliert, der Rechtsstandpunkt zur Grenzfrage aber nochmals bekräftigt. Auch die Große Koalition, mit Willy Brandt als Außenminister, hielt den Friedensvertragsvorbehalt ausdrücklich aufrecht, obgleich sie der Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn einen hohen Stellenwert einräumte.<sup>18</sup>

Nachdem im Januar 1970 der Meinungs austausch über ein Gewaltverzichtsabkommen mit der Sowjetunion aufgenommen worden war, wurde im Sommer des Jahres die Verhandlungsposition der sozial-liberalen Bundesregierung zur Grenzfrage öffentlich bekannt: die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen einschließlich der

<sup>16</sup> Vgl. E. Noelle/E. P. Neumann (Hg.): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965-1967*, Allensbach/Bonn 1967, S. 408.

<sup>17</sup> IfD Allensbach, vgl. F. Brettscheider: *Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990*, Opladen 1995, S. 272.

<sup>18</sup> Für einen knappen historischen Überblick vgl. M. Glaab, *Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, in: W. Weidenfeld/K.-R. Korte (Hg.): *Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999*, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 239-252.

Oder-Neiße-Linie und der Verzicht auf jegliche Gebietsansprüche.<sup>19</sup> In dieser Hinsicht traf der neue deutschland- und ostpolitische Kurs auf einen positiven Resonanzboden in der Bevölkerung. Die Westdeutschen, die sich mit den bestehenden Grenzen zu diesem Zeitpunkt bereits mehrheitlich abgefunden hatten, zeigten sich mit dem von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurs einverstanden: Im Mai 1970 sprach sich bereits jeder zweite in Westdeutschland Befragte dafür aus, die Oder-Neiße-Linie endgültig als Grenze anzuerkennen.<sup>20</sup> In der ersten Jahreshälfte 1972 ermittelte das IfD Allensbach schließlich Zustimmungswerte zwischen 53 und 61 Prozent zu den Verträgen von Warschau und Moskau.<sup>21</sup>

#### IV. Einstellungen zur Anerkennung der DDR und zu den Vertragsverhandlungen

Der Wunsch der westdeutschen Bevölkerung nach praktischen Fortschritten im innerdeutschen Verhältnis war stärker als die vorhandenen Vorbehalte gegen eine Anerkennung der DDR. Das ambivalente Meinungsklima in der Anerkennungsfrage erschließt sich erst in der Zusammenschau vielfältiger Indikatoren mit teils widersprüchlichen Befunden. Noch im Februar 1967 wurde der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland laut einer Umfrage des IfD Allensbach von 61 Prozent der Westdeutschen befürwortet.<sup>22</sup> Gleichwohl begann sich die Grundeinstellung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in Richtung einer operativen Deutschlandpolitik zu verschieben. In dieser Phase sich entwickelnder Entspannungsbemühungen im Ost-West-Verhältnis entstand offenbar der Wunsch, auch das Verhältnis zur DDR zu entkrampfen. Erste offizielle Kontakte zwischen beiden deutschen Regierungen im Mai 1967 eröffneten die Perspektive einer – zu diesem Zeitpunkt selbst begrifflich noch weit entfernten – „Normalisierung“ der Beziehungen.<sup>23</sup> Die SPD stellte 1968 eine Neudefinition des Verhältnisses zur DDR auf ihrem Parteitag offen zur Debatte und machte damit den außenpolitischen Dissens innerhalb der Großen Koa-

19 Das sogenannte Bahr-Papier, in dem die zentralen Verhandlungspositionen der Bundesregierung enthalten waren, wurde am 18. Juni 1970 nach einer gezielten Indiskretion in der Boulevardpresse publiziert; vgl. Bender, *Die „Neue Ostpolitik“*, S. 295-298.

20 IfD Allensbach, vgl. Brettschneider, *Öffentliche Meinung*, S. 272.

21 Vgl. ebd., S. 268.

22 Vgl. Noelle/Neumann (Hg.), *Jahrbuch*, S. 432.

23 Zum Auftakt der innerdeutschen Beziehungen mit dem Briefwechsel von 1967 vgl. J. Nawrocki: *Innerdeutsche Beziehungen*, in: W. Weidenfeld/K.-R. Korte (Hg.): *Handwörterbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt a. M./New York 1992, S. 383-392.

lition weithin sichtbar.<sup>24</sup> Große Teile der Bevölkerung wünschten sich zu diesem Zeitpunkt ein stärkeres Engagement der Bundesregierung auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik, doch herrschte Verunsicherung über den richtigen Kurs gegenüber der DDR. Nur eine Minderheit der Westdeutschen glaubte noch an den Erfolg der „Politik der Stärke“, welche die Aufnahme von Beziehungen zur DDR stets vehement ausgeschlossen hatte. Fortschritte auf dem Weg zu einer Lösung der deutschen Frage versprach sich die Mehrheit von einer „Politik der kleinen Schritte“, ohne allerdings die grundsätzlichen Vorbehalte gegen eine Anerkennung der DDR aufzugeben.

Die sozial-liberale Bundesregierung stellte das Verhältnis zur DDR bei ihrem Amtsantritt am 28. Oktober 1969 mit dem Zwei-Staaten-Konzept und dem Angebot gleichberechtigter Verhandlungen auf Regierungsebene auf eine neue Grundlage. Sie wagte diesen Schritt in einem Klima beginnender Neuorientierung, zumal in der eigenen Anhängerschaft, jedoch ohne hierfür über den Rückhalt einer breiten Bevölkerungsmehrheit zu verfügen. Wiederholungsbefragungen zeigen vielmehr, daß die Zustimmung zur Anerkennung der DDR im Vorfeld der Bundestagswahl von 1969 erst auf etwa ein Drittel angewachsen war.<sup>25</sup> Der eigentliche Einstellungswandel in der Anerkennungsfrage vollzog sich nach der Datenlage erst im Zuge der laufenden Gespräche und Verhandlungen über den Grundlagenvertrag mit der DDR. Die Bundesregierung hatte zudem mit ihrem Verhandlungsangebot den Weg der Vorleistungen beschränkt, während selbst ein Großteil der Anerkennungsbeefürworter diesen Schritt an eine substantielle Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen geknüpft sehen wollte.

Trotz der beschriebenen Zurückhaltung der Westdeutschen in der Anerkennungsfrage fand das Verhandlungsangebot an die DDR breite Unterstützung. Durchschnittlich 84 Prozent befürworteten im Jahr 1970 diesen Schritt, und zwar weitgehend unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Orientierung und Einstellung zum Status der DDR.<sup>26</sup> Dies entspricht der schon in früheren Phasen nachweisbaren Tendenz, Statusfragen zugunsten praktischer Fortschritte hintanzustellen, unterstreicht aber auch den Wunsch der Bevölkerung, neue Wege auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik einzuschlagen. Die Erfolgsaussichten der Verhandlungen mit der

24 Vgl. W. Brandt: *SPD - Die vorwärtsstrebende politische Kraft. Rede vom 18. März 1968*, dokumentiert in: Willy Brandt, „... auf der Zinne der Partei ...“. *Parteitagsreden 1960-1983*. Hg. u. erläutert v. W. Krause u. W. Gröf, Berlin/Bonn 1984, S. 139-167.

25 Vgl. z. B. die Wählerstudie von H. D. Klingemann/F. U. Pappi: *Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl vom 28. September 1969*, in: *Politische Vierteljahresschrift* (1970) 11, S. 111-137.

26 *Infas*, vgl. Glaab, *Deutschlandpolitik*, S. 276.

DDR wurden anfangs allerdings eher verhalten bis skeptisch eingeschätzt. Einerseits gab die Gesprächsbereitschaft beider Seiten Anlaß zu Hoffnungen, andererseits ließen die unvereinbaren Standpunkte kaum rasche Fortschritte erwarten. Symbolträchtig ablesbar war dieses Spannungsverhältnis an den beiden Begegnungen von Bundeskanzler Brandt mit dem DDR-Ministerratvorsitzenden Stoph. War das Treffen am 19. März 1970 in Erfurt noch von einer geradezu euphorischen Stimmung begleitet worden, so machte das Folgetreffen am 21. Mai 1970 in Kassel bereits deutlich, daß mit schwierigen Verhandlungen zu rechnen war. Nach Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens im September 1971 setzte sich die Erwartung eines positiven Verhandlungsergebnisses jedoch kontinuierlich durch. Im Laufe des Jahres 1972, in dem die entscheidenden Fortschritte in den Vertragsverhandlungen mit der DDR erzielt werden konnten, zeigten alle Umfrageindikatoren eine überwiegend positive Einschätzung der Deutschland- und Ostpolitik an. Erwartungsgemäß ließen sich dabei erhebliche Meinungsunterschiede in den jeweiligen Parteianhängerschaften feststellen. Die Polarisierung der parteipolitischen Auseinandersetzungen um die Ostverträge – so das Ergebnis der Wahlforschung – trug wesentlich zum Sieg der Bundesregierung in der vorgezogenen Bundestagswahl vom 19. November 1972 bei. Die sozial-liberale Vertragspolitik erfuhr damit zugleich die nachhaltigste demokratische Unterstützung.<sup>27</sup>

#### V. Die „demoskopische Bilanz“ der neuen Deutschland- und Ostpolitik

In den Anfangsjahren der sozial-liberalen Koalition, angesichts erster verhandlungspolitischer Fortschritte, herrschte in der Bundesrepublik Deutschland allgemein große Zufriedenheit mit der Deutschland- und Ostpolitik. Von Beginn an reagierten die Westdeutschen jedoch sensibel – dies ist durchgängig in diesem Kontext ablesbar – auf das Spannungsverhältnis von Fortschritten und Rückschlägen in den innerdeutschen Beziehungen. Eine erste empfindliche Enttäuschung brachte bereits die Erhöhung des Mindestumtauschsatzes für Reisende in die DDR vom 5. November 1973, die dem Geist des Grundlagenvertrags klar zuwiderlief. Wenige Monate später gipfelte die Guillaume-Affäre im Rücktritt Bundeskanzler Brandts. Schon Mitte der siebziger Jahre mehrten sich auch demoskopisch die Krisensymptome der sozial-liberalen Deutschland- und Ostpolitik. Die Aufbruchstimmung wich immer deutlicher der

<sup>27</sup> Vgl. H. D. Klingemann: *Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. Die Einstellungen zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich*, in: *Politische Vierteljahresschrift* (1973) 2, S. 227-256.

Ernüchterung. Die erreichten Fortschritte wurden mehrheitlich anerkannt, konnten die weit gesteckten Erwartungen aber kaum erfüllen. Vor allem machte die Bundesregierung in den Augen der Bevölkerung – dies ließ sich vorwiegend unter Oppositionsanhängern, aber auch in den eigenen Reihen feststellen – zu viele Zugeständnisse gegenüber der DDR. Im Sommer 1974, wenige Wochen nach Brandts Rücktritt, vertraten bereits 39 Prozent diese Auffassung, welche sich in den Folgejahren zur Mehrheitsmeinung verfestigte. Anfang 1977 wünschte jeder zweite Westdeutsche eine Kurskorrektur der Deutschlandpolitik, die eine härtere Gangart gegenüber der DDR einlegen sollte.<sup>28</sup> Brandts Amtsnachfolger Helmut Schmidt geriet aufgrund der einseitigen Abgrenzungspolitik der DDR zusehends in die Defensive. Dennoch hielt er fest an der erklärten Zielsetzung der 1969 aufgenommenen operativen Politik: menschliche Erleichterungen und die Aussicht auf eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR – beides stellte auch in den Augen der Bevölkerung grundsätzlich eine positive Zielperspektive dar, die auf lange Sicht ohne realistische Alternative blieb.

<sup>28</sup> Vgl. E. Noelle-Neumann (Hg.): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976-1977*, Bd. VII, Wien u. a. 1977, S. 63.



Henryk Berg (Tribüne)/unbekannt (WBA AdsD FES)

Lange Jahre diffamierte die DDR Willy Brandt als „Brand(t)-Fackel“ im Kalten Krieg – so auch der Karikaturist der Ost-Berliner Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ am 12. Februar 1958.

## MICHAEL LEMKE

*Zum System der Einwirkung der SED auf die SPD in den Jahren 1949 bis 1969.  
Grundlinien, Methoden, Feindbilder*

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen SED und SPD, insbesondere die kommunistische Politik gegenüber den Sozialdemokraten nach 1949, ist ein Stück deutsch-deutscher Aufeinanderbezogenheit, gleichzeitig aber auch Teil deutscher Zeitgeschichte seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Denn für die Abhandlung des Themas ist relevant, daß sowohl das Bild der SED-Führung von der SPD wesentlich vor 1933 ausgeprägt worden war, als auch die Politik der stalinistischen KPD in der Weimarer Republik – trotz Einheitsbeschwörungen und plakativ gezogener „Lehren aus der Geschichte“ nach 1945 – die Beziehungen zur Sozialdemokratie normierend tangierte. So zeitigten z. B. die gegen die SPD gerichteten alten Verrats- und Sozialfaschismus-Legenden auch nach dem Zweiten Weltkrieg Wirkung. Ebenso gingen die fragwürdigen kommunistischen Bündnis- und Volksfrontvorstellungen der Zeit vor 1945 in die Nachkriegspolitik der SED und der bis 1956 legalen KPD ein. Nach der im Frühjahr 1946 in der Ostzone im Prinzip erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD zur SED, viel mehr aber noch nach der Metamorphose der SED zu einer den Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ führenden stalinistischen „Partei neuen Typus“, war für viele Sozialdemokraten der Traum von der „Einheit der Arbeiterklasse“ ausgeträumt.<sup>1</sup> SED und SPD entwickelten sich – beide unter den Bedingungen des Kalten Kriegs und des Ost-West-Konflikts – gegensätzlich: die sich im alleinigen Besitz der Wahrheit wählende stalinistische Staatspartei zum Hauptträger einer kommunistischen Diktatur, die SPD zu einer staaterhaltenden demokratischen Arbeiter-, später Volkspartei.

Doch solche Verallgemeinerungen tragen die Tendenz des Vergröberns in sich. So sind – wenigstens auf den ersten Blick – bis über die Mitte der fünfziger Jahre hinausgehende politische Gemeinsamkeiten oder doch Berührungspunkte zwischen beiden sich grundsätzlich voneinander unterscheidenden Parteien ausmachbar: Ablehnung der konkreten Westintegration und der westdeutschen Wiederbewaffnung, Eintreten für kollektive Sicherheitssysteme, für entmilitarisierte Räume in Mitteleuropa, für

<sup>1</sup> Vgl. hierzu F. Moraw: Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, Bonn 1990.



Henryk Berg (Tribüne)/unbekannt (WBA AdsD FES)

Lange Jahre diffamierte die DDR Willy Brandt als „Brand(t)-Fackel“ im Kalten Krieg – so auch der Karikaturist der Ost-Berliner Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ am 12. Februar 1958.

## MICHAEL LEMKE

*Zum System der Einwirkung der SED auf die SPD in den Jahren 1949 bis 1969.  
Grundlinien, Methoden, Feindbilder*

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen SED und SPD, insbesondere die kommunistische Politik gegenüber den Sozialdemokraten nach 1949, ist ein Stück deutsch-deutscher Aufeinanderbezogenheit, gleichzeitig aber auch Teil deutscher Zeitgeschichte seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Denn für die Abhandlung des Themas ist relevant, daß sowohl das Bild der SED-Führung von der SPD wesentlich vor 1933 ausgeprägt worden war, als auch die Politik der stalinistischen KPD in der Weimarer Republik – trotz Einheitsbeschwörungen und plakativ gezogener „Lehren aus der Geschichte“ nach 1945 – die Beziehungen zur Sozialdemokratie normierend tangierte. So zeitigten z. B. die gegen die SPD gerichteten alten Verrats- und Sozialfaschismus-Legenden auch nach dem Zweiten Weltkrieg Wirkung. Ebenso gingen die fragwürdigen kommunistischen Bündnis- und Volksfrontvorstellungen der Zeit vor 1945 in die Nachkriegspolitik der SED und der bis 1956 legalen KPD ein. Nach der im Frühjahr 1946 in der Ostzone im Prinzip erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD zur SED, viel mehr aber noch nach der Metamorphose der SED zu einer den Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ führenden stalinistischen „Partei neuen Typus“, war für viele Sozialdemokraten der Traum von der „Einheit der Arbeiterklasse“ ausgeträumt.<sup>1</sup> SED und SPD entwickelten sich – beide unter den Bedingungen des Kalten Kriegs und des Ost-West-Konflikts – gegensätzlich: die sich im alleinigen Besitz der Wahrheit wärende stalinistische Staatspartei zum Hauptträger einer kommunistischen Diktatur, die SPD zu einer staatserhaltenden demokratischen Arbeiter-, später Volkspartei.

Doch solche Verallgemeinerungen tragen die Tendenz des Vergrößerns in sich. So sind – wenigstens auf den ersten Blick – bis über die Mitte der fünfziger Jahre hinausgehende politische Gemeinsamkeiten oder doch Berührungspunkte zwischen beiden sich grundsätzlich voneinander unterscheidenden Parteien ausmachbar: Ablehnung der konkreten Westintegration und der westdeutschen Wiederbewaffnung, Eintreten für kollektive Sicherheitssysteme, für entmilitarisierte Räume in Mitteleuropa, für

<sup>1</sup> Vgl. hierzu F. Moraw: *Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie*, Bonn 1990.

Abrüstung und anderes mehr. Doch schon auf den zweiten Blick zeigten sich bereits damals die unterschiedlichen, ja entgegengesetzten Absichten und Ziele von SPD und SED. Sie verkörperten zwei Welten, die nicht in Einklang zu bringen waren: Die Schikanen der deutschen Kommunisten gegen andersdenkende Sozialdemokraten blieben unvergessen; prinzipielle politische und weltanschauliche Gegensätze, das Pro und Contra in der alles entscheidenden Frage demokratisch-parlamentarischer Entwicklung und freier Wahlen waren unauflösbar. Kurz: Die Ablehnung der Außen-, Integrations- und Deutschlandpolitik Konrad Adenauers (dessen Prinzipien des Umgangs mit der SED-Herrschaft man teilte) bedeutete für die SPD kein Votum für die Deutschland- oder jede andere Politik der SED. Gespräche mit dieser lehnte sie nicht nur konsequent ab; sie führte einen politischen Kampf gegen das Regime der Einheitspartei.<sup>2</sup> Deren Führung – immer im Rahmen sowjetischer Ziele und Interessen handelnd – hielt den plakativ anmutenden Anspruch auf die Schaffung einer in jeder Hinsicht illusionären „Einheit“ bzw. Aktionseinheit der „deutschen Arbeiterklasse“ aufrecht. Dies war keineswegs nur ein ideologisches Postulat. Wollte die SED nach 1949 ihr Ziel der Einheit Deutschlands erreichen – was nichts anderes hieß, als die Verhältnisse in Westdeutschland nach dem Modell DDR zu verändern –, wollte sie in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung auf deutschem Boden überhaupt Positionsvorteile erlangen, mußte sie dabei konzeptionell von einer Gewinnung der Sozialdemokratie ausgehen.

Dies schien nach 1949 zum einen erfolgsversprechend, weil sich die SPD deutschland- und außenpolitisch z. T. in fundamentaler Opposition zum westdeutschen Regierungskurs befand, zum anderen, weil die SED – innenpolitisch ohne den erwünschten Erfolg und nach außen weitgehend isoliert – die Chance sah, das von der Bundesregierung nicht bzw. unterbesetzte wiedervereinigungspolitische Feld zu belegen und sich auch in den Augen der SPD der nationalen Sache auf eine überzeugende Art anzunehmen. Dem Politbüro war klar, daß das Verhältnis zur Sozialdemokratie Westdeutschlands die Frage eigener innerer Akzeptanz wesentlich berührte, daß aber die Stärkung und Konsolidierung der inneren Verhältnisse der DDR – von Anfang an als Hauptweg und tragende Säule ihrer ganz Deutschland beanspruchenden

<sup>2</sup> Die SPD – Fritz Heine sollte es auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD im Mai 1958 noch einmal explizit ausführen – fühlte sich als die erste und auch lange Zeit einzige westdeutsche Partei, „die den Kampf gegen das sowjetische Regime auf deutschem Boden führe“. Koordinationszentrum verschiedener z. T. verdeckter Aktionen war ihr Ostbüro. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Zentrales Parteiarchiv der SED (DY 30), IV 2/1002/132, Bl. 78. Vgl. dazu W. Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.

den Wiedervereinigungspolitik begriffen – allein die SED nicht zum Ziel führen würden. Exakt hier setzte der Widerspruch zwischen den speziell deutschlandpolitischen Zielen der SED und ihrer praktischen Politik, genauer zwischen den gestellten Aufgaben und den Modi ihrer Realisierung, ein. Die SED warb um eine SPD, die sie gleichzeitig ideologisch als Gegner betrachtete, politisch in vielem bekämpfte und auch verachtete. Dieser Akt – für das Entstehen einer ausgeprägten politischen Schizophrenie bestens geeignet – schien durch ein differenzierendes Verständnis von der SPD möglich zu werden: Hier die „verräterische“ Führung der Sozialdemokratie, da die „klassenbewußten“ Mitglieder und patriotischen (kleineren) Funktionäre – so redete man es sich in der SED ein.

Dieser intellektuellen Operation lag (traditionelles) Wunschdenken zugrunde, wengleich sie auch einen Ansatz für ein politisches Programm bot, nämlich die Führung der SPD, verweigerte sie sich den Vorstellungen der SED, von ihrer Basis her unter Druck zu setzen, sie gegebenenfalls von dieser zu isolieren.

#### *1. Voraussetzungen, Grundlinien und Tendenzen der Einwirkung*

Das kommunistische Bild von der SPD wurde auch stark von sowjetischen Urteilen über die deutsche Sozialdemokratie der Nachkriegszeit geprägt. Die sowjetischen Einschätzungen waren zu jeder Zeit der marxistisch-leninistischen Ideologie verbunden, was ihnen prinzipiell einen negativen Grundton verlieh. Doch blieben bewertende Urteile nicht konstant. Sie wurden nicht nur von leninistischer Dogmatik bestimmt, sondern auch von pragmatischer Politik. Veränderungen des sowjetischen Bildes von der SPD konnten einmal mehr ideologisch, ein anderes Mal stärker tagespolitisch-pragmatisch begründet sein. Die sowjetische Position gegenüber der SPD entschied im wesentlichen auch den Kurs der SED gegenüber den westdeutschen Sozialdemokraten. So war es der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, der eine taktische Kurskorrektur in der Politik der SED gegenüber der SPD einleitete.<sup>3</sup> Die positivere Bewertung der deutschen Sozialdemokraten durch Moskau setzte sich fort, als sie sich z. B. 1958 zu Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion und zum Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zustimmend äußerten.<sup>4</sup> Die Sowjetunion nötigte die Führung der SED im Frühjahr 1959 zur Rücknahme ihrer negativen

<sup>3</sup> Entwurf einer Vorlage der Westkommission für das Politbüro der SED, Mai/Juni 1956, in: SAPMO-BArch., DY 30, IV 2/1002/105, Bl. 162.

<sup>4</sup> Vgl. Schreiben des ZK der KPdSU an den Parteivorstand der SPD, 24. April 1958, in: ebd., J IV 2/202/89.

Einschätzung des SPD-Deutschlandplanes, der zunächst als „konterrevolutionär“<sup>5</sup> bezeichnet worden war. Nach dem unverzüglichen sowjetischen Einspruch hieß es, die Vorschläge seien „progressiv“ und bestens geeignet, „die Gegensätze zwischen SPD und CDU zu verschärfen.“<sup>6</sup> In der Zeit vom Mauerbau bis zum Ende der sechziger Jahre wurde die SED-Politik von einer dann wieder negativen Beurteilung der SPD durch die KPdSU bestimmt, die in der westdeutschen Sozialdemokratie einen „alten Gaul“ sah, „der eigentlich [...] zum Schinder geschickt werden müßte.“<sup>7</sup>

Das Politbüro der SED handelte im Rahmen sowjetischer Direktiven, besaß aber in der Frage der Gestaltung des Verhältnisses zur SPD operative Freiräume. Mit dem Paradigmenwechsel vom Ziel der Einheit Deutschlands zum eigenstaatlichen Weg der DDR als aktuelle Aufgabe und zur damit verbundenen völkerrechtlichen Anerkennung wurde der SPD bei der angestrebten Durchbrechung von Alleinvertretungsanspruch und Hallsteindoktrin eine wichtige Rolle zugemessen. Über die SPD sollte eine allmähliche Aufwertung der DDR herbeigeführt werden. Die SPD sei in Westdeutschland „die weichste Stelle“, meinte Politbüromitglied Hermann Matern im Oktober 1956. In dem Moment, „wo es uns gelingt, mit der Führung der SPD zu verhandeln, geht unten das Eis ab. Dann geht die Zusammenarbeit unten los.“ Ohne Sozialdemokraten, meinte er, käme die SED nicht weiter und sie könne „die Dinge nicht lösen“.<sup>8</sup>

Das Bild der SED von der SPD und die Politik der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten waren ständigem Wandel unterworfen, der sowohl mit pragmatisch-vernünftigen Veränderungen als auch mit konfrontativen „Rückfällen“ verbunden war. Die Entwicklung wurde vorrangig durch politische Aufgaben und Ziele kommunistischer Politik bestimmt, aber auch durch verschiedenartige Interaktionen und natürlich durch das Verhalten der SPD gegenüber Moskauer und Ost-Berliner Forderungen und Wünschen. Eine notwendige Periodisierung der Einflußnahme der SED auf die Entwicklung in der SPD wird weniger von bestimmten ideologischen Prinzipien auszugehen haben als von konkreten politischen Prozessen, die das Feindbild „Sozialdemokratie“ bestimmten bzw. beeinflussten. Das trifft sowohl für die Analyse langfristiger Korrekturen im Verhalten der SED gegenüber den Sozialdemokraten – etwa in der Zeit von 1956 bis 1960 – als auch für die Herausarbeitung der Ursachen

5 Vgl. *Stellungnahme der Westkommission zu den Vorschlägen der SPD*, 15. März 1959, in: ebd., IV 2/1002/124.

6 *Papier „Zum Deutschlandplan der SPD“*, undatiert, offenbar Anfang April 1959, in: ebd., IV 2/1002/124. Der Verfasser ist wahrscheinlich Hermann Matern.

7 *Rede des Genossen Ponomarjow auf der Beratung mit Genossen und Funktionären der KPD*, 29. Januar 1963, in: ebd., IV 2/1003/18.

8 *Stenographische Mitschrift der 2. Sitzung des ZK der KPD am 20./21. Oktober 1956*, in: ebd., IV 2/1003/28.

für kurzfristige Veränderungen zu. So entstand z. B. im Frühjahr 1955 relativ plötzlich die Notwendigkeit, den konfrontativen Ton gegenüber der SPD zu mäßigen und „kameradschaftliche“ Kooperationsangebote zu offerieren, weil die „Paulskirchenbewegung“ unter Leitung der SPD der Politik der östlichen Seite zur Verhinderung des NATO-Beitritts der Bundesrepublik entgegenkam. Letztendlich bestimmten aktuelle Politik und die Position der SPD zu konkreten Fragen deutscher und internationaler Entwicklung, ob die SPD in der Terminologie der SED zu einer revisionistischen, bürgerlichen, proimperialistischen Partei oder zur „bürgerlichen Arbeiterpartei mit imperialistischem Programm, mit imperialistischer Praxis und imperialistischer Führung“<sup>9</sup> geriet oder gar zur Partei des „nationalen Verrats“ stilisiert wurde. Da diese pejorativen Bezeichnungen Kampfbegriffe des Kalten Krieges waren, wurden sie in der Regel dann martialisch zugespitzt, wenn der Ost-West-Konflikt besonders frostig war, durchgängig aber in der hochstalinistischen Zeit von 1948 bis 1953/54. Für die Kennzeichnung des beiderseitigen Verhältnisses sind derartige Vokabularien unverzichtbar; sie spielten jedoch bei der Gestaltung konkreter Politik keine entscheidende Rolle.

Die Politik der deutschen Kommunisten war an verschiedene Interaktionen und politische Ereignisse gebunden, die häufig nicht berechenbar waren. Das verstärkte eine bestimmte Eigendynamik der kommunistischen SPD-Politik und auch chaotische Züge, die durch ein weitgehendes Fehlen von speziellen Rückkopplungsmechanismen mitbedingt wurden. In der Regel reagierten Parteivorstand und Gliederungen der SPD auf Vorschläge der SED nicht. Das Politbüro erhielt oft keine Informationen über die Resonanz ihrer SPD-Politik. So verstärkte sie mit hohem materiellen und personellen Aufwand Aktionen, die ins Leere liefen, die einen Kreislauf in Gang hielten und erweiterten, der letztendlich sich selbst genügte. Ein System der Selbstregulation fehlte. Es mangelte vor allem an Indikatoren für die Wirksamkeit kommunistischer SPD-Arbeit. Das Politbüro konnte freilich zumindest bis Mitte der sechziger Jahre von einer Ablehnung seiner routinierten Offerten an die SPD ausgehen. Das ermöglichte ihm, den Sozialdemokraten vor allem aus propagandistischen Gründen alle nur denkbaren Vorschläge zu unterbreiten. Die SED geriet nur aus dem Konzept, wenn die Gegenseite wider Erwarten auf die Vorstöße einging. Doch war dieses Risiko sehr begrenzt.

Die ideologischen und politischen Gegensätze zwischen der SED und der SPD kennzeichneten das Verhältnis zwischen den beiden Parteien als Konkurrenzbezie-

9 Vgl. *Redestenogramm der Westkommission*, undatiert, offenbar Januar 1961, in: ebd., IV 2/1002/5, Bl. 118.

hung. Diese wurde wesentlich durch den deutschen Sonderkonflikt determiniert, dessen Teil sie war. Diese Konkurrenzbeziehung bezog auch die Auseinandersetzung mit den Kommunisten in der Bundesrepublik ein. Dabei interessiert die Frage nach der instrumentellen Funktion der KPD, später der DKP als Hilfsorgane der SED mehr als das Problem ihrer politischen Wirksamkeit in der Bundesrepublik. Der KPD fiel im Konzept der SED die Rolle eines Exekutors von Parteibeschlüssen in der Bundesrepublik zu. Insbesondere war ihr die „Bearbeitung“ der Sozialdemokratie übertragen worden. Die stalinistische KPD betrachtete die SPD faktisch als „Gegnerin“. Trotz plakativer Ost-Berliner Ermahnungen, die sozialdemokratischen „Klassenbrüder“ von der „rechten“ Führung zu unterscheiden und sich mit den „fortschrittlichen“ Kräften in der SPD zu verbünden, verfielen die Mitglieder und Funktionäre der KPD immer wieder in – so der Vorwurf aus der DDR – „Sektierertum“. Sie entlarvten die „rechte“ SPD-Führung nicht und arbeiteten mit der SPD-Basis nicht zusammen. Sie neigten dazu, „in jedem Sozialdemokraten einen kleinen Schumacher zu sehen“, meldete man dem Politbüro. Das „Sektierertum“ sei derart stark, „daß es als das größte Hemmnis in der Entfaltung unserer Massenpolitik und bei der Entwicklung von Kämpfen in den Betrieben anzusehen ist.“<sup>10</sup> Die Abneigung der KPD, mit Sozialdemokraten zu sprechen, kombinierte sich freilich mit der Aversion der SPD gegen die westdeutschen Kommunisten, hinter denen man zu Recht die Interessen der SED und das Wirken der Sowjetunion sah. Die Verbindung vor allem dieser Faktoren führte zu einer weitgehenden Insuffizienz der Arbeit der KPD in der SPD und in den Gewerkschaften. So war die SED, insbesondere nach dem Verbot der KPD im Jahre 1956, gezwungen, die auf die SPD gerichtete Tätigkeit noch stärker zentral von Ost-Berlin aus anzuleiten und zu kontrollieren. Das geschah in hohem Maße durch hauptamtliche Instruktoren und eine große Anzahl von „nebenberuflichen“ Emissären, die sich auf bestimmte Anlaufpunkte in der Bundesrepublik stützten. Die Beeinflussung der SPD verlief seit 1950 zunehmend verdeckt. Dabei vermischten sich Notwendigkeiten, die sich aus bundesdeutschen Maßnahmen zur Abwehr ostdeutscher Infiltration ergaben, mit „bolschewistischer“ Konspiration in der Tradition kommunistischer Berufsrevolutionäre. Die Westkommission beim Politbüro der SED bzw. das mit der Anleitung und Kontrolle der Arbeit mit der Sozialdemokratie beauftragte „Arbeitsbüro“ kam in den Besitz umfangreicher interner vertraulicher Materialien der SPD.<sup>11</sup> Freilich erhielt die Konspiration in den Beziehungen zu oppositionellen Kräften eine

<sup>10</sup> Information Nr. 3 für alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und die Mitglieder des Sekretariats, 30. Juli 1952, in: ebd., NY 4090/656, Bl. 30.

<sup>11</sup> Vgl. entsprechende Materialsammlungen u. a., in: ebd., OY 30, IV 2/1002/80.

besondere Ausformung auch dadurch, daß viele derjenigen, die mit der SED irgendwie ins Gespräch kommen wollten, ihre Ostkontakte aus Angst vor persönlichen Nachteilen verbargen und sie manchmal auch bewußt tarnten.<sup>12</sup> Tatsächlich zwangen die restriktive Handhabung von Verordnungen über den Umgang mit Parteien und Organisationen der DDR und das 1951 eingeführte politische Strafrecht zu einem diskreten Handeln. Diese Tendenz zur Geheimhaltung wurde durch die Weigerung der SPD, mit der SED offizielle Beziehungen anzubahnen, noch verstärkt. Denn notwendige Absprachen z. B. über die Freilassung in der DDR inhaftierter Sozialdemokraten wurden unter Einschluß von Mittelsmännern, u. a. englischen Labour-Abgeordneten, getroffen.<sup>13</sup> Gerade bei der Planung und Durchführung von Aktionen der internen sozialdemokratischen Opposition gebot das Politbüro der SED den Kommunisten größte Zurückhaltung. Keinesfalls dürften sie als solche in Erscheinung treten.<sup>14</sup> Überdies wurden die Verantwortlichen für die politische Arbeit gegenüber der SPD immer wieder ermahnt, sich bei der Abfassung von Broschüren und Flugblättern einer Sprache zu bedienen, „wie sie in sozialdemokratischen Materialien üblich ist.“<sup>15</sup> Im Vordergrund stand immer das Ziel einer politischen „Unterwanderung“ der SPD, die eben als solche nicht erkennbar sein durfte. Das betraf in hohem Maße auch das Problem einer kommunistischen Initiative bzw. Mitwirkung bei Streiks und Massendemonstrationen und bei der Einschleusung von SED-Kadern in sozialdemokratische Gremien und Organisationen. Die „infiltrative“ Ebene der Auseinandersetzung mit der SPD wurde durch eine offiziell-propagandistische ergänzt. Nach 1950 wuchs der Umfang der SPD-Arbeit der SED kontinuierlich, jedoch nicht gleichmäßig an. Damit vergrößerte sich der spezifische Apparat und die Tendenz zur Bürokratisierung dieser Art von politischer Tätigkeit.

## II. Ziele und Formen der Schaffung einer parteiinternen Opposition in der SPD

Die SED verfügte nach 1949 über ein Instrumentarium zur Beeinflussung der deutschen Sozialdemokratie, das in vielem bereits vor der doppelten deutschen Staatsgründung entwickelt worden war. Entsprechende Formen und Methoden waren zwar

<sup>12</sup> Westkommission: „Zur Information für Genossen Ebert“, 2. Juni 1957, in: ebd., IV 2/1002/152, Bl. 11.

<sup>13</sup> Vgl. stenographische Mitschrift der 2. Sitzung des ZK der KPD am 20./21. Oktober 1956, in: ebd., IV 2/1003/28.

<sup>14</sup> Vgl. Beschluß des Politbüros, Protokoll 4/56, 24. Januar 1956, in: ebd., I IV 2/2/458, Bl. 3.

<sup>15</sup> „Einige Bemerkungen zum Entwurf der Broschüre: Braucht ein Arbeiter eine Weltanschauung?“, 15. Mai 1962, in: ebd., IV 2/1002/58, Bl. 55.

in ihrer Wichtigkeit höchst ungleich, bildeten aber über viele Jahre im wesentlichen Konstanten. Die Prioritäten ihrer Anwendung wurden von den aktuellen Zielen und Bedürfnissen der Politik der SED bestimmt. Einmal traten die einen, ein anderes Mal andere Formen der Einflußnahme in den Vordergrund. Häufig wurden verschiedenartige Formen und Methoden miteinander kombiniert.

Die Differenzierung innerhalb der SPD-Basis und deren Distanzierung von ihrer Führung bildeten sowohl eine generelle Methode als auch ein Ziel der Politik der SED. Letztendlich ging es dem SED-Politbüro um eine Beeinflussung des politischen Kurses der SPD durch Druck, den die Basis der Partei auf die „rechte“ Führung ausüben sollte. Hielt sie dem Druck stand, sah das Konzept abgestufte Aktionen der Parteimitglieder gegen die Führung, deren Disziplinierung durch den Mehrheitswillen und letztendlich deren Isolierung und politische Beseitigung vor. Diese Konzeption beruhte zum einen auf der spekulativen Annahme eines generellen Interessengegensatzes von Führung und Basismehrheit sowie zum anderen auf der Konstruktion von parteiinternen „Idealtypen“. So wurde – wie schon angedeutet – die „rechte“, „revisionistische bis proimperialistische, verräterische“ Führung den ehrlichen und bewußten Mitgliedern „objektiv unversöhnlich“ gegenüber gestellt, die, im gleichen Maße „objektiv“, die Klassenbrüder und natürlichen Verbündeten der SED seien. Die SED betrachtete es als eine politische Aufgabe von historischer Dimension, den „einfachen“ SPD-Mitgliedern diese Widersprüche und den Weg zu deren Überwindung bewußt zu machen.

Ein wichtiges Ziel sah die SED in der Schaffung einer allgemeinen parteiinternen Opposition gegen den „rechten“ Kurs der sozialdemokratischen Führer. Diese Opposition wurde stets konkret definiert: Sie entstehe in der internen Auseinandersetzung um die Fragen Remilitarisierung und Westintegration der Bundesrepublik, Atomrüstung der Bundeswehr, Notstandsgesetzgebung und anderes mehr. Gleichzeitig benannte die SED die relativ konstanten Hauptmerkmale der Schwäche der parteiinternen Opposition: Sie wachse zwar schnell und ständig, sei jedoch „zersplittert und nicht zielbewußt“, hieß es z. B. 1952 im Fall der internen Diskussion um die Wiederbewaffnung. Bei den Opponenten des Parteivorstandes herrsche „Verwirrung in der nationalen Frage“; es gebe schädliche „kosmopolitische und pazifistische Gruppierungen“, und Teile würden bürgerlichen Gruppierungen und Argumenten folgen.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> „Einige Schlußfolgerungen über den Kampf um die Aktionseinheit aus den Instrukteurberichten“, 15. Mai 1952, in: ebd., NY 4090/656, Bl. 87f.

Die Schaffung einer breiten Opposition war von Anfang an mit der Frage verbunden, in welchem Maße dafür in der SPD überhaupt ein Potential existierte. Während es die SED-Führung auf der Basis von falschen Lageeinschätzungen und ungesicherten Annahmen, die dem eigenen Wunschdenken entsprachen, im Prinzip hoch veranschlagte, war es doch in Wahrheit außerordentlich klein. Hätte das Politbüro die in der Regel zwar unscharfen, aber insgesamt doch realitätsnahen Berichte ihrer Instrukteure und Vertrauensleute „vor Ort“ unvoreingenommen analysiert, so hätte sich deren kritische Sicht und ein entsprechendes Problembewußtsein in den allgemeinen Feststellungen und Schlußfolgerungen der Parteiführung wiederfinden müssen. Statt dessen ließen sie zeitweilig den Eindruck entstehen, als bestünde in der Bundesrepublik noch eine zweite SPD mit inneren Bedingungen, die für die SED günstig wären. Verschiedene Strategiepapiere und politische Entscheidungen führen zu der Frage, ob die Ost-Berliner Parteiführung die tatsächliche Situation in der SPD nicht sah, nicht sehen durfte oder nicht sehen wollte. Das reichhaltige Material und die umfassenden Informationen, die ihr zur Verfügung standen, lassen darauf schließen, daß sie bewußt an der Realität vorbeisah.

Diese unsinnig erscheinende Herangehensweise besaß jedoch eine eigene Logik. Denn zum einen ließ sich die politische Aufgabe der Differenzierung der SPD nur marxistisch-leninistisch, also ideologisch determinieren und begründen. Wicht die Realität von der Lehre ab, mußte sich die Wirklichkeit der leninistischen Theorie anpassen, und nicht umgekehrt. Schließlich bestimmte der Marxismus-Leninismus nicht nur das Ziel, sondern aufgrund der ihm in den Augen der kommunistischen Führer innewohnenden Wahrheit und Wissenschaftlichkeit auch den zu beschreitenden, unfehlbar richtigen Weg. So spielte die Realität in dieser Beziehung eigentlich eine untergeordnete Rolle. Entscheidend schien, daß sie im Sinne der vorgegebenen Ziele veränderbar war und ein Erfolg „gesetzmäßig“ eintreten mußte, wenn man sich nur konsequent der richtigen Lehre bediente. Mißerfolge waren demnach nicht das Ergebnis von Fehlbewertungen der Realität, sondern in erster Linie die Quittung für Verstöße gegen leninistische Leitsätze und Prinzipien.

Zum anderen gründete sich die Rationalität der Schaffung einer internen SPD-Opposition sowohl auf die Notwendigkeiten der eigenen „gesamtdutschen“ Arbeit als auch auf die Vorgaben der sowjetischen Deutschlandpolitik. Auch hier stand nicht die Frage im Vordergrund, was möglich ist, sondern was von der Zentrale gewünscht und gefordert wurde. Eine „SPD-gestützte“ östliche Deutschlandpolitik erschien nur als sinnvoll, wenn man davon ausging, daß sie nicht nur legitim und richtig, sondern im Prinzip auch machbar wäre und konkrete Aktionen sowohl die Richtigkeit dieses

Axioms bestätigen müßten als auch tatsächlich zur Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten gegenüber der SPD beitragen. Und schließlich trat noch eine subjektive Dimension spezifischer Rationalität hinzu: Wie wollte die Führung der SED sich und ihre Basis motivieren und ihre Arbeit mit der SPD öffentlich begründen, wenn sie nicht von der Legitimität und der Möglichkeit einer inneren Veränderung der Sozialdemokratie überzeugt war oder doch eine entsprechende Überzeugung nicht glaubhaft machen konnte?

In bestimmten Situationen, z. B. während der SPD-internen Auseinandersetzung um den Kurs gegen die Remilitarisierung und gegen den NATO-Beitritt der Bundesrepublik, besonders aber im Zusammenhang mit dem Godesberger Programm und der Revision der Deutschland- und Sicherheitspolitik der SPD in den Jahren 1959/1960, vergrößerte sich die parteiinterne Opposition bzw. die Unzufriedenheit eines Teiles der Mitgliedschaft mit der vom SPD-Vorstand eingeschlagenen politischen Richtung. Die SED nahm jeden Protest genau wahr und wertete ihn als Ablehnung sozialdemokratischer Politik und der Parteiführung insgesamt. Die zum Teil scharf geführte interne Auseinandersetzung, die zu einer Reihe von Parteiaustritten und -ausschlüssen führte, vergrößerte in der Tat die Möglichkeiten eines Eindringens der SED in die Reihen der SPD, gleichzeitig aber auch das östliche illusionäre Denken. Die Führung der SED sah in den Folgen dieser Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie und in peripheren Erosionsprozessen, aber auch in sozialdemokratischen Parteireformen eine Bestätigung ihrer Theorie und Praxis, so daß die Perspektive eines nahenden Sturzes der „rechten“ sozialdemokratischen Führung als plausibel galt. Eine Art „Prinzip Hoffnung“, die permanente Erwartung einer großen Wende in der Politik der SPD, bestimmte die politische Haltung der SED wesentlich mit.

Allgemeine Differenzierung der SPD und Konstituierung einer parteiinternen Opposition hieß Schaffung eines abgestuften Programms der SED zur Einflußnahme auf die westdeutsche Sozialdemokratie. Die Propaganda der SED versuchte über ihren Westapparat und die eigens für die Bearbeitung der SPD geschaffenen Strukturen „die sozialdemokratischen Mitglieder und den sozialdemokratischen Organisationen die Impulse und die Perspektive [zu] geben, eine Neuorientierung der SPD für eine Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts durchzusetzen.“ Verschiedene Themen sollten deshalb in die SPD „hineingetragen“ werden<sup>17</sup>, hieß es in einem Politbürobeschuß vom Juni 1956. Mehrmals nach 1949 ver-

<sup>17</sup> „Vorbereitung des Parteitages der SPD durch die SED“, Anlage 8 zum Protokoll 26/56, Sitzung des Politbüros am 5. Juni 1956, in: ebd., DY 30, J IV 2/2/280, Bl. 43.

suchte die SED, nicht immer erfolglos, die Gründung von oppositionellen sozialdemokratischen Zeitungen durch „fortschrittliche Sozialdemokraten“, die mit ihrer Partei in irgendeiner Weise in Konflikt geraten waren. Solche faktisch von der SED kontrollierten Zeitungen sollten der von ihr gesteuerten Opposition Stimme verleihen und zur Konstituierung von Gruppen und Stützpunkten nicht-konformer Tätigkeit beitragen. Das Politbüro wies z. B. Anfang 1955 an, „dafür Sorge zu tragen, daß in jedem [Bundes-]Land eine Gruppe linker fortschrittlicher Sozialdemokraten aufgebaut wird.“<sup>18</sup> Diese Gruppen bildeten eine gewisse Struktur der SPD-Arbeit in der Bundesrepublik aus, waren aber als Ansprechpartner der SED und Anlaufpunkte für deren Emissäre in der Regel weder stabil noch dauerhaft.

### 1. Plattformen

Ein Schritt zur Institutionalisierung der innerparteilichen Opposition stellten die nach 1949 wiederholten Versuche dar, in der SPD „Plattformen“ als ideologische und politische Basis für vom Parteikurs abweichendes Verhalten und dessen linke Träger zu schaffen. So beschloß das Politbüro im Spätsommer 1957 etwa, daß auf einer für den Oktober einzuberufenden Konferenz mit sozialdemokratischen Funktionären eine prinzipielle Plattform beschlossen werden solle.<sup>19</sup> Die Regie sah vor, daß die illegale KPD an eine „Gruppe von Sozialdemokraten“ mit dem Ersuchen herantreten sollte, ein Dokument zur „Sammlung der Linken in der SPD“ auszuarbeiten.<sup>20</sup> Diese Verfahrensweise war lediglich formal, denn das Schriftstück wurde wie die meisten „Willenskundgebungen“ einer tatsächlichen oder vermeintlichen Opposition innerhalb der SPD in Ost-Berlin produziert.<sup>21</sup> Plattformen spiegelten die Forderungen der Sowjetunion und des SED-Politbüros oft in „Reinkultur“ wider. Sie wurden dreist als die Position einer imaginären Opposition in der SPD ausgegeben; selten flossen wirklich Anmerkungen linker Sozialdemokraten in die Texte ein.<sup>22</sup> Die Entstehung solcher Plattformen war auch formal vorbestimmt: Das Politbüro beauftragte die Westkommission oder das mit SPD-Fragen beschäftigte „Arbeitsbüro“ mit der Ausarbeitung.

<sup>18</sup> Beschluß des Politbüros, Protokoll 2/55, 11. Januar 1955, in: ebd., J IV 2/2/399, Bl. 2f.

<sup>19</sup> Vgl. Beschluß des Politbüros, Protokoll 40/57, 24. September 1957, in: ebd., J IV 2/2/560, Bl. 2.

<sup>20</sup> Vgl. Papier der KPD, Anlage zum Arbeitsprotokoll 52/58, Sitzung des Politbüros am 20. Dezember 1958, in: ebd., J IV 2/2A/571.

<sup>21</sup> Vgl. dazu die Plattform: „Vorschläge für ein Alternativ-Programm oppositioneller Sozialdemokraten“, 2. März 1958, in: ebd. IV 2/1002/99, Bl. 32-35.

<sup>22</sup> Vgl. Hausmitteilung der Westkommission (Geggel) an Albert Norden, 29. November 1960, in: ebd., IV 2/2028/26.

Das geschah zumeist in Form einer speziellen Direktive. Das angesprochene Gremium erarbeitete dann eine inhaltliche Vorlage, die dem Politbüro zur Begutachtung und Beschlußfassung vorgelegt wurde. Häufig wurden dann Änderungsvorschläge und Korrekturen von Ulbricht und anderen Politbüromitgliedern eingearbeitet.<sup>23</sup> Die Schlußredaktion übernahmen führende Funktionäre des Westapparates der SED, wobei der Ideologe Albert Norden eine herausragende Rolle spielte.<sup>24</sup>

Plattformen waren für Inhalt und Geist der Dokumente, die angeblich den Willen der Opposition in der SPD widerspiegelten, prototypisch. Die eigenen Ziele wurden als ureigenes Anliegen „aufrechter Genossen“ in der SPD ausgegeben, und die Feindschaft des Politbüros gegenüber dem SPD-Parteivorstand wurde zum internen sozialdemokratischen Unwillen stilisiert. Imaginäre Sozialdemokraten wandten sich mit ihnen untergeschobenen Fragen an die SPD: „Sollten uns nicht die Arbeiter, die schaffenden Menschen der DDR näher stehen als die Adenauer, Strauß, Speidel und Globke?“, wurde z. B. im Oktober 1960 gefragt, wobei man durchaus in der Sozialdemokratie gegenüber den Genannten vorhandene Aversionen aufgriff.<sup>25</sup> Die Schöpfer derartiger „Meinungsäußerungen“ berücksichtigten verschiedene Interessen, aktuelle Trends und Stimmungen in der Sozialdemokratie. Sie bedienten sich populärer Forderungen und einer raffinierten gesamtdeutschen Demagogie.

Plattformen entstanden in der Regel im Zusammenhang mit wichtigen politischen Themen, die die SED aus aktuellen Gründen in die Sozialdemokratie hineintragen wollte, und auf der Basis von Vorgaben der sowjetischen Deutschlandpolitik. Sie entstanden häufig ad hoc, in anderen Fällen aber auch im Vorfeld von SPD-Parteitag, auf denen linke Sozialdemokraten mit „ihren“ Plattformen auftreten sollten.

## 2. Arbeitsgemeinschaften

Eine „höhere“ Stufe von außen gesteuerter linker Opposition in der SPD stellten insbesondere in den fünfziger Jahren „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaften“ dar. Derartige „Arbeitsgemeinschaften“ und „Arbeitskreise“ sollten organisatorische „Zentren der sozialdemokratischen Opposition“ bilden. Die von der SED geschaffenen „Arbeitsgemeinschaften“ bzw. „Arbeitskreise“ entstanden ebenfalls im Umfeld ostdeutscher und sowjetischer politischer Aufgabenstellungen und Kampagnen, z. B.

<sup>23</sup> Vgl. *Vorlage der Westkommission für das Politbüro*, 24. Oktober 1960, in: ebd.

<sup>24</sup> Vgl. „Für eine sozialdemokratische Politik“, Anlage 3 zum Protokoll 50/60, Sitzung des Politbüros am 25. Oktober 1960, in: ebd., I IV 2/2/731, Bl. 3.

<sup>25</sup> Ebd., Bl. 68.

gegen den Abschluß und die Ratifizierung der Pariser Verträge 1954/55. Im Unterschied zu den Plattformen wurden sie zur „Neuorientierung der Arbeiterbewegung“ jedoch als dauerhafte Gremien geplant und in hohem Maße konspirativ angelegt. Tagungen und Konferenzen im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaften“ sollten – wie das Politbüro im April 1955 beschloß – aus Sicherheitsgründen in der DDR stattfinden.<sup>26</sup> Eine Besonderheit „sozialdemokratischer Arbeitsgemeinschaften“ bildete die von der SED im Herbst 1949 konzipierte „Sozialdemokratische Aktion“ (SDA). Sie war als umfassende oppositionelle Organisation in der SPD Berlins geplant worden, die auf Grund des alliierten Status der deutschen Metropole noch in einem einheitlichen, gesamtberliner Landesverband agieren konnte. Karl Schirdewan hatte den Aufbau und die verdeckte Leitung der SDA übernommen. Zu ihrem Hauptziel wurde die Herstellung der Einheitsfront bzw. der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihrer Parteien in Berlin und in beiden deutschen Staaten erklärt. Damit war die in sich widersprüchliche innere Doppelfunktion der internen Opposition – Herstellen der Aktionseinheit bei gleichzeitigem Kampf gegen die „rechten sozialdemokratischen Führer“ festgeschrieben.<sup>27</sup> Doch scheiterte auch das „Modell“ SDA an der Resistenz der sozialdemokratischen Basis.

## 3. Die Frage einer linken sozialdemokratischen Oppositionspartei

Die Konstituierung oppositioneller Plattformen, Arbeitsgemeinschaften und Zirkel diente zwar dem Ziel der Differenzierung verschiedener Kräfte in der SPD, stellte aber weder die organisatorische Einheit dieser Partei noch den Charakter dieser Gruppen als der SPD inhärente Formen der Opposition in Frage. Dennoch wurde insbesondere 1949, aber dann auch in den fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre im SED-Politbüro über eine auch organisatorische Spaltung der SPD nachgedacht und die Gründung einer Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USP) diskutiert. Ein derartiger Schritt war von der SED als äußerste Maßnahme gegen den „rechten“ Kurs der SPD für den Fall erwogen worden, daß sich alle anderen Instrumente zur Beeinflussung der westdeutschen Sozialdemokratie als unwirksam erweisen sollten. Die Haltung Ulbrichts war 1949 ambivalent: Er würde der Schaffung einer solchen Partei, würde sie von SPD-Linken initiiert werden, zwar nicht im Wege stehen, sie aber nicht forcieren, erklärte er intern. Eine USP „dürfe unter keinem Preis unter trotz-

<sup>26</sup> Vgl. „Beschlüsse zur Auswertung der Beratung mit sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären“, Anlage 1 zum Protokoll 17/35, Sitzung des Politbüros am 5. April 1955, in: ebd., I IV 2/2/406, Bl. 6.

<sup>27</sup> Beschluß des Politbüros, Protokoll 16/50, 31. Oktober 1950, Anlage 2, in: ebd., I IV 2/4/48, Bl. 39f.

† kistischen [hier linkssektiererisch-antimarxistischen] Einfluß kommen.“ Ziel könne nur sein, mit den linken Sozialdemokraten später eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, „anders werden wir mit den Sozialdemokraten nicht fertig.“<sup>28</sup>

In Perioden, in der die Führung der SED aus taktischen Gründen eine Entspannung im Verhältnis zur sozialdemokratischen Führung suchte – etwa in der Zeit von 1956 bis 1959/60 – lehnte sie die Gründung einer linken sozialdemokratischen Partei ab, „weil sie nur die Aktivierung der sozialdemokratischen Arbeiter für den Kampf um den Frieden erschweren würde. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, angesichts der ideologischen Unklarheiten, würde eine solche Partei der oppositionellen Sozialdemokraten leicht in die Hände von Agenten des Klassenfeindes geraten“<sup>29</sup>, hieß es im Februar 1958. Linke Sozialdemokraten, die eine solche Konkurrenzgründung dennoch erwogen, sollten sich besser der Arbeit an einer Plattform zuwenden, befand die SED. In dieser Orientierung wurde der ideologische Unterschied zwischen Plattform und „Separatpartei“ sichtbar. Die Plattform ging pragmatisch von den „aktuellen Fragen des Kampfes“ aus, dessen Lösung die SED interessierte, und die Gründung einer „Linkspartei“ von unerwünschten prinzipiellen Überlegungen. „Weg von Grundsatzdiskussionen“, lautete daher die Forderung der SED-Führung.<sup>30</sup> Dahinter stand immer die Befürchtung, daß eine linke, von Ost-Berlin nicht kontrollierbare Partei und deren westdeutsche Initiatoren ein eigenes Konzept entwickelten, das kommunistischen Interessen zuwiderlief. So polemisierte die SED im Oktober 1960 gegen den „Zentralausschuß ausgeschlossener und ausgetretener Sozialdemokraten“, dessen Gründer (u. a. Viktor Agartz und Gerhard Gleissberg) im Gegensatz zu den Wünschen der SED alternative Vorstellungen äußerten, sich – wie von der SED kritisiert wurde – die Führung aller linken Kräfte anmaßen und überdies eine Parteigründung erwogen.<sup>31</sup> Gleichzeitig wurde das Fehlen eines „ideologischen und organisatorischen Zentrums der Opposition [in der SPD]“ beklagt. Da das unter den von der SED gestellten Bedingungen nicht entstehen konnte, verlegte sich die Parteiführung auf eine verstärkte Einflußnahme auf Funktionäre innerhalb der SPD und der Gewerkschaften.<sup>32</sup> Doch gerade hier blieben nennenswerte Erfolge aus. Das führte immer

28 Wortprotokoll der Sitzung des Politbüros, 19., 20. und 22. August 1949, Ausführung Ulbrichts, in: ebd., I IV 2/2/39, Bl. 36.

29 Vorlage der Westkommission an das Politbüro: „Grundlinie unseres Auftretens in der Vorbereitung des Parteitages der SPD“, 20. Februar 1958, in: ebd., IV 2/1002/91, Bl. 178. Das Papier stammte von Friedrich Ebert.

30 Ebd., Bl. 185.

31 Vgl. Schreiben Max Spangenberg (Westkommission) an Norden, 10. Oktober 1960, in: ebd., IV 2/2028/38.

wieder zu Neuauflagen der internen Diskussion über die Frage einer linken Parteigründung. Die Führung der illegalen KPD befürwortete sie, weil an entsprechenden Planungen wichtige Gewerkschaftsfunktionäre beteiligt seien, wie Max Reimann im Dezember 1960 Ulbricht übermittelte.<sup>33</sup> Doch entschied das Politbüro, „daß es in der gegenwärtigen Periode falsch sei, eine neue marxistische Partei zu gründen.“<sup>34</sup> Es sei nicht sinnvoll, erläuterte die Westkommission, daß Sozialdemokraten „tropfenweise aus der SPD austreten [...]. Wenn die Bildung einer linkssozialdemokratischen Partei akut wird, müßte eine große Austrittsbewegung aus der SPD organisiert werden.“<sup>35</sup> Letztlich geriet die Prüfung der Voraussetzungen für die Gründung einer solchen Partei vor allem in den Jahren 1960/61 mehr zu einer Auseinandersetzung mit linken sozialdemokratischen Oppositionellen als mit der „rechten“ Führung der SPD.

### III. Allgemeine Methoden und Instrumentarien zur Beeinflussung der SPD

Im Laufe von 15 Jahren entwickelten die Führung der SED und ihr Westapparat ein ganzes System von Einflußformen und spezifischen Instrumentarien. Die propagandistische Hauptform blieb die aufwendig geführte, auf die SPD zielende Kampagne. Sie wurde vor allem dann geführt, wenn wichtige Ziele der SED bzw. der Sowjetunion an die SPD-Mitglieder massiv herangetragen werden sollten, wie z. B. die Kampagne zur Unterstützung der SPD im Kampf gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge im Jahre 1955 oder eine Kampagne, die die SPD-Führung zum Festhalten an ihrem Deutschlandplan von 1959<sup>36</sup> zwingen sollte. Kampagnen, die häufig Politiker der SPD in den Mittelpunkt stellten, führten zur Konzentration des gesamten Apparats der SED sowie ihrer Bündnispartner in der DDR und in der Bundesrepublik auf die gestellte Aufgabe. Konkrete Vorbereitung und Durchführung erhielten den Charakter einer „Haupt- und Staatsaktion“. Beteiligt waren Presse und elektronische Medien der DDR und vor allem ein Pulk kurzfristig mobilisierter Instruktoren und Delegationsreisender. Die Kampagne mobilisierte die Parteigänger der SED im Westen und ließ

32 Papier der Westkommission: „Vorschläge zur Arbeit mit der Sozialdemokratie, undatiert [1960], in: ebd., IV 2/1002/124.

33 Vgl. Schreiben Reimanns an Ulbricht, 13. Dezember 1960, in: ebd., I IV 2/202/20.

34 Referat Nordens vor mit Westarbeit befaßten Parteifunktionären der SED, 6. Januar 1961, in: ebd., IV 2/2028/17.

35 Westkommission: „Bemerkungen zur gegenwärtigen Lage in der westdeutschen Arbeiterbewegung und über die Aufgaben nach den Bundestagswahlen“, 15. September 1961, in: ebd., IV 2/2028/22.

36 Vgl. Sitzung des Politbüros, 7. April 1959, Anlage 1 zum Protokoll 16/59, in: ebd., I IV 2/2/640, Bl. 2, und Sitzung des Politbüros, 21. Juli 1959, Protokoll 35/59, in: ebd., I IV 2/2/659, Bl. 2.

die Flut von Flugschriften, Zeitungen, Broschüren und Plakaten, die von der SED permanent in die Bundesrepublik geschleust wurden, anschwellen.

Eine wichtige Form der Beeinflussung von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern bildete der von der SED zentral gelenkte *Delegationsverkehr*. Mit der offiziellen Begründung, daß sich Arbeiter aus Ost und West gegenseitig kennenlernen müßten, organisierte die SED Delegationsreisen von ausgesuchten Mitgliedern von SPD und SED, insbesondere von Gewerkschaftern, in beide Richtungen. Ziele stellten in der Regel Großbetriebe, zu denen stabile Kontakte hergestellt wurden, und vor allem die Betriebsräte in westlichen Konzernen dar, die für die „gesamtdeutsche“ Politik der SED gewonnen werden sollten. Die SED wollte in den Betrieben mit einem „Meinungsaustausch“ beginnen, der sich bis an die Spitzen von SED und SPD fortsetzen sollte.<sup>37</sup> Damit beabsichtigte das Politbüro sowohl die Durchbrechung des Verbots offizieller Kontakte zur SED durch die Leitungen der SPD als auch eine allmähliche Aufwertung von SED und DDR im Rahmen der Überwindung des Bonner Alleinvertretungsanspruchs.

Den Delegationsreisen wurden *Wochenendseminare* für SPD-Mitglieder, „*Urlauberschulungen*“, vor allem aber ein System privater *Besuchsreisen* von SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern zur Seite gestellt. Abgesandte der SED, zumeist Gewerkschafter, suchten in der DDR bereits bekannte bzw. größtenteils von der SED erfaßte Mitglieder und Funktionäre der SPD sowie der Gewerkschaften in ihren Wohnungen auf und luden sie zu Besuchen in die DDR ein. Bei dieser Gelegenheit wurden entsprechende Offerten mit der Agitation für die Politik der SED verbunden. Kamen die Eingeladenen tatsächlich in die DDR, wurden sie systematisch „betreut“, d. h. agitiert und in bezug auf Informationen systematisch „abgeschöpft“.

Höhepunkte der kommunistischen Überzeugungsarbeit bildeten die langfristig vorbereiteten *Beratungen* und *Konferenzen* mit Mitgliedern und Funktionären der SPD in der DDR. Sie fanden auf verschiedenen Organisations- und territorialen Ebenen statt. Zwischen 1954 und 1958 wurden zehn zentrale Beratungen und „*Arbeiterkonferenzen*“ mit über 1.000 sozialdemokratischen Teilnehmern durchgeführt. Für den gleichen Zeitraum meldete die Statistik der SED 14.594 „*Arbeiterdelegationen*“ mit 118.597 Teilnehmern.<sup>38</sup> Viele SPD-Mitglieder besuchten die DDR, weil sie von der Notwendigkeit innerdeutscher Kontakte überzeugt waren und ihren Bei-

<sup>37</sup> Brief an die Delegierten des Parteitag der SPD in Stuttgart, 16. Mai 1958, Anlage 43 zum Protokoll 21/48, Sitzung des Politbüros am 13. Mai 1958, in: ebd., J IV 2/2/593, Bd. 3, Bl. 585.

<sup>38</sup> Vgl. Bericht des ZK der SED an den V. Parteitag der SED, Anlage zum Arbeitsprotokoll 25/58, Sitzung des Politbüros am 6. Juni 1958, in: ebd., J IV 2/2A/635.

trag zur Wiedervereinigung Deutschlands leisten wollten. Sie riskierten häufig Unannehmlichkeiten seitens der eigenen Partei und des Staates und setzten sich dem Verdacht aus, Sympathien für die SED-Diktatur zu hegen oder gar deren Helfershelfer zu sein. Der Geist des Kalten Krieges schürte antikommunistische Psychosen und brachte haltlose Verdächtigungen hervor. Eine Reihe von Mitgliedern der SPD kam aber einfach aus Neugierde in die DDR und in der Absicht, sich selbst ein Bild zu machen. Andere wieder ließen sich einladen, weil das einige schöne und überdies kostenlose Urlaubstage im anderen deutschen Staat versprach, dem man nichts anderes abgewinnen wollte als eben einige kleine Vorteile. Das blieb der SED freilich nicht verborgen.

Eine besonders intensive Form der „infiltrativen“ Einflußnahme war die „*individuelle Bearbeitung*“ ganz bestimmter, wichtiger SPD-Funktionäre, die einen hohen Bekanntheitsgrad bzw. Popularität besaßen und in vielen Fällen wichtige Positionen in der SPD oder ihren Gliederungen innehatten. Hier bestand nicht einfach die Absicht, die Betroffenen in stille Befürworter der Politik der SED und der Sowjetunion zu verwandeln; sie sollten sich öffentlich und wirkungsvoll für diese einsetzen und im gleichen Zusammenhang die Politik der „rechten“ SPD-Führer angreifen. Häufig entsandte die SED gute alte Bekannte der anzusprechenden Funktionäre und Politiker, die auf gemeinsame Zeiten und Kämpfe zurückblicken konnten, oder aber Persönlichkeiten, die in Gesellschaft und Kultur der DDR eine prominente Stellung einnahmen. Wie vielen Berichten zu entnehmen ist, kannten die Besucher die politische Einstellung ihrer Ansprechpartner und deren Ärger mit der eigenen Partei, wußten persönliche Aversionen und politische Antipathien auszunutzen, und sie fanden eine Sprache, die bei ihren Gastgebern ankam. In verschiedenen Fällen gelang es der SED, den internen Zwist von Funktionären in der SPD und in den Gewerkschaften sowie politische Dissense zu vertiefen und die Betroffenen – zumeist indirekt – zur Bildung von Plattformen und Arbeitsgemeinschaften zu bewegen. Doch in der Regel nahmen die Parteioppositionellen nicht den von der SED gewünschten Weg. Trotz Offerten und Verlockungen, trotz der Ehren, die ihnen zuteil oder in Aussicht gestellt wurden, nahmen sie eine kritische bis ablehnende Haltung zur SED ein. So erfuhren verschiedene prominente Dissidenten wie Viktor Agartz<sup>39</sup>, von dem man zunächst wichtige

<sup>39</sup> Victor Agartz (1897-1964), einer der führenden Wirtschaftstheoretiker von DGB und SPD, geriet als Anhänger marxistischer Traditionen nach 1955 zunehmend in Gegensatz zur SPD. Wegen angeblicher verfassungswidriger Beziehungen zur SED und zum FDGB angeklagt, wurde er 1957 freigesprochen. Die Akten der SED beweisen, daß Agartz ein Kritiker des Regimes in der DDR blieb und zunehmend auf Distanz zur SED ging.

Informationen erhielt<sup>40</sup>, deshalb bald die Ablehnung der SED. Noch Ende 1958 hatte Grotewohl intern erklärt, daß Agartz „vielleicht eine Figur werden kann, wenn man das sehr klug anfaßt [...] und aus ihm eine Fahne macht für alle diese Dinge, die wir entfalten müssen.“<sup>41</sup> Bereits im Herbst 1960 war der Querdenker bei der SED-Führung in Unnade gefallen.<sup>42</sup>

Das Ausmaß der „Unterwanderung“ von SPD-Gremien durch eingeschleuste Kommunisten kann nicht genau bestimmt werden. Desgleichen ist nicht klar, in welchem Umfang aus propagandistischen Gründen gezielte Austritte von SED-Sympathisanten aus der SPD von Ost-Berlin angeordnet bzw. initiiert wurden. Indizien liegen allerdings vor.<sup>43</sup>

Seit Mitte der fünfziger Jahre begann der Westapparat der SED gezielt mit dem Aufbau von „Stützpunkten“ für die kommunistische Tätigkeit in der Sozialdemokratie. Diese im Unterschied zur Kategorie Kontakte in gewisser Weise institutionalisierten und dauerhaften Treffpunkte befanden sich zumeist in den Privatwohnungen oppositioneller linker Sozialdemokraten oder SED-Sympathisanten. Sie wurden ursprünglich als Ort von Aussprachen und Diskussionen genutzt. Stützpunkte bildeten sich, wie es in einem SED-Papier hieß, aus wenigen oder mehreren sozialdemokratischen Genossen, „die ehrlich daran interessiert sind, gemeinsam mit uns systematisch zur Klärung bestimmter politischer und ideologischer Fragen beizutragen.“<sup>44</sup> Bald gerieten die Stützpunkte zu Anlaufstellen und Treffpunkten für Instruktoren aus der DDR und ihren westdeutschen Verbindungsleuten.

Höhepunkte der Einflußnahme der SED auf die Mitgliedschaft der SPD bildeten zwei Typen von Ereignissen: Zum einen sozialdemokratische Parteitage und zum anderen Bundestagswahlen. SPD-Parteitage gaben zunächst die Kulisse für medienwirksame Appelle und offene Briefe der SED an die Basis und Führung der SPD ab, in denen die deutsche Wiedervereinigung, die gemeinsame historische Verantwortung von SED und SPD, die Einheit der Arbeiterklasse und Friedensgebote pathetisch und plakativ beschworen wurden. Doch ging es der SED vor allem um die Einflußnahme

40 Vgl. „Bericht über meine Reise nach Westdeutschland vom 24.8.-2.9.1955“, 5. September 1955, in: ebd., IV 2/1002/151, Bl. 48f. Der Berichterstatter war ein namentlich genannter Korrespondent eines DDR-Rundfunksenders.

41 Wortprotokoll der Sitzung des Politbüros der SED mit dem Politbüro der KPD, 20. Dezember 1958, Anlage zum Protokoll 52/58, 20. Dezember 1958, in: ebd., I IV 2/2/624, Bl. 59.

42 Vgl. Schreiben Spangenberg an Norden, 10. Oktober 1960, in: ebd., IV 2/2028/38.

43 Vgl. verschiedene Austrittserklärungen, in: ebd., IV 2/1002/172, Bl. 7ff, Bl. 109.

44 Westkommission: „Zur Auswertung des bisherigen Einsatzes von Genossen aus den Betrieben zur Aufnahme von Kontakten mit sozialdemokratischen Genossen und zu den Aufgaben während des Bundestagswahlkampfes“, 1. Juli 1957, in: ebd., IV 2/1002/105, Bl. 413.

auf politische Entscheidungen, die der Parteitag zu treffen hatte. In der Regel versuchte die SED, mit Hilfe „aller vorhandenen Verbindungen zur SPD“, wie es im Juni 1954 im Vorfeld des Berliner Parteitags der Sozialdemokraten hieß, zu erreichen, daß dort „mit breiter Unterstützung durch sozialdemokratische Organisationen“ verschiedene von der SED favorisierte Anträge eingebracht würden.<sup>45</sup> Hier fand die SED über indirekte Wege Einzelpersonen oder Gruppierungen, die einen entsprechenden Antrag stellten, vermutlich ohne zu wissen, daß sie damit dem Politbüro einen Dienst erwiesen. Ein wichtiges Augenmerk legte die SED-Spitze aber auch auf Bezirksdelegierten-Konferenzen der SPD. In deren Vorbereitung schaltete sich häufig auch Ulbricht mit der Forderung zur Ausarbeitung politischer und gesellschaftlicher Konzeptionen für die SPD ein, was Sache der SED sei.<sup>46</sup>

Am massivsten intervenierten die Kommunisten in Bundestagswahlkämpfe. Zuweilen hatte es den Anschein, als bereitete die SED den Wahlkampf besser vor als verschiedene Parteien der Bundesrepublik. Das Ereignis schien geeignet, die eigene Politik darzustellen und im Zuge von Wahlkampagnen den Osten interessierende Themen in die Bundesrepublik und die SPD hineinzutragen. Ob die SED die SPD in Bundestagswahlkämpfen unterstützte, hing auch hier von der Interessenlage von SED und UdSSR und vom Wohlverhalten der Sozialdemokratie ab. Die SED favorisierte freilich die KPD, solange sie legal arbeiten konnte. Im Bundestagswahlkampf 1957 wies das Politbüro an, die SPD auch gegen Widerstände verschiedener KPD-Funktionäre zu unterstützen: „Unsere Taktik gegenüber der SPD wird durch die zentrale Aufgabe bestimmt, der Adenauer-CDU/CSU eine Niederlage beizubringen und eine Wende in der Politik Westdeutschlands einzuleiten“<sup>47</sup>. Die SED ließ sich ihr Interesse am Sieg der SPD Einiges kosten. Sie finanzierte u. a. Flugblätter und Plakataktionen.<sup>48</sup> Nach dem Godesberger Parteitag der SPD und dem – aus Ost-Berliner Sicht – sicherheits- und bündnispolitischen „Umfallen“ der Sozialdemokraten im Juni 1960 rief das Politbüro allerdings zu einer Stimmabgabe zuungunsten der SPD auf.<sup>49</sup> Im Wahlkampf 1965 wendete sich das Blatt: Brandt sei für die DDR besser als Erhard, meinte Ulbricht. „Ein Wahlsieg der SPD [...] würde die innenpolitische Lage in Westdeutschland verschärfen. Die Mitglieder der Gewerkschaften und der SPD wür-

45 Vgl. Anlage zum Arbeitsprotokoll 8/54, Sitzung des Politbüros am 1. Juni 1954, in: ebd., I IV 2/2A/354.

46 Schreiben Hans Rentmeisters (Westkommission) an Norden, 8. Mai 1962, in: ebd., IV 2/1002/8, Bl. 268.

47 Sitzung des Politbüros, 2. Juli 1957, Anlage 1 zum Protokoll 27/57, in: ebd., I IV 2/2/547, Bl. 9.

48 Vgl. „Nachtrag des Gen. Ebert“, 8. Juli 1957, Anlage zum Arbeitsprotokoll 27/57, 2. Juli 1957, in: ebd., I IV 2/2A/571.

49 Vgl. M. Lemke: Eine neue Konzeption? Die SED im Umgang mit der SPD 1956-1960, in: J. Kocka (Hg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 377.

den ihre Forderungen stellen. Wir versuchen, in diesem Sinne auf die Lage in Westdeutschland einzuwirken.“<sup>50</sup> Im Wahljahr 1969 favorisierte Ulbricht wieder klar Brandt und die SPD, weil sie bereit waren, Hallsteindoktrin und Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zugunsten einer Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat zurückzunehmen.

Das Politbüro maß dem Bundestag, wie überhaupt dem westdeutschen Parlamentarismus, hohen Stellenwert bei. Vor allem seit Ende der fünfziger Jahre versuchte es, auf das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion im Bundestag Einfluß zu nehmen. Hier handelte es sich vor allem um die auch für die UdSSR wichtigen Entscheidungen in Rüstungsfragen und bei der geplanten Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Nuklearwaffen. Inzwischen hatte sich ein Schema der SED-Einflußnahme auf sozialdemokratische Parlamentarier und Mandatsträger, vor allem auf die sozialdemokratische Bundestagsfraktion herausgebildet: „Es ist darauf hinzuwirken, daß zahlreiche sozialdemokratische Organisationen und Funktionäre sowie Betriebsräte und Vertrauensleute entsprechende Forderungen an den Parteivorstand, an die Bundestagsfraktion und an die einzelnen Abgeordneten richten. Zu diesem Zwecke sind alle vorhandenen Beziehungen zu sozialdemokratischen Genossen, Organisationen und Leitungen sowie zu Betriebsräten und Vertrauensleuten zu nutzen.“<sup>51</sup>

Insgesamt blieb der Einfluß der SED auf die SPD und den internen Prozeß der Differenzierung der westdeutschen Sozialdemokratie minimal. Aufwand und Ergebnis des Einsatzes der SED standen in keinem vertretbaren Verhältnis zueinander. Ein Erfolg blieb nicht aus Mangel an durchdachten und in vielem erprobten Methoden und Instrumentarien der Einflußnahme aus, sondern vor allem deshalb, weil die SED den Sozialdemokraten weder ein vernünftiges alternatives Gesellschaftskonzept anzubieten vermochte, noch in der Lage war, den richtigen Eindruck der SPD-Mitgliedschaft zu zerstreuen, daß die ostdeutschen Kommunisten ihre Partei lediglich für die eigenen Zwecke instrumentalisieren und irgendwann nach dem Muster der Einheitspartei gleichschalten wollten. Die allgemeine Ablehnung der Politik der SED resultierte freilich auch aus Kaltem Krieg, deutschem Sonderkonflikt und einem in zwischen in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik tief verwurzelten Antikommunismus.

50 „Entwurf einer Konzeption zur Behandlung der politischen Probleme in den Besprechungen mit Genossen Tito“, 3. Juni 1965, in: SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/202/364, Bd. 1.

51 Papier der Westkommission, undatiert, etwa September/Oktober 1959, in: ebd., IV 2/1002/102, Bl. 125.

#### IV. Zur Entwicklung personeller SPD-Feindbilder der SED

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen SED und SPD ist auch die Geschichte von Feindbildern. Vor allem aus ideologischen Gründen zeichneten die Kommunisten das Bild von der SPD zeitweilig düsterer als das Konterfei der CDU und ihrer Repräsentanten. Kurt Schumacher, nicht Konrad Adenauer, geriet am Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre zum Hauptfeind der SED. Auch bei der Untersuchung personifizierter Feindbilder gilt die Aussage, daß ideologische Grundmuster zwar eine wichtige Funktion besaßen, vielmehr aber die jeweilige Situation, die Bedürfnisse aktueller Politik und das konkrete Verhalten der SPD-Politiker darüber entschieden, in welchen Farben sie gemalt wurden. Freilich gab es auch andere Kriterien. Der Rang, den der Betreffende in der SPD und in der Öffentlichkeit einnahm, spielte eine Rolle und mit Sicherheit dessen jeweils neueste sowjetische Beurteilung. Auch DDR-interne Faktoren wirkten mit: Wie beurteilte die SED die politische Perspektive eines SPD-Funktionärs und die Möglichkeiten seines Wandels im Sinne kommunistischer Hoffnungen? Von Einfluß waren auch persönliche Sichtweisen und Erfahrungen wichtiger SED-Politiker. Wie sah Ulbricht z. B. Herbert Wehner? Und wie sah Matern ihn?

Eine Periodisierung des SED-Bildes von den Führern der deutschen Sozialdemokratie spiegelt in gewisser Weise wichtige Zäsuren doppelter deutscher Nachkriegsgeschichte wider. Mit den Politikerporträts zu Beginn der fünfziger Jahre – Schumacher, Ollenhauer, Heine u. a. – war die Phase von Wiederbewaffnung und militärischer Westintegration der Bundesrepublik verbunden; der Name Erler assoziierte Wehrdebatten, und mit der Person Wehners war die Frage der sicherheits- und ostpolitischen Umorientierung der SPD verquickt. Die häufig frappierend schnelle und radikale Änderung des Urteils der SED über einen wichtigen Mann der SPD resultierte viel weniger aus dessen tatsächlichen oder vermeintlichen Wandel als aus pragmatischen Überlegungen. Störte er kommunistische „Kreise“, verfiel er einer Art ideologischer Acht; kam er der Politik der SED entgegen, erfuhr er eine wundersame Katharsis und Aufwertung. Ein geradezu „klassisches“ Beispiel dafür liefert das Bild Herbert Wehners. Bis 1955 war er ein „rechter“ SPD-Funktionär unter anderen „Rechten“. Nach 1956 geriet er – weil er zu Kontakten mit der SED bereit schien – zu einem progressiven Politiker, zu einem eher Linken der SPD. „Seine Formulierungen gehen immer bis an die Grenzen des Erlaubten. Offensichtlich hat er Prestigegewinn, während er vor einigen Monaten noch der Gefahr starker innerer Verfeindung und einer starken Isolierung im P[artei]-V[orstand] ausgesetzt war“<sup>52</sup>, berichtete das Arbeits-

52 „Zum SPD-Parteitag in München“, Papier des Arbeitsbüros, 8. Juni 1956, in: ebd., IV 2/1002/50, Bl. 4.

büro im Juni 1956. Doch differierten die Meinungen im SED-Politbüro. Während Ulbricht und Grotewohl in Wehner große Hoffnungen setzten<sup>53</sup>, äußerte Matern: „Wehner ist der Gefährlichste, weil er der Klügste ist.“<sup>54</sup> Nach dem „Sündenfall“ Wehners und der SPD im Juni 1960 – mit einer großen Rede im Bundestag läutete der SPD-Politiker den Kurs der Unterstützung Adenauerscher Sicherheits- und Integrationspolitik ein – geriet die Symbolfigur dieses Wandels für die SED zum Spalter und Verderber der SPD.<sup>55</sup> Er wolle die Arbeiterbewegung „auf die Position des [...] imperialistischen Atomkriegs“ bringen<sup>56</sup>; Wehner sei der „Schänder der Sozialdemokratie.“<sup>57</sup>

Interessant ist, daß in verschiedenen Darstellungen der SED eine Art negativer Rangfolge „rechter“ SPD-Politiker entstand, die freilich nicht konstant war. In der ereignisreichen Zeit zwischen der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959, das für das Politbüro in der Tat schockierend wirkte,<sup>58</sup> und 1963/64 erschienen regelmäßig die Namen Brandt, Eler, Wehner, Mommer. Brandt, der in der Perspektive der SED etwa seit 1957 eine negative Aufwertung erfuhr, rangierte fortan immer an erster Stelle, die übrigen teilten sich die „Plätze“. Sie seien aber alle auf die „Position des Militarismus“ übergegangen, stellten eine Riege von „Abenteurern und Karrieristen“ dar, die die Führung der SPD an sich gerissen hätten<sup>59</sup>, befand das Politbüro. Seit dem Frühjahr 1961 sprach die SED von der „Brandt-Mannschaft“ als der „rechten“ imperialistischen Führung der SPD.<sup>60</sup> Sie sei von revisionistischen zu imperialistischen Positionen übergewechselt und unterscheide sich von den Politikern der CDU/CSU in nichts mehr. Die SPD-Führer nähmen „die Positionen des Finanzkapitals und der Hitlergenerale“ ein, und Brandt fungiere als „Helfershelfer unserer imperialistischen Hauptfeinde. Alle deutschen Imperialisten loben ihn und klatschen seinen Reden gegen die Deutsche Demokratische Republik Beifall.“<sup>61</sup>

53 Vgl. Lemke, *Eine neue Konzeption?*, S. 370.

54 Referat Materns in Leipzig-Markkleeberg, 14. September 1958. Stenographische Niederschrift, in: SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1001/138, Bl. 19.

55 Vorlage der Westkommission für das Politbüro: „Konferenz mit sozialdemokratischen Genossen anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1962“, in: ebd., IV 2/1002/148, Bl. 255.

56 Diskussionsrede Materns auf der Arbeiterkonferenz in Leipzig, 11. März 1962. Stenographische Mitschrift, in: ebd., IV 2/1002/146, Bl. 54.

57 Referat Nordens in Gera, 5. Oktober 1967, in: „Valkswacht“, Gera, 6. Oktober 1967.

58 Vgl. Beschluß des Politbüros, Protokoll 51/59, 17. November 1959, in: SAPMO-BArch, DY 30, I, IV 2/2/875, Bl. 6.

59 Einschätzung des Außerordentlichen Kongresses der SPD am 28. April 1961 in Bonn, Anlage 3 zum Protokoll 21/61, Sitzung des Politbüros am 9. Mai 1961, in: ebd., I, IV 2/2/763, Bl. 81, 85.

60 Niederschrift der Aussprache beim Präsidenten der ČSSR, Genossen Novotny, in Prag, 23. Mai 1961, in: ebd., I, IV 2/202/360, Bd. 1.

61 Rede Nordens auf einer Großkundgebung in Wien, 18. Oktober 1960, in: ebd., NY 4217/48, Bl. 205.

Zwar wurde die Kritik an Brandt, seit 1964 SPD-Parteivorsitzender und in der Großen Koalition zwischen Dezember 1966 und Oktober 1969 Außenminister, im Verlaufe der zweiten Hälfte der sechziger Jahre abgeschwächt, aber in ihren Grundaussagen nicht zurückgenommen. Ein Wandel setzte erst 1969 ein, als Brandt Bundeskanzler wurde und eine neue Ost- und Deutschlandpolitik einleitete. Doch schwankte das Brandt-Bild der ostdeutschen Führung. Während Ulbricht sich getreu seiner pragmatischen Maximen zur Instrumentalisierung der Sozialdemokratie eindeutig und prononciert für Brandt als echte Alternative zur CDU-Politik aussprach, mißtraute eine Reihe von Politbüromitgliedern dem führenden Sozialdemokraten nach wie vor. Sie stellten die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in die Kontinuitätslinie der CDU/CSU-Deutschland- und Ostpolitik und sahen keinen Unterschied zwischen der Politik Brandts und der seiner Amtsvorgänger.<sup>62</sup> Ulbricht widersprach diesen Auffassungen energisch: Wenn gesagt werde, „daß die neue Regierung die Politik der großen Koalition fortführen will, so ist das nicht richtig [...]. Die Niederlage der CDU und die Bildung der SPD/FDP-Regierung ist dieses Neue. Diese Regierung – mit gewissen Änderungen – sollte möglichst lange bestehen. Das entspricht doch unserem Interesse. Wir sind dafür, daß die SPD auf lange Jahre die Führung der Regierung behält [...]. Wir können nicht erwarten, daß die Brandt-Regierung alle unsere Forderungen aufnimmt. Wir knüpfen an das an, was er gesagt hat, und sind bereit, zu verhandeln. Warum sollen wir davon sprechen, daß es keine erkennbare Änderung des Bonner Kurses ist [...]. Was Brandt vorschlägt, ist eine Änderung der Taktik im Verhältnis zur früheren. Brandt hat manches bei uns abgeschrieben und will damit bei uns eindringen. Das kann Wirkung haben. Weil andere sozialistische Länder zurückgeblieben sind, kommt Brandt mit Forderungen, die weitergehen als das, was in diesen Ländern bisher realisiert wurde. Wenn Brandt neue Ostpolitik macht, dann machen wir eine neue Westpolitik, und zwar eine, die sich gewaschen hat. Dabei soll er ins Schwitzen kommen.“<sup>63</sup> Ulbricht begrüßte nicht nur den Kurswechsel in Bonn eindeutig als Fortschritt, sondern zeigte sich zu einer flexibleren, neuen Westpolitik der SED bereit. Das implizierte auch einen veränderten Umgang der ostdeutschen Staatspartei mit der SPD und ihren Repräsentanten, die – wie Brandt – für die neue Entwicklung *pars pro toto* standen. Erst in den siebziger und achtziger Jahren revidierte die SED-Führung um Erich Honecker allmählich ihr Bild von Willy Brandt und der SPD. Aber das ist schon wieder eine andere Geschichte.

62 Vgl. M. Kaiser: *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997, S. 324-332.

63 „Darlegungen des Genossen Walter Ulbricht auf der Sitzung am 30. Oktober 1969 in Dölln“ (Stenogramm von Wolfgang Berger), in: SAPMO-BArch, DY 30, I, IV 2/202/120.



dpa (WBA AdsD FES)

*„Willy Brandt ans Fenster!“ – für viele Menschen in der DDR war der sozialdemokratische Kanzler ein gesamtdeutscher Hoffnungsträger.*

## ■ HEINRICH POTTHOFF

### *Die DDR und die Neue Ostpolitik*

Die Tagung hat das „Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen“ zum Thema, und auch bei den einzelnen Themenblöcken ist immer wieder vom „Brandt-Bild“ in Polen, der Bundesrepublik und der DDR die Rede. Bei den allermeisten konkreten Einzelthemen dieser Tagung geht es jedoch um Politik und gelegentlich um die Sicht auf eine solche Politik. Darin liegt ein gewisser Widerspruch, zumindest ein klärungsbedürftiges Problem. Bilder suggerieren eine Wirklichkeit, aber sie sind nicht die Wirklichkeit. Dem Zuschauer versprechen sie eine unmittelbare Teilhabe an dieser Wirklichkeit, aber sie liefern ihm faktisch nur eine Inszenierung des Scheins.

Die virtuelle Welt hat ihre Eigendynamik. Sie produziert ihre eigene Welt. Die Bilder vom Golfkrieg, die wir 1990 sahen, lieferten eine kunstvoll produzierte Scheinwelt eines sauberen high-tech-Krieges, aber sie hatten wenig mit der Realität eines Krieges und des oft qualvollen Sterbens Tausender Menschen zu tun. Bei der martialischen Landung der US-Truppen in Somalia standen die US-Fernseheteams schon bereit. Die besten Bilder zur besten Sendezeit bestimmten hier wie in anderen Fällen Zeit, Ort und Art einer auf Bildwirkung bedachten Aktion.

Wir mögen uns über das Zipper-Monica-gate in den USA entrüsten und uns unserer Andersartigkeit brüsten. Doch sind wir tatsächlich so dagegen gefeit? Spielen bildhaft buntes politisches Theater und plakative, mediengerechte Events nicht auch bei uns schon den dominierenden Part? Es geht hier nicht darum, in den Chor der „elder statesmen“ einzustimmen, die zumeist mit großem Applaus bedacht, den Verfall der politischen Kultur beklagen und ihr eigenes Politikerleben dagegen stellen. Die neuen Medien sind eine Realität wie die gestiegene Medienmacht. Wir können uns dem nicht entziehen, und dies haben auch diese „elder statesmen“ zu ihrer Zeit nicht getan. Nur war die Medienlandschaft noch nicht so bunt, die technischen Mittel nicht so entwickelt.

Die Wirkung von Willy Brandt ist nicht zu verstehen ohne Fernsehen, und im Umgang mit dem Medium Bild war er ein Meister seines Fachs. Wer von uns Älteren hat nicht den Willy Brandt auf dem Fernsehschirm vor Augen, in dessen Gesicht sich das Nachdenken spiegelte, der förmlich um die richtigen Worte rang und mit seiner ganzen Person Menschlichkeit, Vertrauen und herzliches Zugehen auf den Betrachter

ausstrahlte. Diese Bilder haben sich damals bei vielen Menschen festgesetzt und prägen ihr Bild von Willy Brandt bis heute.

Zwei Szenen sollten wir uns im Kontext dieser Tagung besonders vor Augen führen: den Bundeskanzler Willy Brandt, der im Dezember 1970 vor dem Mahnmal für die Opfer des Warschauer Ghettoaufstandes kniete, und den Bundeskanzler Willy Brandt, der sich im März desselben Jahres an einem offenen Fenster des Erfurter Hofes den Menschen zeigte und mit zurückhaltenden Gesten vorsichtige Hoffnung verhielt. Warschau und Erfurt waren gewiß auch bildhafte Inszenierungen. Aber sie waren nicht wie viele theatralische Bilder von heute die Botschaft an sich, sondern bildhafte Gesten im Dienste einer politischen und menschlichen Botschaft, die ausdrückten, was sich mit Worten so gar nicht sagen ließ.

Diese kurzen einleitenden Anmerkungen zur Macht der Bilder schienen mir notwendig, um wenigstens anzudeuten, daß es oft weniger die konkrete, faßbare Politik ist, die das Bild eines Politikers, seiner Persönlichkeit und Politik bestimmt, sondern die bildhafte Ausstrahlung. Sie aber ist schon in einer offenen Gesellschaft mit einem entwickelten Meinungsforschungs- und Analysesystem schwer präzise zu ermessen. In einer Diktatur mit ihrem auf die möglichst totale Erfassung und Durchdringung der Gesellschaft angelegtem Kontrollsystem wie der damaligen DDR aber gleicht dies einem aussichtslosen Unterfangen. Es ist, dies gebietet die Ehrlichkeit, so nicht zu leisten.

Nun lautet das von mir zu behandelnde Thema „Die DDR und die Neue Ostpolitik“. Ursprünglich angefragt war „Die SED und die Neue Ostpolitik“. Gewiß war die DDR ein SED-Staat mit dem eigentlichen Machtzentrum Politbüro. Doch in der DDR lebten ja auch Menschen, und nicht alle dachten und handelten so, wie es das Politbüro unter Walter Ulbricht und Erich Honecker vorgab. Viele hörten Rundfunksender aus dem Westen, und nachdem der Fernsehempfang aus dem Westen möglich wurde, schaltete ein Großteil der Bevölkerung mit Vorliebe auf die Westkanäle. Etliche durften Verwandte und Freunde aus dem Westen empfangen, viele bekamen Briefe und Päckchen, Rentner und einige andere konnten zunehmend in den Westen reisen. Auch dies gehört zu einer Wirklichkeit der Neuen Ostpolitik.

Diese Bewertung durch die SED/DDR ist schwierig genug. Die Öffnung der Archive und Quellen, von der friedlichen Revolution erzwungen und vom Gesetzgeber im geeinten Deutschland bestätigt, gibt Einblick in das Innenleben einer Diktatur mit ihrem gigantischen Apparat, ihren bürokratischen Auswüchsen und ihrem verästelten Unterdrückungs-, Desinformations- und Infiltrationssystem. Die abertausende Meter von Akten sind Fundgruben der Information über die Struktur und das Funktionieren

des Systems, seiner Ideologie und Politik und für die Aufdeckung von Schicksalen betroffener Menschen wie für die Entlarvung der Täter und ihrer Gehilfen. Doch die Akten liefern nicht nur Fakten, sondern sie sind auch ein Spiegel doktrinären Scheuklappensehens. Vorsicht und kritische Umsicht sind deshalb angebracht. Selbst dann aber bleibt noch eine Asymmetrie, bedingt durch die Fülle der Zeugnisse aus der Warte der Herrschenden und den Mangel an Kenntnissen über die Beherrschten und ihr tatsächliches Denken.

## I.

In einem internen Strategiepapier der SED-Führung vom Oktober 1960 hieß es zur SPD, es gelte „den Einfluß von Wehner, Erler und Brandt in der Partei zurückzudrängen, damit die SPD wieder eine echte Alternative zur Politik der Rüstungskonzerne und ihrer Adenauer-Regierung werde“.<sup>1</sup> Partei- und Fraktionsvorsitzender war damals noch Erich Ollenhauer, Wehner einer der Stellvertreter in der Partei, Erler in der Fraktion, Brandt Regierender Bürgermeister in Berlin. Nach Herkunft, Sozialisation, Erfahrung und Naturell durchaus verschieden, galten die drei als die Repräsentanten der neuen Godesberger SPD. Und für die kommunistischen Machthaber in Ost-Berlin verkörperten sie die feindliche Troika, die es zu bekämpfen und auszuschalten galt.

Drei Jahre später stand in einem neuen Strategiepapier der Westkommission beim Politbüro vom September 1963 zu lesen, es komme darauf an, Willy Brandts Vorstellungen gegen die angeblich die „Interessen der Bonner Ultras“ stützenden und vertretenden Fritz Erler und Herbert Wehner zu unterstützen.<sup>2</sup> Was war geschehen und welche Gründe gab es dafür, daß Erler und Wehner für die SED-Machthaber Feinde blieben, aber Willy Brandt nun auf einmal als jemand erschien, mit dem man auskommen konnte und den es zu fördern galt?

In einem Atemzug mit Brandt fielen in dem SED-Papier die Namen von Heinrich Albertz, damals SPD-Innensenator in Berlin, und des Senatspressesprechers Egon Bahr. Es ging um die Ansätze zu einer neuen deutschlandpolitischen Konzeption, wie sie in Berlin von diesem Trio angedacht, von Albertz als erstem lanciert worden war und dann im Juli 1963 mit Egon Bahrs Tutzingener Rede für großes öffentliches Aufsehen gesorgt hatte.

<sup>1</sup> Zit. nach J. Staadt: *Die geheime Westpolitik der SED 1960 bis 1970*, Berlin 1993, S. 44.

<sup>2</sup> Ebd., S. 91ff., hier S. 92.

Nach dem Mauerbau zielten die Anstrengungen des SED-Systems verstärkt darauf, den Boden für eine Anerkennung ihres SED-Staates zu bereiten. In diesem Sinne versuchte die DDR-Spitze, mit gezielten Aktivitäten unter der Losung des Kampfes für den Frieden Einfluß auf Parteien und gesellschaftliche Gruppen, Öffentlichkeit und Publizistik in der Bundesrepublik zu nehmen. Wieweit sie damit wirklich Erfolg hatte und das Klima in der Bundesrepublik veränderte, ist schwer zu ermessen. Nicht alles in den alten DDR-Akten sollte man für bare Münze nehmen. Es steckte auch viel Wunschdenken eines ideologisch verbohrtens Systems darin.

Schwerer wog, daß die SED-DDR mit und über Berlin über wirksame Hebel verfügte, um Schritt für Schritt ein Stückchen an Anerkennung zu erreichen. Das betraf den Verkehr von und nach Berlin (West), bei dem Schikanen und Druckmanöver alltägliche Wirklichkeit waren, die Lage des eingemauerten West-Berlins und die Situation an der seit 1961 mit Mauer und Stacheldraht hermetisch verriegelten, mörderischen Grenze. Der vorsichtige Versuch zu einem direkten Gespräch mit der Sowjetunion (Chruschtschows Einladung an Brandt) scheiterte an einer sich verweigernden CDU. Der Berliner Wähler strafte sie dafür ab, und die SPD errang bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 17. Februar 1963 mit 61,9 Prozent einen triumphalen Wahlsieg. Die Tatsache, daß das Bemühen um Kontakte vom Wähler honoriert wurde und sich mit der FDP ein Partner für eine aktivere Ostpolitik bot, ermutigte Brandt und Bahr, sich in Tutzing weiter vorzuwagen. Es war eine Art Vorlauf für die Politik der „Kleinen Schritte“.

In Berlin, an der Nahtstelle des Ost-West-Konfliktes, wo die Härte der Trennung besonders spürbar war und viele Menschen sehr direkt und persönlich betraf, gelang es ab 1963 mit den Passierscheinabkommen erstmals, die Mauer ein klein wenig zu öffnen. Dies war der eigentliche Beginn der operativen Neuen Ost- und Deutschlandpolitik. Den Schlüssel, mit dem sich das vertrackte Schloß endlich öffnen ließ, hatte Heinrich Albertz, ein enger Vertrauter Willy Brandts, entdeckt. Es war die sogenannte salvatorische Klausel – der Konsens über den Dissens der Bezeichnungen, aber diese, d. h. der „Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik“ und die „Hauptstadt der DDR“, erschienen immerhin.

Nachdem die DDR so ein Zipfelchen Statusaufwertung erhascht hatte, stieg allmählich der Preis. Walter Ulbricht war die Achillessehne wohl bekannt. Ihm und seinen Gefährten in Moskau und Ost-Berlin ging es nicht um Erleichterungen bei den Folgen der Teilung. Sie sahen in dem schweren Los der Menschen und in dem Anliegen von Politikern wie Willy Brandt, ihnen zu helfen, einen Hebel auf dem Weg zu einer politischen Anerkennung der SED-DDR, ihrem vordringlichen Ziel. Von da aus

erschien ihnen Brandt, der nach dem Schock des Mauerbaus und der Desillusionierung vorsichtig neue Wege in der Deutschland- und Ostpolitik suchte und ansteuerte, als einer, mit dem man eher zurechtkommen konnte und den es deshalb zu stützen galt.

Für die Menschen, die sich zu Weihnachten 1963 bei den ersten Passierscheinbesuchen in den Armen lagen, zählte etwas ganz anderes. Der Regierende Bürgermeister von Berlin hatte ein Herz für sie und nahm sich ihrer an, während in Bonn die hohen Herren über Statusfragen brüteten. Die Passierscheinabkommen sind die eigentliche Geburtsstunde für das hohe Ansehen, das sich Willy Brandt bei den Bürgern in Ost-Berlin und der DDR erwarb. Als ein eindrucksvoller Ankläger des kommunistischen Systems war er bekannt, der sich in den kritischen Tagen des Mauerbaus als Herold der Freiheit und Anwalt Berlins bewährte. Nun verband sich mit ihm auch die Hoffnung, daß Menschen in dem geteilten Land wieder zusammenfinden konnten. Menschliche Erleichterungen aber ließen sich nicht gegen, sondern nur mit den Machthabern im Osten, in Ost-Berlin wie in Moskau erreichen, und die Berliner waren in ihrer großen Mehrheit bereit, Brandt auf diesem Kurs zu folgen, der zusehends auch starke öffentliche Unterstützung fand. Am weitesten ging damals die FDP mit ihren Überlegungen zur Einsetzung paritätischer deutsch-deutscher Kommissionen.

Auf der Gegenseite im Osten knüpfte sich daran die Erwartung, allmählich das Ziel der Anerkennung zu erreichen. Bei jedem neuen Passierscheinabkommen hob die DDR die Schwelle an, um so Zug um Zug ein weiteres Zipfelchen Anerkennung zu erreichen. Im Sommer 1966 war für den Berliner Senat, mitbedingt durch starken Druck der Erhard-Regierung in Bonn, die Schmerzgrenze erreicht. Fast gleichzeitig scheiterten die Gespräche über den Redneraustausch zwischen SPD und SED. Die SED hatte ihr Ziel, einen Keil zwischen SPD-Basis und Führung zu treiben, nicht erreicht und auch die SPD-Führung nicht auseinanderdividiert, sondern zusammengeschweißt. Und sie mußte erfahren, daß in Bonn Regierung und SPD-Opposition deutschlandpolitisch eher näher zusammenrückten.

Mit dem gescheiterten Experiment des Redneraustausches hatte sich die SED-DDR in eine Zwickmühle manövriert, aus der ihr nur der schmähliche Rückzug blieb. Eine öffentlich-offene Auseinandersetzung konnte sie nicht bestehen. Nachdem das Regime mit dem Besuch Ulbrichts Anfang 1965 in Ägypten einen ersten spektakulären Erfolg erzielt hatte, setzte es nun bei seinem Anerkennungsdrang auf eine Art Umgehungsstrategie über die Dritte Welt. Auf dem deutsch-deutschen Terrain igelte es sich ein, und der Warschauer Pakt erhöhte Zug um Zug die Vorbedingungen für Verhandlungen mit der Bundesrepublik – von zwei deutschen Staaten und der selbst-

7 ständigen politischen Einheit Westberlin im Juli 1966 in Bukarest bis zur sogenannten Ulbricht-Doktrin, dem Gegenstück zur Hallstein-Doktrin, im April 1967 in Karlsbad.

## II.

Wer von „Neuer Ostpolitik“ spricht, denkt wohl ganz überwiegend an die Deutschland- und Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Tatsächlich aber stammt die Bezeichnung „Neue Ostpolitik“ aus der Zeit der Großen Koalition, ausdrücklich so auch in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger.<sup>3</sup> Der über Jahrzehnte von Bonn hochgehaltene Grundsatz „Erst Wiedervereinigung und dann Entspannung“ wurde nun umgekehrt. Zuerst Entspannung und Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in deren Gefolge eine Wiedervereinigung möglich sein könnte, hieß die neue Formel. Die Bundesrepublik reihte sich damit ein in die konzeptionelle Front ihrer westlichen Alliierten, denen die querelles allemands lästig geworden waren und die schon seit Jahren auf den Vorrang Entspannung setzten. Mit dieser fundamentalen Weichenstellung umriß Bonn sein neues deutschlandpolitisches Konzept, das bis zum Zusammenbruch des DDR-Regimes Geltung behielt.

Diese „Neue Ostpolitik“ war nach außen vorrangig Kanzleraußenpolitik, und hinter den Kulissen wirkte, sofern es um die DDR ging, Herbert Wehner als Mentor, mit dem sich Kiesinger abstimmte und beriet. Der neue Außenminister Willy Brandt mußte sich seine Meriten erst im Westen verdienen und sorgte dafür, daß das zerrüttete deutsch-französische Verhältnis wieder in Ordnung gebracht wurde. Daß Egon Bahr im Auswärtigen Amt über deutschlandpolitischen Konzepten brütete und Strategie-papiere entwarf, spielte operativ für die SED-DDR noch keine erkennbare Rolle. Brandt und die SPD-Führung waren in dieser Zeit für den SED-Staat weniger potentielle Hoffnungspartner, sondern energisch zu bekämpfende Gegner, die sich auf die Notstandsgesetzgebung einließen.

Die Stoßrichtung zielte im Verbund mit breiten Kreisen der Gewerkschaften, Intellektuellen, Ostermarschierern und Studenten gegen die SPD-Führer wie Wehner und Brandt, die angeblich auf eine präfaschistische Notstandsverfassung hinsteuerten und wie die Weimarer Sozialdemokratie die Arbeiterklasse verrietten und dem Faschismus den Weg bereiteten. Die Häutung Willy Brandts zu einem Repräsentanten

<sup>3</sup> So betont K. Hildebrand: *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1966 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4)*, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 325ff.

von Liberalität im Zuge des gesellschaftlichen Umbruchs und der Studentenbewegung spielte für die Art seiner Wahrnehmung in der DDR wohl kaum eine nennenswerte Rolle, und wenn, dann ambivalent, positiv am ehesten noch bei einer Minorität von nicht regimekonformen Literaten und Künstlern, und wohl eher negativ bei einer Bevölkerungsmehrheit, begreiflich und verständlich aus der autoritär-obrigkeitsstaatlichen Prägung, die in der DDR fast bruchlos weiterleben konnte.

Erst in der Endphase der Großen Koalition, als beide Partner schon zusehends die Wahlen im Auge hatten, gewann Willy Brandt allmählich auch deutschland- und ostpolitisch wieder stärker an Konturen, so als er vom „geregelten Nebeneinander der beiden deutschen Teile“ sprach.<sup>4</sup> In der Bundesrepublik, wo einflußreiche Medienorgane wie der „Spiegel“, der „stern“, die „Zeit“, die „Süddeutsche Zeitung“, die „Frankfurter Rundschau“, der „Kölner Stadt-Anzeiger“ vehement einem Ausgleich mit den östlichen Nachbarn das Wort redeten, für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und letztlich auch der DDR plädierten, spielte dies eine zusehends größere Rolle und beeinflusste die Wahlentscheidung mit. Aus dem Blickwinkel der SED-DDR zogen diese Veränderungen aber keine größeren Konsequenzen nach sich. Jedenfalls hat sie nichts Entscheidendes unternommen, um erkennbar für einen Wahlerfolg und Regierungswechsel in Bonn zu werben. Es herrschte quasi Funkstille.

## III.

Der neue ost- und deutschlandpolitische Kurs, den die Regierung Willy Brandts einschlug, stieß in der DDR auf unterschiedliche Resonanz. Die SED-Führung nahm das von Willy Brandt mit seiner Regierungserklärung vom Oktober 1969 ausgesprochene Verhandlungsangebot, in der er von den zwei Staaten in Deutschland sprach, mit Mißtrauen auf, obwohl damit erstmalig ein Bundeskanzler der DDR „Staatsqualität“ attestierte. Sie sah darin eine Art Umarmungsstrategie mit dem Ziel einer schleichenden Unterminierung ihres Systems, der sie mit einer massiven Polemik gegen die These von der „Einheit der Nation“, der Hervorkehrung des Sozialen vor dem Nationalen („Zwischen den Krupps und den Krauses, [...] den Multimillionären und dem werktätigen Volk gibt es keine nationale Einheit“)<sup>5</sup> und der harten Forderung

<sup>4</sup> Vgl. J. Hacker: *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 238.

<sup>5</sup> So Walter Ulbricht auf einer Pressekonferenz am 19. Januar 1970, zit. nach K. Schroeder: *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft*, München 1998, S. 196.

nach völkerrechtlicher Anerkennung begegnete. Nach Honeckers Lesart (16. Februar 1970) fungierte „die Regierung Brandt/Scheel“ als Handlanger des Kapitalismus und versuchte, unter Nutzung der ökonomischen „Potenzen des westdeutschen Imperialismus und der sozialdemokratischen Ideologie“ schrittweise „die Vorherrschaft über Europa“ zu verwirklichen. „Einmal soll sie im Sinne des langfristigen Eindringens in die sozialistischen Länder ‚das Tor nach Osten öffnen‘. Zweitens soll sie angesichts der wachsenden Widersprüche das staatsmonopolistische System in Westdeutschland für die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus effektiver machen.“<sup>6</sup>

Weniger aus freien Stücken, sondern mehr auf Druck aus Moskau, bequeme sich das SED-Regime zur Aufnahme von Gesprächen mit der sozialliberalen Bundesregierung. Im März 1970 kam es zu dem historischen Treffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph in Erfurt, dem im Mai 1970 noch ein zweites, der Gegenbesuch Stophs in Kassel, folgte. Inhaltlich beschränkten sich diese Gespräche weitgehend auf den Austausch von Grundsatzpositionen: Stoph zielte auf völkerrechtliche Anerkennung, Brandt auf konkrete Schritte bei den innerdeutschen Beziehungen. Doch historisch war Erfurt schon deshalb, weil hier erstmals die Regierungschefs der beiden deutschen Staaten an einem Tisch saßen, weit mehr aber durch die Begleitumstände und die dabei sichtbar gewordenen Gefühle.

Die Bevölkerung der DDR setzte große Erwartungen auf diese Gespräche, und die Mehrheit der DDR-Bewohner sah vor allem in der Bundesregierung die Vertreterin ihrer Anliegen und Interessen. Die Hoffnungen ruhten dabei besonders auf Willy Brandt. Als Regierender Bürgermeister von Berlin war er ihnen bekannt, als Vater der Passierscheinregelungen als Politiker ausgewiesen, der konkret etwas für die Menschen tat und nun als Bundeskanzler in die DDR fuhr, um sich für mehr Freizügigkeit einzusetzen.

In den „Willy, Willy-Brandt“-Rufen und den spontanen Beifallsbekundungen der großen Menge vor dem Erfurter Hof, der sich der Bundeskanzler an einem offenen Fenster des Hotels zeigte, brachen die erwartungsvollen Gefühle der Menschen durch. Es war eine Stimmung wie eine Mischung aus dem „Gorbi, hilf!“ vom Oktober 1989 und dem sehnsüchtigen „Wir sind doch ein Volk und gehören zusammen, und auf Dich, Willy Brandt, setzen wir unsere ganzen Hoffnungen“. In den Stimmungsberichten der Stasi las sich dies als „politisch-ideologische Unklarheiten in größerem Umfang“.

<sup>6</sup> Zit. nach H. Bögeholz: *Die Deutschen nach dem Krieg. Eine Chronik*, Berlin 1995, S. 383.

Die Sicherheitskräfte von MfS und Volkspartei hatten die spontanen Bekundungen nicht unterbinden können und wurden durch deren Stärke überrascht. Mielke und Genossen zogen daraus die Konsequenz, die Staatssicherheit so zu stärken und die Kontrolle so zu perfektionieren, daß so etwas nie wieder geschehen sollte. Die gespenstischen Szenen bei Helmut Schmidts Gang durch Güstrow sind bekannt, insgesamt wurden beim Schmidt-Besuch im Dezember 1981 37.000 Mann an Sicherheitskräften eingesetzt.

Die hohen Erwartungen, die sich in der DDR-Bevölkerung an Brandts Besuch in Erfurt knüpften, machten bald einem größeren Realismus Platz. Das Treffen zwei Monate später in Kassel wurde wesentlich nüchterner bewertet. Als nach langwierigen Verhandlungen der Verkehrs- und Transitvertrag und schließlich der Grundlagenvertrag abgeschlossen waren und damit in begrenztem Maße wenigstens wieder einige Grenzübergänge für Westbesucher geöffnet wurden, zeigte sich zwar eine euphorische Stimmung im Westen, passend zu den Willy-Bundestagswahlen 1972. Die DDR-Bevölkerung aber bekam schnell zu spüren, daß ihre Herrschenden aus Angst vor den bescheidenen Kommunikationsmöglichkeiten die Zügel straffer anzogen und der Würgegriff der Staatssicherheit noch härter wurde.

Dennoch beurteilte eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung die Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Koalition unter Willy Brandt überwiegend positiv. Durch die Gängelung und die Restriktionen sind empirische Befunde und verwertbares Material rar und methodisch problematisch. In der Zeit der parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Ostverträge bekundeten 81 Prozent der befragten Jugendlichen aus der DDR ein sehr starkes, 17 Prozent ein starkes Interesse am Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik.<sup>7</sup> Nach einer empirischen Langzeitstudie von Infratest, das für die Bundesregierung Trends von Einstellungen und Verhaltensweisen der DDR-Bevölkerung erforschte, begrüßten 85 Prozent den Abschluß der Ostverträge und eine noch größere Mehrheit von über 90 Prozent den Grundlagenvertrag und die ihm vorausgegangenen Verhandlungen.<sup>8</sup>

Der Wunsch nach Wiedervereinigung lag in der DDR über die Jahrzehnte vom Mauerbau bis zum Zusammenbruch des Systems ähnlich hoch, etwas schwächer zumeist nur bei der jüngeren Generation. Doch der Glaube an die Realisierung der

<sup>7</sup> Vgl. P. Förster: *Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen. Einstellungen junger Menschen in der DDR*, in: *Materialien der Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. V/2, S. 1212-1380.

<sup>8</sup> Vgl. A. Köhler: *Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage*, in: *ebd.*, S. 1636-1674.

Einheit schwand deutlich dahin und tendierte schließlich gegen Null. Gleichzeitig erhöhte sich mit fortdauernder Existenz und natürlich gefördert durch die Abriegelung der Prozentsatz derer, die die Bundesrepublik und die DDR als zwei unabhängige Staaten ansahen.

Während in der Bundesrepublik die Front gegen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR bis an deren Ende stark blieb, wurde diese in der DDR nur von einer Minderheit aus der älteren Generation strikt abgelehnt. Eine deutliche Mehrheit plädierte vor allem in der Aufbruchstimmung der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition für eine Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung. Am stärksten ausgeprägt war diese Haltung bei den jüngeren DDR-Bürgern, die sich durch die Nichtanerkennung als Bürger zweiter Klasse diskriminiert fühlten. Mit der Anerkennung verknüpft war die Hoffnung auf weitere Erleichterungen, vor allem bei den Reisemöglichkeiten, und eine gewisse Liberalisierung der Lebensbedingungen.

Markus Meckel hat das „Lebensgefühl“ der Menschen, die die SED ablehnten, aber Brandts Deutschlandpolitik begrüßten, einmal treffend so beschrieben: In der „unmittelbaren Erfahrung“ sei diese die Fortsetzung der „Politik der Kleinen Schritte“ gewesen, „die in Berlin ganz konkret erfahrbar war nach dem Mauerbau, die zu Möglichkeiten des Zusammenlebens von Deutschland in Deutschland durch und über diese Mauer führte. Das war ein ungeheuer wichtiger Schritt und eine fundamentale Erfahrung. Das war eben der Unterschied in unserer Wahrnehmung westdeutscher Politik: daß die einen ständig von nationaler Einheit redeten und sie behaupteten und die anderen versuchten, sie zu gestalten.“<sup>9</sup>

„Kleine Schritte sind besser als große Worte“, dieses Wort Egon Bahrs brachte es auf den Punkt. Doch Willy Brandt stand nicht nur für dies. Bei ihm kam noch hinzu, daß die Menschen in der DDR seine Anteilnahme und das aufrichtige Bemühen spürten, ihnen zu helfen, daß er ein Politiker mit Moral, Charisma, großer Autorität und Gespür für die geschichtliche Verantwortung war und er wirkliche Freundschaft mit den östlichen Nachbarn suchte. Dies läßt sich angesichts des Mangels an empirischen Befunden natürlich nur schwer belegen. So lassen wir noch einmal Markus Meckel sprechen: Es war, so glaubt er, „ein ganz großer Teil der Menschen in der DDR, die sagen würden, Willy Brandt ist in Warschau auch für uns auf die Knie gefallen.“<sup>10</sup>

Dieser Kniefall am Mahnmal für die Ermordeten des Warschauer Ghettos, den die Hälfte der Westdeutschen damals für überzogen hielt, hat für das Bild des neuen

9 I. Marbolek/H. Potthoff (Hg.): *Durchbruch zum modernen Deutschland? Die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung 1966-1982*, Essen 1995, S. 57.

10 Ebd., S. 58.

demokratischen Deutschland in der Welt mehr bewirkt als viele andere konkrete politische Maßnahmen und Schritte. Der 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete und geehrte Willy Brandt wurde zur Symbol- und Kultfigur eines friedensliebenden, Verständigung und Versöhnung suchenden, gewandelten Deutschland und zum Heros sozialdemokratischer Identität und Ausstrahlung.

#### IV.

Als die Mehrheit der sozialliberalen Koalition bröckelte und die CDU/CSU am 27. April 1972 Willy Brandt mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum zu stürzen suchte, bangten nicht nur seine Anhänger, sondern viele Menschen im östlichen Europa und in der DDR. Sogar der Ulbricht-Nachfolger Erich Honecker, früher eher ein Verfechter der harten Linie, signalisierte Egon Bahr bei einem Geheimbesuch am Vorabend die Bereitschaft zu „Gesten des guten Willens“. Ob dieser Schritt wirklich hilfreich für die Regierung gewesen wäre oder eher den gegenteiligen Effekt ausgelöst hätte, steht dahin, denn Egon Bahr wies ihn ab.<sup>11</sup>

Jedenfalls zeigten sich hier bei Honecker ansatzweise gewisse Träume von Gemeinsamkeiten: Es werde zwar zwischen DDR und BRD „keine Volksfrontbewegung geben, aber im Sinne der friedlichen Koexistenz sei ein Miteinander denkbar“.

Honeckers Avancen und Träumereien waren natürlich auch Taktik. Bei den deutsch-deutschen Verhandlungen gab sich die DDR sperrig, und bei dem Treffen der Ostblockführer am 31. Juli 1972 auf der Krim beschwor Honecker die Gefahren der neuen Ostpolitik und des „Sozialdemokratismus“. Die Brandt-Regierung werde Neuwahlen nur nutzen, „um ihre feindselige Politik gegenüber der DDR fortzusetzen“.<sup>12</sup> Daß nicht nur die westdeutschen „Revanchisten und Militaristen“ und der damit verbundene „Block der CDU/CSU“ gefährlich seien, sondern natürlich auch die sozialliberale Koalition, war Konsens. Aber für Leonid Breschnew, sekundiert von Janos Kadar, versprach die Regierung in Bonn doch eher „Nutzen“ zu bringen. Seine Logik zu überlegen, „wie man Brandt helfen kann, damit wir doch mit ihm zu tun haben und nicht mit der CDU/CSU, nicht [mit] Strauß und Barzel“, lief in der Konsequenz auf ein Entgegenkommen der DDR gegenüber der Brandt-Regierung hinaus, um deren Chancen bei den kommenden Wahlen zu verbessern. Die parlamentarische Schwäche und die

11 H. Potthoff: *Bonn und Ost-Berlin. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente*, Bonn 1997, S. 197.

12 Ebd., S. 28f. und S. 208-216 (auch für das Weitere).

ungewissen Wahlaussichten beförderten Konzessionen der DDR, die sonst schwerer zu erzielen gewesen wären.

Breschnews Sowjetunion handelte natürlich nicht selbstlos. Sie war in einer schweren Versorgungskrise und hatte ein dezidiertes Interesse an einem Arrangement. Aber sie wollte die Zügel in der Hand behalten. Die DDR-Führung hatte sich ihrer Vorgabe zu fügen, und gleichzeitig sollte und durfte die DDR sich nicht in eine Abhängigkeit von der Bundesrepublik begeben. Und so warnte Breschnew, „daß nicht nur die CDU/CSU, sondern auch die Regierung Brandt und die gesamte heutige Regierungskoalition ein Maximum aus der DDR herauspressen möchten, daß sie versuchen, unsere Freunde durch solche Abkommen zu binden, die der BRD die Möglichkeit geben, die DDR ökonomisch und politisch zu beeinflussen. Wir meinen, Genossen, daß solche Absichten gefährlich sind, und wir müssen in dieser Beziehung hohe kollektive Wachsamkeit an den Tag legen“.

Natürlich hatte im sowjetischen Machtimperium letztlich der Kreml das Sagen. Aber die Interessen waren nicht völlig kongruent. Und im Herbst 1972 zeigte sich in der DDR-Führung eine gewisse Furcht, gegenüber Moskau und Warschau ins Hintertreffen zu geraten. Gleichzeitig sorgten die Olympischen Spiele in München mit dem erstmaligen Auftritt einer DDR-Mannschaft, die freundlich begrüßt und gefeiert wurde, wenn ihre Athleten, deutsche Athleten eben, siegten, für eine Klimaverbesserung.

Knapp zwei Wochen vor den Bundestagswahlen am 19. November 1972 wurde der Grundlagenvertrag am 8. November paraphiert. Er sorgte, geradezu euphorisch gefeiert von einem Großteil der Medien und teilweise in einer Weise interpretiert, als wäre nun fast schon Freizügigkeit gegeben, für einen Schub bei diesen sogenannten Willy-Wahlen, mit denen die SPD mit 45,8 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte einfuhr und sich ihr Koalitionspartner FDP von 5,8 auf 8,4 Prozent verbesserte. Doch diese Euphorie kehrte sich bald in Ernüchterung und Enttäuschung um, als das SED-System die Familienzusammenführung stoppte, die Repression im Innern verschärfte und die Kommunikation von West und Ost behinderte. Mit der Ratifizierung des Grundlagenvertrages, dem UN-Beitritt beider deutscher Staaten und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den meisten Staaten hatte das SED-Regime eines seiner wichtigsten Ziele erreicht, die Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft. Nun stellte es, nachdem „der Mohr seine Schuldigkeit getan“ hatte, die Ampeln erst einmal auf Rot.<sup>13</sup> Das Faustpfand Anerkennung aber war in den vom Bundesverfassungsgericht strikter markierten Grenzen ausgereizt, die

<sup>13</sup> Vgl. A. Vogtmeier: *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, S. 182.

Gegenleistungen der DDR nur in Teilen festgeklopft und in anderen nur die „Bereitschaft“ erklärt, sie „im Zuge der Normalisierung [zu] regeln“.<sup>14</sup>

Das DDR-Regime, das seinen Bürgern die Freiheit verwehrte, verhielt sich nicht wie ein halbwegs zivilisierter Staat. Aber bedingt durch die Ineffizienz seiner Planwirtschaft, den Mangel als Dauererscheinung und den Drang nach Technik und Modernisierung besaß es einen stetigen Hunger nach Westdevisen. Von nun an bis weit in die achtziger Jahre mit dem von Franz-Josef Strauß 1983 vermittelten Milliardenkredit, dem zweiten von 1984 und dem Swing-Abkommen Wolfgang Schäubles weitere drei Jahre später kam eine andere Dimension deutsch-deutscher Politik zum Tragen. Sie läßt sich auf den Nenner bringen: „DM gegen humanitäres Entgegenkommen“. Praktiziert wurde sie vor 1972 schon beim Häftlingsfreikauf. Doch nun bekam sie eine ganz andere Qualität, und es waren vielfach neue Akteure, die dabei mitspielten und den Ton angaben.

## V.

In seinen Erinnerungen, die im Jahr 1997 mit großem Medienrummel unters Volk und auf den Markt gebracht wurden, nennt Markus Wolf den Fall Guillaume die „größte Niederlage“ seines Dienstes.<sup>15</sup> Er bezieht dies nicht auf die Enttarnung, sondern der ehemalige Spionagechef der DDR will uns weis machen, die Plazierung Guillaume in der Umgebung des Kanzlers Brandt sei der eigentliche Fehler gewesen. Dabei ging es für Markus Wolf, den Vertrauensmann des sowjetischen KGB, nicht nur um Prestige, sondern auch um eigene Macht.

Nicht unproblematisch war der Fall Guillaume allerdings für SED-Generalsekretär Erich Honecker. Ausgehend von dem Besuch Herbert Wehners Ende Mai 1973 in der Schorfheide – an dem zeitweise auch Wolfgang Mischnick teilnahm – war ab Dezember 1973 ein „verdeckter Kanal“ zwischen Honecker und Bundeskanzler Willy Brandt in Gang gekommen, bei dem Rechtsanwalt Wolfgang Vogel als „Briefträger“ und Herbert Wehner als Motor und Intermediator fungierte. Diese Kontakte waren geheim, so geheim, daß sie selbst vor sonst Eingeweihten und Mächtigen in Ost und West verborgen oder kaschiert wurden. Es spricht vieles dafür, daß auch die Genossen Erich Mielke und Markus Wolf nicht wirklich unterrichtet waren. Als der „Stasi-Erich“ 1980

<sup>14</sup> So lauteten die Formulierungen im Grundlagenvertrag. Vgl. *Zehn Jahre Deutschlandpolitik*. Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1980, S. 206.

<sup>15</sup> M. Wolf: *Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen*, Düsseldorf/München 1997, S. 286f.

von dem Wind bekam, was sein „SED-Erich“ ihm aus dem Geheimkontakten vorenthielt, war der Argwohn groß.

Guillaume, so wertvoll er für die DDR auch war, verkörperte für die Nr. 1 des SED-Staates einen Risikofaktor, zumal Willy Brandt offenbar die Unterlagen über die geheimen Drähte bis Februar 1974 nicht zureichend sicherte. Am 6. Mai 1974, unmittelbar, bevor Brandts Rücktritt bekannt wurde, bedauerte Honecker in einem Schreiben an Wehner, daß durch den „Störfaktor“ Guillaume die seit Jahresbeginn „unternommenen Schritte zur Ausfüllung des Grundlagenvertrages“ überschattet wurden. „Zu beklagen“ sei „im Fall G. nicht nur das Unvermögen der zuständigen Stellen der DDR, den Mann rechtzeitig aus dem Verkehr zu ziehen, sondern auch das Zurückweichen der Bundesregierung vor jenen Kreisen“, die auf die Aushöhlung des Grundlagenvertrages und den Sturz der Regierung Brandts zielten.<sup>16</sup>

Der SED-Generalsekretär setzte jedenfalls, soweit wir dies wissen, bis zuletzt auf die Fortdauer der Kanzlerschaft Willy Brandts und offerierte dazu einen Katalog für die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen. Er umfaßte Angebote zum Reiseverkehr, u. a. „Differenzierung beim Mindestumtausch“ (er war im Herbst 1973 drastisch erhöht worden), Erweiterung der Reisemöglichkeiten von DDR-Bürgern „auch zu touristischen Zwecken“, Zusagen zur Familienzusammenführung und zur „Entlassung“ von Häftlingen aus der DDR-Staatsbürgerschaft und ihrer „Ausreise in die BRD“. Diese Offeren markierten so etwas wie den Rahmen dessen, was aus Honeckers Sicht für die DDR machbar schien. Sie waren in dieser Krisensituation Brandts natürlich auch taktisch motiviert und – wie Honecker verlauten ließ – dazu gedacht, um den „B[und:s]-K[anzler] gegen Hetze zu stützen“ und ihm innenpolitisch Schützenhilfe zu geben.<sup>17</sup> Doch es wäre falsch, daraus eine besondere Vorliebe der SED-Machthaber für Willy Brandt herzuleiten.

Nach dem Kanzlerwechsel in Bonn stellte sich das SED-Regime pragmatisch-nüchtern ohne Zögern auf den neuen Kanzler Helmut Schmidt um und ein, und vor allem Honecker schien sichtlich bemüht, eine Art Vertrauensverhältnis zu Schmidt aufzubauen. Für die DDR-Führung spielte Willy Brandt kaum mehr eine Rolle, selbst nicht in der Zeit der Nachrüstungsdebatten. Außer gelegentlichen Grüßen an ihn und Herbert Wehner taucht selbst sein Name in hochrangigen Gesprächen kaum mehr auf.

Willy Brandt, der hochgeschätzte Entspannungs- und Friedenspolitiker, hatte die

16 Potthoff, *Bann und Ost-Berlin*, S. 43f.

17 Ebd., S. 45.

ihm durch Guillaume vom SED-Systems zugefügte Wunde, wie andere Wunden auch, nur schwer überwunden. Tief enttäuscht hatte er mit dem Bekanntwerden des Spionagefalls Guillaume die „Feindschaft“ des SED-Staates gegen ihn beklagt. So intensiv sich der SPD-Parteivorsitzende – seit 1976 zudem Präsident der Sozialistischen Internationale – auch auf der internationalen Bühne um Entspannung und Frieden kümmerte, der innerdeutsche Acker lag bei ihm lange brach. Und als er sich im November 1980 mit Kritik an der Erhöhung des Mindestumtausches meldete, für einen vorübergehenden „leeren Stuhl“ bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik und für Abwarten und eine Pause plädierte,<sup>18</sup> krittelte Honecker, er habe Brandt „bisher als Realpolitiker eingeschätzt“, doch so höre jede Politik auf. Als Brandt über elf Jahre nach Guillaume erstmals die DDR offiziell besuchte und Honecker traf, verlief das Gespräch verkrampt. Es reichte gerade zu einem „persönlich tragbaren Verhältnis“.<sup>19</sup> Beim Honecker-Besuch 1987 in Bonn, bei dem der damalige Kanzler Helmut Kohl den SED-Generalsekretär mit allen protokollarischen Ehren empfing, und nach der Vorlage des SED-SPD-Papiers schien das Eis geschmolzen. Nach seiner „Eisbrecherfunktion“ im Ost-Westverhältnis lockte Willy Brandt neben der „Friedensfrage“ mit weiteren „Gemeinsamkeiten“, die sich dann mit dem harten Kurs des SED-Regimes bis zum Jahr 1989 erst einmal zerschlugen.<sup>20</sup>

Viele Politiker im Westen, die damals auf Kooperation mit den Mächtigen der DDR setzten und vor allem Stabilität favorisierten, haben ex-post oft heftige Kritik einstecken müssen – von Helmut Schmidt bis partiell auch zu Helmut Kohl, so sehr diese mit Hilfe ihm geneigter Politiker und Publizisten auch an seinem Bild als Kanzler der Einheit wob. Willy Brandt blieb, sieht man von einigen kritischen Kommentaren über sein Wort von der Lebenslüge der Wiedervereinigung in den achtziger Jahren ab, davon weitgehend verschont.

Das Bild von Willy Brandt als dem moralisch glaubwürdigen, charismatischen Politiker, der ein neues, demokratisches Deutschland verkörperte, der um Verständigung, Frieden und Versöhnung rang, gewann mit seiner Kanzlerschaft schnell feste Konturen. Mit dem Friedensnobelpreis stieg er auf einen Sockel, der ihn über das Normalmaß eines Politikers entrückte. Im Gedächtnis haften blieb der Willy Brandt des Aufbruchs zu neuen Ufern und der Visionen, der Grundlegung der neuen Ost- und Deutschlandpolitik, die die Konsequenzen aus dem von Hitler-Deutschland entfes-

18 Ebd., S. 555.

19 H. Potthoff: *Die „Koalition der Vernunft“*. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 55 und S. 340-343.

20 Ebd., S. 636f.

selten Krieg zog, Mauer und Stacheldraht wenigstens etwas durchlöcherte und den Menschen in der DDR das Gefühl gab, daß sich jemand ernsthaft um ihr Geschick kümmerte. Die dornigen Seiten des schwierigen deutschlandpolitischen Alltagsgeschäftes blieben Brandt, bedingt durch den Rücktritt, der sein Bild noch mehr verklärte, weitgehend erspart. Die innenpolitische Demontage, auch in der Bundesrepublik weitgehend vergessen und verdrängt, drang zur DDR-Bevölkerung, damals vielfach noch ohne Westfernsehen, kaum durch.

Nach der Fast-Eiszeit des zweiten Kalten Krieges erstrahlte Brandts Stern wieder hell, als mit Gorbatschow das Tauwetter in der Sowjetunion begann und Willy Brandt als Eisbrecher zwischen Ost- und West gleichsam seinen zweiten Frühling erlebte. Als sich eine kleine Schar von Mutigen aufmachte, im Sommer 1989 in der DDR eine Sozialdemokratische Partei, die SDP, zu gründen, war Willy Brandt ihre Leitfigur, gleichzeitig Heros und Programm. Sein Gespür für das „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ und die große Resonanz, die er 1989/90 bei den Menschen in der DDR fand, zeigte noch einmal den zielsicheren Instinkt eines großen Politikers und die Wirkung des charismatischen Willy Brandt. Für ihn war dies die Erfüllung eines kaum mehr erhofften Traums. Doch als es um harte Wahlentscheidungen ging, distanzte der Bonner Amtsinhaber Helmut Kohl alle anderen in der Gunst der DDR-Bevölkerung aus.

Willy Brandt, die Vaterfigur von Frieden, Versöhnung und Ausgleich, hat für die Deutschen jenseits von Mauer und Stacheldraht über Jahre und Jahrzehnte Hoffnungen, Moral, Menschlichkeit und Anteilnahme symbolisiert. Unter ihm als Kanzler wurde die Basis für den Wandel im östlichen Europa gelegt, dessen Früchte auf dem deutschen Acker dann Helmut Kohl ernten und in die Scheuer fahren konnte. Ein Hauch von Tragik umgibt so den Mann, der 1989/90 seine Träume Wirklichkeit werden sah. Soweit es die deutsche Einheit betraf, wurden sie wahr. Doch soweit es seine Vision vom Siegeszug eines freiheitlichen, demokratischen Sozialismus anbelangte, erlebte er eine herbe Enttäuschung.



Reineke/Bundesbildstelle

Am 7. Dezember 1970 unterzeichnen Bundeskanzler Willy Brandt und der polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz sowie die Außenminister beider Staaten, Walter Scheel und Stefan Jedyrychowski, den Warschauer Vertrag.

## ■ DIETER BINGEN

*Die Deutschland- und Ostpolitik  
Willy Brandts im Spiegel  
der polnischen Publizistik 1966-1974*

### *Vorbemerkung zur Rolle der Printmedien in der Volksrepublik Polen*

Die Auswertung und Bewertung der journalistischen und wissenschaftlichen Beiträge in den polnischen Medien muß davon ausgehen, daß die Journalisten und Wissenschaftler innerhalb der Zwänge der Medienkontrolle Residuen des Rollenverständnisses des Journalismus und der Freiheit der Wissenschaft erhalten hatten. Und einzelne Wissenschaftler und Journalisten waren sich bewußt, daß sie Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben konnten, wenn sie ihr aufgezwungenes Selbstverständnis als Transmissionsriemen der herrschenden Parteilinie durch Überlistung des Zensurapparates oder durch Analysen „für den inneren Gebrauch“ (do użytku wewnętrznego) überwinden konnten. Gerade die Perfektion des Zensurapparates war auch Beweis für partielles Autonomiebewußtsein.

Für die Auswertung der unterschiedlichen Printmedien als Informationsquellen für die Geschichte der Volksrepublik Polen ist es unerlässlich, die genau festgelegten Rollen der einzelnen Organe zu identifizieren, so wie sie von der Exekutive der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) vorgeschrieben wurden, oder die Rollen, die sie praktisch übernahmen. Man muß wissen, welche Leserkreise die Partei mit ihren Erzeugnissen ansprechen wollte, welche Themen einzelne Produkte deshalb ansprechen und wie demgemäß das Niveau und die Dosierung von Ideologie bestimmt wurde.<sup>1</sup>

### *Willy Brandt und die Ostpolitik*

Wenn auch die „neue Ostpolitik“ der Regierung der Großen Koalition in der polnischen Publizistik der Zeit insgesamt negativ beurteilt wurde, bleibt es doch bemerkenswert, wie differenzierend im Nachhinein Anfang der siebziger Jahre in der polni-

<sup>1</sup> Siehe Beiträge in: E. Mühle (Hg.): *Vom Instrument der Partei zur „Vierten Gewalt“. Die ostmitteleuropäische Presse als zeithistorische Quelle*, Marburg 1997.

schen Politikwissenschaft die Wandlungen konstatiert wurden, die sich in den Jahren 1966-1969 in der Ostpolitik der Regierung Kiesinger-Brandt ankündigten. Insbesondere wurde ein ungewohntes regierungsamtliches Interesse an Polen registriert.<sup>2</sup>

Der sozialdemokratische Partner war es, der in der Regierung der Großen Koalition als Initiator und Motor neuer Schritte gegenüber Polen galt und sich gegen die Widerstände der CDU/CSU zur Wehr setzen mußte.

Als erster Erfolg der „neuen Ostpolitik“ Willy Brandts konnte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien gelten. Auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg sprach sich Willy Brandt in seiner in Polen nach 1969 oft zitierten Rede am 18. März 1968 erstmals für eine „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung“ aus. In der vom Parteitag verabschiedeten Resolution sei hinsichtlich des Themas Oder-Neiße-Grenze nicht von einer „Linie“ an Oder und Neiße, sondern von der „Westgrenze Polens“ die Rede gewesen. Damit ging der Parteitag noch über die Festlegung Brandts hinaus.<sup>3</sup>

Die Kluft zwischen den Koalitionsparteien in der Deutschland- und Ostpolitik wurde zusehends größer, auch wenn Brandt seine Bemerkungen zur Grenzfrage im Nachhinein abschwächte. Die Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner stieß in Polen auf Mißtrauen.

Partei, Regierung und die parteigesteuerten Medien registrierten seit Anfang 1969 die neuen ostpolitischen Akzente in der Bundesrepublik Deutschland sehr genau und glaubten, gewisse positive Entwicklungen feststellen zu können. Andererseits blieb man skeptisch und zweifelte an der Ernsthaftigkeit neuer Ideen in den relevanten politischen Gruppierungen. Ein besonderes Augenmerk richtete man Anfang 1969 auf die oppositionellen Liberalen und die SPD, von denen am ehesten eine innovative Ost- und Deutschlandpolitik erwartet werden konnte. Aber zu den Möglichkeiten und Grenzen einer Korrektur bundesrepublikanischer Ostpolitik gab es in Polen noch kein abgeschlossenes Bild. Im Herbst des Jahres 1969 standen Bundestagswahlen an, und es war noch völlig unsicher, ob der Kanzlerkandidat der SPD, der Außenminister der Großen Koalition, Willy Brandt, würde reüssieren können. Im Januar des Jahres 1969 schrieb Ryszard Wojna, damals Chefredakteur der als Regierungszeitung geltenden „Życie Warszawy“, in einem Kommentar noch einen Abgesang auf Willy Brandt: „die tragische Gestalt, verurteilt zur Niederlage“.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Ausführlich hierzu J. Sutek: *Polityka wschodnia rządu „wielkiej koalicji“ 1966-1969*, Warszawa 1972, S. 97.

<sup>3</sup> Zit. nach W. Brandt: *Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik*. Vorwort von G. Mann, 2. Aufl., Hamburg 1972, S. 171.; vgl. auch M. Cygański: *SPD w Republice Federalnej Niemiec, 1949-1974*, in: *Przegląd Zachodni* (1975) 3, S. 1-53, hier S. 37.

<sup>4</sup> R. Wojna: *Portret bez werniksu*, in: *Życie Warszawy*, 26.-27. Januar 1969.

Am 5. März 1969 konnte man in Polen klarer sehen: Auf der Tagung der Bundesversammlung in Berlin wurde der Kandidat der Sozialdemokraten, Bundesjustizminister Gustav Heinemann, mit den Stimmen der Delegierten von SPD und FDP zum neuen Bundespräsidenten gewählt.

Während des folgenden deutschen Wahlkampfes 1969 ging die innerpolnische Diskussion über die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und ihre Position in Europa weiter. Äußerst aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Gespräch unter polnischen Journalisten und Wissenschaftlern, das im Juni 1969 unter dem Thema „Die DBR in der europäischen Politik“ veröffentlicht wurde.<sup>5</sup> Diese Diskussion reflektierte die Befürchtung, daß die Bundesrepublik ihre „hegemonistischen Ziele“ in West- und Osteuropa auch unter dem Schild der „Entspannung“ weiter verfolgen werde und die Unterschiede zwischen den politischen Parteien nur taktischer und mittelfristiger Natur seien. In dieser Sicht paßte sich Willy Brandt beispielsweise viel elastischer und erfolgreicher den Entspannungstendenzen an als Franz Josef Strauß. Dies ändere aber nichts an den langfristigen Zielen westdeutscher Politik. Mit diesem Interpretationsrahmen zeichneten die Diskussionsteilnehmer bereits den Weg für die Bewertung bundesdeutscher Außen- und Ostpolitik in den siebziger Jahren!

Das Ergebnis der Wahlen zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 ermöglichte die Bildung einer SPD/FDP-Regierung unter Willy Brandt als Bundeskanzler. In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 kündigte der erste sozialdemokratische Bundeskanzler an:

„Unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten. Aber auf diesem Hintergrund sage ich mit starker Betonung, daß das deutsche Volk den Frieden braucht – den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes – auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens. Zu einem ehrlichen Versuch der Verständigung sind wir bereit, damit die Folgen des Unheils überwunden werden können, das eine verbrecherische Clique über Europa gebracht hat. [...] Sie (die Bundesregierung – D. B.) wird der Regierung der Volksrepublik Polen einen Vorschlag zur Aufnahme von Gesprächen zugehen lassen, mit dem sie die Ausführungen Władysław Gomułkas

<sup>5</sup> *NRF w polityce europejskiej*, in: *Kierunki*, 1. Juni 1969, S. 6f. Teilnehmer der Diskussion waren Zbigniew Lesiewski (*Kierunki*), Ryszard Markiewicz (*Sprawy Międzynarodowe*), Ryszard Wojna (*Życie Warszawy*), Zbigniew Czajkowski (*Życie y Myśli*), Daniel Luliński (*Trybuna Ludu*) und Janusz Stefanowicz (*Słowo Powszechne*). Die Abkürzung DBR steht für Deutsche Bundesrepublik.

vom 17. Mai dieses Jahres beantwortet“.<sup>6</sup>

Die ersten polnischen Kommentare zu der Polen-Passage in der Regierungserklärung der Regierung Brandt-Scheel gaben sich freundlich abwartend. Es gab viele „wenn“ und „aber“ wegen vermeintlicher Inkonsistenzen in den ostpolitischen Aussagen des Bundeskanzlers, aber insgesamt war der Eindruck vorherrschend: Es hat sich etwas geändert.<sup>7</sup>

Die Ursprünge der sich ankündigenden neuen Schritte in der Deutschland- und Ostpolitik verortete die polnische Publizistik in den Konzeptionen, die Willy Brandt bzw. Egon Bahr bereits 1963 in der Evangelischen Akademie in Tutzing unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ formuliert hatten. Mit dieser Strategie hätten – so die polnischen Kommentatoren – Brandt und Bahr die dritte Phase der bundesdeutschen Außenpolitik nach der ersten Phase mit der Konzeption „Entspannung durch Wiedervereinigung“ und der zweiten Phase mit der Konzeption „Wiedervereinigung und Entspannung“ vorgedacht.

Die Betonung des eigenen Standpunkts in der Deutschland- und Grenzfrage wurde seit Mitte Dezember 1969 in Polen begleitet von Beschwerden über „antipolnische Kampagnen“ in der Bundesrepublik, die vor allem von den Zeitungen des Axel-Springer-Verlags, der CDU/CSU und vom „Bayernkurier“ ausgingen. Gleichzeitig machte sich eine gewisse Enttäuschung über die vermeintlich defensive Haltung der Bundesregierung gegenüber ihren Gegnern sowie über die inneren Widersprüche und Unklarheiten in den Aussagen des sozial-liberalen Kabinetts zur polnischen Westgrenze breit.<sup>8</sup>

Nach Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen über eine Normalisierung des bilateralen Verhältnisses wurden die polnischen Verhandlungspartner, die an einem raschen Abschluß der Verhandlungen interessiert waren, rasch ungeduldig. Die Unzufriedenheit mit der deutschen Verhandlungsführung, der beobachteten Vielstimmigkeit und Inkonsistenz der Ostpolitik veranlaßte die polnischen Massenmedien vor der dritten Gesprächsrunde im April 1970 zu unfreundlichen Kommentaren. Auf die wachsende Akzeptanz der bundesdeutschen Ostpolitik durch Washington einge-

6 Wortlaut der Regierungserklärung in: *Auftakt zur Ära Brandt. Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969*. Hg. von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin 1999, S. 67ff., hier S. 95f.

7 Für viele hier J. Stefanowicz, in: *Słowo Powszechne*, 29. Oktober 1969, und R. Wojna, in: *Życie Warszawy*, 30. Oktober 1969.

8 Vgl. *Radio Warschau*, 17. Dezember 1969; *Trybuna Ludu*, 18. Dezember 1969; J. Zadara, in: *Radio Warschau*, 19. Dezember 1969; *Słowo Powszechne*, 20. Dezember 1969; *PAP*, 30. Dezember 1969; St. Albinowski, in: *Trybuna Ludu*, 11. Januar 1970; R. Wojna, in: *Życie Warszawy*, 31. Januar 1970; R. Drecki, in: *PAP*, 13. Januar 1970.

hend, behauptete E. Stanek im zentralen Parteiorgan „Trybuna Ludu“, daß sich durch sie das Wesen der Beziehungen Westdeutschlands zu den europäischen sozialistischen Ländern bisher nicht geändert habe. Die Politik Willy Brandts sei eine „Politik der Worte und des Anscheins“, die sich der US-Strategie unterordne.<sup>9</sup> Ryszard Wojna meinte in einem Kommentar nach der Rückkehr des Bundeskanzlers von seinem USA-Besuch Mitte April, mit der Zustimmung zu der amerikanischen These von der Verbindung der Ost-West-Détente mit der Deutschen Frage habe Brandt die Beschränkung der Manövrierfähigkeit der Ostpolitik akzeptiert. Wojna lancierte wachsende polnische Skepsis gegenüber einem raschen Erfolg der Gespräche Bonn-Warschau.<sup>10</sup> Im Vergleich zu der in der polnischen Hauptstadt allgemein beobachtbaren Ungeduld zeichnete sich der langjährige Bonner Korrespondent der „Trybuna Ludu“, Stanisław Albinowski, durch eine eher verständnisvolle Einschätzung der schwierigen innenpolitischen Situation der Bundesregierung aus, betonte aber ebenfalls die Notwendigkeit einer Grenzenerkennung „ohne irgendwelche Winkelzüge“.<sup>11</sup>

Am 7. Dezember 1970 unterzeichneten in Warschau Ministerpräsident Cyrankiewicz und Außenminister Jędrzejowski für die polnische Seite, Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel für die deutsche Seite den „Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen“. Der Bundeskanzler wurde mit Sympathie und persönlicher Hochachtung vor seiner antinazistischen Vergangenheit und seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Polen empfangen.<sup>12</sup> Der Politikwissenschaftler Jerzy Skibiński hob die Brandt'schen Gesten besonders hervor: „Sehr ausdrucksvoll waren die Gesten der Huldigung, die der Kanzler am Denkmal des Unbekannten Soldaten sowie am Denkmal der Ghettohelden beisteuerte.“<sup>13</sup> Und *Słowo Powszechne* vom 8. Dezember 1970 schrieb pathetisch:

„Der Mut Polens zu Kriegszeiten und der Mut Polens von heute [...] trafen sich gestern mit dem Mut des früheren norwegischen Majors, der nicht an den Mythos des tausendjährigen Reiches glaubte, und mit dem Mut des Bundeskanzlers, der früher als die Mehrheit seiner Landsleute und mit großer Reife die Unabänderlichkeit des Urteils der Geschichte und, mehr noch, seine Gerechtigkeit im Lichte des den Polen von den Deutschen zugefügten Leids erkannt hatte. Daß er diesen Mut braucht, zeigen nicht nur die zynischen Manöver der Opposition, nicht nur das

9 E. Stanek, in: *Trybuna Ludu*, 15. April 1970.

10 R. Wojna, in: *Życie Warszawy*, 15. April 1970.

11 St. Albinowski, in: *Trybuna Ludu*, 12. April 1970.

12 M. F. Rakowski: *Co poczuwa Pan w tej chwili?*, in: *Polityka* (1970) 50, zit. nach ders.: *Spełnione i niespełnione. Wybór publicystyki z lat 1957-1976*, Warszawa 1977, S. 165-170.

13 J. Skibiński: *Polska-RFN. Problemy normalizacji stosunków*, Warszawa 1974, S. 94.

von den Umsiedlerorganisationen angestimmte Geschrei und die Heuchelei gewisser katholischer Kreise, sondern auch die geschmacklosen Kommentare eines Teils der westdeutschen Journalisten angesichts seiner spontanen Geste vor dem Denkmal der Ghetto-Helden...“.

Die emotional aufwühlende, kathartische Wirkung, die Willy Brandts Kniefall vor dem Warschauer Ghettondenkmal in Polen hervorrief, wurde in der Bundesrepublik seinerzeit vielfach nicht verstanden: „[...] Und ich sah“, so zitierte der sowjetische Autor Lew Kopelew einen ehemaligen Warschauer Aufständischen, „wie Willy Brandt in Warschau am Ghettondenkmal kniete. In diesem Augenblick fühlte ich: In mir ist kein Haß mehr! Er kniete nieder und – erhöhte sein Volk. Verstehst Du? Weit erhöht hat er es in unseren Augen, in unseren Herzen. Das bekenne ich als Pole und als Christ...“<sup>14</sup>

Die neue Ostpolitik der Bundesrepublik harmonisierte nach polnischer Auffassung mit der Konzeption der Nixon-Administration, so daß Brandt – obgleich nicht ohne Vorbehalt – in Washington grünes Licht für seine Gespräche mit Warschau, Moskau und Ost-Berlin erhalten habe. Die Zurückhaltung der amerikanischen Regierung in der Anfangsphase der Bonner Ostpolitik ist auch in Polen notiert worden. Später konnten sich die Warschauer Beobachter davon überzeugen, daß letztlich doch die gemeinsamen Interessen Bonns und Washingtons auf dem Felde der Ostpolitik die beiderseitigen Beziehungen prägten.<sup>15</sup>

Die erste Jahreshälfte 1972 wurde in der Bundesrepublik Deutschland ganz überschattet von dem hartnäckigen Kampf um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. Er führte zu einer scharfen Polarisierung der Kräfte innerhalb und außerhalb des Parlaments. Die Regierung Brandt/Scheel verband ihre politische Existenz mit einem außenpolitischen Thema, dessen Gegenstand Polen war. Der Stolz darüber war in Polen spürbar.<sup>16</sup>

Nachdem der Politik eines neuen Modus vivendi mit der Sowjetunion und den Warschauer-Pakt-Staaten in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland eine Funktion zugeordnet worden war, „die die spektakuläre Stellung einer Priorität für die Ostpolitik erforderlich machte“,<sup>17</sup> wurden in Polen schon in der Endphase der Ära Brandt Anzeichen für ein Nachlassen der Bedeutung der Beziehungen zu den soziali-

14 L. Kopelew: Bekenntnisse eines Sowjetbürgers, in: *Die Zeit* vom 4. Februar 1977, S. 46.

15 Vgl. D. Bingen: *Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik aus polnischer Sicht 1969-1976*, Königstein/Is. 1980, S. 202ff.

16 Vgl. R. Wojna: *Niektóre uwarunkowania polityki wschodniej RFN*, in: *Sprawy Międzynarodowe* (1976) 11, S. 15-22, hier S. 19.

17 J. Sulek, in: *ders./St. Albinowski: Republika Federalna Niemiec w latach 1975-1985*, in: *Prognozy 1975-1985. Kraje kapitalistyczne. Praca zbiorowa pod red. Jana Winieckiego*, Warszawa 1975, S. 116-143, hier S. 133.

stischen Staaten vermerkt. Der Ostpolitik sei nach dem Abschluß der Normalisierungsverträge und der Überwindung der schwierigen Phase der Normalisierung der bilateralen Beziehungen wieder sichtbar der nachgeordnete Rang zugewiesen worden, der ihr in der Prioritätenliste der Bonner Außenpolitik hinter der Westpolitik grundsätzlich zukomme.<sup>18</sup> So kam kurz vor der Abgabe der Regierungserklärung der zweiten Regierung Brandt/Scheel am 18. Januar 1973 und in Analysen im Anschluß an die Vorstellung des Regierungsprogramms von seiten der polnischen Massenmedien die Erwartung zum Ausdruck, daß es „zu einer Verlagerung des Schwergewichts in den Prioritäten der Außenpolitik der BRD als Ergebnis der Erweiterung der westeuropäischen Gemeinschaft“, die mit dem Beitritt Dänemarks, Großbritanniens und Irlands zur Europäischen Gemeinschaft am 1. Januar 1973 vollzogen wurde, kommen und die Bundesrepublik Westeuropa jetzt mehr Aufmerksamkeit widmen werde.<sup>19</sup> So vermißte die regimiekatholische Tageszeitung „Słowo Powszechne“ enttäuscht jeden Hinweis auf Polen in der Regierungserklärung Brandts und befürchtete eine Vernachlässigung Polens durch die Bonner Diplomatie.<sup>20</sup>

Vor allem der in Polen nicht verleugnete moralische Impetus im Handeln des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers, der durch seine Politik – so der Oppelner Historiker Józef Kokot – die Jahre 1970-72 zu den „Jahren Deutschlands in der Geschichte Europas“ gemacht hatte,<sup>21</sup> hatte wohl zeitweise zu einer Erosion der bisherigen Einschätzung der grundlegenden bundesdeutschen Ziele in der Außenpolitik geführt. Es trat vorübergehend eine Ambivalenz in der Einschätzung der Ostpolitik zutage. Deren Konzeption und Realisierung brachten es offensichtlich mit sich, daß die Bonner Akteure Moral und Politik so in Einklang zu bringen vermochten, daß sie mit dem Anspruch historisch-moralischer Verantwortlichkeit das politische Gewicht der Bundesrepublik sowohl im westlichen Bündnis wie auch in Osteuropa vergrößerten.<sup>22</sup>

In diesem Kontext wurde von Jerzy Sulek der Faktor Sowjetunion als potentieller Unsicherheitsfaktor für eine längerfristige Prognose des Verhältnisses zwischen Ost- und Westpolitik der Bundesrepublik eingeführt, als er zu bedenken gab: „Einzig spektakuläre Schritte der UdSSR (z. B. in Gestalt einer größeren Bereitschaft zu einer wohlwollenderen Einstellung gegenüber der Sache der deutschen Einheit) könnten

18 *Ebd.*, S. 132; ebenso R. Wojna: *Present-Day Directions of FRG Foreign Policy*, in: *Studies on International Relations* (1975) 5, S. 75-84, hier S. 78.

19 *Życie Warszawy*, 13. Januar 1973.

20 *Słowo Powszechne*, 19. Januar 1973.

21 J. Kokot: *Od Poczdamu do Helsinek. Koniec okresu powojennego w Europie*, Opole 1974, S. 188.

22 Vgl. auch K. Matcużyński, in: *Trybuna Ludu*, 10. November 1970.

dazu führen, daß die Ostpolitik konjunkturell den Spitzenplatz in der außenpolitischen Tätigkeit der BRD einnimmt.“<sup>23</sup>

Die „offensive Haltung“ der Bundesregierung in der Ostpolitik galt in weiten Kreisen der Warschauer Politikberater als der größte Gewinn im Zusammenhang mit der offenen Deutschen Frage.

Da die Sowjetunion als eine der Vier Mächte für Deutschland und Berlin als Ganzes mitverantwortlich war, genoß aus polnischer Sicht die Gestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion Priorität in der ostpolitischen Konzeption der Bundesrepublik Deutschland.<sup>24</sup> Anläßlich des Übereinkommens zwischen Bonn und Moskau im August 1970 traten in Polen Befürchtungen vor einem neuen „Rapallo“ und einer Vernachlässigung der Interessen Polens seitens Bonns und Moskaus zutage. Die polnische Führung war mit der Moskauer Grenzformel nicht einverstanden und forderte eine gesonderte Bestimmung bezüglich der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Lausitzer Neiße. Die Präjudizierung deutsch-polnischer Vereinbarungen durch den deutsch-sowjetischen Vertrag beleidigte paradoxerweise das Selbstwertgefühl einer kommunistischen Führung, deren politisches Überleben allein von der Sowjetunion garantiert wurde. Willy Brandt hat in seinen Memoiren die Warschauer Empfindlichkeiten registriert und darauf hingewiesen, daß er lieber den Vertrag mit Warschau zuerst unterschrieben hätte, aber wegen der Schlüsselrolle der Sowjetunion zuerst mit Moskau zu einem Verhandlungsergebnis kommen mußte.<sup>25</sup>

#### *Willy Brandt und die Sozialdemokratie*

Unmittelbar nach der sozialliberalen Regierungsbildung in Bonn im Jahre 1969 wimmelte Ryszard Wojna den Gedanken an eine Änderung des „Feindbildes“ ab: „Eine Machtübernahme der Sozialdemokraten hat niemals in irgendeinem Lande zu einer echten Änderung des politischen Systems geführt.“<sup>26</sup>

In einer Diskussion prominenter Journalisten im ersten Jahr der Regierung Brandt/Scheel über „die Bundesrepublik in der europäischen Politik“ galt Brandt als ein Deutscher, der sich von der Staatsraison eines bürgerlichen deutschen Staates leiten ließ.<sup>27</sup> Die Sozialdemokratie blieb eine Gefahr für die sozialistische Welt, nicht

23 Sulek, S. 133.

24 Ausführlich dazu E. Cziomer: *Polityka rządu RFN wobec ZSRR w latach 1955-1972*, Kraków 1976.

25 Vgl. W. Brandt: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, Hamburg 1976, S. 529.

26 R. Wojna, in: *Życie Warszawy*, 23. Oktober 1969.

27 *Kierunki*, 19. Juli 1970.

militärisch, aber politisch, ideologisch und wirtschaftlich.<sup>28</sup> Schon im Jahre 1970 – sechs Jahre vor Willy Brandts Wahl zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale – sah Ryszard Wojna diesen in der Rolle des Führers der sozialdemokratischen Herausforderung in Europa.<sup>29</sup>

In der Reformphase der sozialliberalen Bundesregierung (1969-72) gab es unter polnischen Beobachtern durchaus unterschiedliche Beurteilungen der Qualität der Akzente der SPD-Programmatik. So kommentierte PAP-Korrespondent Eugeniusz Guz das SPD-Wahlprogramm von 1972 als bewußte Absage an die „Volkspartei“-Ideologie und als Abkehr von den „begüterten Mittelklassen“.<sup>30</sup> Am gleichen Tage kam „Trybuna Ludu“ zu einem ganz anderen Schluß: „Der Parteitag hat ein Programm gemäßiger Reformen angenommen, das die konservativen Mittelstandswähler, die die SPD nach Aussage von Bundeskanzler Brandt auf ihre Seite ziehen möchte, wahrscheinlich nicht beunruhigen wird“.<sup>31</sup>

In den Jahren 1973-74 verfolgten die polnischen Beobachter ein Abrücken von vielen Reformvorhaben. Als konservativer Pendelschlag in der SPD und in der Bevölkerung galt schon Anfang der siebziger Jahre die Entstehung eines neuen „Mythos“ durch die „Vaterfigur“ Willy Brandt in Anlehnung an Adenauer und die Abkehr von der kollegialen Regierungsselbstdarstellung.<sup>32</sup> Die Wirtschaftskrise und die für die Sozialdemokraten katastrophalen Wahlergebnisse des Jahres 1974 stärkten dann nach Darstellung der polnischen Printmedien vollends den rechten Flügel der Partei.<sup>33</sup> Unter dem Eindruck der konservativen Grundstimmung in der Bevölkerung und mit dem Ziel, auch unter dieser Bedingung die Macht im Bund und in den Ländern zu erhalten, nahm die SPD – so polnische Deutschlandexperten – Abschied „von vielen programmatischen Grundsätzen, die noch vor kurzer Zeit als Ziele und sogar als unabdingbare Ziele erklärt worden waren“, so daß sich ihr politisches Profil im Vergleich zur CDU/CSU zunehmend verwischt habe („Hang zur Mitte“).<sup>34</sup>

Als Exempel für den ideologischen Kampf der SPD außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland galt in Polen das Engagement der deutschen Sozialdemokraten im nachrevolutionären Portugal, als die Partei die portugiesischen Sozialisten (PS) unter Mario Soares gegen die Kommunistische Partei (PCP) des Alvaro Cunhal

28 J. Gołębiowski, in: *Radio Warszaw* (deutsch), 14. Mai 1976.

29 R. Wojna, in: *Życie Warszawy*, 14. Mai 1970.

30 E. Guz, in: *PAP*, 14. Oktober 1972.

31 *Trybuna Ludu*, 14. Oktober 1972.

32 *Kurier Polski*, 6. Dezember 1972; siehe auch D. Luliński, in: *Trybuna Ludu*, 17. Dezember 1972.

33 R. Wojna, in: *Trybuna Ludu*, 5. März 1974.; *Życie Warszawy*, 26. März 1974.

34 Siehe Cygański, *SPD w Republice Federalnej Niemiec*, S. 48f.

rund gegen den den Kommunisten nahestehenden Ministerpräsidenten Vasco Gonçalves mit Erfolg unterstützt hatte.<sup>35</sup> Aus Anlaß eines auf deutsche Initiative zustande gekommenen Gesprächs zwischen Willy Brandt, dem Vorsitzenden der SPÖ, Bruno Kreisky, und dem Führer der schwedischen Sozialdemokraten, Olof Palme, über die Situation in Portugal und einer Presseerklärung Brandts, „in der die portugiesische Regierung belehrt und ermahnt wird, wie nach Meinung des SPD-Vorsitzenden der ‚Demokratisierungsprozeß‘ zu verlaufen hat“, kommentierte Eugeniusz Guz:

„Es ist nur wenig darüber bekannt, wer genau die westdeutschen Sozialdemokraten ermächtigt hat, im Namen ganz Europas zu sprechen und zu urteilen. Bekannt ist jedoch, daß es gerade Bonn ist, welches versucht hat, sich von allen europäischen Hauptstädten unaufhörlich in Portugals interne Angelegenheiten einzumischen.“<sup>36</sup>

Es ist zu vermuten, daß spätestens mit der Portugalintervention der SPD unter den polnischen Beobachtern der Partei ein Ernüchterungsprozeß bezüglich der Kompromißbereitschaft der deutschen Sozialdemokraten gegenüber der kommunistischen Bewegung eintrat, ein Prozeß, der sicherlich mit der Beobachtung der Praxis bei der Behandlung des Themas „Extremisten im öffentlichen Dienst“ beginnen mußte. Die Illusion über die „Nachgiebigkeit“ der Sozialdemokraten gegenüber der kommunistischen Herausforderung unter dem Zeichen der Entspannungspolitik hatte nur entstehen können, wenn man Kompromißbereitschaft in Verhandlungen mit sozialistischen Staaten und Innovationspolitik mit dem Abbau der ideologischen Widerstandsschwelle nach innen verwechselte.

Abschließend bleibt noch als besonders bemerkenswert festzuhalten, daß der Reformpolitik der SPD von einigen polnischen Wissenschaftlern eine ausgesprochen nationale Funktion attestiert wurde, deren gesamteuropäische Brisanz („Dritter Weg“) seinerzeit nicht aktuell erschien, deren Bedeutung für die Zukunft aber nicht völlig ausgeschlossen wurde.<sup>37</sup>

35 Siehe J. Gołębiowski: *Socjaldemokracja Europy Zachodniej a kryzys współczesnego kapitalizmu*, in: *Sprawy Międzynarodowe* (1976) 5, S. 44-58, hier S. 51.

36 E. Guz, in: *PAP*, 24. Mai 1975.

37 Vgl. auch: M. Tomala: *Rola reform wewnętrznych w rozwoju polityki zagranicznej w NRF*, in: *Przegląd Zachodni* (1971) 5-6, S. 38-44, hier S. 42ff.

### *Willy Brandt und die Deutschlandpolitik*

In der seinerzeit zugänglichen polnischen politikwissenschaftlichen Literatur wurde die außenpolitische Gesamtkonzeption der Bundesrepublik Deutschland – von Ausnahmen abgesehen – im Kontext der Deutschen Frage reflektiert.

Im Bewußtsein der langfristigen historischen Perspektive lenkte die Bundesrepublik – so Jerzy Sulek – ihre Schritte „auf die Legalisierung“ der Vereinigung, d. h. auf die Schaffung einer solchen Situation, in der das Bonner Ziel einer deutschen Vereinigung nicht mehr als den Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa widersprechend bezeichnet werden könnte. Dem dienten vor allem die Politik gegenüber der DDR, die westeuropäische Einigungspolitik sowie die Bonner Anstrengungen in Verbindung mit dem Prozeß der Entspannung in Europa in Übereinstimmung mit dem Motto: „Die Überwindung der Teilung Europas führt zur Überwindung der Teilung Deutschlands“.<sup>38</sup>

Diese politische Konzeption der sozialliberalen Bundesregierung wurde sehr prononciert auf den Einfluß Willy Brandts zurückgeführt. Hier soll die in Polen seinerzeit nicht singuläre Einschätzung durch den Breslauer Publizisten Julian Bartosz in seinem Buch über die „Mythologie der Umwege. Ein Beitrag zur politischen Doktrin Willy Brandts“ wegen ihrer Prägnanz in einem längeren Absatz wiedergegeben werden. Bartosz' Beitrag war gleichzeitig ein Beispiel für die polnische Tendenz zur langfristigen, keine Möglichkeit der Entwicklung ausschließenden politischen Spekulation:

„Auf der Suche nach der grundsätzlichen Motivierung dieser Politik [d. i. die Vertragspolitik der Jahre 1970-73 – D. B.], die von Brandt mit solch einer Konsequenz vorbereitet und realisiert wurde, und die in ihren Prinzipien von seinem Nachfolger Helmut Schmidt fortgesetzt wird, kommt der Verfasser des Buches auf Grund der Analyse verschiedener Quellen zu der Überzeugung, daß sowohl für Brandt als auch für seine Nachfolger das übergeordnete und strategische Ziel dieser Politik die Wiedergewinnung der deutschen Einheit bleibt. Die Antworten auf die Frage, auf welche Weise man sich um die Erreichung dieses Ziels in irgendeiner auch unbestimmbar Zukunft erfolgreich bemühen soll, gestalteten sich bei Brandt zu einem einheitlichen, innerlich geschlossenen System ideologischer und politischer Grundsätze, Anschauungen, Forderungen und Erwartungen, und in diesem Sinne spricht der Autor von Willy Brandts politischer Doktrin. [...] Die Grundlage dieser Doktrin kann lakonisch in folgende Formel gefaßt werden: durch eine sehr aktive

38 Sulek, S. 125f.; vgl. auch A. D. Rotfeld/F. Ryszka: *Polityka wschodnia NRF. Tradycje – działania – perspektywy*, in: *Studia o Niemczech Współczesnych*, Bd. 3/1971, S. 7-27, hier S. 15.

Ostpolitik mehr Freiheit in der Westpolitik zu gewinnen, um – seine eigenen politischen Möglichkeiten vergrößernd – den Zielen der deutschen Politik näherzukommen. Ostpolitik als Etappe, als Mittel auf dem Weg zur Verwirklichung der Deutschlandpolitik. Das ist das grundsätzliche Novum der Brandtschen Doktrin im Gegensatz zur Politik der früheren westdeutschen Regierungen, die bestrebt waren, durch den frontalen Angriff auf das Potsdamer System des europäischen Gleichgewichts die ‚deutsche Frage‘ (Wiedervereinigung) zu lösen. Diese Doktrin will an das übergeordnete, ‚konstitutive‘ Ziel der Bundesrepublik – die Wiedergewinnung der Einheit – auf einem längeren, in mancher Hinsicht schwierigeren und mühsameren, zugleich aber quasi konfliktlosen Umweg kommen, der scheinbar mit dem Interesse der europäischen Stabilisierung und Normalisierung übereinstimmt. Darauf beruht vor allem die spezifische Ambivalenz der Brandtschen Taktik. Ihre Beurteilung, die den im Vierteljahrhundert der Nachkriegszeit entstandenen, oft vereinfachenden, weil überall Eindeutigkeit suchenden Kriterien entgeht, verlangt dialektisches Vorgehen, sie zwingt dazu, das finale Ziel der Doktrin, deren Realisierung in nacheinander folgenden Etappen beobachtet und gewertet werden muß, nicht aus dem Auge zu verlieren. [...] So ist und bleibt auch in der Zukunft der programmierte, bewußte, konsequente Einsatz für die zukünftige Wiedergewinnung der deutschen Einheit ein bedeutender destabilisierender Faktor, der potentiell die Möglichkeit einer Verletzung des Potsdamer und Helsinki-Systems erwarten läßt. [...] Die Forderung der Einheit [...] entspringt dem spezifischen historischen ‚Romantizismus‘ Willy Brandts, der bestimmten Nationalmythologie, die der Existenz der deutschen Nation in der Finsternis der Geschichte, in der Tradition des sogenannten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, jedenfalls lange vor dem Jahre 1871 nachspürt.“<sup>39</sup>

Ähnlich wie Julian Bartosz interpretierten auch der Politikwissenschaftler Adam D. Rotfeld und der Historiker Franciszek Ryszka die Deutschlandpolitik Brandts: „Brandt predigt nicht die Vereinigung Deutschlands, sondern trachtet danach, die Bedingungen zu schaffen, unter denen sie möglich wird, unabhängig davon, wie fern in der Praxis die Perspektive ist und eine wie lockere Form sie anzunehmen hätte“. Man habe es mit einer „aufgeklärten und realistischen Form“ des Nationalismus zu tun: „Der Nationalismus bleibt jedoch“.<sup>40</sup>

39 J. Bartosz: *Mitologia okrażnych dróg. Przyczynek do doktryny politycznej Willy Brandta*, Wrocław u. a. 1977, S. 246-248. Marian Podkowiński sprach in der von ihm herausgegebenen illustrierten Zeitschrift „Perspektywy“ vom 3. April 1970 ebenfalls davon, „daß der neue Kanzler dieses Ziel auf Umwegen erreichen will“.

40 Rotfeld/Ryszka, *Polityka wschodnia NRF*, S. 23.

Entgegengesetzter Ansicht bezüglich des Einflusses Willy Brandts auf die Konzeption der sozialliberalen Deutschlandpolitik war – allerdings bereits einige Jahre zuvor – Leszek Moczulski gewesen, der Brandt große und konsequente Konzeptionen absprach. Moczulski war der Überzeugung, „daß der Mann, der eine klare Konzeption der Politik der Regierung SPD/FDP entwickelt, weder Brandt noch Scheel ist, sondern Helmut Schmidt“.

Es bleibt zusammenfassend festzuhalten, daß sich in Polen das Mißtrauen in die langfristige Deutschlandkonzeption Brandts mit persönlicher und politischer Sympathie für den Antifaschisten Brandt und seine Politik gegenüber Polen mischte. In diesem Sinne äußerte sich der langjährige Korrespondent des WDR in Warschau, Ludwig Zimmerer, in einem Bericht aus Warschau: Er sprach davon, daß die Polen Vertrauen gegenüber Brandt in Warschau und Mißtrauen gegenüber Brandt in Erfurt empfinden.

Ungeachtet der Inaktualität einer großen Diskussion über die nationale Frage in der bundesdeutschen Bevölkerung der siebziger Jahre wurde von manchen polnischen Kommentatoren jedes Zeichen, das als Symptom einer sich neu entfachenden Diskussion über deutsches Selbstverständnis und die Deutsche Frage gedeutet werden konnte, mit bemerkenswerter Unruhe registriert. Nach einer mehrjährigen Inkubationszeit wurden nach dem Abschluß der Vertragsphase der deutschen Ostpolitik (1970-73) wieder häufiger Appelle an das „nationale Bewußtsein“ der Deutschen wahrgenommen.

Daß mit der gesamteuropäischen Vertragspolitik die Deutschlandfrage trotz vieler gegenseitiger Behauptungen von Warschauer Optimisten noch nicht vom Tisch war, machte Leszek Moczulski deutlich: „Das deutsche Problem ist für uns nicht nur nicht abgeschlossen, sondern es hat erst begonnen.“<sup>41</sup>

Geschwunden waren 1974 die Hoffnungen, die polnische Beobachter anscheinend zu Anfang der siebziger Jahre gehegt hatten, daß das Wiedervereinigungsgebot, da es im Vokabular der sozialliberalen Koalition nur noch selten entdeckt wurde, in Zukunft weniger ernst genommen und die Resignation vom nationalen Ziel der Wiedervereinigung nun quasi regierungsamtmäßig werde. Diese Hoffnungen beruhten beispielsweise darauf, daß Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969 und im Bericht zur Lage der Nation vom 14. Januar 1970 die Formulierung „Wiedervereinigung“ nicht benutzte und das Problem der deutsch-deutschen Beziehun-

41 L. Moczulski: *Czynnik militarny w polityce NRF*, in: *Bundeswehra 1955-1972. Rodowód, strategia, doktryny, pod ogólnej redakcji T. Grabowskiego i L. Moczulskiego*, Warszawa 1972, S. 17-85, hier S. 85.

gen ausdrücklich der Friedenspolitik unterordnete.<sup>42</sup>

Im Kontext dieser Einschätzung des Rangs der Ostpolitik in der außenpolitischen Gesamtkonzeption Bonns ergab sich für die polnischen Politikwissenschaftler – ausgerüstet mit dem marxistisch-leninistischen Vokabular – die oft genutzte Gelegenheit, eindringlich darauf hinzuweisen, daß die neuen Methoden der deutschen Ostpolitik nach 1969 an den grundlegenden Zielen des „bürgerlichen“ Staates Bundesrepublik Deutschland nichts geändert hätten, er seinen „Klassencharakter“ bewahrt habe und erhalten werde, er bezüglich seiner deutschland- und außenpolitischen Ziele nicht resigniere und nur einen der internationalen Situation angepaßten neuen Stil eingeführt habe.

### *Schlußbemerkungen*

In der Analyse und Bewertung der Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts während seiner Kanzlerschaft durch die polnischen Printmedien der damaligen Zeit spiegelt sich in einer verblüffenden Deutlichkeit ungeachtet des bisweilen favorisierten Jargons der marxistisch-leninistischen Neusprache die relative Bedeutungslosigkeit der Ideologie.

Vom sozialistischen oder proletarischen Internationalismus ist in der polnischen Willy-Brandt-Rezeption selten die Rede. Es waren die nationalen Interessen, die die politische und politikwissenschaftliche Perzeption des Politikers Willy Brandt in dem untersuchten Zeitraum bestimmten. Nationales Interesse wurde implizit als das Interesse verstanden, das der Staat als Handlungseinheit im Interesse der ganzen Nation – nicht etwa als Vertreter einer herrschenden Klasse vertrat. Die Folge dieser Sichtweise war beispielsweise die Tatsache, daß im kommunistischen Polen die Deutsche Frage nicht als eine Frage der Ideologie perzipiert wurde, sondern vornehmlich als ein Komplex des nationalen Interesses.

Die polnischen kommunistischen Politiker, die Wissenschaftler und Journalisten betrachteten die Bundesrepublik Deutschland (und die DDR) cum grano salis von einem historisch-idealistischen Standpunkt. So ergab sich die paradoxe Situation, daß es eher die Westdeutschen (und natürlich die Ostdeutschen) waren, die das deutsch-polnische Beziehungsfeld dem Aspekt der antagonistischen Ideologien unterordneten, also Polen zuallererst als Mitglied des sozialistischen Lagers betrach-

<sup>42</sup> Siehe Bingen, *Die Stellung*, S. 186f.

teten und der Nation wenig Beachtung schenkten. Diese Art von Ideologie bedauerte nicht zuletzt Ryszard Wojna im Hinblick auf die bundesdeutsche Jugend, als er seinen Standpunkt darlegte, „daß die Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland auf der Plattform der gegenseitigen Einstellung zweier Nationen geregelt werden“, während die jungen Leute in der Bundesrepublik darauf drängten, „mit Polen einen Dialog auf der Ebene der Konfrontation politischer Systeme aufzunehmen“. Diese Aussage sprach für das polnische Denken in den Kategorien des nationalen Interesses (und nicht des sozialistischen) und eines historischen Idealismus (und nicht des historischen Materialismus). Sie bildeten den Rahmen für die Bewertung Willy Brandts.

Was Paul Noack in den siebziger Jahren in einer Besprechung der Erinnerungen von François Seydoux über den ehemaligen französischen Botschafter in Bonn schrieb, könnte ebenso gut über die Willy-Brandt-Rezeption der siebziger Jahre in Polen gesagt werden: „Die Person Brandt scheint den Franzosen ebenso zu faszinieren wie zu ängstigen. Er hat für ihn etwas von deutscher Unberechenbarkeit... und ‚Tiefe‘ an und in sich. Wird Brandt erwähnt, dann klingt es zuweilen, als schreibe Madame de Staël über die deutsche Romantik“.<sup>43</sup> In Brandts „politischem Romantizismus“ und der Idee vom Willen, der in historischer Perspektive die Wirklichkeit bewegen sollte, mögen viele Polen ungeachtet sonstiger weltanschaulicher Unterschiede eine gewisse Geistesverwandtschaft mit polnischem politischen und historischen Denken, mit eigenem Romantizismus, entdeckt haben – und das in Zeiten des real existierenden Sozialismus.

<sup>43</sup> P. Noack, in: *Frankfurter Allgemeine* vom 29. November 1978, über F. Seydoux: *Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965 bis 1970. Aus dem Französischen von O. Pollak, Frankfurt a. M. 1978.*



Bundesbildstelle

*Ein historischer Tag in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen – die Regierungschefs der beiden Staaten bei der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, auf dessen Grundlage sich das gegenseitige Verhältnis normalisieren soll.*

## ■ WIESŁAWA SURDYK-FERTSCH

*Das Bild von Bundeskanzler Willy Brandt in polnischen Geschichtslehrbüchern und in den Schullehrplänen in den Jahren 1982 bis 1998\**

Der Behandlung der polnisch-deutschen Beziehungen wird in den Lehrplänen für das Fach Geschichte an polnischen Schulen große Bedeutung beigemessen. In dem vorliegenden Beitrag soll untersucht werden, wie Willy Brandt in polnischen Schulbüchern und in den Lehrplänen für das Fach Geschichte an den Schulen dargestellt wird. Meine Überlegungen beziehen sich auf Schulbücher und Lehrpläne, die an staatlichen Schulen in den Jahren 1982 bis 1998 gültig waren. Derzeit wird in der Republik Polen eine Bildungsreform vorbereitet, deren Auswirkungen auf den Inhalt der Lehrpläne noch nicht abzusehen sind und daher in diesem Beitrag noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Das Fach Geschichte spielt an den polnischen Schulen eine große Rolle. Es soll die Schüler mit nationalen und universellen Werten vertraut machen sowie Wissen über Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, deren Funktionsweisen sowie über Aspekte innerer und internationaler Politik in Vergangenheit und Gegenwart vermitteln. Durch das im Geschichtsunterricht erworbene Wissen sollen den Schülern ein Verständnis der eigenen wie der europäischen Geschichte und staatsbürgerliche Werte nähergebracht werden, zu denen im Wesentlichen Achtung vor Demokratie, vor allem Fremden, das Bewusstsein um die Bedeutung der europäischen und globalen Integration sowie Umweltbewusstsein zählen.

Um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft von Staat, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft im Innern und nach außen zu gestalten, müssen die historischen Wurzeln betrachtet werden. Der Lehrplan für den Geschichtsunterricht an den Weiterführenden Schulen (Klasse 9 bis 12) hat einen konzentrischen Charakter. Er baut auf dem in der Primarschule (Klasse 1 bis 8) erworbenen Wissen auf. Unter Berücksichtigung des intellektuellen Entwicklungsstandes der Schüler wird im Lehrplan Wert auf größere Selbständigkeit beim Wissenserwerb gelegt. Dies setzt voraus, dass die Schüler lernen, anstatt sich selbst bloß Informationen zu suchen, diese produktiv

\* Herausgeber und Redaktion danken Herrn Adalbert R. Lewandowski, der die Übersetzung aus dem Polnischen besorgte. Ihr Dank gilt ebenso Herrn Martin Mühleck, der wichtige Hinweise für die redaktionelle Überarbeitung gab.

und kritisch umzusetzen sowie ihre Fähigkeit zu sachlicher Diskussion auszubauen. Zugleich sollen sie befähigt werden, das erworbene Wissen bei der Suche nach Problemlösungen einzusetzen.

Die Inhalte, die nach den Lehrplänen für Geschichte in der Primarstufe vermittelt werden sollen, beziehen sich auf gesellschaftliche Probleme und Strukturen, sozialen Wandel, die Funktionsweise des Staates und der Wirtschaft sowie kulturelle Fragen. In den Weiterführenden Schulen wird ein noch vielschichtigeres Bild von der Vergangenheit vermittelt. Hier sollen die Schüler vor allem etwas über historische Phänomene und Prozesse lernen, indem sie nach deren Ursachen und Bedingungen forschen. Sie sollen kurz- und langfristige Konsequenzen abschätzen lernen und Verlaufsregeln historischer Prozesse ermitteln. Dies führt zu einer deutlichen Erweiterung und Vertiefung der Begriffswelt der Schüler, die es ihnen ermöglichen soll, die Vieldeutigkeit und die Wandelbarkeit historischer und soziologischer Begriffe zu erkennen und zu verstehen.

Um den Schülern an den Weiterführenden Schulen ein möglichst objektives Bild von der Vergangenheit zu vermitteln, müssen sie begreifen lernen, dass Geschichte unterschiedlich interpretiert werden kann. Nach dem Lehrplan sollen die Schüler ihre Fähigkeit, selbständig Wissen zu erlangen, sich ein eigenes Bild zu machen und ihre Meinung erfolgreich in einer Diskussion zu verteidigen, in Simulationsspielen, durch Referate oder Verfassen von Rezensionen üben.

Ihre Kenntnis über die Vergangenheit erwerben die Schüler aus unterschiedlichen Quellen. Dabei spielen nicht nur der Geschichtsunterricht, sondern auch die eigenständige Literaturrecherche und Lektüre, Informationen aus den Massenmedien, die Traditionen und Wertvorstellungen der eigenen Familie, Alltagseindrücke und -erfahrungen sowie das in anderen Schulfächern erworbene Wissen eine Rolle. Ziel des Geschichtsunterrichtes ist es, das aus den vielfältigen Quellen gewonnene Wissen zu integrieren und die Schüler zu befähigen, Informationen auszuwählen und zu interpretieren. Dadurch sollen sie sich ein umfassendes Weltbild schaffen können. Um die Ziele des Lehrplanes für Geschichte zu erreichen, muss daher interdisziplinär vorgegangen werden. Historische, ökonomische, soziale, ökologische und literarische Themen müssen miteinander verknüpft werden.

Die Behandlung des Themas Deutschland und der polnisch-deutschen Beziehungen im Geschichtsunterricht an den Primar- und Weiterführenden Schulen wurde seit dem Zweiten Weltkrieg in Polen gewiss durch die traumatischen Ereignisse geprägt, die das Land im Verlauf dieses Jahrhunderts durchlitten hat. Die Systemgegensätze zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Polen fielen zusätzlich

ins Gewicht. Diese Bedingungen hatten u. a. zur Folge, dass gemeinsame und verbindende Elemente in den polnisch-deutschen Beziehungen, die seit dem Mittelalter nachzuvollziehen sind, zulasten der Darstellung von Konflikten und Katastrophen stark in den Hintergrund gedrängt wurden.

Grundsätzlich ist zu beobachten, dass das von polnischen Schulbuchautoren vermittelte Geschichtsbild oft undifferenziert und einseitig ist. Die Darstellungen sind häufig von Emotionen und Stereotypen geprägt. In den Geschichtsbüchern herrscht zumeist ein stark polnisch-patriotischer Grundton vor. Der Ansatz, historische Ereignisse und Entwicklungen auch aus der Sicht der anderen zu kommentieren, ist kaum populär.

Ohne Zweifel bietet sich bei der Behandlung der Person Willy Brandt im Geschichtsunterricht die Gelegenheit, positive Aspekte der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen herauszuarbeiten. Auf die Politik des früheren Bundeskanzlers wird in der 8. Klasse der Primarstufe, in der 4. Klasse des Allgemeinbildenden Lyzeums bzw. Technikums (entspricht der Jahrgangsstufe 12 in Deutschland) und in der 3. Klasse des Berufsbildenden Lyzeums (entspricht der Jahrgangsstufe 11 in Deutschland) eingegangen. Das wiederholte Aufgreifen des Themas in unterschiedlichen Schul- bzw. Jahrgangsstufen ist auf eine „spiralförmig“ angelegte Geschichtsdidaktik zurückzuführen.

In allen Geschichtsbüchern für den Unterricht in der 8. Klasse der Primarschule, die vom Ministerium für Erziehung und Wissenschaft in Warschau zugelassen sind, ist jeweils ein Kapitel Willy Brandt und der Neuen Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland gewidmet. Werden die Inhalte der Bücher miteinander verglichen, lässt sich eine weitgehende Übereinstimmung bei der Auswahl der darzustellenden historischen Fakten feststellen. Unterschiede beruhen auf der Akzentuierung einzelner Elemente der Neuen Ostpolitik und auf der grafischen Gestaltung.

Stanisław Sierpowski, Autor eines Lehrbuches für die 8. Klasse, betont in dem Kapitel „Die unverletzliche polnisch-deutsche Grenze“ die Ausnahmeerscheinung Brandts als Initiator der Neuen Ostpolitik. Der Autor weist auch auf die große internationale Würdigung der Arbeit Willy Brandts hin, wie sie namentlich in der Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis im Jahre 1971 zum Ausdruck kam. Der Text über die Unterzeichnung des Vertrages in Warschau vom 7. Dezember 1970 und über die damit erfolgte Bestätigung der Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen wird durch ein Foto ergänzt, das Józef Cyrankiewicz, Władysław Gomułka und Willy Brandt zeigt.

Ein Kapitel in einem vergleichbaren Schulbuch von Maciej Milcarczyk und Andrzej Szolc beschäftigt sich mit den Krisen in Polen in den Jahren 1968 und 1970. Es trägt

den Titel „Auf dem Wege zur Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland“. Darin werden die ab Februar 1970 in Warschau geführten Gespräche beschrieben, die den Entwurf eines Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel hatten und im Dezember desselben Jahres schließlich erfolgreich mit der Vertragsunterzeichnung beendet wurden. Die Autoren betonen, dass sich in dem Vertragswerk beide Seiten zur gegenseitigen Achtung ihrer territorialen Integrität, zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen verpflichteten. Im gesamten Buch wird allerdings der Name von Bundeskanzler Willy Brandt nicht erwähnt. Die Autoren konzentrieren sich im weiteren Verlauf des Kapitels auf die Arbeiterunruhen an der polnischen Ostseeküste vom Dezember 1970, die kurze Zeit später zum Sturz Władysław Gomułkas, des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), führten.

Größere Aufmerksamkeit wird der Politik Willy Brandts durch Andrzej Leszek Szcześniak gewidmet. Sein Geschichtsbuch für die 8. Klasse an den Primarschulen enthält im Kapitel „Die Neue Ostpolitik der BRD“ folgende Stichworte:

- Der Hitlergegner Willy Brandt wird zum Bundeskanzler gewählt (der Autor verweist auf das Kapitel über den Friedensnobelpreis);
- Unterzeichnung der Verträge mit der UdSSR und Polen im Jahre 1970;
- die Bundesrepublik Deutschland erkennt die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa an;
- das westdeutsche Parlament ratifiziert 1972 die Ostverträge;
- weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen in der Folgezeit;
- Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten.

Dabei beziehen sich die beiden letztgenannten Stichpunkte bereits in großen Teilen auf die Politik Helmut Schmidts, der im Mai 1974 die Nachfolge Willy Brandts im Amt des Bundeskanzlers antrat.

In einem weiteren Geschichtslehrbuch für die 8. Klasse an den Primarschulen von Elżbieta und Jerzy Centkowski mit dem Titel „Die Wege zur Freiheit“ wird die Politik Willy Brandts im Kapitel „Zwischen Konfrontation und Entspannung“ behandelt. Die Autoren setzten dabei folgende Schwerpunkte:

- das Jahr der Übernahme des Kanzleramtes durch Willy Brandt;
- sein Wirken als sozialdemokratischer Politiker und seine Wurzeln in der Sozialdemokratie;

- der Charakter der Außenpolitik Willy Brandts, auch als „Politik der Verständigung und Versöhnung“ bekannt;
- das Datum der Unterzeichnung des polnisch-deutschen Vertrags (7. Dezember 1970);
- die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland.

Die genannten Stichworte wurden im Text fett hervorgehoben. Am Ende dieses Kapitels stellen die Autoren fest, dass die Politik Willy Brandts in den darauf folgenden Jahren die Grundlage für die Entspannung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, ja in ganz Europa bildete.

In einem Lehrbuch für die 8. Klasse an den Primarschulen von Tadeusz Glubiński wird Willy Brandt im Kapitel „Die Ostpolitik der BRD“ als Urheber der Neuen Ostpolitik vorgestellt und dieser Ansatz mit der Außenpolitik von Bundeskanzler Konrad Adenauer verglichen. Adenauer – so heißt es dort – „[...] führte eine harte Politik gegenüber den östlichen Staaten, ohne dabei das Risiko einzugehen, die Unterstützung des Westens zu verlieren. Die BRD-Regierung lehnte die Anerkennung der Grenze mit Polen an Oder und Neiße ab, sie unterstützte die Tätigkeit und die propagandistischen Aktionen von Seiten der Umsiedlerverbände. [...] Sie befolgte die so genannte Hallstein-Doktrin, die die Existenz eines zweiten deutschen Staates verneinte und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Staaten (mit Ausnahme der UdSSR) empfahl, die die DDR anerkannten.“

Der Autor stellt fest, dass in der sozialliberalen Koalition unter dem Kanzler Brandt eine Neue Ostpolitik eingeleitet wurde, die in den Verträgen mit der UdSSR, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien mündete. Durch diese Politik sei erst die Grundlage für eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern Ost- und Südosteuropas geschaffen worden.

In den Geschichtsbüchern für die Weiterführenden Schulen wird die Politik Willy Brandts in einem etwas breiteren Kontext behandelt. Andrzej Garlicki, Autor eines Schulbuches für Allgemeinbildende Lyzeen (Jahrgangsstufe 9 bis 12) mit dem Titel „Geschichte 1939 bis 1996/97“, geht auf die Ostpolitik Willy Brandts im Kapitel „Polen und die Welt“ ein, das sich u. a. der innenpolitischen Lage am Ende des Jahres 1970 widmet. Garlicki bezeichnet den Abschluss des Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen als einen Erfolg Władysław Gomułkas: „Gomułka errang einen unzweifelhaften außenpolitischen Erfolg. Im Ergebnis langer und schwieriger Verhandlungen brachte er am 7. Dezember 1970 in Warschau im Rahmen eines dreitägigen Besuches

von Willy Brandt (eines Sozialdemokraten) die Unterzeichnung eines Vertrags über die Normalisierung der Beziehungen BRD-VRP zustande.“

In den weiteren Ausführungen dieses Kapitels geht der Autor auf die Bestimmungen des „Warschauer Vertrages“, auf den zuvor bereits im Oktober 1970 unterzeichneten Vertrag über die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen und auf den Moskauer Vertrag vom August 1970 ein. Garlicki weist zudem darauf hin, dass der Besuch von Bundeskanzler Brandt in Polen bei den internationalen Presseagenturen seinerzeit große Beachtung fand und dass das Bild vom Kniefall des Kanzlers vor dem Mahnmahl für die ermordeten Juden im Warschauer Ghetto um die Welt ging. Diese Geste Willy Brandts wertet Garlicki als „edel“ und „ergreifend“.

In seinem Geschichtsbuch für die 4. Klasse an den Allgemeinbildenden Lyzeen (entspricht der Jahrgangsstufe 12 in Deutschland) mit dem Titel „Geschichte 4. Polen in der Gegenwart 1944-1989“ geht Roman Tusiewicz im Kapitel über die „Internationale Situation in den sechziger Jahren“ auf die Vorgeschichte des Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ein. Er führt dabei folgende Ereignisse an:

- die so genannte Friedensnote von Bundeskanzler Ludwig Erhard über die Bereitschaft der Bundesrepublik, gutnachbarliche Beziehungen mit den Staaten Osteuropas zu pflegen;
- den Aufruf von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger vom Dezember 1966 zur Versöhnung mit Polen;
- die Konferenz der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlsbad im Jahre 1967;
- die Bereitschaft Władysław Gomułkas, im Namen der Regierung der Volksrepublik Polen einen Vertrag mit der Bundesrepublik zu schließen.

Der Autor verzichtet auf eine detaillierte Analyse dieser Begebenheiten, die er als Schritte auf dem Weg zur Unterzeichnung des Vertrages von Warschau sieht. Größeren Raum widmet Tusiewicz den Verhandlungen, die von Februar bis Dezember 1970 in Warschau geführt wurden. Die Person Willy Brandt wird dabei einmal erwähnt. Im Buch ist ein Foto von der Unterzeichnung des Vertrages abgebildet. In einem gesonderten Quellenteil lässt sich der Inhalt des Abkommens nachlesen.

Anna Pankiewicz, Autorin eines Schulbuches mit dem Titel „Polen und die zeitgenössische Welt“, erinnert an Willy Brandt im Kapitel „BRD und Westeuropa“. Sie geht dabei weniger auf die Vertragspolitik des Bundeskanzlers im Einzelnen ein, sondern betont stärker Brandts Beitrag zum Zustandekommen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Im Verlauf dieses Prozesses habe sich

Bundeskanzler Brandt bemüht, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR, Polen und der UdSSR durch Unterzeichnung der Ostverträge zu normalisieren.

Die Autoren eines weiteren Lehrbuches für die Weiterführenden Schulen mit dem Titel „Geschichte 1945 bis 1990“, Anna Radziwiłł und Wojciech Roszkowski, behandeln die Ära Brandt in einem Kapitel, das der politischen Lage in Europa während der sechziger Jahre gewidmet ist. In der Passage über die Bundesrepublik Deutschland, die u. a. durch ein Foto von Willy Brandt illustriert wird, vergleichen Radziwiłł und Roszkowski die Politik der Regierungen unter Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt. Im Zusammenhang mit Bundeskanzler Brandt heben die Autoren besonders hervor:

- seine Verwurzelung in der Sozialdemokratie („Führer der SPD“);
- das Datum seiner Wahl zum Bundeskanzler (21. Oktober 1969);
- wichtige politische Entscheidungen der sozialliberalen Koalition (Auflösung des Vertriebenenministeriums; die Entscheidung, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen beizutreten);
- den Beginn der Neuen Ostpolitik;
- die Unterzeichnung der Verträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen als Beginn der Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten Osteuropas.

Mit Blick auf den letzten Punkt verzichten die Autoren allerdings darauf, näher auf den Inhalt dieser Verträge einzugehen.

Stanisław Sierupowski, Autor eines Lehrbuches mit dem Titel „Neueste Geschichte 1918 bis 1997“, stellt im Kapitel über die polnische Politik in den sechziger Jahren die Beziehungen zur Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Periode der Scheinstabilität im „System Gomułka“ dar. Er hält diesen Abschnitt in der polnischen Nachkriegsgeschichte für sehr wesentlich und betont in diesem Zusammenhang vor allem folgende Ereignisse:

- Gomułkas Signal vom Mai 1969, einen Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland schließen zu wollen unter der Bedingung, dass die bestehende Grenze als endgültige Westgrenze Polens anerkannt wird;
- die Aufnahme der Verhandlungen mit der Bundesregierung unter Willy Brandt mit dem Ziel, einen Vertragstext auszuhandeln;
- die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR in Moskau vom August 1970;
- die Unterzeichnung des Vertrages „über die Grundlagen der Normalisierung ihrer

gegenseitigen Beziehungen“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen am 7. Dezember 1970 in Warschau durch Bundeskanzler Willy Brandt und Premierminister Józef Cyrankiewicz.

Der Autor liefert eine Kurzanalyse des „Warschauer Vertrages“ und unterstreicht dessen Bedeutung für die Sicherung der politischen Stabilität in Europa.

Schulbücher sind nicht die einzigen Quellen, aus denen die Schüler ihr Wissen schöpfen können. Sie können auch auf eine Reihe von Lexika und Enzyklopädien, auf Wörterbücher, Textsammlungen sowie populärwissenschaftliche bzw. wissenschaftliche Abhandlungen zurückgreifen. Gewöhnlich sind in diesen Werken auch weiterführende Hinweise zu finden, auf die die Lehrer ihre Schüler aufmerksam machen sollten.

So haben Teresa Maresz und Krzysztof Juszczyk für die Primarschulen („Geschichte in Quellentexten“) sowie Jerzy Eisler und Melania Sobańska-Bondaruk für die Weiterführenden Schulen („Geschichte 1789 bis 1990“) Quellensammlungen herausgegeben. In diesen Editionen ist u. a. der Text des „Warschauer Vertrages“ abgedruckt.

Abschließend ist anzumerken, dass interessierte Schüler, die sich näher mit der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen und mit der Ära Brandt befassen wollen, dies z. B. in „Geschichts-Arbeitsgemeinschaften“ oder anderen Zirkeln an den polnischen Primar- und Weiterführenden Schulen tun können.

Aus der Untersuchung der Geschichtsbücher, die das polnische Bildungsministerium für die Verwendung an den Primar- und Weiterführenden Schulen zugelassen hat, ergibt sich, dass dem im Dezember 1970 unterzeichneten Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland in den Kapiteln über die polnisch-deutschen Beziehungen die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Generell wird die Person des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt im Lichte der Neuen Ostpolitik sehr positiv gesehen.



Hanns Hubmann/BPK

Die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages war ein bedeutender Schritt zur Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Die 1972 aufgenommenen deutsch-polnischen Schulbuchgespräche trugen wesentlich mit dazu bei, dass der Verständigung die Aussöhnung zwischen beiden Völkern folgen konnte.

## ■ RAINER RIEMENSCHNEIDER

### *Transnationale Konfliktbearbeitung. Das Beispiel der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche im Vergleich, 1935-1998\**

Die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche sind in den siebziger und frühen achtziger Jahren, als sie im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik standen, mit den deutsch-französischen aus den fünfziger und sechziger Jahren verglichen worden. Dies geschah mitunter in der polemischen Absicht, die deutsch-polnischen gegen die deutsch-französischen Schulbuchempfehlungen auszuspielen, um erstere zu diskreditieren. Noch öfter verglich man nach 1989 nicht nur die deutsch-polnischen mit den deutsch-französischen Schulbuchgesprächen, sondern ebenfalls die beiden Jugendaustausche, die Entwicklung von bilateralen Partnerschaften zwischen Schulen, Städten und Armee-Einheiten, die Gründung von Nichtregierungs-Organisationen und Euro-regionen zur geographischen Linken und Rechten Berlins. Die Funktion dieser Vergleiche ist heute eine andere. Deutsch-französisch wird in deutsch-polnischen Kontexten nicht mehr als ein Verfahren zur Diskreditierung oder Marginalisierung der letzteren benutzt. Vielmehr arbeitet man heutzutage an der Konstruktion eines deutsch-französisch-polnischen Dreiecks, bestehend aus verdichteter Kommunikation und ausdrücklich wohlwollenden Statements politischer Akteure.

Mein Anliegen versteht sich im Sinne Walter Mertineits, des früheren deutschen Vorsitzenden in der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, dessen Ansätze eines Vergleichs<sup>1</sup> ich hier weiterzuentwickeln versuche.

Eine vergleichende Betrachtung der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche ist eine lohnende Aufgabe, weil beide Serien von Schulbuchgesprächen als exemplarische Fälle für erfolgreiche transnationale Konfliktbearbeitung<sup>2</sup> bezeichnet werden können. Aus der Geschichte der Bemühungen Deutsch-

\* Bei dem Text handelt es sich um die erweiterte Fassung eines Beitrags, der in *Internationale Schulbuchforschung. Zeitschrift des Georg-Eckert-Instituts* 20 (1998) 1, S. 71-79, erschienen ist. Für aktuelle Informationen insbesondere zu den deutsch-polnischen Gesprächen danke ich der Kollegin und den Kollegen vom Georg-Eckert-Institut, Magdalena Telus, Robert Maier und Georg Stöber.

1 W. Mertineit: Bericht über die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1977) 47, S. 23-41.

2 *Transnationale Konfliktbearbeitung* wird hier verstanden als Sonderfall für „interkulturelle Konfliktbearbeitung“; vgl. hierzu N. Ropers: *Interkulturelle Konfliktbearbeitung. Kultur als Barriere und als Brücke für Friedenssicherung und Friedensstiftung. Diskussionspapier für die Sitzung des DUK-FA „Kultur des Friedens“ am 27. September 1996 in Berlin, ms. Manuskript, o. O. u. J., S. 2.*

lands, mit ehemals verfeindeten Nachbarn dauerhafte friedliche Beziehungen aufzubauen und die vielfältigen Folgen des Krieges zu überwinden, lassen sie sich nicht wegdenken. Besondere Bedeutung kommt diesen Bemühungen insofern zu, als sie sich an den wichtigen Sektor der schulischen Bildung richten, deren Multiplikatoreffekt hinsichtlich der Prägung von Einstellungen zwar nicht genau bestimmt ist, doch als gegeben angenommen werden darf. Aufschlußreich ist der Vergleich dieser beiden Fälle erfolgreicher Konfliktbearbeitung nicht zuletzt deshalb, weil er unterschiedliche Positionen im Kontext des damals alles beherrschenden Ost-West-Gegensatzes aufdeckt. Die deutsch-französischen Gespräche waren eine blockinterne Angelegenheit und hatten die Funktion, den Zusammenhalt der Länder innerhalb des westlichen Lagers zu festigen. Die deutsch-polnischen Gespräche waren dagegen blocküberschreitend und hatten die Funktion, im systemübergreifenden Dialog Spannungen abzubauen und den Prozeß der internationalen Verständigung auch über die Systemgrenze hinweg zu befördern. Im folgenden werde ich versuchen, beide Serien von Schulbuchgesprächen in ihren historischen Kontext zu stellen und sie nach Gemeinsamkeiten bzw. Unterschieden zu befragen. Dies ist um so leichter, als beide Serien von Schulbuchgesprächen eine lange Geschichte haben: ihre Ursprünge liegen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen.

1.

Im Dezember 1935 fand in Paris eine deutsch-französische Historiker- und Geschichtslehrerkonferenz über die Darstellung der deutsch-französischen Beziehungsgeschichte in den Schulbüchern beider Länder statt. Das Ergebnis dieser einwöchigen Konferenz war eine Art Protokoll, bestehend aus 39 Thesen und einem Endbeschluß, das den Titel „Verpflichtender Wortlaut der Einigung der deutschen und französischen Geschichtslehrer über die Entgiftung der beiderseitigen Lehrbücher“<sup>3</sup> trug. Über diesen in jeder Hinsicht bemerkenswerten Text wird gleich noch zu sprechen sein. – Zwei Jahre später, also 1937, kam es auch zu deutsch-polnischen Schulbuchgesprächen in Berlin und Warschau.<sup>4</sup> Diese Treffen fanden jedoch keinen schriftlich

3 R. Riemenschneider: *Verständigung und Verstehen. Ein halbes Jahrhundert deutsch-französischer Schulbuchgespräche*, in: H.-J. Pandel (Hg.): *Verstehen und Verständigung (Jahrbuch für Geschichtsdidaktik, Bd. 2/1990)*, Pfaffenweiler 1991, S. 137-148; dort weitere Angaben.

4 E. Meyer: *Die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche von 1937/38*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 10 (1988), S. 403-418; vgl. auch ders.: *Deutsch-polnische Schulbuchgespräche*, in: *GWU* 24 (1973), S. 35-43.

fixierten Niederschlag in Form einer Veröffentlichung, die der deutsch-französischen „Einigung“ vergleichbar wäre, sondern ihre Aufzeichnungen wurden ad acta gelegt.

Warum dieser Unterschied? Zwei Gründe lassen sich erkennen. Der erste ist ein allgemein politischer. Während die deutsch-französische Tagung noch in eine Phase relativer Entspannung in den deutsch-französischen Beziehungen fiel, standen die deutsch-polnischen Gespräche schon im Zeichen der von Hitler beschlossenen internationalen Konfrontation. Das dadurch verschlechterte Klima auch in der deutsch-polnischen Schulbuchkommission machte eine Einigung von vornherein unmöglich. Der zweite Grund betrifft den Status der Kommissionen. Während die deutsch-französische Gruppe einen nichtoffiziellen Charakter trug – die ursprünglich vorgesehenen regierungsamtlichen oder den Gliederungen der NSDAP entstammenden Vertreter sagten ihre Teilnahme kurzfristig ab –, stand die deutsch-polnische Gruppe von Anfang an unter hochoffiziellen Vorzeichen: Sie wurde auf deutscher Seite geleitet von einem der NSDAP angehörenden Breslauer Oberschulrat, der es auf einen nationalen Sieg nach Punkten abgesehen hatte. Dieser offizielle Charakter verhinderte m. E. die Abfassung eines gemeinsamen Ergebnis-papiers, was wiederum der nichtoffiziellen deutsch-französischen Kommission leichter fiel.

So kam es, daß die Öffentlichkeit von den deutsch-polnischen Schulbuchkontakten nichts erfuhr. Aber auch der deutsch-französischen „Einigung“ von 1935 erging es in Deutschland nicht viel besser: Als sie zur Veröffentlichung anstand, wandelte sich das politische Klima in Nazideutschland schon spürbar, auch die deutsch-französischen Beziehungen begannen sich abzukühlen. In dieser Situation war ein Text, der auf internationale Verständigung angelegt war, den Machthabern in Deutschland nicht willkommen. Infolgedessen unterblieb seine aufgrund beiderseitiger Verabredung geplante Veröffentlichung in „Vergangenheit und Gegenwart“, der Zeitschrift des deutschen Geschichtslehrerverbandes; lediglich in einer Lokalausgabe des Berliner Verbandes wurde der Text 1937 veröffentlicht, nur um der Form nach der Verpflichtung nach Publizität zu genügen. In Frankreich dagegen wurde der Text an vielen Stellen veröffentlicht, auch in auflagenstarken Tageszeitungen; man wollte damit den ungebrochenen Verständigungswillen der französischen Regierung gegenüber Nazideutschland dokumentieren. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges legte alle Verständigungsbemühungen vorerst auf Eis.

Schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kontakte zwischen französischen und deutschen Historikern und Geschichtslehrern wieder aufgenommen. Trotz der Verfeindungen, die durch die Wunden des neuerlichen Krieges zwischen Franzosen und Deutschen sich aufgestaut hatten, zeichnete sich doch sehr bald ein Terrain für den Aufbau eines gemeinsamen Geschichtsbewußtseins ab: Die neu entstehende Spaltung der Welt in zwei ideologische und machtpolitische Blöcke ließ Franzosen und Westdeutsche einander näherrücken. Das förderte die Bereitschaft zur Verständigung. Dabei erwies es sich als besonders hilfreich, daß der erwähnte Text von 1935 existierte. Man hatte also schon eine Arbeitsgrundlage, auf die man zurückgriff. Es ist nun sehr interessant zu sehen, wie die Urfassung von 1935 abgewandelt wurde zur Neufassung von 1951. Der Wandel drückt sich bereits in der Überschrift aus: „Deutsch-französische Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte“ heißt es 1951.<sup>5</sup> Damit ist angedeutet, daß der Bezugsrahmen nicht mehr, wie noch vor dem Krieg, eng auf die deutsch-französischen Beziehungen beschränkt war – und damit eine antagonistische Fixierung signalisierte –, sondern daß diese Beziehungen als in den weiteren Kontext europäischer Geschichte eingeordnet empfunden wurden und im Unterricht auch so dargestellt werden sollten. Das entsprach dem Geist der Zeit. Die Nachkriegsjahre waren in Westeuropa geprägt von einer heute kaum noch vorstellbaren Europa-Euphorie oder zumindest Europa-Erwartung, die sich aus der Erfahrung der Perversion des Nationalgedankens durch Nazideutschland und aus dem Wunsch nach seiner Überwindung in übernationalen Zusammenschlüssen erklärt. Wie sehr sich die französische und die deutsche Geschichtsinterpretation aufeinander zubewegt hatten, läßt sich aus dem Vergleich der Gesamtkonzeption der Texte ablesen. Während die „Einigung“ von 1935 kontrastierende, unvereinbare nationalspezifische Meinungen zu allen grundlegenden Fragen registrierte, fand man 1951 verhältnismäßig rasch zu weitgehend identischen Auffassungen auf beiden Seiten. Georg Eckert hat das einmal so formuliert: „War man nach dem Ersten Weltkrieg im besten Falle bemüht, die überkommenen nationalstaatlichen Konzeptionen der Geschichte gegeneinander abzugrenzen, mit wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit und Verständigungsbereitschaft von Nation zu Nation zu diskutieren, so wird heute eine immer stärkere übernationale Integration der überkommenen Vorstellungen in ein abendländisches und darüber hinaus allgemein-menschliches Geschichts-

5 Der Wandel ist dokumentiert in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht 1 (1951/52) und 2 (1953)*.

bewußtsein deutlich.“<sup>6</sup> Man hatte also im deutsch-französischen Geschichtsbewußtsein einen qualitativ bedeutsamen Schritt getan: von der Unvereinbarkeit nationalstisch geprägter Auffassungen und deren Nebeneinanderstellung hin zu gemeinsam verantworteten Formulierungen. Das ist ein Gradmesser für ein Näherrücken beider Völker, das sich in einer weitgehend gemeinsamen Interpretation ihrer Beziehungsgeschichte dokumentierte. Diese Form der Empfehlungen hat stilbildend für spätere bilaterale Schulbuchgespräche gewirkt, wie etwa auch für die deutsch-polnischen.

Ganz anders gestaltete sich das deutsch-polnische Verhältnis nach 1945. Die entstehende Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen waren Systemgegner und standen sich als Bestandteile der beiden verfeindeten Machtblöcke gegenüber. Zwischen beiden Völkern stand das Erbe der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik, die gerade in Polen ihre schärfste Ausprägung erfahren hatte. Und zwischen beiden Staaten lag das Problem der Oder-Neiße-Grenze. Unter diesen Umständen war an einen Dialog, wie er mit Frankreich geführt werden konnte, nicht zu denken. Es mutet daher schon wie ein Wunder an – und manche Zeitgenossen haben das auch so empfunden –, daß der Dialog ein knappes Menschenalter später, im Jahre 1972, dann doch zustande kam. Einer der Hauptbeteiligten, der Osteuropa-Historiker Gotthold Rhode, hat das in der Rückschau einmal so ausgedrückt: „Wer 1945 vorausgesagt hätte, daß polnische und deutsche Historiker und Geographen der Kriegsgeneration zwar hart, aber sachlich und höflich-kollegial in Warschau in deutscher Sprache über die Möglichkeit der Versachlichung der Schulbücher und des Geschichtsunterrichts verhandeln würden, wäre für geistesgestört erklärt worden.“<sup>7</sup> Ermöglicht wurde der Dialog über die Systemgrenze hinweg durch die sozialliberale Entspannungspolitik der Regierung Brandt/Scheel und die in ihrer Folge von den beiden UNESCO-Nationalkommissionen gegründete Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission im Jahre 1972. Die Erwartungen und Leistungen dieser Kommission sind oft genug dargestellt worden. Daher kann ich mich darauf beschränken, auch hier wieder Parallelen zu der deutsch-französischen Schulbucharbeit zu ziehen.

6 G. Eckert: *Vorwort*, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht 2 (1953)*.

7 Zit. nach K. Zernack: *Zwanzig Jahre danach. Vorwort zu: Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission. Empfehlungen für die Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen, erw. Neuaufl., Braunschweig 1995, S. 7.*

## Gemeinsamkeiten

So wie die deutsch-französische Kommission nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Vorarbeiten von 1935 zurückgreifen konnte, brauchte auch die deutsch-polnische Kommission nicht bei null anzufangen. Ihren Mitgliedern war die Initiative bekannt, die der Oldenburger Oberstudienrat Enno Meyer unternommen hatte. Bereits Mitte der fünfziger Jahre veröffentlichte er „Thesen über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen und der polnischen Geschichte in den Lehrbüchern höherer Schulen“.<sup>8</sup> In ihrem Duktus waren diese Thesen stark an der deutsch-französischen Vereinbarung von 1951 orientiert.<sup>9</sup> Zwar fehlte ihnen die bilaterale Qualität, weil sie ausschließlich von deutscher Seite konzipiert wurden. Dennoch regten sie eine äußerst lebhaft und – wie sich zeigen sollte – fruchtbare Debatte an, die von zahlreichen namhaften polnischen und westdeutschen Wissenschaftlern getragen wurde.<sup>10</sup> Für die damalige Zeit war das an sich schon ein bemerkenswertes Ereignis; es hatte jedoch auch langfristige Wirkungen bis hin zu den bilateralen Schulbuchgesprächen von 1972, wie Klaus Zernack unterstreicht: „Es kann kein Zweifel bestehen, daß Meyers Verfahren, in dem Jahrtausend der Geschichte deutsch-polnischer Beziehungen die umstrittenen Fragen [...] aufzugreifen und zu ihrer Erörterung zwischen deutschen und polnischen Historikern aufzurufen, Modellwirkung für die Arbeit der Gemeinsamen Kommission gehabt hat.“<sup>11</sup>

Die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche wurden von Anfang an als eine Veranstaltung von Historikern und Geographen konzipiert. Die Hinzuziehung der Geographie lag vor allem darin begründet, daß hier über die meisten Fragen weit emotionsloser diskutiert werden konnte als im Fach Geschichte, da sie weniger das (nationale) Selbstverständnis berührten. So hoffte man, Spannungen aufzufangen und die Verhandlungen zu versachlichen.

Der deutsch-polnischen Schulbuchkommission kam in dieser Hinsicht eine Vorreiterfunktion zu. In die deutsch-französischen Schulbuchgespräche wurde die Geographie in den achtziger Jahren ebenfalls einbezogen, aber eher aus wissenschaftlichen als aus verhandlungspolitischen Gründen: In Frankreich bilden Histoire-Géographie ein gemeinsames Schulfach, und bei der Interpretation von Vergangenheit und Gegenwart wurden beide Ansätze als komplementär betrachtet. In beiden

<sup>8</sup> Dokumentiert in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 5 (1956), S. 227-243.

<sup>9</sup> Auch im Vorwort zu den Thesen nahm Meyer indirekt Bezug auf die deutsch-französischen Vereinbarung von 1951; vgl. ebd., S. 225.

<sup>10</sup> Vgl. u. a. *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 6 (1957/58), S. 311-360.

<sup>11</sup> Zernack, *Zwanzig Jahre danach*, S. 9.

Schulbuchkommissionen erwies sich die fachliche Verbreiterung als fruchtbar. Zwar tagten Historiker und Geographen streckenweise neben-, nicht miteinander, aber gerade in der jüngsten Vergangenheit arbeiteten beide Fächer auch gemeinsam an beidseitig interessierenden Fragestellungen.

Eine weitere Ähnlichkeit: Wie die deutsch-französischen Gespräche der Nachkriegszeit zur „Vereinbarung“ von 1951, kamen die deutsch-polnischen Gespräche zu „Empfehlungen“. Das war ein dorniger Weg, dessen teilweise dramatische Verhandlungsstrecken es verdienten, von Akteuren und Augenzeugen für die Nachwelt aufgezeichnet zu werden. Eine solche Arbeit ist in Vorbereitung. Sie ist um so dringlicher, als mittlerweile eine gewisse Mythologisierung der Arbeit der Kommission einsetzt. Mündlicher Überlieferung zufolge hätten die polnischen Wissenschaftler bereits in den siebziger Jahren aus ihrer Zerrissenheit zwischen dem staatlich-nationalen Auftrag und professionellem Anstand keinen Hehl gemacht. Katyn und Hitler-Stalin-Pakt mußten in den Sitzungen von den polnischen Kollegen abgestritten werden, waren aber Thema privater Gespräche. Die Kluft zwischen den nationalen Positionen war jedoch so tief, daß zeitweilig die Gefahr bestand, daß man zu keinem Ergebnis kommen und die Gespräche unverrichteter Dinge würde abbrechen müssen. Diese Kluft betraf nicht nur die zeitgeschichtlichen Fragen, sondern ebenfalls solche zeitlich entlegenen Themen wie die Nationalität von Copernicus und das Image des Deutschen Ritterordens, die aber dennoch, wie sich zeigte, das nationale Selbstverständnis berührten. Die Differenzen waren teilweise so groß, daß einige Teilnehmer für eine Minimallösung eintraten: Sie schlugen eine Nebeneinanderstellung unvereinbarer nationaler Standpunkte vor. Eine solche Lösung wäre dem Typus nach der deutsch-französischen „Einigung“ von 1935 gleichgekommen. Um so bemerkenswerter war es, daß die Kommission sich schließlich dennoch zu einem gemeinsam verantworteten, homogenen Text durchringen konnte. Die zweisprachige Endfassung der Empfehlungen wurde 1977 in beiden Ländern veröffentlicht. Damit war im deutsch-polnischen Dialog der historiographische Standard erreicht, der zwischen Franzosen und Deutschen bereits 1951 hatte erzielt werden können.

Ähnlichkeit besteht auch darin, daß auf die Erarbeitung der Empfehlungen eine Phase fachwissenschaftlicher Nachfolgekonferenzen zur vertieften Behandlung ausgewählter Themen folgte. In den deutsch-französischen Gesprächen war das von 1951 bis 1967 der Fall,<sup>12</sup> in den deutsch-polnischen Gesprächen von 1977 bis 1987.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Eine Aufstellung über die Tagungen zwischen 1950 und 1967 bei R. Riemenschneider: *An der Schwelle zur Wiederaufnahme der deutsch-französischen Schulbuchkonferenzen*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 3 (1981), S. 72-82, bes. S. 78f.

<sup>13</sup> Vgl. *Bibliographie der deutsch-polnischen Schulbucharbeit 1972-1995*, in: A. Reich/R. Maier (Red.): *Die lange Nachkriegszeit. Deutschland und Polen von 1945 bis 1991*, Braunschweig 1995, S. 183-192.

Die in allen drei Ländern veröffentlichten Tagungsmaterialien sind außerordentlich nützliche Informationsquellen über den jeweiligen Stand der Geschichtsforschung zu den behandelten Themen. Auch hatten diese fachwissenschaftlichen Kolloquien, denen allerdings ein Bezug zum Schulbuch nie fehlte, durch ihren organisatorischen Rahmen die wichtige Funktion, den damals noch recht dünnen Faden des Dialogs nicht abreißen zu lassen, den Kreis der beteiligten Wissenschaftler stetig zu erweitern und das gegenseitige Vertrauen zu vertiefen.

Schließlich muß noch erwähnt werden, daß die Resonanz der Öffentlichkeit auf die deutsch-französische Vereinbarung wie auf die deutsch-polnischen Empfehlungen außerordentlich lebhaft war – auch über die jeweiligen Landesgrenzen hinweg. So hatte man sich beispielsweise in Jugoslawien 1956 zu den deutsch-französischen Gesprächen geäußert.<sup>14</sup> Die Lebhaftigkeit der Rezeption erklärt sich dadurch, daß empfindliche Zonen des nationalen Selbstverständnisses durch die Empfehlungstexte berührt wurden.

#### *Unterschiede*

Allerdings war die Art der Resonanz doch auch sehr unterschiedlich. Während die deutsch-französische Vereinbarung weitgehend auf Zustimmung traf, stießen die deutsch-polnischen Empfehlungen bei einem erheblichen Teil der Gesellschaft in Polen wie in der Bundesrepublik auf harten Widerspruch. Jahrelang wurde hierzulande die Kontroverse in den Parlamenten, den Medien und nicht zuletzt in der Schule geführt.<sup>15</sup> Dies hatte freilich den positiven Nebeneffekt, daß die Aufmerksamkeit für den polnischen Nachbarn enorm wuchs und die Asymmetrie in der gegenseitigen Wahrnehmung ein klein wenig abgemildert wurde. Der Niederschlag dieser gesteigerten Wahrnehmung ist in den Schulbüchern abzulesen.

Ein weiterer Unterschied betraf das Verhältnis der Kommissionen zum Staat. Die deutsch-französische Arbeit begann, lange bevor die nationalen Regierungen sich zu bilateralen Abkommen verstanden, wie etwa dem Kulturabkommen von 1954 und dem Elysee-Vertrag von 1963. Dies war möglich, weil Forschung und Lehre in beiden Ländern einen verfassungsrechtlich garantierten Freiraum genossen. Die Franzosen waren und sind besonders stolz, darauf hinweisen zu können, daß die Historiker und Geschichtslehrer nicht erst auf ein Signal „von oben“ warteten, um die Initiative zum

<sup>14</sup> Vgl. *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 5 (1956), S. 253ff.

<sup>15</sup> Vgl. *Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation. Eingeleitet u. ausgewählt von W. Jacobmeyer, Braunschweig 1979.*

Dialog mit dem Nachbarn zu ergreifen. Im Unterschied dazu wurden die deutsch-polnischen Gespräche erst möglich auf der Grundlage des Warschauer Vertrags von 1970 und der Vereinbarung der beiden nationalen UNESCO-Kommissionen von 1972.

Dem deutsch-polnischen Dialog waren Grenzen gesetzt durch politische Rahmenbedingungen: das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und die Vertriebenenproblematik auf deutscher Seite; strenge Bilateralität auf polnischer Seite als Vorwand für die offiziell nicht eingestandene Tabuisierung der Rolle der Sowjetunion in der polnischen Vergangenheit (Geheimes Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt, Katyn). Ähnliche Einschränkungen der wissenschaftlichen Diskussion durch politische Vorgaben hat es im deutsch-französischen Verhältnis nach 1945 nicht gegeben.

Ein weiterer Unterschied bestand darin, daß es parallel zur Arbeit der deutsch-französischen Schulbuchkommission zahlreiche Kontakte zwischen Historikern und auch andere wissenschaftliche Kontakte innerhalb der gesellschaftlich relevanten Disziplinen gab. Den deutsch-polnischen Dialog in den siebziger Jahren hatte die Gemeinsame Schulbuchkommission der Historiker und Geographen alleine zu tragen. Mit dieser Kommission bekamen die bundesdeutsche und die polnische Gesellschaft die für eine lange Zeit einzige Plattform, auf der die gegenseitige Wahrnehmung ausgehandelt werden konnte.

#### III.

Und danach? Mit Frankreich hat man nach einer Pause zwischen 1967 und 1980 wieder zu arbeiten begonnen. Aber diesmal ging es weniger um die Beziehungsgeschichte als vielmehr um die Wahrnehmung des Anderen in den Schulbüchern. Nicht die Abarbeitung von Konfliktzonen, wie im deutsch-polnischen Verhältnis, stand im Vordergrund, sondern die Herausarbeitung von Wahrnehmungsdefiziten hatte sich die Kommission zum Ziel gesetzt. Auch trat jetzt die Geographie hinzu, die einen bedeutsamen Beitrag zum Abbau dieser Defizite geleistet hat. Ende der achtziger Jahre wurden, diesem Neuanatz Rechnung tragend, neue Empfehlungen erarbeitet und veröffentlicht.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> *Deutschland und Frankreich: Raum und Zeitgeschichte. Empfehlungen für die Behandlung im Geschichts- und Geographieunterricht beider Länder.* Hg. v. Georg-Eckert-Institut und Association des Professeurs d'histoire et de Géographie, Frankfurt a. M. 1988 (zweisprachig). – Eine Übersicht über die in diesem Zyklus erarbeiteten deutsch-französischen Publikationen bei R. Riemenschneider: *Les relations entre l'Association des Professeurs d'Histoire-Géographie et le Georg-Eckert-Institut*, in: *Historiens & Géographes, Supplément au N° 339, Avril 1993, S. 87f.*

Mithin gibt es drei „Generationen“ deutsch-französischer Schulbuchempfehlungen: die von 1935, die von 1951 und die von 1988. Es gibt aber – bislang – nur eine Generation deutsch-polnischer Schulbuchempfehlungen, die von 1977: Im Bereich der Geographie hat eine Diskussion darüber eingesetzt, wie heute, nach Beendigung des Ost-West-Konflikts und unter der Perspektive einer EU- und NATO-Mitgliedschaft Polens, der jeweils andere im Erdkundeunterricht Eingang finden sollte. Diese Diskussion mag in neuen, den heutigen Bedingungen angepaßten „Empfehlungen“ münden, sofern diese Bezeichnung beibehalten wird. In der Geschichte ist ein neuer Grundlagentext mit dem Titel „Deutschland und Polen im zwanzigsten Jahrhundert. Hinweise für den Geschichtsunterricht“ in Arbeit, der den „Empfehlungen“ von 1975 zur Seite gestellt wird.

Die Schulbuchgespräche sind ein Weg der Deutschen, mit zwei früher verfeindeten Nachbarn zu Verständigung, Versöhnung und Zusammenarbeit zu kommen. Auf deutscher Seite gingen nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidende Impulse für diese Bemühungen von Georg Eckert aus. Das von ihm gegründete und nach seinem Tode nach ihm benannte Institut für internationale Schulbuchforschung setzt die Tradition dieser Zusammenarbeit fort und entwickelt sie weiter; hier werden nicht zuletzt die Veröffentlichungen besorgt, die diese Zusammenarbeit kontinuierlich dokumentieren.<sup>17</sup>

Abschließend sei noch hinzugefügt, daß die deutsch-französischen und die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche über Europa hinaus wirksam geworden sind. Sie werden beispielsweise in Asien als modellhaft für eine erfolgreiche Konfliktlösungsstrategie angesehen. Namentlich in Japan und Korea, wo die innergesellschaftliche und transnationale „Bewältigung“ der konfliktreichen Vergangenheit in vollem Gange ist, holt man sich seit zwei Jahrzehnten immer wieder Anregungen aus den in Europa gemachten Erfahrungen mit der wissenschaftlich angeleiteten und pädagogisch ausgerichteten Aufarbeitung der Vergangenheit. Unzählige Zeitungsartikel und Rundfunksendungen sind zu diesem Zweck in Asien veröffentlicht bzw. ausgestrahlt worden, Fernseheteams aus Japan haben im Georg-Eckert-Institut gefilmt; wissenschaftliche Aufsätze sowie eine Dissertation an der Universität Tokyo setzten sich mit der Thematik auseinander, und unlängst diskutierten Koreaner und Japaner mit Mitgliedern der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen Schulbuchkommissionen in Seoul über Möglichkeiten und Grenzen der Rezeption der

<sup>17</sup> Hierüber informiert das Verzeichnis der Veröffentlichungen des Georg-Eckert-Instituts.

unter Europäern gemachten Erfahrungen für die Lösung historisch-politischer Probleme zwischen asiatischen Nachbarländern.<sup>18</sup> In den damit befaßten Kreisen ist das Georg-Eckert-Institut ein Begriff.

<sup>18</sup> Vgl. T. Kondo: *Contemporary History in History Textbooks in Germany and History Textbooks in Contemporary History of Germany. Textbook Improvement Activities between Germany and its Neighboring Countries*, Tokyo 1993; A. Kawakita: *Die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehung in den Lehrbüchern der Bundesrepublik Deutschland*, ms. Manuskript, o. O. 1997; *UNESCO Forum on History Textbooks for the 21<sup>st</sup> Century*. Ed. by Korean and German National Commissions for UNESCO, Seoul 1997.



Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

*Der Vorstandsvorsitzende der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Dr. Gerhard Groß, begrüßt die Gäste beim Zeitzeugengespräch.*

## ■ ZEITZEUGENGESPRÄCH

*Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen. Diskussion mit Reinhard Appel (Leitung), Peter Bender, Markus Meckel, Klaus Schütz, Wiesława Surdyk-Fertsch und Kozymierz Woycicki am 25. November 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin*

**GERHARD GROSS:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Zeitzeugengespräch dieses Abends bildet den Abschluss und Höhepunkt eines mehrtägigen Seminars unserer Stiftung zum Thema „Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und in Polen“.

Als Vorstandsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte ich Sie zu diesem Anlass – zugleich im Namen des Gesamtvorstandes – sehr herzlich hier im Saal der Bezirksverordnetenversammlung im Rathaus Schöneberg begrüßen.

Ich freue mich, dass diese Veranstaltung so großes Interesse findet, und danke Ihnen allen, dass Sie zu uns gekommen sind.

Ganz besonders möchte ich unsere polnischen Gäste begrüßen. Es sind vornehmlich Teilnehmer unseres Seminars für Lehrer der Geschichte und Politischen Weltkunde, das wir als eine Gemeinschaftsveranstaltung mit der Ost-Akademie Lüneburg durchgeführt haben. Mein herzliches Willkommen gilt auch den deutschen Kolleginnen und Kollegen, die aus verschiedenen Bundesländern zu dem Seminar angereist sind. Einige von ihnen vertreten Schulen, die den Namen Willy Brandts tragen, was uns immer wieder besondere Freude bereitet.

Ich heiße die Podiumsteilnehmer des heutigen Abends sehr herzlich willkommen. Unsere Zeitzeugen sind seit vielen Jahren aufmerksame und sachkundige Beobachter der deutsch-polnischen Beziehungen und kommen aus der alten Bundesrepublik Deutschland, der vormaligen DDR und aus Polen.

Der frühere polnische Außenminister Professor Władysław Bartoszewski hat seine Teilnahme an der Diskussion leider kurzfristig absagen müssen. Er bedauert dies außerordentlich und hat mich gebeten, den Teilnehmern auf dem Podium und den Gästen des heutigen Abends seine besten Wünsche zu übermitteln. Ich freue mich, dass wir an seiner Stelle eine Teilnehmerin aus dem Seminar für das Podium gewinnen konnten, Frau Wiesława Surdyk-Fertsch, die von Beruf Schulbuchautorin im Raum Posen ist. Wir danken Ihnen, dass sie kurzfristig bereit waren einzuspringen.

Auf dem Podium begrüße ich den früheren Regierenden Bürgermeister von Berlin, Dr. Klaus Schütz, der die ersten Schritte der neuen Ost- und Deutschlandpolitik Willy

Brandts hier in Berlin und als Staatssekretär im Auswärtigen Amt hautnah miterlebt und mitgestaltet hat.

Ich begrüße Herrn Kazymierz Woycicki, früherer Sekretär bei der polnischen Gewerkschaft Solidarität und derzeitiger Leiter des Polnischen Instituts in Düsseldorf.

Ich freue mich, dass Markus Meckel heute Abend bei uns ist. Er war 1990 Außenminister der ersten frei gewählten Regierung der DDR, ist jetzt Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft.

Ein weiterer Podiumsgast ist Dr. Peter Bender, Journalist und Publizist aus Berlin, der die deutsch-polnischen Beziehungen durch die Jahre hindurch intensiv beobachtet und für die deutsche Öffentlichkeit kommentiert hat.

Und schließlich heiße ich Reinhard Appel willkommen. Er ist uns allen als ehemaliger Chefredakteur des ZDF bekannt und als Moderator der Sendung „Journalisten fragen – Politiker antworten“ noch in lebendiger Erinnerung. Viele von Ihnen kennen sicherlich auch das lesenswerte Buch Reinhard Appels über die Regierenden Bürgermeister von Berlin. Ich möchte Ihnen, Herr Appel, sehr dafür danken, dass Sie sich bereit erklärt haben, die Moderation dieser Podiumsdiskussion zu übernehmen.

Bevor ich nun Ihnen das Wort übergebe, wünsche ich uns allen – ganz im Sinne der deutsch-polnischen Freundschaft – einen informativen und anregenden Verlauf.

**REINHARD APPEL:** Ich danke Herrn Groß für die Einführung. Auch ich grüße Sie alle herzlich, meine Damen und Herren, verehrte Forumsteilnehmer und sehr geehrte Referenten.

Unser öffentliches Zeitzeugengespräch über das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und in Polen, das Sie in Ihrem Seminar schon einige Tage in Lüneburg und hier in Berlin beschäftigt hat, findet in der alten Wirkungsstätte Willy Brandts, im Rathaus Schöneberg, statt. In diesem Haus residierte er viele Jahre als Abgeordneter, als Parlamentspräsident und als Regierender Bürgermeister. Hier durchlitt er 1961 den Schock des Mauerbaus mitten durch Berlin, hier sann er darüber nach, wie man diese bittere Nachkriegskonsequenz des Kalten Krieges, die Teilung von Berlin, von Deutschland und Europa überwinden könnte, und hier erlebte er auch nach seiner Bonner Zeit als Parteivorsitzender, Außenminister und Bundeskanzler die glückliche Stunde, als die Mauer fiel und er den berühmt gebliebenen Satz zu den Berlinern sprach: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ Ein Satz, der mit großer Dankbarkeit von ihm gesprochen wurde, aber auch Hoffnungen ausdrückte, die noch nicht alle erfüllt sind.

Indem wir den Genius loci dieser Stätte berufen, wollen wir als Zeitzeugen Willy Brandts auf das uns gestellte Thema eingehen. Dr. Klaus Schütz, der ehemalige

Regierende Bürgermeister, ist nicht nur ein Zeitzeuge Willy Brandts, sondern er war, mehr als alle anderen hier auf dem Podium, auch ein persönlicher Vertrauter und damit wohl einer der besten Kenner der Politik und des Denkens des früheren SPD-Vorsitzenden. Auf seine Vita brauche ich nicht näher einzugehen. Klaus Schütz war Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, er hat Willy Brandt als Staatssekretär ins Auswärtige Amt nach Bonn begleitet, kehrte dann für die Dauer von zehn Jahren als Regierender Bürgermeister an die Spree zurück, ging anschließend als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland nach Israel, war Intendant der Deutschen Welle und ist jetzt Präsident des Roten Kreuzes in Berlin und Ombudsmann der „Berliner Zeitung“. Herr Schütz, wie lange waren Sie in diesem Hause?

**KLAUS SCHÜTZ:** Im Hause insgesamt? Ich glaube seit 1954, bis 1977.

**REINHARD APPEL:** Waren Sie hier als Abgeordneter?

**KLAUS SCHÜTZ:** In diesem Raum hat die Bezirksverordnetenversammlung von Schöneberg getagt. Das Abgeordnetenhaus befand sich in einem anderen Saal.

**REINHARD APPEL:** Ich darf nun Frau Surdyk-Fertsch begrüßen. Sagen Sie uns bitte: Haben Sie Willy Brandt persönlich kennen gelernt?

**WIESLAWA SURDYK-FERTSCH:** Ich hatte leider dazu keine Möglichkeit. Heute stehe ich unter dem Eindruck der Willy-Brandt-Ausstellung hier im Rathaus Schöneberg. Außerdem hatten wir während des Seminars die Gelegenheit, die Persönlichkeit Willy Brandts kennen zu lernen.

**REINHARD APPEL:** Und was ist Willy Brandt in Ihrer persönlichen Vorstellung? Welche Rolle spielt er für Sie als Polin?

**WIESLAWA SURDYK-FERTSCH:** Für mich – wie für viele andere Polen – ist Willy Brandt der Architekt der Entspannung. Sein Name wird bei uns mit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages vom Dezember 1970 verbunden.

**REINHARD APPEL:** Markus Meckel, Ex-Außenminister, Bundestagsabgeordneter, hat Theologie studiert, war Mitbegründer der SPD in der DDR und DDR-Außenminister nach der ersten freien Wahl. Er war Sprecher der Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte, ist Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentarier-Gruppe und des Arbeitskreises Ost-Mitteuropa der SPD-Bundestagsfraktion sowie Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Wann haben Sie Brandt das erste Mal gesehen?

**MARKUS MECKEL:** Persönlich habe ich ihn erstmals kurz nach der Maueröffnung in Berlin gesehen, als wir im Vorstand der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei der DDR zusammentrafen. Als Person war er natürlich seit Kindheitstagen immer ein Begriff, ja, wenn man so sagen kann, eine Heldenfigur aus der Kindheit, Jugend

und Gegenwart. Solch einen Mann plötzlich kennen lernen zu dürfen – und dann nicht nur einmal mit ihm sprechen zu können, sondern über eine gewisse Zeit auch sehr eng mit ihm kooperieren und sich absprechen bzw. Politik vereinbaren zu können –, war für mich eine ganz besondere Erfahrung. Das war für mich ein ganz wesentliches Ereignis in einer für Deutschland zentralen und wichtigen Zeit.

**REINHARD APPEL:** Sie sind 1952 geboren. Als Brandt in Erfurt zu den ersten deutsch-deutschen Gesprächen war, waren Sie 18 Jahre alt. Haben Sie daran eine Erinnerung?

**MARKUS MECKEL:** Am Fernseher habe ich es erlebt; ich war damals nicht in Erfurt. Aber für mich war dies eine besonders wichtige Zeit, weil ich in einem evangelischen Pfarrhaus aufgewachsen bin und schon Mitte der sechziger Jahre im Elternhaus die Diskussion der Ost-Denkschrift der Evangelischen Kirchen eine Rolle spielte. Und dann, am 7. Dezember 1970, Willy Brandt in Warschau: Das ist ein Bild, das sich uns lebenslang eingepägt hat, obwohl wir damals noch relativ jung waren. Wir – das kann ich nicht nur für mich oder die eigene Familie sagen, sondern für viele DDR-Bürger – waren der festen Überzeugung: Dort kniet Willy Brandt für alle Deutschen, nicht nur für die in der Bundesrepublik, sondern auch für die in der DDR.

**REINHARD APPEL:** In der Ausstellung, die man hier im Rathaus sehen kann, ist das sehr eindrucksvoll dargestellt. Dort sieht man alle Lebensstationen Willy Brandts dokumentiert.

Ich stelle Ihnen nun Dr. Peter Bender vor, 1923 hier in Berlin geboren. Nach dem Studium der Geschichte und der Altertumswissenschaften an der Universität Hamburg war er 1954 bis 1961 Mitarbeiter des SFB, dann bis 1970 Redakteur in der WDR-Hauptabteilung Politik in Köln, ab 1970 Korrespondent des WDR in Berlin und 1973 bis 1974 Hörfunkkorrespondent der ARD in Warschau.

Wann, Herr Kollege Bender, haben Sie Willy Brandt zum ersten Mal kennen gelernt, gesehen oder ihn politisch wahrgenommen?

**PETER BENDER:** Politisch wahrgenommen habe ich ihn 1955/56, als ich nach Berlin kam. Kennen gelernt habe ich ihn etwa 1960.

**REINHARD APPEL:** Was ist Ihr Gesamteindruck von der Persönlichkeit Willy Brandts?

**PETER BENDER:** Willy Brandt war einer der wenigen Politiker, die mehr sind als nur Politiker. Er stand voll im politischen Geschäft und machte, was alle Politiker machen müssen. Aber bei ihm war immer noch etwas mehr da als Politik. Für ihn war Politik nicht Selbstzweck, sondern ein Instrument für weitere, höhere Zwecke.

**REINHARD APPEL:** Ich selbst darf mich auch in Bezug auf das hier gestellte Thema vorstellen. Ich war 52 Jahre Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehjournalist und habe jetzt viele Ehrenämter, schreibe Bücher. Ich habe viele Gespräche, Diskussionen und Inter-

views mit Willy Brandt geführt. 1970 habe ich ihn bei der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages und dem Kniefall vor dem Ghettopfandmal begleitet. Ich habe das erste deutsch-polnische Forum in Bad Godesberg auf Wunsch von Helmut Schmidt moderiert und die Deutsch-Polnische Gesellschaft mitbegründet.

Im Willy-Brandt-Bild in Polen, das uns hier beschäftigt, spiegelt sich auch die lange leidvolle deutsch-polnische Nachkriegsgeschichte, die wiederum vom militärischen Überfall der Hitlerwehrmacht auf Polen im September 1939 geprägt ist. Er kostete mehr als sechs Millionen polnischen Frauen und Männern das Leben und führte 1945 dazu, dass Millionen Deutsche durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verloren und die Siegermächte die polnische Westgrenze an die Oder-Neiße-Linie verlegten. Aus diesem Problemknäuel, das sich durch die Sowjetherrschaft bis zur Elbe, durch kommunistische Bruderbeziehungen zwischen Moskau, Warschau und Ost-Berlin und den Kalten Krieg noch komplizierte, entwirrte und normalisierte sich das deutsch-polnische Verhältnis im Grunde erst mit dem Grenzabkommen nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit im November 1990, dem dann im Juni 1991 der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen folgte.

Diese Phase hat Willy Brandt nicht nur in verschiedenen politischen Funktionen miterlebt, sondern auch als Initiator und Realisator der deutschen Ostpolitik entscheidend mitgestaltet. Wir wollen darüber zunächst hier auf dem Podium diskutieren. Insbesondere liegt uns natürlich daran, dass wir mit polnischen Freunden das Thema erörtern. Aber es geht auch um das Bild Willy Brandts in Polen aus deutscher Sicht.

Ich möchte zunächst Frau Surdyk-Fertsch bitten, uns zu sagen, ob sie eine persönliche Erinnerung an die Zeit hat, als der Warschauer Vertrag abgeschlossen wurde. Es ist schon 28 Jahre her. Haben Sie das bewusst miterlebt? Wie haben Sie überhaupt in Ihrer persönlichen Entwicklung das deutsch-polnische Verhältnis erlebt? Was haben Ihnen Ihre Eltern oder Ihre Lehrer über die Deutschen gesagt?

**WIESLAWA SURDYK-FERTSCH:** 1970 war ich in der Tat noch ziemlich jung und besuchte gerade die Hauptschule. Daher kann ich nur von Äußerungen der Familie und der Geschichtslehrer berichten. Die berühmte Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages vom Dezember 1970 ist an mich als Kind nicht herangetragen worden; ich habe sie nicht bewusst erlebt. Ich kann mich allerdings an die Reaktion der Eltern, der Bekannten und der Freunde erinnern – und vor allem sehe ich das Bild von Willy Brandt bei seinem berühmten Kniefall in Warschau vor Augen. Das war eine derart symbolische Geste, dass man sie kaum beschreiben kann. Sie hat große Bewun-

derung hervorgerufen.

Als ich im Jahre 1982 mit meiner Arbeit als Lehrerin begann, fand ich in einer Informationsmappe für die Lehrer für den Schulunterricht ein Foto des Kniefalls von Willy Brandt, das von der polnischen Presseagentur stammte. Wenn ich jetzt polnische Bücher analysiere, muss ich zu meinem Bedauern feststellen, dass dieses Bild in keinem einzigen Lehrbuch für Geschichte zu finden ist.

**REINHARD APPEL:** Ich möchte hierzu Folgendes bemerken: Es ist auch damals, im Dezember 1970, in der polnischen Presse kaum etwas davon registriert worden. Auch das Bild Willy Brandts vor dem Mahnmahl im Warschauer Ghetto ist dort nicht erschienen. In Westdeutschland und überhaupt in der westlichen Welt gab es eine ganz andere Aufmerksamkeit. Liegt dieses Verschweigen bis heute in der polnischen Literatur vor? Habe ich richtig verstanden, dass der Kniefall auch in heutigen Büchern nicht registriert wird?

**WISLAWA SURDYK-FERTSCH:** Ich kann nicht genau sagen, in wie vielen Zeitungen und Zeitschriften die polnische Presse dieses Bild veröffentlicht hat. 1970 gab es im Gegensatz zu heute keine oder kaum Pressefreiheit. Die Medien waren dem kommunistischen Regime unterworfen. Insofern hing auch die Verbreitung dieses Bildes von der Zustimmung des Regimes ab.

**REINHARD APPEL:** Waren Sie schon Lehrerin, als es noch die DDR gab, und könnten Sie beschreiben, wie Sie und die polnische Öffentlichkeit die Polenpolitik der DDR und die der Bundesrepublik beurteilt haben?

**WISLAWA SURDYK-FERTSCH:** Ich bin seit 1982 Lehrerin. Wenn es sich um die Ostpolitik der Bundesregierung handelt, dann kann ich sagen, dass das Bild der Historikerzunft ziemlich übereinstimmt: Es musste zu einer Wiedervereinigung Deutschlands kommen. Es war nicht möglich, dass eine Nation in zwei Staaten geteilt bleibt. Ich glaube, dass gerade die Polen genau wissen, was es bedeutet, wenn eine Nation geteilt ist.

**REINHARD APPEL:** Wir heißen nun Kazimierz Woycicki herzlich willkommen. Er gehörte in den siebziger Jahren zur demokratischen Opposition in Polen. Er war Mitarbeiter von Tadeusz Mazowiecki, anschließend 1984 bis 1987 in London für die BBC tätig. Ab 1989 war er Sekretär des Bürgerkomitees am Runden Tisch und ist heute Direktor des Polnischen Institutes in Düsseldorf. Wann haben Sie Willy Brandt kennen gelernt und welcher Eindruck ist bei Ihnen geblieben?

**KAZIMIERZ WOYCICKI:** Leider hatte ich nicht die Ehre, Herrn Brandt persönlich kennen zu lernen, als er das erste Mal in Polen war. Im Jahre 1970 war ich noch zu jung, um solche großen Persönlichkeiten zu treffen, obwohl gerade damals der Besuch von

Willy Brandt für meine Generation der jüngeren Polen unglaublich wichtig war. Natürlich wurde auch später die SPD-Politik gegenüber der Opposition in Polen diskutiert. Und die Popularität Brandts war für uns wichtig. Er verkörperte für uns den Deutschen, der mit neuen Gedanken zu uns gekommen ist.

**REINHARD APPEL:** Zwischen Polen und der DDR hat es frühzeitig einen Grenzvertrag und damit eine für Polen sehr wichtige Anerkennung der Grenze gegeben. Wie ist bei Ihnen diese Zwiespältigkeit des Verhältnisses zur DDR und zur Bundesrepublik, die dann von 1969 – 1974 von Willy Brandt repräsentiert wurde, in Erscheinung getreten?

**KAZIMIERZ WOYCICKI:** Der Grenzvertrag mit der DDR war vielleicht für einige Kommunisten in Polen wichtig, aber nicht für die unabhängige polnische Öffentlichkeit. Man sprach in Polen immer von „Deutschland“; das umschloss die Bundesrepublik und die DDR. Man betrachtete die DDR immer als etwas Vorläufiges. So war die Stimmung. In dem Sinne war diese Beziehung gar nicht zwiespältig, sondern ganz eindeutig: Die DDR war ein Ostblockstaat, nicht authentisch und undemokratisch. Wir suchten Kontakt mit der Opposition in der DDR, mit solchen Stimmen, die unabhängig waren, aber wir betrachteten die Bundesrepublik als Vertreterin der Deutschen und als demokratischen Staat. In den siebziger Jahren war diese Stimmung auch unter vielen Polen verbreitet. In diesem Moment kam Willy Brandt. Es war unglaublich wichtig, dass er mit der Geste des Kniefalls das bestätigte, was wir auch bestätigt haben wollten, dass in der Bundesrepublik die anderen Deutschen sind, die anders denken, dass die Zeit des Krieges vorbei ist und man sich Deutschland gegenüber öffnen muss.

**REINHARD APPEL:** Wenn Sie „wir“ sagen, Herr Woycicki, meinen Sie dann immer die demokratische Opposition? Meinen Sie dann die Bürgerrechtler, wie wir hier sagen? Damit meinen Sie nicht die Polen, die hinter der polnischen Regierung standen?

**KAZIMIERZ WOYCICKI:** Darüber, inwieweit der Begriff „polnische Regierung“ richtig war, haben wir uns schon während des Seminars in Lüneburg ein bisschen gestritten. Ich sage „polnisch-kommunistische Regierung“. Meine Kollegen und ich haben das nie als polnische Regierung empfunden. Das war an erster Stelle eine kommunistische Regierung. Man würde in Deutschland auch ungern „deutsche Regierung“ zur Hitlerregierung sagen. Das ist mit den Kommunisten nicht anders. Sie waren eine unerwünschte Macht.

**REINHARD APPEL:** Trotzdem musste man mit dieser Regierung natürlich verhandeln, musste Verträge abschließen, und damit kommen wir dann auf schwierigere Details. Aber ich will jetzt erst einmal die Entwicklung nachzeichnen, die es zur Grenzfrage gegeben hat, und damit Klaus Schütz und die Sozialdemokratische Partei in der Bun-

desrepublik ansprechen. Ich war seit 1949 in Bonn. Paul Löbe, der Alterspräsident des ersten Deutschen Bundestags, gab am 13. Juni 1950 für unser Parlament – mit Ausnahme der KPD – aus Anlass des Görlitzer Vertrages zwischen der DDR und Polen eine Erklärung ab, in der er ganz klar gegen die Oder-Neiße-Linie und gegen das Verbrechen der Vertreibung polemisierte. Es gab also auch in der SPD eine lange Entwicklung. Ich erinnere mich, dass 1957, als Carlo Schmid nach Krakau fuhr und die Oder-Neiße-Linie für sich als Person anerkannte, es auch in der SPD noch Stimmen gab, die damit nicht überstimmten. Können Sie diese Entwicklung als Sozialdemokrat der ersten Stunde mit nachzeichnen und erklären?

**KLAUS SCHÜTZ:** Das war natürlich eine der Schwierigkeiten der innerdeutschen Politik generell, dass wir in der Bundesrepublik und in West-Berlin einen beträchtlichen Teil von Menschen hatten, die von Haus und Hof verjagt worden waren. Sie waren zu einem großen Teil sehr schwer einzugliedern, was aber schließlich gelang. Sie haben natürlich ein bestimmtes Problem in die deutsche Politik gebracht. Es gab eine eigene Partei für diese Gruppe, den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Sie hatten naturgemäß bei den Sozialdemokraten einen sehr starken Rückhalt. Es hatte in Schlesien eine große sozialdemokratische Tradition gegeben, Paul Löbe kam von dort. Es war nicht so sehr seine Rede als Alterspräsident, aber Paul Löbe hat im Jahre 1950 davon gesprochen, ob man nicht in Schlesien so etwas wie ein Kondominium von Deutschen und Polen errichten könnte, die dann dort zusammenleben sollten. Das ist von den Vertretern der Heimatvertriebenen und von der CDU/CSU wütend abgelehnt worden und hat auch in der SPD zu großen Diskussionen geführt. Die Sozialdemokraten haben lange Zeit den Vorsitzenden der Vertriebenenverbände gestellt. Wenzel Jaksch war der Vorsitzende der Sudetendeutschen und auch der Vorsitzende des „Bundes der Vertriebenen“. Auch danach gab es dort noch führende Leute aus der SPD. Man soll das nicht vergessen, weil das mit zu einem vollständigen Bild gehört.

Ich bin im Juni 1969 als Regierender Bürgermeister nach Poznan, Auschwitz und Warschau gefahren. Als ich zurückkam, habe ich in der „Zeit“ einen Artikel über das geschrieben, was ich damals die Anerkennung aller Realitäten genannt habe, die notwendig sei. Eine der Realitäten war die Anerkennung West-Berlins als Teil der Bundesrepublik. Eine andere Realität, so habe ich gesagt, ist die Oder-Neiße-Grenze. Ich weiß noch, welche Diskussionen dies in der Sozialdemokratischen Partei hervorrief. Ich besitze noch immer den Brief eines guten Freundes, der Vorsitzender einer Landesorganisation ist und damals an Willy Brandt schrieb: „Wenn Du später wissen willst, warum Ihr 1969 die Wahl verloren habt, dann wegen dieses Artikels, den der

Schütz damals geschrieben hat.“ In der Tat war dies eine etwas kritische Stimme, denn die Sozialdemokratische Partei hatte zu dieser Zeit noch keine Meinung zur Oder-Neiße-Grenze geäußert. Nachdem ich zurückkam, musste ich bei einer Sitzung des SPD-Parteirates einmal hinausgehen, kam wieder herein, ging zu Willy Brandt und fragte ihn: „Sage einmal, gab es Beschwerden über diese Sache?“ Da antwortete er mir: „Ich habe den Artikel heute Nacht gelesen. So schlimm, wie manche gesagt haben, ist er gar nicht.“

Das war für mich eine große Erleichterung, denn ich wollte die Sozialdemokraten nicht in Schwierigkeiten bringen – es war ja meine Partei. Eine Änderung trat in dem Augenblick ein, in dem die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten die Kraft gefunden haben, 1969 die Regierung zu bilden. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Grenzfrage eine offene Frage. In seinen Erinnerungen spricht Brandt davon, dass viele ihm vorgeworfen hätten, dass er keine endgültige Erklärung abgegeben hat. Er hat darauf hingewiesen, dass aufgrund des Potsdamer Abkommens die ganze Sache noch immer als eine Frage angesehen wurde, die erst in einem Friedensvertrag zu regeln war. Und in diesem Sinne ist sie ja dann 1990/91 geregelt worden, durch die dazu notwendigen Verträge. Aber das war eine strittige Frage, die eben auch diskutiert worden ist. In Karlsruhe 1964 war noch Deutschland in den Grenzen von 1937 das Symbol des SPD-Parteitag. Das hat sich, wie wir alle wissen, geändert, und heute haben wir eine klare Position. Aber dazu brauchte es die Regierung und den Zwang der Verträge von 1970.

**REINHARD APPEL:** Klaus Schütz, könnten Sie die Position Willy Brandts noch etwas näher erläutern? Als Parteivorsitzender musste er wahrscheinlich auf verschiedene Strömungen innerhalb der Partei Rücksicht nehmen. Aber wissen Sie, als ein persönlicher Vertrauter, ob er sich darüber im Klaren war, dass wir eines Tages die Oder-Neiße-Linie anerkennen mussten?

**KLAUS SCHÜTZ:** Ja, man muss davon ausgehen, aber sicherlich noch nicht 1947 bis 1949. Das war die Zeit, in der wir alle – auch gerade hier in Berlin – der Meinung waren, dass es binnen kurzer Zeit eine generelle Regelung der Vier Mächte für einen Friedensvertrag geben werde. Bis dahin wollte niemand irgendeine Frage geklärt haben. Das war auch die Zeit, in der wir meinten, die Wiedervereinigung Deutschlands würde binnen kurzem – keiner wusste genau, wann – erfolgen.

Und dann wurde in den fünfziger Jahren deutlich, dass dem nicht so war. Ich bin sehr sicher, dass Willy Brandt von Anfang an zu denen gehört hat, die sagten, dass es keine neue Vertreibung geben dürfe. Wir haben uns alle daran aufgerichtet, dass wir gesagt haben, wir müssen ein Europa schaffen, in dem es keine Grenzen mehr gibt.

Als die Ostpolitik von schönen Ideen in die Praxis übergang, musste man etwas Klares zur Grenze sagen, und das hat man dann auch ganz klar gesagt.

**REINHARD APPEL:** Markus Meckel, wie stellt sich für Sie die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Kriege dar? Haben Sie mit 18 Jahren den Grenzvertrag mit der DDR vollkommen gebilligt oder hat sich das mit den Problemen vermischt, die Herr Woycicki dargestellt hat, dass eine nicht demokratisch zustande gekommene Regierung keine legitimierten Verträge abschließen könne?

**MARKUS MECKEL:** Es ist die Frage, aus welcher Perspektive man die Realität sieht. Für mich und für sehr viele aus meiner Generation, die in der DDR aufgewachsen sind, bestand kein Zweifel, dass diese Grenze die endgültige deutsch-polnische Grenze ist. Wir haben den Grenzvertrag von 1950 für richtig gehalten und sind dafür eingetreten, dass auch die Bundesrepublik diese Grenze klar und deutlich anerkennt. Faktisch



Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

*Die Zuhörer der Diskussion im Saal der Bezirksverordnetenversammlung Schöneberg.*

geschah dies, trotz des Briefes zur deutschen Einheit, der den Verträgen der siebziger Jahre beigefügt wurde.

Als ich 1966 das erste Mal in Polen war – in Begleitung meines Vaters, der damals bei der Evangelischen Kirche der Union (EKU) für ökumenische Beziehungen zuständig war –, habe ich zweierlei erlebt. Einerseits gab es die Diskussion der Ostdenkschrift der Evangelischen Kirchen, in der festgehalten wurde, dass die deutsch-polnische Grenze eine Realität ist, die wir anerkennen müssen, auch gerade wegen und als Folge des Schrecklichen, das durch Deutsche über Polen gekommen ist. Ich selber habe nicht erst in den siebziger Jahren, wie viele meiner Altersgenossen, die dann frei von der DDR aus nach Polen fahren konnten, die Erfahrung gemacht, in Polen als Deutsche mit dieser belasteten Geschichte identifiziert zu werden. Als DDR-Bürger standen sie nach dem Selbstverständnis der Herrschenden an der Seite der Sieger, nicht in der Verantwortung für den Nationalsozialismus. Nun merkten sie plötzlich, dass sie in Polen als Deutsche empfangen und erfahren wurden. Sie mussten sich nun mit der Schuld der älteren Generation auseinandersetzen. In der Schule hatte man das nicht gelernt, da hatte man immer auf der „richtigen Seite“ gestanden. Für mich war das bereits in den sechziger Jahren so. 1966, also im Alter von 14 Jahren, empfand ich in den Wäldern um Stolp (Slupsk) ein Gefühl von Verlust. Ich sagte mir, diese herrliche Gegend hat Hitler verspielt. Aber es war nicht mehr die Frage, ob man sie zurückholen konnte.

**REINHARD APPEL:** Können Sie Ihre Eindrücke beschreiben, als Willy Brandt den Warschauer Vertrag abschloss und vor dem Mahnmahl im Ghetto niederkniete, aber doch den von Klaus Schütz erwähnten Vorbehalt machte, dass erst ein Friedensvertrag die endgültige völkerrechtliche Regelung bringe?

**MARKUS MECKEL:** Dies habe ich als 18jähriger nicht wahrgenommen, das spielte erst 1990 eine Rolle. Für mich war klar, dass das Verhältnis zu Polen wesentlich mit dieser Geschichte zu tun hat. Ich habe in dieser Phase nicht geglaubt, selber die deutsche Einheit erleben zu können, weil klar zu sein schien, dass wir sie nicht zum Thema machen könnten, ohne den Frieden in Europa zu gefährden. So konnte in der Welt des Kalten Krieges die deutsche Einheit kein operatives Ziel sein. Für uns ging es um die Frage der Demokratie, auch schon in den siebziger und achtziger Jahren. Hier war für uns die Entspannungspolitik der Regierung Brandt/Scheel eine ganz wesentliche Erleichterung. Durch sie war es möglich, dass sich Deutsche wieder begegnen konnten und so der Zusammenhalt der Nation durch Kontakte so weit als möglich erhalten wurde. In Berlin war dies bereits vorher möglich, aber nach 1969 wurde die Mauer für Menschen aus Ost und West zunehmend durchlässiger.

In den siebziger Jahren wurde es für DDR-Bürger möglich, ohne Visum nach Polen zu reisen. Viele haben das genutzt und Polen kennen gelernt. So sind auch viele Kontakte entstanden. Das änderte sich dann 1980/81. Mit dem Entstehen von Solidarność riegelte die SED die Grenze nach Polen ab, um zu verhindern, dass der „Bazillus“ der Freiheit in die DDR überspringt. Ein Freund, der Kontakt mit der Solidarność hatte und Material mitbrachte, hat anschließend ein Jahr im Gefängnis gesessen. So wurden viele Kontakte abrupt unterbrochen und waren nur noch über viele Ecken möglich. Ich war, nach mehrfachen Besuchen in den siebziger Jahren, in den achtziger Jahren nicht mehr in Polen.

1989/90 war Polen dann sehr wichtig: der erste nichtkommunistische Premier, vorher der Runde Tisch, die Solidarność – dies bewunderten wir und dachten gleichzeitig in der DDR, dass Deutsche nicht fähig sind, so etwas zu tun. Später gab es die Oppositionsarbeit der achtziger Jahre, dann 1989 den revolutionären Herbst, die Umbrüche, die neue Regierung; ich wurde Außenminister. Für mich war ganz wesentlich, dass wir uns der historischen Verantwortung der Deutschen stellen. Nur wenige werden sich daran erinnern, dass wir am 12. April 1990 in der Volkskammer eine Erklärung abgegeben haben, in der wir uns von der SED-Geschichtsklitterung abwanden und uns der historischen Verantwortung der Deutschen gegenüber Polen stellten, ebenso gegenüber den Tschechen und Slowaken wegen des Einmarsches 1968, gegenüber den Russen, aber auch gegenüber den Israelis. Wir sagten, dass wir heute mit dieser Verantwortung leben wollen. Aus diesem Grund führte mich mein erster Weg als Außenminister nach Warschau, noch vor dem offiziellen Besuch in Bonn. Das hatte diesen Hintergrund: In den Verhandlungen 1990 war unsere Position, dass alles getan werden müsste, damit Polen sich im Prozess der deutschen Einheit sicher fühlt. Deshalb haben wir unterstützt, was die Bundesregierung abgelehnt hat, dass entsprechend dem Vorschlag von Herrn Ministerpräsident Mazowiecki ein Grenzvertrag noch in der Zeit der Zweistaatlichkeit, d. h. der demokratischen DDR, ausgehandelt und paraphiert wird. Unmittelbar nach der deutschen Einheit sollte er in der ersten Parlaments Sitzung ratifiziert werden. Dies habe ich noch im September 1990 nach Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gefordert. Wir wollten Polen die Sicherheit geben, die es in der Grenzfrage braucht. Was Kazimierz Woycicki oder die Kollegin Fertsch sagten, dass die Polen die deutsche Einheit immer wollten, trifft ja nur für einen Teil der Polen zu. Es trifft für die Solidarność zu, die durchaus schon Anfang der achtziger Jahre deutlich machte, dass es für ein demokratisches Polen gut wäre, wenn es im Westen ein geeintes demokratisches Deutschland habe. So sei der Bezug zu Westeuropa leichter. Insofern lag dies im polnischen Interesse. Es war eine klare

Position, die von der DDR-Opposition nicht unterstützt wurde.

**REINHARD APPEL:** Ich möchte nachfragen, weshalb Sie als Außenminister noch vor der staatlichen Wiedervereinigung auf eine Sondervertragsregelung mit Warschau gedrungen haben. Sie haben bereits eine Begründung dafür gegeben. Steckte dahinter auch eine Reservatio, dass die Bundesregierung vielleicht in dieser Frage zögerlicher gewesen wäre?

**MARKUS MECKEL:** Helmut Kohl spielte in dieser Zeit ein doppeltes Spiel. Einerseits hat er über interne Kanäle und in persönlichen Gesprächen – über Gesandte wie Volker Rühle oder Karl-Heinz Hornhues, die nach Polen fuhren – die Botschaft vermittelt, dass Polen keine Angst zu haben brauche. Auch in Gesprächen mit Artur Hajnicz, Bronistaw Geremek und anderen gab er diese Botschaft. Diese Personen vertrauten darauf, dass es so kommen würde. Gleichzeitig weigerte er sich jedoch, diese Perspektive öffentlich klar zu machen. Helmut Kohl ist zwar im Laufe der Jahre wirklich ein großer Außenpolitiker geworden, aber er war immer ein noch größerer Wahlkämpfer. Das hat sich auch 1990 bewahrheitet. Er hatte gewiss auch die Absicht, möglichst auch die, die dagegen waren, in den Vertrag einzubinden. Zum anderen wollte er aber auch die Stimmen der Gegner des Grenzvertrages nicht verlieren – und entsprechend hat er gehandelt.

Ich will es kurz belegen: Bis zum Frühjahr bzw. Frühsommer 1990 gab es den Streit, ob man vorher schon einen solchen Vertrag aushandelt und danach ratifiziert, denn nur ein vereintes deutsches Parlament hätte ihn ratifizieren können. Das wollte Kohl nicht, und deswegen hat es international Irritationen gegeben, übrigens auch eine Auseinandersetzung zwischen Außenminister Genscher und Bundeskanzler Kohl. Heute wissen wir das, damals habe ich es noch nicht gewusst. Als Ergebnis der Gespräche Kohls mit Gorbatschow im Kaukasus gab es am 17. Juli 1990 in Paris den Durchbruch bezüglich des deutsch-polnischen Verhältnisses und der Grenzfrage. Dort wurde mir übrigens noch widersprochen, als ich von der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnischer Grenze sprach. Es wurde gesagt, es wäre die Grenze zwischen der DDR und Polen. In Paris gab es die Einigung, dass der Grenzvertrag sobald als möglich nach der Vereinigung ratifiziert werden sollte. Das war eine wesentliche Voraussetzung für den guten Abschluss der Zwei-plus-Vier-Gespräche. Sie sind am 12. September abgeschlossen worden, die deutsche Einheit wurde am 3. Oktober hergestellt. Helmut Kohl hat beim Treffen mit Tadeusz Mazowiecki am 14. November 1990, als der Grenzvertrag unterschrieben wurde, deutlich gemacht, dass dieser nicht sofort nach der Bundestagswahl des geeinten Deutschland im Dezember 1990 ratifiziert werden sollte, sondern erst gemeinsam mit dem Nachbarschaftsvertrag. Dies

haben wir für ein großes Problem gehalten. Ich war durchaus schockiert und hatte wieder die Sorge, die ich schon im Laufe des Frühsommers und Sommers gehabt hatte. Zum Glück hat sich dies nicht bestätigt. Man darf nicht vergessen, dass das Treffen keine drei Wochen vor der Bundestagswahl war. Die Bundesregierung hoffte, damit deutlich zu machen, dass im Nachbarschaftsvertrag viele Fragen, z. B. hinsichtlich des Eigentums, auf die die Vertriebenen hofften, noch geklärt werden könnten. Die Grenzfrage, die Ratifikation des Grenzvertrages wurden zum Faustpfand dafür gemacht. Das war die Wahlkampfperspektive in dieser Frage. Heute wird aus polnischer Sicht und auch in der polnischen Geschichtsschreibung diese Angelegenheit überhaupt nicht behandelt. Es sieht immer so aus, als wäre Helmut Kohl in der Grenzfrage einer geraden Linie gefolgt. Das entspricht nicht den Realitäten. Aber man darf nicht vergessen, dass die polnische Seite die Bundesrepublik als Befürworterin des Beitritts zur EU brauchte. Da wäre es nicht gut gewesen, dem bisherigen Kanzler gegenüber immer wieder auf solche Dinge hinzuweisen. Insofern ist es eine verständliche Reaktion Polens.

**REINHARD APPEL:** Jahrzehnte lang wurde gesagt, dass es endgültige Regelungen im Friedensvertrag geben werde. Klaus Schütz hat dies auch erwähnt. Der Friedensvertrag wurde in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen aber gar nicht erwähnt. Oder sehe ich das falsch?

**MARKUS MECKEL:** Jetzt stellen Sie eine Frage, die natürlich viele Völkerrechtler beschäftigen wird. Der Vertrag konnte nicht Friedensvertrag genannt werden, weil man einen Friedensvertrag mit allen Kriegsgegnern abschließt, und das wären über 50 Staaten gewesen. Bei einem Friedensvertrag spielen üblicherweise Reparationsfragen eine zentrale Rolle, und deshalb war Anfang des Jahres 1990 in Ottawa die Formel – die ich gut finde – gefunden worden, dass nur die vier Siegermächte und die beiden deutschen Staaten am Tisch sitzen sollten. Es gab Widerstand in Italien, und auch andere wollte gerne dabei sein. In Polen gab es sofort eine Diskussion. In Bezug auf Polen wurde dies akzeptiert. Es war klar, dass auch die Grenzfrage betroffen war, was bei der Tschechoslowakei, die auch gerne dabei gewesen wäre, so nicht zutraf. Insofern war es „Zwei plus Vier plus Eins“. In Bezug auf die polnische Frage ist im ersten Außenministertreffen am 5. Mai 1990 in Bonn entschieden worden, dass zu dieser Frage der polnische Außenminister teilnehmen wird. Dabei war uns klar, dass er auch zu anderen Dingen reden kann.

**REINHARD APPEL:** Vielen Dank, Herr Meckel. Wir wollen noch bei der Grenzfrage bleiben, weil sie ja viele Jahrzehnte das deutsch-polnische Verhältnis sehr belastet hat. Herr Bender, was ist nach Ihrer Erinnerung in Deutschland, insbesondere in

Westdeutschland, der entscheidende Punkt gewesen, um unter Zustimmung der ganz großen Mehrheit der Deutschen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu kommen? Ich denke jetzt nicht nur an die Regierungspolitik, sondern auch an die evangelische Denkschrift, die schon erwähnt wurde, und an den Briefwechsel der katholischen Bischöfe.

**PETER BENDER:** Ich glaube, den Wandel haben erstens die politischen Verhältnisse bewirkt. Der gesamte Osten hatte doch nicht nur die Oder-Neiße-Anerkennung, sondern auch die Anerkennung der DDR und dazu noch andere Forderungen zu einem Wall von Bedingungen aufgebaut. Es war überhaupt kein normales Verhältnis zum Osten zu bekommen, ohne die Grenze zu bestätigen. Das Zweite war der Zeitablauf. Mit der Zeit sahen die Leute immer mehr, dass es keine Alternative gab. Und als Drittes scheint mir – was auch für andere Politikgebiete gilt –, dass Brandt 1969 diese Politik nicht hätte machen können, wenn es nicht zuvor ein Jahrzehnt lang in der gesamten Bundesrepublik eine breite Diskussion über diese Fragen gegeben hätte. Besonders nach dem Mauerbau war eine Diskussion entstanden, und zwar in allen politischen Lagern – vorwiegend sicherlich bei Sozialdemokraten und Freien Demokraten, aber keineswegs nur bei ihnen. Damit ist im Laufe dieses Jahrzehnts eine klimatische Veränderung erreicht worden. Das scheint mir eine ganz wichtige Voraussetzung zu sein.

Ich weiß nicht, wann die Einsicht Willy Brandts in die Notwendigkeit der Oder-Neiße-Anerkennung begann. Aber mir scheint es so zu sein, dass Willy Brandt fast in einer Art von persönlichem Handstreich im Jahre 1969 die sozialliberale Koalition begründet und die Große Koalition nicht fortgesetzt hat, wie andere führende Sozialdemokraten es wollten und wie die meisten es erwarteten. Und weshalb hat er das getan? Doch im Wesentlichen deshalb, weil die Große Koalition es nicht geschafft hat, eine Ostpolitik zu betreiben, wie sie nötig war. An sich wäre eine Große Koalition die beste Basis dafür gewesen, weil die beiden großen Parteien den Bruch mit der früheren Politik und die große Last, die es bedeutete, ein Fünftel des Deutschen Reiches abzuschreiben, getragen hätten. Die CDU hat dies nicht geschafft. Das war, wie mir scheint, der wichtigste Grund für die Koalition mit der FDP. Willy Brandt sagte: „Wir machen es, obgleich wir nur zwölf Stimmen Mehrheit haben“. Diese zwölf Stimmen waren mehr als unsichere Kantonisten. Es ist wohl eine der wichtigsten Eigenschaften Brandts, dass er zu den nicht zahlreichen Politikern gehört, die ihr Amt für ihre Politik aufs Spiel gesetzt haben; denen das Ziel ihrer Politik wichtiger war als die Machtbewahrung. Das gibt es ziemlich selten.

Die Entscheidung, die Oder-Neiße-Grenze für immer anzuerkennen, ist 1970 gefal-

len und nicht 1990. Das kann man nicht deutlich genug sagen, und zwar nach Bonn wie nach Warschau hin. Es entsteht sonst der Eindruck, dass zwischen Deutschen und Polen alles im Jahre 1990 angefangen hat; vorher gab es – in dieser Sicht – zwar den Brief der polnischen Bischöfe und eine sehr kümmerliche Antwort der deutschen Bischöfe. Aber dazwischen hat sich – in dieser Hinsicht – nicht viel abgespielt, bestenfalls wird der Kniefall von Warschau 1970 noch erwähnt.

Ich glaube, man muss den Unterschied zwischen zwei Persönlichkeiten sehen: Helmut Kohl hat das entscheidende Wort zu dieser Grenze erst gesprochen, als er im Sommer 1990 die Führer der Vertriebenenverbände und die Konservativen in seiner Partei zusammenrief und ihnen sagte: „Wir müssen diese Grenze anerkennen, sonst bekommen wir die Einheit nicht“. Willy Brandt hat diese Grenze anerkannt, weil er eine Verständigung und später eine Versöhnung mit Polen wollte. Willy Brandt hat diesen Akt auf eine Weise vollzogen, die den Höhepunkt seiner ganzen Politik bildete: Mit dem Warschauer Vertrag erkannte er an, dass Deutschland den Krieg verloren hatte und dass ein Fünftel des deutschen Gebietes verloren war. Und mit dem Kniefall erkannte er an, dass Deutschland den Krieg begonnen und mit der Okkupation eine Schuld auf sich geladen hatte, die dazu zwang, den Verlust für immer hinzunehmen. Dem polnischen Ministerpräsident Cyraniewicz sagte er damals: „Meine Regierung nimmt die Ergebnisse der Geschichte an“. Das war ein großer Satz. Ein großer Satz, zu dem er nur fähig war, weil er nicht wie die meisten Politiker damals, besonders der konservativen Seite, die Ursache der Grenzfrage und der Teilung Deutschlands im Ost-West-Konflikt suchte. Willy Brandt ging weiter zurück und sagte: Wir können nicht 1945 anfangen, wir müssen 1933/1939 anfangen. Er dachte in den gleichen historischen Dimensionen wie seine polnischen Partner, wie es ein großer Teil der anderen Parteien in der Bundesrepublik hingegen nicht tat. Er ist im Osten überzeugend gewesen, weil er ein erwiesener Antifaschist war; und der Westen hat Brandts Ostpolitik geduldet, weil er ein bewährter Antikommunist war; er hatte sich ja als der politische Festungskommandant in Berlin während der Chruschtschow-Ultimaten bewährt.

**REINHARD APPEL:** Vielen Dank. Das war eine exzellente Zusammenfassung der Entwicklung. Wir sollten noch auf einen anderen Punkt eingehen, nämlich Brandts Besuch in Warschau, als es schon die Solidarność gab. Er lehnte es ja damals ab, nach Danzig zu Gewerkschaftsführer Wałęsa zu fahren, was zu vielen Irritationen führte. Ich bin selber in der vergangenen Woche in Warschau gewesen. Dort habe ich mit Herrn Mazowiecki gesprochen. Er erinnerte daran, dass Brandt ihn damals in Warschau empfangen, es aber abgelehnt habe, nach Danzig zu fahren. Welche Räson

stand dahinter? Immerhin war Lech Wałęsa Friedensnobelpreisträger wie er.

Ich möchte Herrn Woycicki als Ersten fragen, wie das aus polnischer Sicht und besonders auf die demokratische Opposition gewirkt hat. War Ihnen klar, dass Willy Brandt z. B. mit Rakowski eine gute Beziehung hatte, weil er hoffte, dass sich der Kommunismus zu einer Art Sozialdemokratismus wandeln werde? Möglicherweise war dies der Grund. Oder wie betrachten Sie diese Angelegenheit?

**KAZIMIERZ WOYCICKI:** Das war zuerst eine sehr große Enttäuschung für sehr viele Polen. Wegen der Popularität Brandts erwartete man von ihm sehr viel. Letztlich wurde das nicht erfüllt. Es betraf nicht nur Brandt, sondern die gesamte SPD. Wir waren enttäuscht, da man in der SPD gerade die natürliche Verbündete einer ursprünglichen Arbeiterbewegung gesehen hatte. Die SPD verfolgte eine sehr etatistische Politik und wollte nur mit den Regierenden sprechen. Zusätzlich nahm sie gegenüber Solidarność sehr oft eine unangenehme, paternalistische Haltung ein: „Wir großen Politiker wissen, was für Sie in Polen gut sein könnte. Beruhigen Sie sich lieber und machen Sie keinen Krach. Unsere Politik bringt Ihnen mehr als Ihre Streiks.“ Das war in etwa die Botschaft vieler Sozialdemokraten.

Ursprünglich war die demokratische Opposition in Polen im Wesentlichen sozialdemokratisch gewesen. Die Sozialdemokraten hätten sich in Polen viel stärker entwickeln können, wenn es nicht an Unterstützung durch die SPD gemangelt hätte. Das gilt für die Anfangsphase bis 1980, also noch vor Solidarność. Es gab damals die Versuche oppositioneller Gruppen, in die Sozialistische Internationale zu kommen. Das haben gerade die deutschen Sozialdemokraten blockiert. Sie hielten diese Gruppierungen nicht für seriös.

Die Situation spitzte sich später bei Besuchen anderer führender Sozialdemokraten wie z. B. von Horst Ehmke in Warschau im Jahre 1988 zu. Damals wurde der Runde Tisch schon vorbereitet, die Opposition wurde bereits von Jaruzelski legalisiert. Aber Ehmke wollte mit der Opposition nicht sprechen, hatte vermutlich Angst. Ich vermute, dass dies seine Kontakte mit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) hätte stören können. Und dadurch entstand vielleicht auch in Polen ein falsches Bild von den Sozialdemokraten, das fast bis heute nachwirkt. Man hat anfangs pauschal die SPD-Ostpolitik gesehen, anstatt streng zu unterscheiden zwischen der ersten Phase mit der Entspannungspolitik und dem Grenzvertrag, die für die Entstehung der Opposition in Polen sehr wichtig war, und der anschließenden Phase, als sich in unseren Augen die Sozialdemokraten gegen ihre eigenen Ideale wandten.

Leider hatte man nach 1989 keine Gelegenheit, darüber gemeinsam zu diskutieren. Wenn wir die erste polnische Reaktion auf den Regierungswechsel in Bonn/Berlin

1998' betrachten, dann sehen wir die traurigen Folgen. Ich glaube, die polnische Reaktion war unnötig, aber die alte Wunde ist wieder aufgebrochen. Man hat in der SPD nach 1989 entgegen den Erwartungen keine neue Ostpolitik formuliert. Man hat in dieser Situation hundertprozentig auf Kohl gesetzt, anstatt, was politisch ganz bestimmt richtiger gewesen wäre, zu bedenken, dass die deutsch-polnischen Beziehungen nicht nur Angelegenheit der CDU und von Helmut Kohl sind. Aber so ist das mit der zweitgrößten Partei in Deutschland.

Als Brandt nach Polen kam, aber sich nicht mit Wałęsa traf, sahen wir uns in einer Klemme. Warum? Außenpolitisch wurde die Öffnung nach Deutschland in den achtziger Jahren vorbereitet. Die Politik von Skubiszewski sofort nach 1989 war keine Überraschung. Das war durch die Debatten in den achtziger Jahren gut und gründlich vorbereitet. Und das war Konsens. Aber nun entstand folgende Situation: Mit der CDU/CSU hatten wir ein Problem wegen der Grenze. Und die SPD wollte die Solidarność-Bewegung nicht akzeptieren. Der zweite Partner hatte also auch einen Schönheitsfehler. Daher konnte man diesen Dialog nicht früher beginnen. In diesem Kontext muss man die Absage Brandts und unsere damaligen Sorgen sehen.

Es gab noch ein anderes Motiv. Wissen Sie, warum die jüngere Generation so entschieden für die Öffnung Richtung Deutschland war? Wir hatten die Nase voll von der antideutschen Propaganda der Kommunisten in Polen. Sie sollte eine Art Legitimierung für die Kommunisten in Polen sein: Lieber mit den Russen als mit den bösen Deutschen. Man benutzte ganz zynisch die Xenophobie innerhalb der Gesellschaft. Wir wollten das bekämpfen. Brandt war für uns sehr hilfreich, denn ihm gegenüber konnte man solche Argumente nicht benutzen. Man konnte seine Popularität in Polen für unsere innenpolitischen Ziele einer Demokratisierung und Öffnung benutzen. Und nun kam unser Idol und tat nicht das, was wir erwartet hatten.

**REINHARD APPEL:** Herr Meckel, wie kann man diesen Widerspruch auflösen?

**MARKUS MECKEL:** Willy Brandt ist 1970 etwas gelungen, was wirklich genial war. Er musste einen Vertrag mit der polnischen Regierung schließen. Aber die polnische Regierung war eben eine kommunistische; man konnte sie sich nicht aussuchen. Das war ja das Problem der gesamten Entspannungspolitik. Trotzdem galt das Versöhnungsangebot nicht den Kommunisten, sondern Polen. Durch den Kniefall ist es ihm gelungen, nicht nur einen Vertrag zu schließen, sondern auch dem gesamten polnischen Volk eine Botschaft zu geben, die sehr tief ging. Ich glaube, das hat dann dieses Verhältnis begründet, das Kazimierz Woycicki angesprochen hat.

Der Besuch Willy Brandts in Warschau 1985 wurde von Hans Koschnick vorbereitet. Vorher gab es Diskussionen, ob er nach Danzig fahren sollte. In der deutschen Bot-

schaft traf er Mazowiecki und andere. Es war also nicht so, wie der Mythos in Polen besagt, dass er Solidarność nicht getroffen hätte. Er hat Wałęsa nicht getroffen, weil dieser wiederum nicht bereit war, nach Warschau zu kommen. Auch das gehört zur historischen Wahrheit. Es war für Wałęsa ein protokollarisches Problem; wir kennen ihn ja inzwischen. Es ist auch ein Problem der Persönlichkeit Wałęsas, dass er sagte, Willy Brandt muss zu mir nach Danzig fahren. Die Katholische Kirche Polens hat Willy Brandt geraten, nicht nach Danzig zu kommen; so weiß ich es jedenfalls aus den Gesprächen mit Hans Koschnick. Wenn Willy Brandt gewusst hätte, welche Folgen diese ganze Diskussion hatte, wäre er vermutlich nach Danzig gereist.

Übrigens ist Anfang der neunziger Jahre zwischen Wałęsa und ihm dieses Problem geklärt worden, aber es hat in Polen weiterhin eine Rolle gespielt. Dort gibt es manchmal ein neurotisches Verhältnis zur SPD. Das hat durchaus mit dem geschilderten Problem zu tun. Es gab in der SPD, auch in der Bundestagsfraktion, unterschiedliche Positionen zur Solidarność. Horst Ehmke hat z. B. die eben beschriebene Position nicht nur gegenüber Polen, sondern auch im Fall der DDR und anderer Staaten vertreten. Man hat in der zweiten Phase der Ostpolitik, als man selber nicht regierte, nach meinem Dafürhalten zu wenig wahrgenommen, dass mit Solidarność erstmalig wirklich aus der Gesellschaft heraus ein neues politisches Subjekt entstanden ist, das eine Rolle für die Veränderung der Gesellschaft und des Systems spielte. Man glaubte im Westen immer noch, allein durch die Veränderung der Herrschenden eine Veränderung des Systems zu erreichen. Darüber kann man lange diskutieren.

Dies war für uns in der DDR auch ein Problem. Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die wir Anfang 1989 planten und dann zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung umsetzten, wurde auch von der SPD in der Bundesrepublik nicht mit Freuden begrüßt. Die ersten Nachrichten darüber am 28. August 1989 hatten zur Folge, dass der damalige Regierende Bürgermeister, Walter Momper, Egon Bahr und Karsten Voigt sich skeptisch und sehr zurückhaltend äußerten. Sie fragten, ob das denn gut sei.

Wir hielten die Entspannungspolitik für richtig. Wir waren auch dafür, mit den herrschenden Kommunisten zu reden. Aber wir hielten es für falsch, nur mit ihnen zu reden. Dies war ein Problem, das insbesondere die SPD hatte. Aber das gleiche Problem hatten wir mit der damaligen Bundesregierung, die ja auch nicht Oppositionelle besucht hat. Nur ein Teil der Grünen suchte Kontakte zur Opposition, wobei man nicht verschweigen darf, dass es natürlich auch in der SPD Leute gab, die das taten. Insbesondere der Kontakt zu den Kirchen spielte durchgehend eine wichtige Rolle. Da gab es durchaus besondere Kontakte auch zur SPD, jedenfalls, was die DDR anbe-

langte. Das ganze ist ein sehr kompliziertes Geflecht. Ich glaube, dass es heute für Polen wichtig ist, die ganze Geschichte zu sehen.

Wenn ich mir Reden des letzten halben Jahres ansehe, dann merkt man, je nach dem Kontext, dass in Polen unterschiedliche Traditionsgeschichten gepflegt werden. Es lassen sich im deutsch-polnischen Kontext Reden zeigen, in denen das gegenseitige Verhältnis mit den guten Beziehungen von Konrad Adenauer bis zu Helmut Kohl beschrieben wird, und da ist kein Wort von Willy Brandt die Rede. Und es gibt, wenn es um die Ehrung von Sozialdemokraten geht, natürlich auch die andere Traditionslinie, die Willy Brandt ins Zentrum stellt. Ich glaube, es wäre gut, diese beiden Traditionslinien wieder etwas stärker miteinander zu verschränken. Vielleicht hilft die Tatsache, dass es nun einen sozialdemokratischen Kanzler in Deutschland gibt, denn so etwas hat immer auch etwas mit der gegenwärtigen Politik zu tun. Genauso wie die Ostdeutschen 1990 glaubten, in dem Kanzler, der damals gerade regierte, die Lösung ihrer Probleme zu finden, war dies, solange Herr Kohl regierte, von polnischer Seite auch so. In Westeuropa hat Polen nun einmal in Deutschland den wichtigsten Anwalt für sein Integrationsinteresse. Das galt für Helmut Kohl, das gilt aber auch heute, wo ein sozialdemokratischer Kanzler versucht, Anwalt dieser gemeinsamen Interessen zu sein.

**REINHARD APPEL:** Ich würde gern von Peter Bender hören, ob er die Enttäuschung verstehen kann, die Herr Woycicki formuliert hat.

**PETER BENDER:** Ich verstehe die Enttäuschung, und ich finde, dass Herr Woycicki sie besonders fair – unter Berücksichtigung aller Seiten – hier dargestellt hat. Die Geschichte hat gezeigt, dass Sie Recht hatten. Auch was die Gründung der Ost-SPD angeht, hat sich erwiesen, dass es richtig war. Es war möglich und richtig, die Partei damals zu gründen.

Ich glaube aber, man muss, wenn das Bild vollständig werden soll, und um Ihre Frage zu beantworten, überlegen: Was sind denn die Erfahrungen und folglich die Überlegungen von Brandt, aber auch von anderen Sozialdemokraten, damals gewesen? Es waren die Erfahrungen einer Generation, die eine Serie von schrecklichen Dingen erlebt hatte, den 17. Juni 1953, die Niederschlagung der ungarischen Revolution 1956, die Erstickung des Prager Frühlings 1968 und schließlich das sogenannte Kriegsrecht in Polen 1981. Die Erfahrung dieser Generation war: Wenn von unten her eine Rebellion kommt oder wenn überhaupt nur die Opposition einen bestimmten Grad überschreitet, von dem die Führenden meinen, dass ihre Führung gefährdet sei, dann schlagen sie zu. Dann fahren entweder die sowjetischen Panzer auf, es wird ein Kriegsrecht verhängt oder Ähnliches. Das war die Erfahrung.

Für jemanden, der im Westen Politik machte, war es nach diesen Erfahrungen schwer zu entscheiden, ob man Menschen in diesen Ländern ermuntern kann zu rebellieren. Würden sie es überleben? Kämen sie für lange Zeiten ins Zuchthaus? Kann ich, der schön warm und trocken im Westen sitzt, eine offene Rebellion ermutigen? Wir hatten die Erfahrung von 1956, als Radio „Free Europe“ die Ungarn ermunterte. Als dann Panzer kamen, taten die Amerikaner, was sie als Großmacht nur tun konnten: Sie konnten im Atomzeitalter nicht eingreifen. Aber die an Verantwortungslosigkeit grenzende Politik dieses Senders war genau das, was die, die das erlebt hatten, der nächsten Generation ersparen wollten. Ich finde, wie immer es historisch ausgegangen ist, man muss diese Motive kennen und bedenken.

**REINHARD APPEL:** Ein Zwischenruf von Herrn Meckel.

**MARKUS MECKEL:** Wir wollten keine Ermunterung oder gar Anstiftung, sondern wir wollten Anerkennung für das, was wir sowieso taten. Und das Gleiche galt, glaube ich, für die Polen.

**REINHARD APPEL:** Klaus Schütz, hatten Sie Verständnis für Willy Brandt?

**KLAUS SCHÜTZ:** Ich habe großes Verständnis. Wer die Ostpolitik nachträglich verstehen will, darf nicht den Fehler machen, sie von hinten aufzurollen. Die Ostpolitik hatte als ihren zentralen Punkt die Notwendigkeit, mit den Herrschenden zu Vereinbarungen und Gesprächen zu kommen. Das ist der jeweiligen Opposition nicht recht, was ich akzeptiere. Aber das Grundmotiv der deutschen Ostpolitik war, dass eine Veränderung der Situation in Europa nur gelingt, wenn wir mit den Herrschaftsträgern dort zu Vereinbarungen kommen konnten. Zu schlechten Vereinbarungen, zu unnötigen Vereinbarungen, mögen andere sagen – zu falschen vielleicht, aber zu Vereinbarungen.

Die Sozialdemokraten haben in dieser Frage ihre Position in den Jahren nach der Gründung der Bundesrepublik entscheidend verändern müssen. Ich will das an einem abgelegenen Beispiel erläutern: Die Sozialdemokraten haben im Deutschen Bundestag im Jahre 1950 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Spanien abgelehnt. Die Bundesrepublik hat sie aufgenommen. Die SPD hat ihre Haltung wenige Jahre später öffentlich durch Fritz Erler für einen Fehler erklärt. Denn es hat sie daran gehindert, mit der Opposition in Spanien zu nichtöffentlichen Kontakten zu kommen und einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung in Spanien zu leisten. Beim Putsch in Chile standen wir vor der Frage, ob die Bundesrepublik die Beziehungen abbrechen soll. Das ist die feine Art. Die war aber nicht die Art, die in dieser Situation richtig war. Das ist das Grundmotiv. Das hat aber gar nichts mit Brandt zu tun. Das hat nicht bedeutet, dass etwa kein Sozialdemokrat mehr Kontakte hat. Ich habe gehört,

dass beispielsweise die Sozialdemokraten von Nordrhein-Westfalen – und auch andere – relativ gute Kontakte zu Solidarność gefunden haben. Der DGB hat auch seinen Teil versucht. Aber wir sollten nicht vergessen: Die ganze politische Entwicklung sähe anders aus, wenn wir nicht von Anfang an in einer konsequenten Politik, die ihren Höhepunkt im Helsinki-Abkommen hatte, dafür gesorgt hätten, dass bestimmte Voraussetzungen auch in kommunistischen Ländern geschaffen werden müssen und dass diese Voraussetzungen für das Zusammenleben in Europa wesentlich sind. Nun mag man sagen, ihr seid ja durch die Geschichte ad absurdum geführt worden. Ich sehe das nicht so. In den letzten Monaten des Jahres 1989 war die Sorge – auch bei Brandt – ob die Kommunisten noch bereit sind oder die Kraft haben, die Opposition aufs blutigste zu zerschlagen. Wir wussten das nicht, niemand hat das gewusst. Das ist für jede vernünftige Politik ein Unsicherheitsfaktor, und dafür müssen wir um Verständnis bitten.

Wenn ein Mann wie Willy Brandt 1985 nach Warschau kommt und vorher eine Reihe von Vertretern der Dissidenten, der Katholischen Kirche und andere empfehlen, das Treffen hier in der Botschaft abzuhalten, wie er es sonst überall in Osteuropa und bei Besuchen in vergleichbaren Ländern machte, weil das der einzige Ort ist, wo man offen mit ihnen sprechen kann, dann hat das seinen Sinn. Ich glaube nicht, dass das wirklich eine Beeinträchtigung unseres Verhältnisses ist.

**KAZIMIERZ WOYCICKI:** Ich möchte die Argumente von Herrn Schütz ganz bestimmt nicht negieren. Es geht nicht darum, das Bild Brandts in Polen zu zerstören. Ganz im Gegenteil. Es ist vielmehr der Zeitpunkt, ein Gleichgewicht zu finden, das Bild farbiger zu machen und die Verdienste Brandts zu betonen.

Aus realpolitischer Sicht konnten die Sozialdemokraten grundsätzlich keine andere Politik machen. Es geht nicht um eine andere Ostpolitik in der zweiten Phase. An der Politik in der ersten Phase, etwa bis Helsinki, habe ich keinen Zweifel. Die Helsinki-Konferenz hatte das Ziel, der Bevölkerung, den Gesellschaften im Osten Chancen zu geben. Aber als sie diese nutzen wollten, hat man das nicht unterstützt. Das war politisch widersprüchlich. Ich sage nicht, dass man sich gegenüber den damals Herrschenden hätte arrogant verhalten sollen, was natürlich nur schädlich sein konnte. Aber etwa fünf Prozent der Politik hätte man den Oppositionsbewegungen widmen sollen. Das hätte die Oppositionellen nicht ermutigt, eine Revolution voranzutreiben. Man hätte einfach sagen sollen, dass man weiß, was Demokratie und was nicht Demokratie ist. Das Bild von Rakowski als dem besten Freund mancher Sozialdemokraten war für uns ganz einfach unmoralisch, da Rakowski kein Demokrat war, höchstens ein liberaler Kommunist, ein sehr wichtiger Intellektueller eines im We-

sentlichen nicht demokratischen Regimes. Zweites Argument: Die Kirche war damals Beraterin. Wenn wir sehen, was aus Kardinal Glemp geworden ist, wäre es vielleicht besser gewesen, ihn damals nicht als Berater zu akzeptieren.

Es geht also in keinem Fall um einen prinzipiellen Streit, Herr Schütz, aber um etwas andere Akzente.

Jetzt möchte ich aber diese Diskussion doch auf eine andere Ebene bringen. Wenn man die Erinnerungen von Brandt liest und versucht, die Impulse für seine Politik als Bundeskanzler gegenüber Polen zu finden, dann liest man, Polen sei ein Opfer des Krieges gewesen. Die Politik war moralisch motiviert, was man nicht gering schätzen sollte, aber sie war nicht durch und durch politisch motiviert. Zur Haltung der Sozialdemokraten, nicht nur in Deutschland, trug auch bei, dass für sie das wirkliche politische Subjekt in Moskau war, nicht in Warschau. Dort gab es nur zweitrangige Dinge, wie die Solidarność. Auch das war eine paternalistische Haltung. Man sah die Polen als Romantiker, unvernünftig, ewige Revolutionäre usw., obwohl in Wirklichkeit die Solidarność-Bewegung politisch unglaublich gemäßigt war. Sie begrenzte sich in dieser Entwicklung selbst. Man konnte mit Politikern wie Mazowiecki, Geremek und den anderen an der Spitze der Opposition vernünftig politisch sprechen. Aber man wollte das nicht machen, da man Polen nicht als Subjekt sah, sondern von außen, mit gewissen Stereotypen.

Diese Diskussion wäre unnötig, wenn das nicht für heute eine Bedeutung hätte, so z. B. in der Haltung gegenüber Oppositionellen in Weißrussland. Benimmt man sich nicht gegenüber Leuten in Weißrussland wie Schuschkewitsch wie damals gegenüber der Solidarność-Bewegung? Dann stellt sich die Frage für die heutige SPD-Regierung, ob sie eine neue Ostpolitik betreiben oder nur die alte fortsetzen will, um die Öffentlichkeit im In- und Ausland zu beruhigen, dass die neue Koalition keine Experimente machen wird. Aber in dieser historischen Stunde brauchen wir alle zusammen eine neue Ostpolitik. Deutschland sollte zusammen mit Polen und Europa eine Ostpolitik konzipieren. Die Frage ist: Betrachten Sie uns jetzt als Partner in diesem Dialog oder wieder als die, die nicht ganz ernst zu nehmen sind?

Die Diskussion über Brandt kann man abschließen. Ein Denkmal für Brandt wäre in Warschau eine ganz geeignete Sache. Die Ebene ist im Grunde genommen viel höher; es ist ein Dialog zweier politischer Kulturen. In diesem Zusammenhang könnte die Diskussion noch wichtig sein.

**REINHARD APPEL:** Für die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung gibt es also noch etliche Themen. Herr Meckel möchte auf das reagieren, was Herr Woycicki gesagt hat.

**MARKUS MECKEL:** Ein kurzer Nachtrag zu Willy Brandt: Als wir die Sozialdemokra-

tische Partei in der DDR gründeten, stellten wir am Gründungstag, am 7. Oktober 1989, einen Antrag auf Aufnahme in die Sozialistische Internationale. Es war der Tag, an dem Gorbatschow bei Honecker war. Das war der Kontext, und nicht sechs Wochen oder zwei Monate später, als die Mauer fiel. Wir haben den Antrag an Willy Brandt als Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale gegeben und bekamen noch zu Zeiten Honeckers ein klares Signal, dass er sich dafür einsetzen wird. Noch im November erhielten wir den Beobachterstatus, und dies angesichts der noch völlig offenen Situation im Herbst 1989. Auch das ist Willy Brandt, der genau begriff, dass hier Sozialdemokraten auftraten, für die er sich einsetzte. Dies ist wichtig, nachdem wir von manchen Problemen wie Paternalismus gehört haben. Auch wir fühlten uns oft nicht richtig als Opposition gewürdigt. Aber sobald es eine Perspektive gab, hat er sie als einer der allerersten erkannt.

In Bezug auf die künftige Politik will ich Folgendes anmerken. In Moskau lag für den Westen bis 1989 wirklich der Schlüssel der Politik. Das war natürlich für alle Satellitenstaaten ein Problem, aber wer mit deren Regierungen verhandeln wollte, musste vorher mit Moskau reden. Man hätte in den achtziger Jahren darüber hinaus noch etwas tun können. Es gibt in einer parlamentarischen Demokratie Rollenunterschiede. Eine Regierung verhandelt mit Regierungen. Eine Partei, zumal wenn sie in der Opposition ist, hätte nicht unbedingt nur Regierung spielen müssen, sondern vielleicht noch andere Chancen gehabt, Kontakte im parlamentarischen Bereich und zu anderen gesellschaftlichen Kräften zu knüpfen. Das hat die Bundesregierung nach 1982 auch gemacht, aber diese Chance ist nicht deutlich genug genutzt worden. Insofern stimmen wir in der Kritik an der Haltung des Westens und auch der Bundesrepublik sowie fast aller Parteien, einschließlich der SPD, überein.

Heute stellt sich wieder diese Frage, wie wir mit Diktaturen umgehen. Wir haben im Rahmen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, es war wohl 1993/94, eine bezeichnende Debatte gehabt. An einem Freitag Vormittag hatten wir eine Sitzung der Kommission, in der es um die Ostpolitik ging. Es fand eine Anhörung mit Egon Bahr statt. Es kam zu heftigen Diskussionen und Vorwürfen an ihn, ähnlich dem, was wir eben diskutiert haben. Gleichzeitig gab es im Bundestag eine Aktuelle Stunde, weil Herr Schmidbauer, damals Staatsminister im Kanzleramt, Herrn Fallahian, den Geheimdienstchef aus dem Iran, empfangen hatte. Ich habe in der Bundestags-Debatte geredet, weil es absurd war, dass in der Enquete-Kommission die Politik der Ostpolitik vonseiten der Koalition bekämpft wurde. Der Staatsminister hat genauso argumentiert wie oben Egon Bahr.

Dies zeigt die Schwierigkeit und auch gleichzeitig die Herausforderung. Ich glaube,

dass es wirklich wichtig ist, mit Staaten zu agieren. Aber es sollte eine Lehre aus der Vergangenheit sein, dass man mit demokratischen Oppositionellen aus Diktaturen, die in Deutschland leben, den Kontakt pflegen und sie unterstützen sollte. Man muss natürlich mit Regierungen, die autoritär oder diktatorisch sind, sprechen. Ich bin auch gegen den Abbruch von Kontakten, weil man damit verhindert, dass Kontakte zu oppositionellen demokratischen Kräften möglich sind.

Allerletzte Bemerkung: Es ist kein Zufall, dass der neue Kanzler zuerst nach Warschau gefahren ist und erst 14 Tage später nach Moskau.

**REINHARD APPEL:** Meine Damen und Herren, ich möchte den Referenten sehr herzlich danken und Ihnen, dass Sie so aufmerksam zugehört haben. Es war ein spannendes Zeitzeugengespräch. Das letzte Wort soll Frau Surdyk-Fertsch haben und mir die Frage beantworten: Welches Willy-Brandt-Bild vermitteln Sie den polnischen Geschichtslehrern?

**WIESLAWA SURDYK-FERTSCH:** Willy Brandt ist mir sehr wichtig als Person, die die Gräben überwunden, ja zugeschüttet hat. Er ist von der Konfrontation zur Kooperation zwischen beiden Völkern, zwischen dem deutschen und dem polnischen übergegangen. Für mich ist er ein Politiker, der seiner Epoche voraus gewesen ist.

Ich verstehe auch, dass das Treffen mit Wałęsa nicht stattgefunden hat. In der Politik gibt es wichtigere und weniger wichtige Geschehnisse.

Für mich ist der Kniefall von Willy Brandt in Warschau eine Geste sehr großen Mutes. Das ist ein Mut, den nur ganz große Persönlichkeiten verkörpern.

Verträge und Vereinbarungen werden von großen Politikern abgeschlossen, aber sie müssen durch Völker und Gesellschaften umgesetzt werden. Von der Akzeptanz unserer Kulturen und Völker wird das friedliche Zusammenleben in Europa abhängig sein. Das ist die Aufgabe aller Staaten, die sich in Europa einigen, auch solcher Staaten wie Weißrussland oder Serbien. Willy Brandt hatte die Fähigkeit, das Eis zu brechen.

**REINHARD APPEL:** Das war ein schönes Schlusswort. Herzlichen Dank allen Beteiligten.

■ **SCHRIFTENREIHE  
DER BUNDESKANZLER -  
WILLY - BRANDT - STIFTUNG**

- Heft 1 *Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis*  
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8
- Heft 2 *Politik für Berlin – Willy Brandt 1957 – 1966*  
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin  
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6
- Heft 3 *Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik*  
Vortrag am 9. Oktober 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4
- Heft 4 *Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus*  
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2
- Heft 5 *Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur  
Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969*  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0
- Heft 6 *Carsten Tessmer (Hrsg.): Das Willy-Brandt-Bild in  
Deutschland und Polen*  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-05-9

■ **SONSTIGE  
VERÖFFENTLICHUNGEN**

*Willy Brandt 1913 – 1992*

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.  
Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz.  
Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

## ■ DIE BUNDESKANZLER - WILLY - BRANDT - STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913 – 1992“ im Rathaus Schöneberg ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

## ■ BILDNACHWEIS

Titelfoto: Reineke/Bundesbildstelle. Alle abgedruckten Fotografien, deren Quellenangabe das Kürzel „WBA AdsD FES“ enthält, sind im Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung überliefert. Herausgeber und Redaktion danken dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ für die Erlaubnis zum Abdruck zweier Titelbilder.

Trotz intensiver Recherchen ist es der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung nicht gelungen, zu allen in diesem Heft abgedruckten Abbildungen die Fotografen bzw. Inhaber der Bildrechte zu ermitteln. Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung fordert daher diejenigen, die Rechte an den abgedruckten Fotografien geltend machen können, ausdrücklich dazu auf, sich mit ihr in Verbindung zu setzen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

### **Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen.**

[Hrsg.: Carsten Tessmer, Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].

2. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2001  
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 6)  
ISBN 3-933090-05-9

ISSN 1434-6176  
ISBN 3-933090-05-9